GESELLSCHAFT FÜR DEUTSCHLANDFORSCHUNG

Fachgruppe Politik

Karl Marx und das politische System der DDR

Herausgegeben von Konrad Löw

Mit Beiträgen von
Siegfried Baske, Georg Brunner, Konrad Löw,
Siegfried Mampel, Klaus Motschmann, Fred Oldenburg,
Walter Rehm, Gerhard Ritter und Dieter Voigt



Edition Meyn

Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung e. V., Berlin
Bd. V

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Karl Marx und das politische System der DDR
Berichtsband über die Arbeitstagung der Fachgruppe Politik
d. Ges. für Deutschlandforschung vom 13.–16. April 1981
in Tutzing / Ges. für Deutschlandforschung, Fachgruppe
Politik. Hrsg. von Konrad Löw.
Asperg b. Stuttgart: Meyn, 1982
(Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung
e. V.; Bd. 5)
ISBN 3–922710–08–5

NE: Löw, Konrad [Hrsg.]; Gesellschaft für Deutschlandforschung / Fachgruppe Politik; Gesellschaft für Deutschlandforschung: Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung e. V. Berlin

Edition Meyn, Teckstr. 29, D–7144 Asperg
Druck: difo-druck Bamberg
Printed in Germany

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT

Zu den Deutschen, die die Welt nachhaltig beeinflußt haben, zählt Karl Marx. Die DDR, die nicht müde wird, sich als Erbin des Besten auszugeben, was deutscher Geist hervorgebracht, die alle großen Deutschen als ihre Herolde feiert, wird geführt von einer „marxistisch-leninistischen Partei". Daher ist es geradezu selbstverständlich, daß sie Marx ganz für sich reklamiert, daß sie sich als Vollstreckerin seines Willens, als Erfüllung seiner Verheißungen versteht. Ist sie dazu legitimiert, oder handelt es sich um Geschäftsführung ohne, vielleicht sogar gegen den Willen des „Geschäftsherrn"?

Eine pauschale, zugleich wissenschaftlich exakte Antwort ist nicht möglich. Marx hat sich zu vielfältigen Fragen, zum Beispiel historischen, politischen, rechtlichen, ökonomischen, pädagogischen, militärischen, geäußert. Einige, besonders wichtig erscheinende, waren 1981 Gegenstand eines Symposions an der Politischen Akademie in Tutzing. Die Referate sind zusammen mit zwei ausführlichen Koreferaten in diesem Band abgedruckt.

Wie nicht anders zu erwarten, kommen die einzelnen Wissenschaftler zu abweichenden Ergebnissen, was primär sicherlich auf die unterschiedlichen Fragestellungen zurückzuführen ist. Auch die individuell verschiedenen Anforderungen an die Stringenz der Beweisführung mag eine Rolle spielen. Für jene, die Marx gerne im Niemandsland zwischen den beiden deutschen Staaten ansiedeln würden oder gar in der Ahnengalerie der Bundesrepublik Deutschland verewigt sehen möchten – im Gegenzug zu entsprechenden Maßnahmen in der DDR bezüglich Luther, Friedrich II. und Goethe –, dürften die meisten Befunde enttäuschend sein. Aber es geht eben nicht um die Erfüllung von Wünschenswertem, sondern um die historische Wahrheit.

Jeder Beitrag ist eine selbständige, abgeschlossene Arbeit. Um keinerlei Änderungen vornehmen zu müssen, wurde auf die Vereinheitlichung der Anmerkungen verzichtet. Dem sachkundigen Leser dürfte es keine Schwierigkeiten bereiten, die in den Anmerkungen gebrauchten Abkürzungen zu verstehen.

Konrad Löw

KARL MARX UND DIE NATIONALE FRAGE

In den vielbeachteten Analysen und Überlegungen zur „Geistigen Situation der Zeit" – die maßgebende Vertreter der deutschen Linksintelligenz zum 1.000 Band der edition suhrkamp zusammengefaßt haben – wird ein zunehmendes Interesse unserer Gesellschaft, unseres Volkes, an nationalen Fragen registriert. Iring Fetscher erklärt es aus dem „legitimen Bedürfnis nach nationaler Identität" und knüpft daran die warnende Feststellung: „Wenn dieses Bedürfnis nicht befriedigt wird, kann es, wie jeder verdrängte Wunsch, zu irrationaler Gewalt anwachsen und Schaden stiften. Aus diesem Grunde war die lange ‚nationale Abstinenz' der liberalen und linken Intellektuellen in der Bundesrepublik wahrscheinlich anomal. Vor allem darf die Suche nach der nationalen Identität nicht den Nationalisten der äußersten Rechten überlassen bleiben."[1]

Diese Beobachtung ist nicht auf Deutschland beschränkt. Aus den europäischen Nachbarländern und aus den USA sind entsprechende Urteile zu hören, insbesondere nach dem Wahlsieg Reagens im November 1980. In der progressistischen Internationalen Zeitschrift für Theologie „CONCILIUM" vom Januar 1981 wird in nahezu völliger Übereinstimmung zu Fetscher dazu aufgerufen, der „Welt der Erfahrung" nicht länger den Rücken zu kehren und in die „Welt der praktischen Politik" zurückzukehren: „Die politisch Konservativen haben allzulange ein Monopol auf die Werte von Familie, Recht und Ordnung, von Patriotismus und Kontinuität für sich in Anspruch genommen. Und es wird hohe Zeit für die Radikalen (wenn es nicht gar schon zu spät ist), ihre Ansprüche auf diesem Terrain anzumelden."[2]

An Beispielen dafür, daß diese Ansprüche angemeldet werden, fehlt es nicht – weder in der DDR noch bei uns in der Bundesrepublik. Erinnert sei nur an die in der Weltpresse aufsehenerregende Rede Erich Honeckers vor Ost-Berliner SED-Funktionären vom 15. Februar 1981 in der, nach langer Zeit, zum ersten Male wieder von der Möglichkeit einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten – selbstverständlich auf der Grundlage des Sozialismus – gesprochen wurde.

Wenn man bedenkt, mit welcher Akkuratesse die Kommunisten Stichworte in die politische Diskussion einzuführen pflegen, dann darf man auf eine intensive Auseinandersetzung um die nationale Frage in den kommenden Jahren gefaßt sein.

Der Rahmen dieses Referates verbietet es, auf die Gründe für diese (vermeintliche) Tendenzwende im einzelnen einzugehen. Nur soviel darf sicher bemerkt werden: sie enthält das stillschweigende Eingeständnis, daß die „Nation" – ebenso wie der „Kapitalismus" – ein außerordentlich eigenständiges und zähes Leben führt und als gesellschaftlicher Integrationsfaktor noch immer (!) eine größere Rolle spielt als die marxistische Ideologie. Die Vereinigung der „Proletarier aller Länder" vollzieht sich – nach dem Eingeständnis der Kommunisten – doch nicht so rasch, wie die Verfasser des Kommunistischen Manifestes sich das vorgestellt hatten; und man kann für diese Schwierigkeiten nicht mehr ohne weiteres den „Verrat" der Führer der II. Internationale verantwortlich machen, wie das Lenin noch mit einem gewissen Recht tun konnte. Man denke an das Fortleben nationaler Traditionen im Ostblock: in Polen oder Rumänien, China oder Vietnam, Albanien oder Kambodscha – oder aber an die Sowjetunion selbst.

Probleme der Auseinandersetzung

Die wissenschaftliche – und mehr noch die politische – Auseinandersetzung über das Thema „Nation" stößt in Deutschland seit jeher auf erhebliche Schwierigkeiten gegenseitiger Verständigung. Sie werden im Laufe der kommenden Zeit voraussichtlich eher zu- denn abnehmen.

Diese Schwierigkeiten erklären sich unter anderem daraus, daß wir über eine allseits befriedigende Definition des Begriffes Nation nicht verfügen.

Dabei ist nicht nur an die naturgemäß widersprüchlichen Definitionen sogenannter bürgerlicher und sogenannter sozialistischer Wissenschaftler zu denken. Auch der wissenschaftliche Sozialismus ist gegenwärtig nicht in der Lage, eine verbindliche Definition zu bieten – trotz (oder gerade wegen?!) einiger umfangreicherer Arbeiten zu diesem Problemkreis, die in den letzten Jahren erschienen sind.[3] Jahrzehntelang genügte Stalins berühmte Definition der Nation: Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart. Fehlt nur eines dieser Merkmale, so hört die Nation auf, eine Nation zu sein. Nur das Vorhandensein aller Merkmale zusammen ergibt eine Nation (Nationale Frage und Marxismus, 1914 – vorwiegend gegen den Austromarxismus Otto Bauers). Heute nicht mehr! Allein schon deshalb nicht, um auch in diesem Bereich die allgemeine Entstalinisierung zu dokumentieren. Selbstverständlich aber auch aus sachlichen Gründen.

Alfred Kosing, einer der maßgebenden Experten der DDR zu diesem Thema, registriert auf dem gegenwärtigen Entwicklungsstand der Diskussion „teilwei-

se beträchtliche Unterschiede"; sie beweisen, „daß der wissenschaftliche Meinungsstreit über eine Reihe von Problemen noch nicht abgeschlossen ist." Aber, so fährt Kosing fort: „Auch die beste Definition enthebt uns nicht der Aufgabe, die Nation als eine sozialhistorische Erscheinung möglichst allseitig und gründlich zu untersuchen. Das kann aber nicht in einer Definition geschehen, sondern verlangt die wissenschaftliche Entwicklung und Darstellung."[4] Kosing beruft sich bei dieser Feststellung auf die bekannte Äußerung von Friedrich Engels aus dem sogenannten Anti-Dühring: „Alle Definitionen sind wissenschaftlich von geringem Wert'", eine Äußerung, der auch von nicht-marxistischem Standpunkt zuzustimmen ist. „Wer definiert, der kennt das Schicksal nicht", schreibt Oswald Spengler in seiner Einleitung zum „Untergang des Abendlandes"[5]

Wenn wir uns dem Thema „Karl Marx und die nationale Frage" zuwenden, so können wir also nicht von einem Schema gesicherter Begriffe und Vorstellungen ausgehen, sondern lediglich *sein* Verständnis beschreiben und damit – hoffentlich – einen Beitrag zum Verständnis der gegenwärtigen Diskussion leisten. Nur der Ordnung halber sei erwähnt, daß Friedrich Engels automatisch in die Darstellung einbezogen wird, zumal sich dieser ausführlicher als Marx mit diesen Problemen befaßt hat. Nach herrschender Lehrmeinung ist es ohnehin unmöglich, beide Theoretiker des wissenschaftlichen Sozialismus „voneinander isoliert zu betrachten".[6]

Keine zusammenhängende Darstellung zum Thema Nation bei Marx

Die angedeuteten Probleme der gegenwärtigen Auseinandersetzung um das Thema „Nation" erklärt sich unter anderem daraus, daß wir auf keine zusammenhängende Darstellung der Dioskuren des wissenschaftlichen Sozialismus zurückgreifen können. Das besagt nicht, daß sie sich nicht sehr dezidiert zu diesem Thema geäußert haben.

Einen ersten, zum Verständnis des Themas sehr belangvollen Hinweis finden wir im Kommunistischen Manifest von 1848. Dort heißt es: „Die Bourgeoisie hebt mehr und mehr die Zersplitterung der Produktionsmittel, des Besitzes und der Bevölkerung auf. Sie hat die Bevölkerung agglomeriert, die Produktionsmittel zentralisiert und das Eigentum in wenigen Händen konzentriert. Die notwendige Folge hiervon war die politische Zentralisation. Unabhängige, fast nur verbündete Provinzen mit verschiedenen Interessen, Gesetzen, Regierungen und Zöllen wurden zusammengedrängt in *eine* Nation, *eine* Regierung, *ein* Gesetz, *ein* nationales Klasseninteresse, *eine* Douanenlinie."[7]

In dieser Feststellung spiegelt sich *zunächst* das allgemeine Zeitempfinden in Deutschland nach dem Zusammenschluß der meisten deutschen Staaten zum deutschen Zollverein von 1835 und der Inbetriebnahme der ersten Eisenbahn-

strecken: die Überzeugung, daß technische und wirtschaftliche Sachzwänge *das* bewirken, was die politisch-geistigen Aufbruchbewegungen, wie sie etwa durch das Wartburgfest von 1817 symbolisiert werden, nicht vermochten – die Überwindung der feudalen Gesellschaftsstruktur und der föderalistischen Zersplitterung Deutschlands. Als ein Beispiel für ungezählte andere sei an das Gedicht „Der deutsche Zollverein" von Hoffmann von Fallersleben erinnert:

> „Schwefelhölzer, Fenchel, Bricken,
> Kühe, Käse, Krapp, Papier,
> Schinken, Scheren, Stiefel, Wicken,
> ...
> Und ihr andern deutschen Sachen,
> Tausend Dank sei euch gebracht!
> Was kein Geist je konnte machen,
> Ei, das habet ihr gemacht:
> Denn ihr habt ein Band gewunden
> Um das deutsche Vaterland,
> Und die Herzen hat verbunden
> Mehr als unser Bund dies Band.

Mit dieser scheinbaren Übereinstimmung zum allgemeinen Zeitempfinden verbindet sich allerdings eine sehr wichtige Deutung des Motivs für das nationale Engagement: es sind die *ökonomischen* Bedingungen, die zur Bildung größerer Wirtschaftsräume – und das hieß damals: zur Bildung von Nationalstaaten – drängen.

Wenn also Bourgeoisie, Bildungs- und Kleinbürgertum, Bauern und Arbeiter gemeinsam für *nationale* Interessen eintraten, so geschah dies nicht in einem *gemeinsamen* Interesse, sondern im *Klasseninteresse* der Bourgeoisie – und damit auf lange Sicht zur Verschärfung der Klassengegensätze.

Es sollte also kein Zweifel bestehen, daß die Bourgeoisie ihre „aparten Interessen" hinter einer nationalen Phraseologie verbirgt.

Dennoch spielt die Bourgeoisie in dieser Phase der Entwicklung eine ausgesprochene progressive Rolle und sollte deshalb *vorübergehend* akzeptiert werden.

Friedrich Engels begründet dies wie folgt: „Wir können uns sogar eines ironischen Lächelns nicht erwehren, wenn wir sehen, mit welchem schrecklichen Ernst, mit welcher pathetischen Begeisterung fast überall die Bourgeois ihren Zwecken nachstreben. Die Herren glauben wirklich, sie arbeiteten für sich selbst. Sie sind beschränkt genug, zu glauben, daß mit ihrem Siege die Welt ihre definitive Gestaltung bekomme. (Gerade auch im Blick auf die Nationen – wir hätten so die eingangs vermißte „Definition", K. M.). Und doch

ist nichts augenscheinlicher, als daß sie nur uns, den Demokraten und Kommunisten, überall den Weg bahnen, als daß sie höchstens einige Jahre unruhigen Genusses erobern werden, um alsdann sofort wieder gestürzt zu werden. ... Kämpft also nur mutig fort, ihr genädigen Herren vom Kapital! Wir haben euch vorderhand nötig, wir haben sogar hie und da eure Herrschaft nötig. Ihr müßt uns die Reste des Mittelalters und die absolute Monarchie aus dem Wege schaffen, ihr müßt den Patriarchalismus vernichten, ihr müßt zentralisieren, ihr müßt alle mehr oder weniger besitzlosen Klassen in wirkliche Proletarier, in Rekruten für uns verwandeln, ihr müßt uns durch eure Fabriken und Handelsverbindungen die Grundlage der materiellen Mittel liefern, deren das Proletariat zu seiner Befreiung bedarf. Ihr sollt Gesetze diktieren, ihr sollt euch sonnen im Glanze der von euch geschaffenen Majestät, ihr sollt bankettieren im königlichen Saal und die schöne Königstochter freien ... aber vergeßt nicht, ‚der Henker steht vor der Türe'."[8]

Marx und Engels verstehen die Nation also als eine gesetzmäßig-zwangsläufige *Entwicklungsform* der Gesellschaft, die im wesentlichen durch die ökonomischen Interessen der Bourgeoisie bestimmt wird.

Daraus folgt, daß die Bedingungen, die zur *Bildung* der Nation führen, letztlich auch zu ihrem Untergang führen – *einmal* dadurch, daß die Bourgeoisie in allen Ländern ihre eigenen Totengräber erzeugt, die sich im Kampf gegen die Ausbeuterklassen vereinen und damit die nationalen Grenzen überspringen; *zum anderen* dadurch, daß die Bourgeoisie ihrerseits über die nationalen Grenzen der Wirtschaft hinausdrängt und zu internationalen Wirtschaftssystemen gezwungen wird.

Anknüpfung an Hegel

Mit der Vorstellung, daß die Nation eine dialektisch-gesetzmäßige Entwicklungsform der Gesellschaft sei, haben Marx und Engels direkt an Hegel angeknüpft, ihn aber materialistisch weiterentwickelt.

Hegel hatte die Nationen seinerseits als eine „besondere Entwicklungsstufe des Volksgeistes" verstanden und dazu erklärt: „Der Geist eines Volkes ist also zu betrachten als die Entwicklung des Prinzips, das in die Form eines dunklen Triebes eingehüllt ist, der sich herausarbeitet, sich objektiv zu machen strebt."[9]

Aus der Auffassung einer gesetzmäßigen – in diesem Falle ökonomisch bedingten – Entwicklung der Nation resultieren zumindest drei politische Konsequenzen, die von Marx und Engels auch sehr deutlich formuliert und beachtet wurden:

1. Alles politisch-gesellschaftliche Handeln unterliegt nicht menschlicher Freiheit, sondern hat der „Einsicht in die Notwendigkeit" zu folgen;

2. Klassen oder Nationen, die sich dieser „Einsicht in die Notwendigkeit" entziehen, müssen dazu gezwungen werden.
3. Dies ist nach allen geschichtlichen Erfahrungen nicht möglich durch „Phrasen und fromme Wünsche" – sondern „allein durch gründliche Revolutionen und blutige Kämpfe,... nicht auf dem Papier, sondern auf dem Schlachtfeld".

Alle Theorien, Programme und politischen Bestrebungen, die dem Gedanken einer gesetzmäßigen Entwicklung nicht folgten, oder ihn gar bekämpften, wurden und werden prinzipiell kompromißlos abgelehnt und in den Bereich der „schmutzigen, entnervenden Literatur" verbannt.

Der Weg zum Ziel der Geschichte – der klassenlosen Gesellschaft – führt nach Marx also nicht an den Nationen vorbei, sondern durch die Nationen hindurch – und zwar durch die bewußte Ausprägung *fortschrittlicher* Nationen, die sich gegenüber *reaktionären* Nationen – in Analogie zum Klassenkampf – durchzusetzen und damit dem geschichtlichen Fortschritt zu dienen haben.

„Fortschrittliche" und „reaktionäre" Nationen

Aus Gründen, die keiner näheren Erläuterung bedürfen, ist es heute weithin unbekannt, daß Marx und Engels diese Scheidung vorgenommen haben. Auch darin knüpften sie direkt an Hegel an, der in den „Grundlinien der Philosophie des Rechts" formuliert hatte:

„Dem Volke, dem solches Moment als natürliches Prinzip zukommt (gegenwärtige Entwicklungsstufe des Weltgeistes zu sein, K. M.), ist die Vollstrekkung desselben in dem Fortgange des sich entwickelnden Selbstbewußtsein des Weltgeistes überlegen. Dieses Volk ist in der Weltgeschichte, für diese Epoche – und es kann nur einmal Epoche machen – das *herrschende*.

Gegen dieses sein absolutes Recht, Träger der gegenwärtigen Entwicklungsstufe des Weltgeistes zu sein, sind die anderen Völker rechtlos, sind sie wie die, deren Epoche vorbei ist, zählen nicht mehr in der Weltgeschichte" (§ 347).

Als entscheidendes Merkmal der Zuordnung zu den „fortschrittlichen" oder „reaktionären" Völkern zählten für Marx und Engels die Bereitschaft einer Nation zur Revolution beziehungsweise die Bereitschaft zum Zusammenschluß mit anderen Nationen zur Bildung größerer Wirtschaftsräume. „Ein einziger mutiger demokratischer Revolutionsversuch" reichte schon aus, um zu den fortschrittlichen Völkern gerechnet zu werden; denn „selbst wenn er erstickt wird, löscht er im Gedächtnis der Völker ganze Jahrhunderte der Infamie und Feigheit aus, rehabilitiert auf der Stelle eine noch so tief verachtete Nation".[10]

Andererseits kann eine bislang „fortschrittliche" Nation ihre führende Rolle im Prozeß des geschichtlichen Fortschritts verlieren, wenn sie sich der „Konterrevolution" ausliefert, wie Frankreich Louis Napoleon nach dessen Staatsstreich von 1851. Dann „genügt es nicht zu sagen, wie die Franzosen tun, daß ihre Nation überrascht worden sei. Einer Nation und einer Frau wird die unbewachte Stunde nicht verziehen, worin der erste beste Abenteurer ihnen Gewalt antun konnte".[11]

Nach Maßgabe dieser, hier nur knapp angedeuteten Unterscheidungsmerkmale rechneten Max und Engels zu den „reaktionären" Nationen unter anderem:

Die Schweizer: „... ein grenzenlos aufgeblasenes Volk von vorsindflutlichen Alpenhirten, vernagelten Bauern und schmutzigen Spießbürgern, ... arm, aber rein von Sitten, dumm, aber fromm und wohlgefällig vor dem Herrn, brutal, breit von Schultern, wenig Gehirn, aber viel Wade".[12]

Die Norweger: „... eine brutale, schmutzige, seeräuberische, altnordische Nationalität, ... in der sich die christlich-germanische Barbarei in ihrer ursprünglichen Gestalt beinahe bis auf's Eichelfressen erhalten hat".[13]

Die Dänen: „ein Volk, das in der unbeschränktesten kommerziellen, industriellen, politischen und literarischen Abhängigkeit von Deutschland steht" und das eben *deshalb* immerhin als „halbwegs zivilisiert" zu beurteilen ist.[14]

Die Polen: die „nie etwas anderes in der Geschichte getan (haben), als tapfere krakeelsüchtige Dummheiten gespielt. Auch nicht ein einziger Moment ist anzugeben, wo Polen, selbst nur gegen Rußland, den Fortschritt mit Erfolg repräsentiert oder irgendetwas von historischer Bedeutung tat".[15]

Die Tschechen: die durch ihr „konterrevolutionäres" Verhalten während der europäischen Revolutionsbewegung 1848/49 ihre bisherige reaktionäre Rolle im Laufe der Geschichte bestätigt haben, denn „sie küßten die Rute, die sie bis aufs Blut gezüchtigt, sie schworen begeistert zu der Fahne (Habsburgs, d. Verf.), unter der ihre Brüder niedergemetzelt, ihre Weiber geschändet worden waren".[16]

Alle Balkanvölker: die unfähig zum Aufbau einer eigenen staatlichen Ordnung und zu ihrer Verteidigung sind. „Was wäre aus diesen zersplitterten kleinen Natiönchen, die eine so erbärmliche Rolle in der Geschichte gespielt haben, was wäre aus ihnen geworden, wenn sie nicht von Magyaren und Deutschen zusammengehalten und gegen die Heere Solimans geführt worden wären, wenn nicht ihre sogenannten ‚Unterdrücker' die Schlachten entschieden hätten, die zur Verteidigung dieser schwachen Völkerschaften geschlagen wurden!"[17]

Diesen kleinen (und meist nur deshalb, wegen der Bewahrung ihrer Eigenart, reaktionären) Nationen ist selbstverständlich jedes Recht bestritten worden, Ansprüche gegenüber größeren, den geschichtlichen Fortschritt repräsentierenden Nationen geltend zu machen.

In diesem Zusammenhang sind sehr harte Urteile gegen polnische Ansprüche aus preußisch-deutsche Gebiete gefallen. In einer Artikelserie der „New York Daily Tribune" im Jahre 1852 fragten Marx und Engels, ob es im Interesse der Zivilisation liegen könne, „ganze Landstriche, hauptsächlich von Deutschen bewohnt, große, völlig deutsche Städte einem Volke (zu) überlassen, daß bisher noch nicht bewiesen hat, daß es fähig ist, sich über einen auf bäuerlicher Leibeigenschaft beruhenden Feudalzustand hinaus zu entwikkeln"?[18]

Mehr noch: „Diese slawischen Gebietsstrecken sind vollständig germanisiert; die Sache ist abgemacht und läßt sich nicht redressieren, es sei denn, daß die Panslawisten die verlorengegangene sorbische, obotritische und wendische Sprache wieder auffänden und den Leipzigern, Berlinern und Stettinern aufzwängen. Daß diese Eroberung aber im Interesse der Zivilisation lag, ist bisher noch nie bestritten worden."[19]

An anderer Stelle heißt es gar, daß die „Zivilisierung der slawischen Völker" im Zuge der Germanisierung Osteuropas zu den „besten und anerkennenswertesten Taten" gehört, deren sich unser deutsches Volk in der Geschichte rühmen kann.[20]

Mit der nach 1945 systematisch gepflegten Legende eines schnurgeraden Irrweges der deutschen Geschichte seit dem Reformationszeitalter sind diese Urteile verständlicherweise nur schwer in Einklang zu bringen.

Um möglicherweise noch immer bestehende Mißverständnisse auszuräumen, sei auf die Beurteilung des Krieges der USA gegen Mexiko (1845–48) durch Marx und Engels verwiesen. Sie belegt, welches Recht einem wirtschaftlich aufstrebenden Staat gegenüber einem „rückständigen" Staat zugestanden wurde. Die USA hatten durch diesen Krieg Kalifornien annektiert und damit „die von der Natur gezogenen Grenzen aus ‚geographischen, kommerziellen und strategischen Notwendigkeiten' um einige hundert Meilen weiter südlich" verlegt.[21] Gewiß habe dieser „Eroberungskrieg" einer auf „Gerechtigkeit und Menschlichkeit gestützten Theorie einen argen Stoß" versetzt, was jedoch nicht darüber hinwegtäuschen dürfe, daß er trotzdem „einzig und allein im Interesse der Zivilisation"[22] geführt worden sei.

„Oder ist es etwa ein Unglück, daß das herrliche Kalifornien den faulen Mexikanern entrissen ist, die nichts damit zu machen wußten? Daß die energischen Yankees durch die rasche Ausbeutung der dortigen Goldminen die Zirkulationsmittel vermehren, an der gelegensten Küste des stillen Meeres in

wenigen Jahren eine dichte Bevölkerung und einen ausgedehnten Handel konzentrieren, große Städte schaffen, Dampfschiffsverbindungen eröffnen, den Stillen Ozean erst eigentlich der Zivilisation eröffnen, und zum dritten Mal in der Geschichte dem Welthandel eine neue Richtung geben werden?
Die ‚Unabhängigkeit' einiger spanischer Kalifornier und Texaner mag darunter leiden, die ‚Gerechtigkeit' und andre moralische Grundsätze mögen hie und da verletzt sein; aber was gilt das gegen solche weltgeschichtliche Tatsachen?"[23]

Die ebenso eindeutigen wie in sich schlüssigen Argumente zur Rechtfertigung dieses Eroberungskrieges der „energischen Yankees" gegen die „faulen Mexikaner" bedürfen keiner Interpretationen, sofern man sich über die Folgerichtigkeit des Denkansatzes Marx' und Engels' für die politische Praxis in klaren ist. Und wer möchte bestreiten, daß die „Yankees" – unter anderem durch diesen Krieg – nicht einen die moderne Geschichte bestimmenden Beitrag zur Entwicklung der Weltwirtschaft geleistet hätten?

In der Konsequenz dieses Denkens liegt es, daß nationale Minderheiten, die sich dem beschriebenen Entwicklungsprozeß dauernd widersetzen, als „Völkerabfälle" verstanden werden, die im Namen des Fortschritts notfalls „bis auf ihren Namen zu vernichten" sind. Denn „diese Reste einer von dem Gang der Geschichte, wie Hegel sagt, unbarmherzig zertretenen Nation, diese Völkerabfälle werden jedesmal und bleiben bis zu ihrer gänzlichen Vertilgung oder Entnationalisierung die fanatischen Träger der Konterrevolution, wie ihre ganze Existenz überhaupt schon ein Protest gegen eine große geschichtliche Revolution ist. ... Sie haben zunächst die Mission, im revolutionären Weltsturm unterzugehen".[24]

Zu diesen „Völkerabfällen" – man bedenke diese Wortschöpfung! – wurden unter anderem die Gälen in Schottland, die Bretonen in Frankreich und die Basken in Spanien gerechnet.

Nur beiläufig soll in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß von diesen Aussagen manche Fragen an die Legende von Humanismus des jungen Marx und Engels fällt, der angeblich erst später – durch Lenin, manche sagen erst durch Stalin – zu politischer Entartung führte. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen fällt es schwer, die Nationalitätenpolitik Stalins in der Sowjetunion, nach dem zweiten Weltkrieg in Osteuropa als „Pervertierung" einer im Ansatz humanistischen Ideologie zu verstehen.

Im Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED ist man sich der Problematik dieser Aussagen zum Thema Sozialismus und Nation auch vollauf bewußt.

Im Vorwort zum 6. Band der von diesem Institut besorgten Marx-Engels-Werke wird immerhin eingeräumt, daß Engels „einige irrige Thesen" zur

nationalen Frage vertreten habe, die durch die Geschichte widerlegt worden seien (zum Beispiel durch die Entwicklung auf dem Balkan).

Marx und Engels zur Reichseinigung durch „Blut und Eisen"

Vor dem Hintergrund der bisherigen Darstellung dürfte es kaum noch überraschen, daß Marx und Engels die Politik Bismarcks vollauf bejaht haben und jeder Kritik von liberaler oder sozialistischer Seite entschieden widersprachen. Gewiß war es auch für Marx und Engels „eklig, aber nicht zu ändern", daß diese Politik der nationalstaatlichen Einigung von „Lehmann (Spitzname für Wilhelm I., K. M.), Bismarck und Co. getrieben wurde und ihnen zu augenblicklicher Gloire dienen mußte. Darum aber den Anti-Bismarckismus zum alleinleitenden Prinzip zu erheben, wäre absurd. Er schafft uns reineren Bord als vorher. ... Überhaupt, à la Liebknecht die ganze Geschichte sei 1866 rückgängig machen wollen, weil sie ihm nicht gefällt, ist Blödsinn. Aber wir kennen ja unsere Mustersüddeutschen. Mit diesen Narren ist nichts anzustellen".[25]

In ausführlichen Arbeiten haben Marx und Engels das Versagen des liberalen Bürgertums angeprangert, das zwar von der Notwendigkeit einer nationalen Einheit überzeugt war und dafür politisch auch eintrat, das aber unfähig war, wie die Revolution von 1848/49 bewiesen hatte, dieses politische Ziel zu erreichen.

Und warum? Weil die politischen Führungsschichten Deutschlands „sich im Luftreich des politischen Traumes, im Reiche des Wesens bewegten und eben deshalb keinen Sinn für die geschichtlich notwendigen Realitäten besaßen".[26]

Die geschichtlichen Realitäten werden jedoch – nach Marx und Engels – nur durch „zwei entscheidende Mächte (bestimmt): die organisierte Staatsgewalt, die Armee, und die unorganisierte elementare Gewalt der Volksmassen". Da die letztere sich auf den „Barrikaden von Berlin und Wien" nicht durchzusetzen vermochte, blieb zur Lösung der deutschen Frage eben nur die „Revolution von oben", wie Marx und Engels die Reichsgründung beurteilten.

Diese „Revolution" – wie alle Revolutionen – war nicht anders als mit Gewalt, „mit Blut und Eisen", wie Bismarck sagte, „mit der Bereitschaft zum Stoß ins Herz", wie Marx und Engels sagten, durchzuführen. Nur „der Philister verschiedener Länder" konnte über derartige Notwendigkeiten entrüstet sein, aber eben ganz zu Unrecht: „À la guerre comme à la guerre".[27]

Ebensowenig, wie Marx und Engels die gewaltsame Lösung der deutschen Frage durch Bismarck zu kritisieren gedachten, erwarteten sie einen sofortigen Übergang zur parlamentarischen Demokratie. Sie widersprachen damit

den Erwartungen des „liberalen Lausepacks" in Deutschland und Frankreich. „Ein sofortiger Übergang zur parlamentarischen Regierung mit der entscheidenden Macht im Reichstag (wie im englischen Unterhaus) war weder möglich noch selbst augenblicklich ratsam; die Diktatur Bismarcks in parlamentarischen Formen mußte ihm selbst als zunächst noch notwendig erscheinen; wir nehmen ihm keineswegs übel, daß er sie zunächst bestehen ließ, wir fragen bloß, wozu sie zu gebrauchen war."[28] Und noch 1893, also kurz vor seinem Tode, verwahrte sich Engels in einem Brief an französische Sozialisten gegen die Vorstellung einer „Befreiung der armen Untertanen in den Monarchien durch die edelmütigen französischen Republikaner".[29]
Damit ist keinerlei Korrektur ihrer Überzeugung von der Notwendigkeit des Klassenkampfes angedeutet, und selbstverständlich waren Marx und Engels weit entfernt, im „Interesse deutscher Nationalvorurteile" aufzutreten.[30] Aber dieser Kampf machte sie nicht blind für fortschrittliche Traditionen in der deutschen Geschichte. Sie stellte sich für sie keineswegs als eine einzige Kette von Verhängnis und Schuld dar, wie sie uns seit dem Ende des zweiten Weltkrieges zur Erklärung der deutschen Katastrophe von 1945 in immer neuen Varianten veranschaulicht wird. In der DDR ist man dementsprechend *in dieser Hinsicht* (!) intensiver um eine Darstellung der Geschichte unserer Nation bemüht als bei uns in der Bundesrepublik (wobei selbstverständlich die unterschiedlichen Mechanismen im Prozeß der Urteils- und Willensbildung bedacht werden müssen). Die unbestreitbare Tatsache, daß dies in der ideologischen Absicht der Ausbildung eines DDR-spezifischen Staatsbewußtseins geschieht, darf uns nicht hindern, die Ergebnisse dieser Forschungen sehr sorgsam anzueignen, zumindest im Sinne der Auseinandersetzung.

Anmerkungen:

1 Iring Fetscher: Die Suche nach der nationalen Identität. In: Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit", Hrsg. v. Jürgen Habermas, 1979, Bd. 1, S. 130

2 Christopher Lasch: Der konservative „Rückschlag" und der kulturelle Bürgerkrieg. In: Concilium. Internationale Zeitschrift für Theologie. 1981, Heft 1, S. 12

3 Alfred Kosing: Nation in Geschichte und Gegenwart. Berlin (Ost) 1976. In diesem Band auch die – teilweise sehr kritische – Auseinandersetzung (S. 40 ff.) mit:
T. J. Burmistrowa: Theorie der sozialistischen Nation. Leningrad 1970.
S. T. Kaltachtschjan: Der Leninismus über das Wesen der Nation und über den Weg zur Bildung der internationalen Gemeinschaft der Menschen. Moskau 1969.
G. J. Gleserman: Klassen und Nation. Berlin (Ost) 1974.
Der Leninismus und die nationale Frage in der Gegenwart. Hrsg. von einem Autorenkollektiv. Moskau 1972, Berlin (Ost) 1974.

4 Vgl. Anm. 3, ebenda, S. 116
5 Oswald Spengler: Der Untergang des Abendlandes. Vorwort zur 33.-47. Aufl. 1922.
6 Vorwort des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED zu Band 27 der von diesem Institut betreuten Marx-Engels-Werke (MEW), S. XXXIII
7 MEW, Bd. 4, S. 466 f.
8 Friedrich Engels: Die Bewegung von 1847. In: MEW, Bd. 4, S. 502 f. Das im Schlußsatz verwendete Bild ist Heinrich Heines Romanze „Ritter Olaf" entnommen.
9 G. W. F. Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte. Bd. 1, Leipzig 1944 S. 42
10 Karl Marx/Friedrich Engels: Der demokratische Panslawismus. Neue Rheinische Zeitung v. 15.2.1849. In: MEW, Bd. 6, S. 281
11 Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. 1852. In: MEW, Bd. 8, S. 119 f.
12 Friedrich Engels: Die Schweizer Presse. Neue Rheinische Zeitung v. 17.1.1849. In: MEW, Bd. 6, S. 177, und
Ders.: Der Schweizer Bürgerkrieg. Deutsch-Brüsseler Zeitung v. 14.11.1847. In: MEW, Bd. 4, S. 393
13 Friedrich Engels: Der dänisch-preußische Waffenstillstand. Neue Rheinische Zeitung v. 10.9.1848. In: MEW, Bd. 5, S. 394 und
Ders.: Der Schweizer Bürgerkrieg (vgl. Anm. 12), ebenda, S. 391.
14 Friedrich Engels: Der dänisch-preußische Waffenstillstand (vgl. Anm. 13), ebenda
15 Friedrich Engels und Karl Marx am 23.5.1851. In: MEW, Bd. 27, S. 266. Das Urteil über die Rolle der Polen in der Geschichte war – auch unter Berücksichtigung der sog. revolutionären Dialektik – erheblichen Schwankungen unterworfen! Noch während der Revolution von 1848/49 ist die revolutionäre Rolle Polens von den Dioskuren des modernen Sozialismus gewürdigt worden. Die Wendung „noch nie" ist also nicht konsequent.
16 Vgl. Anm. 10, ebenda, S. 282
17 Vgl. Anm. 10, ebenda, S. 278
18 Friedrich Engels: Revolution und Konterrevolution in Deutschland. (Artikelserie in der New York Daily Tribune, 1852, die zwar von Engels verfaßt, aber unter dem Namen Marx veröffentlicht wurde). In: MEW, Bd. 8, S. 51
19 Vgl. Anm. 10, ebenda, S. 277 f.
20 Vgl. Anm. 10, ebenda, S. 279
21 Vgl. Anm. 10, ebenda, S. 273
22 Ebenda
23 Ebenda
24 Karl Marx/Friedrich Engels: Der magyarische Kampf. Neue Rheinische Zeitung v. 13.1.1849. In: MEW, Bd. 6, S. 168 u. 172
25 Friedrich Engels an Karl Marx am 15.8.1870. In: MEW, Bd. 33, S. 40
26 Karl Marx/Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie. 1846. In: MEW, Bd. 3, S. 37
27 Friedrich Engels: Die Rolle der Gewalt in der Geschichte. 1888. In: MEW, Bd. 21, S. 432
28 Ebenda, S. 453
29 Friedrich Engels an Paul Lafargue am 27.6.1893. In: MEW, Bd. 39, S. 90
30 Vgl. Anm. 10, ebenda, S. 280

KARL MARX UND DIE DIKTATUR IN DER DDR

I. Die Fragestellung

Die „Deutsche Demokratische Republik" ist nicht demokratisch, wenn Demokratie etwas mit Legitimation der Staatsgewalt durch das Volk zu tun hat, ist nicht demokratisch, wenn Wahlen als Voraussetzungen für eine Demokratie angesehen werden. Dort gibt es keine Wahlen, nur Veranstaltungen, die, um Demokratie vorzutäuschen, die Bezeichnung Wahlen tragen. Bei den „Wahlen" gibt es nichts zu wählen, auszuwählen. Es bleibt den Bewohnern der DDR nicht einmal die Alternative, dem Geßler-Hut „Wahlen" die Reverenz zu erweisen oder dem Spektakulum fernzubleiben. Es besteht nämlich Wahlpflicht, was sich bei uns noch nicht überall herumgesprochen hat.

Im Lehrbuch des Staatsrechts der DDR heißt es: „Die Wahrnehmung des in der Verfassung verankerten Grundrechts auf Mitbestimmung und Mitgestaltung durch aktive Teilnahme an der Wahlbewegung ist Wahlgrundsatz und eine hohe moralische Pflicht der Bürger."[1] (Welche Folgen die Verletzung „hoher moralischer Pflichten" in einem totalitären Staat hat, braucht hier nicht weiter ausgeführt zu werden.)

Aus einer geheimen Meinungsumfrage der französischen Wochenzeitschrift „Paris Match" in Polen geht hervor, daß nur drei Prozent der Bevölkerung den Kommunisten bei echten Wahlen ihre Stimme gäben.[2] Wieviele wären es in der DDR? Wir wissen es nicht, und ich möchte mich auch nicht in vage Schätzungen versteigen. Auf 99,86 Prozent brächte es die von der SED gestaltete Einheitsliste sicherlich nicht.

Ein SED-Funktionär würde die eben skizzierten Unterschiede zwischen hier und dort im wesentlichen anerkennen, insbesondere würde er unter Berufung auf Art. 1 der DDR-Verfassung betonen, daß die SED ihre Führungsfunktion nicht aufs Spiel setzen darf. Sinngemäß oder ausdrücklich Lenin zitierend würde er jedoch hinzufügen, die sozialistische Staatsmacht sei gleichwohl „millionenfach demokratischer als jede bürgerliche Demokratie, ... als die demokratischste bürgerliche Republik".[3]

Die DDR nennt, anders als die Sowjetunion, ihre „sozialistische Demokratie" nach wie vor eine Diktatur, eine „Diktatur des Proletariats". Daß eine Diktatur keinen Pluralismus, keine politische Opposition dulde, sei doch

wohl selbstverständlich. Aber es sei kein Geringerer als Marx gewesen, der die „Diktatur des Proletariats" als unausweichlich vorausgesagt habe.

Dazu zwei amtliche DDR-Äußerungen: „Die gemeinsame Kandidatenliste der Nationalen Front war von Anfang an das Ziel wütender Ausfälle der von der westdeutschen Monopolbourgeoisie gesteuerten reaktionären Kräfte. Sie versuchen, mit den Forderungen nach pluralistischer Gesellschaftskonzeption und einer angeblich der Demokratie wesenseigenen ‚Opposition' politischen Spielraum für antisozialistische, konterrevolutionäre Kräfte zu eröffnen und auf diese Weise den Charakter der Staats- und Gesellschaftsordnung in der DDR zu verändern."[4]

„Die Verankerung der politischen Machtverhältnisse in der Verfassung ist Ausdruck und Konsequenz der marxistisch-leninistischen Staatsauffassung, die nachweist, daß die Diktatur des Proletariats eine objektive Notwendigkeit ist. Die schöpferische Anwendung dieser marxistisch-leninistischen Lehre, deren Richtigkeit durch die Praxis des sozialistischen Aufbaus in der DDR wie in den anderen sozialistischen Staaten überzeugend bewiesen wurde, findet ihren Niederschlag in Art. 1 der Verfassung..."[5]

Aber, so lautet die Frage: Beruft sich die DDR bei der Propagierung ihres Systems, ihrer Diktatur, zu Recht auch auf Marx? Das wird von Vertretern des demokratischen Sozialismus wie Karl Kautsky und Wolfgang Leonhard bestritten. In der Einleitung zu Karl Kautsky „Über Sozialdemokratie und Kommunismus" heißt es aus der Feder von Sidney Hook: „Diese Auswahl von Aufsätzen mag in gewissem Sinne als Karl Kautskys politisches Testament angesehen werden. Kurz vor seinem Tode im Exil und doch mit ungetrübtem Glauben an die Ideale des demokratischen Sozialismus geschrieben, sind sie das Destillat eines in einem ganzen Menschenleben angesammelten Wissens um einen Gegenstand, der für unsere Ära von entscheidender Bedeutung ist – um den Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus. Unter Sozialismus verstehen wir die Sozialphilosophie einer demokratisch geplanten Gesellschaft, wie sie in den Schriften von Marx und Engels in angemessener, jedoch nicht endgültiger Form Ausdruck gefunden hat, sowie die Tätigkeit politischer Gruppen, die dieser Philosophie wahrhaft ergeben sind. Unter Kommunismus verstehen wir die Theorie und Praxis des sozialen und politischen Systems der Sowjetunion und seines Anhängsels, der internationalen kommunistischen Bewegung."[6]

Leonhard: „Darüber hinaus haben Marx und Engels dem Begriff ‚Diktatur des Proletariats' einen völlig anderen Sinn und eine andere Bedeutung beigemessen, als dies heute in der Sowjetideologie geschieht."[7]

II. Was heißt „Diktatur des Proletariats" nach Marx (und Engels)?

1. Das verbale Bekenntnis zur Diktatur

In der umfangreichen literarischen Hinterlassenschaft von Marx und Engels wird die Wortkombination „Diktatur des Proletariats" nur selten benutzt. Zuerst, 1850, begegnet uns „Diktatur der *Arbeiterklasse*".[8] Wenig später heißt es: „Die Klassendiktatur des Proletariats" sei ein „notwendiger Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt".[9]
In einem sehr aufschlußreichen Brief schreibt Marx 1852: „Was ich neu tat war 1. nachzuweisen ..., daß der Klassenkampf notwendig zur *Diktatur des Proletariats* führt; ... 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur *Aufhebung aller Klassen* und zu einer *klassenlosen Gesellschaft bildet*."[10]
20 Jahre lang wird dann der Ausdruck in schriftlichen Äußerungen offenbar nicht mehr verwendet. Aber, wie Leonhard[11], daraus zu schließen, Marx und Engels hätten den Begriff während dieser Zeit nicht verwendet, ist nicht möglich. Eine Äußerung Engels aus dem Jahre 1872 läßt sogar das Gegenteil vermuten. Denn er schreibt: „Ebenso haben die sogenannten Blanquisten ... die Anschauung des deutschen wissenschaftlichen Sozialismus von der Notwendigkeit der politischen Aktion des Proletariats und seiner Diktatur als Übergang zur Abschaffung der Klassen und, mit ihnen, des Staates – wie solche bereits im ‚Kommunistischen Manifest' und seitdem unzählige Male ausgesprochen worden"[12], proklamiert. In seinem Brief vom 4. September 1872 schreibt Eugène Vermersch: „Im Abstand von einer halben Stunde gab er (Marx) dann auch die beiden folgenden charakteristischen Sätze von sich, von denen ich glauben möchte, daß sie für sein politisches Vorgehen bezeichnend sind: ‚Die proletarische Diktatur ist ein notwendiges historisches Durchgangsstadium der Geschichte! ...'"[13]
1875 ist es dann Marx, der mit größter Selbstverständlichkeit den Gedanken erneut ausspricht: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, in der der Staat nichts andres sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats*."[14]
Das ist offenbar die letzte einschlägige, uns überlieferte Äußerung von Marx. Sechzehn Jahre später und acht Jahre nach Marx' Tod erfahren wir von Engels: „Der deutsche Philister ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nun gut, ihr Herren, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats."[15] Dieses Zitat stammt aus der „Einleitung zu Marx' ‚Bürgerkrieg in Frankreich'". In letzterem heißt es unter

anderem: „Die Kommune bildet sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten."[16]
Abschließend noch folgende Stelle, die Engels wenig später verfaßte: „Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsre Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat."[17] Das sind alle mir bekannten einschlägigen Zitate von Marx und Engels. Kann damit die gestellte Frage beantwortet werden?

2. Die Argumentation Kautskys und Leonhards
Kautsky und Leonhard geben eine nähere Begründung, warum sie mit einem entschiedenen Ja antworten.
Kautsky: „Daß dieser Ausdruck (Diktatur des Proletariats) keineswegs die Verwerfung der Demokratie, noch auch den Anspruch auf die absolute Macht im Staate bedeuten sollte, geht schon allein aus der Tatsache klar hervor, daß Marx in eben demselben Schreiben ‚die demokratische Republik' als die Regierungsform bezeichnete, in deren Rahmen ‚der Klassenkampf definitiv auszufechten ist'."[18]
Im Zusammenhang gelesen ist die von Kautsky zitierte Stelle – wie nahezu jeder Satz der Marxschen „Kritik des Gothaer Programms" – eine heftige Schelte der Verfasser des „verwerflichen und die Partei demoralisierenden Programms" der SPD, das nichts tauge.[19]
Die Stelle lautet: „*Selbst die vulgäre Demokratie*, die in der demokratischen Republik das Tausendjährige Reich sieht und keine Ahnung davon hat, daß gerade in dieser letzten Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft der Klassenkampf definitiv auszufechten ist – selbst sie steht noch berghoch über solcher Art Demokratentum innerhalb der Grenzen des polizeilich Erlaubten und logisch Unerlaubten."[20]
Das ist kein Bekenntnis zur bürgerlichen Demokratie, eher ihr vorweggenommener Grabgesang. Die demokratische Republik ist für Marx die letzte Staatsform *der bürgerlichen Gesellschaft*. Die sozialistische Gesellschaft während der Diktatur des Proletariats ist der bürgerlichen Gesellschaft wesensfremd, und entsprechend offenbar das demokratische Element. Kautsky zitiert noch eine weitere Stelle, die aber nur zum Ausdruck bringt, daß Marx kein Anbeter eines starken, viele Generationen überdauernden Staates gewesen ist.[21]
Ob für die Übergangszeit eine despotische Diktatur notwendig sei, kann daraus nicht beantwortet werden.
Wertvoll im Sinne Kautskys ist meines Erachtens nur jenes seiner Zitate, wonach, wie Engels sich ausdrückt, unsere Partei unter der Form der demokrati-

schen Republik zur Herrschaft kommen kann, was „die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats" sei. Eindeutig sind auch diese Worte nicht. Der Schwerpunkt liegt auf Republik. Für ihn ist es „undenkbar, daß unsere besten Leute unter einem Kaiser Minister werden sollten".[22]

Noch weit wichtiger aber scheint mir folgender Gesichtspunkt: Die Äußerung datiert aus dem Jahre 1891, wurde also, wie schon erwähnt, acht Jahre nach Marx' Tod gemacht. Nun ist es unbestreitbar, daß Engels den toten Marx an mehreren wichtigen Stellen korrigiert hat (zum Beispiel bezüglich Menschheitsgeschichte als Geschichte von Klassenkämpfen). Engels' geistiges Testament, wenige Monate vor seinem Tode verfaßt, besteht weitestgehend in Selbstkritik an früher gemeinsam vertretenen Ansichten. Da heißt es mehrmals, wörtlich fast übereinstimmend: „Die Geschichte hat uns und allen, die ähnlich dachten, Unrecht gegeben."[23] Und dann die geradezu klassische Stelle: „Die Ironie der Weltgeschichte stellt alles auf den Kopf. Wir, die ‚Revolutionäre', die ‚Umstürzler', wir gedeihen weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz. Die Ordnungsparteien, wie sie sich nennen, gehen zugrunde an dem von ihnen selbst geschaffenen gesetzlichen Zustand. Sie rufen verzweifelt ... ‚die Gesetzlichkeit ist unser Tod', während wir bei dieser Gesetzlichkeit pralle Muskeln und rote Backen bekommen und aussehen wie das ewige Leben."[24]

Das ist doch nichts anderes als: Wir wollen legal an die Macht kommen, weil wir legal an die Macht kommen können und weil das der sicherste Weg ist.

Kein Geringerer als der Vorsitzender der sozialistischen Internationale räumt ein: „Der späte Engels bemüht sich nur auch, dem Wort von der ‚Diktatur des Proletariats' eine neue Deutung zu geben."[25]

Damit ist das Wesentliche auch schon gegen die Argumentation von Leonhard gesagt, soweit er sich auf den späten Engels, d. h. auf Engels post Marx, beruft. Wenn wir ferner jene Zitate unberücksichtigt lassen, die nur besagen, daß die Teilnahme an Wahlen zu befürworten sei, falls auch auf diese Weise die Macht erlangt werden könne, so bleiben nur noch die Bejahung der an dieser Stelle nicht näher definierten Demokratie durch Engels 1847 und die Stelle bei Marx, wo er sich über die Kommune dahingehend äußert: „Sie war wesentlich eine *Regierung der Arbeiterklasse*, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeiter sich vollziehen konnte."[26]

Der Satz gibt so keinen rechten Sinn. Es steht doch historisch außer Zweifel, daß sich die Arbeiterschaft in der Kommune ökonomisch nicht befreien konnte; sie dauerte ja nur zwei Monate. Daher setzt Leonhard an die Stelle

von „konnte" „könnte".[27] Ist das erlaubt? Wird es dadurch besser? Der Potentialis paßt ganz und gar nicht zur ehernen Gesetzmäßigkeit des Histomat. Unter diesen Umständen kann man mit dem obiter dictum nicht viel anfangen, wenn es drei Jahre später so klar und zum noch früher Gesagten so konsequent heißt: „Revolutionäre Diktatur des Proletariats"[28] muß sein.

Zwischenbilanz: Die Argumentation von Kautsky und Leonhard kann nicht überzeugen. Die Antwort bleibt offen.

3. Histomat und Demokratie

Um der Wahrheit näherzukommen, müssen wir weiter ausholen, über die verlesenen Zitate hinausgehen, eine Antwort aus dem Ganzen der marxistischen Ideologie zu geben versuchen.

Der Histomat, das Herzstück der marxistischen Lehre, basiert auf folgender Annahme: Ausgangspunkt ist die Urgesellschaft. Sie wird abgelöst durch antagonistische Gesellschaftsformationen, in denen jeweils eine Minderheit die Mehrheit ausbeutet. Die historische Mission der Arbeiterklasse ist es, Arbeitsteilung, Entfremdung, Ausbeutung für immer zu beseitigen, d. h. Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes, aber auf höherer Ebene, also zusätzlich Freiheit von Furcht, Freiheit von Not, Freiheit von Aberglauben zu erlangen.

Die bösen Ausbeuter würden, so glaubte man ursprünglich, ihre Herrschaft mit Zähnen und Klauen verteidigen. Deshalb sei jedes Mittel recht, um sie zu stürzen. Aber siehe, sie schaffen das allgemeine, gleiche Wahlrecht und schaufeln sich damit selbst ihr Grab. Denn die Mehrheit wird letztlich einsehen, wer ihre Interessen vertritt, und dementsprechend vom Stimmrecht Gebrauch machen. Unter der geradezu selbstverständlichen Voraussetzung, daß sich die Mehrheit bei den Wahlen ihrer geschichtlichen Aufgabe würdig erweist, stehen „Wahlen" weder im Widerspruch zur Diktatur des Proletariats noch irgend einer historischen Form totalitärer Herrschaft. So kann gewaltlos die eigentliche Menschheitsgeschichte anbrechen.

Wenn wir, wie Marx und Engels, an die historische Mission des Proletariats, an die heilsgeschichtliche Notwendigkeit einer weltweiten kommunistischen Ordnung glaubten, insbesondere auch, daß jedes Mittel recht sei, um sich die Macht zu verschaffen, würden wir es dann dulden, daß mit Hilfe von Stimmzetteln das Räderwerk der Geschichte blockiert, ja, zurückgedreht würde? Ob Marx und Engels überhaupt je an die Möglichkeit gedacht haben, daß Liberale oder Konservative oder andere Bürgerliche mit dem Stimmzettel eine kommunistische Mehrheit gefährden könnten, weiß ich nicht. Aber vieles spricht dafür, daß sie dann die Opposition gewaltsam un-

terdrückt hätten. Alles andere wäre Preisgabe der leidenschaftlich verfochtenen Ideologie, Preisgabe des Histomat!

4. Marx selbst definiert Diktatur

„Marx und Engels haben niemals erklärt, warum sie diesen Zustand als ‚Diktatur' bezeichnet hatten, obgleich er doch aus der Demokratie erwachsen sollte"[29], meint Kautsky.

Bestand für sie Veranlassung zu sagen, was sie unter Diktatur verstanden? Nein, wenn sie mit „Diktatur" das zum Ausdruck bringen wollten, was man damals allgemein darunter verstand: Ausschaltung jeder gefährlichen Meinung und Opposition.

Beide waren sehr wortgewandt und hätten ihre Leser nicht im Unklaren gelassen, falls sie mit „Diktatur" eine freiheitliche Demokratie hätten bezeichnen wollen. Sollte vielleicht „Diktatur" etwas Positives ausdrücken, als sie von „Bourgeoisie-Diktatur"[30], von der Diktatur Marrasts und Thiers'[31] sprachen?

Im Zweifel ist davon auszugehen, daß jemand gängige Worte im üblichen Sinne verwendet. Aber haben wir es überhaupt mit einem Zweifelsfall zu tun? Marx und Engels nennen ausdrücklich die Merkmale ihrer Diktatur, ihrer, wie Marx betont, energischen Diktatur[32]: Keine Gewaltenteilung[33], keine Grundrechte[34], keine föderative Ordnung[35], kein Pluralismus[36], Niederhaltung der Gegner, straffe Umerziehung. Daß die Teilung der Staatsgewalt im Falle einer Revolution ohne ein besonderes Gesetz aufhört, stellt Marx ausdrücklich fest.[37] Anerkennende Worte über Gewaltenteilung finden sich nirgendwo, jedoch recht despektierliche: „wurmstichige ... Teilung der Gewalten, mit abgetragenen Phrasen und längst durchschauten Fiktionen"[38], „bemooste Weisheit"[39]. Was mit Oppositionellen zu geschehen habe, beantwortet Engels: „Da nun der Staat doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampf, in der Revolution bedient, um seine Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer Unsinn, vom freien Volksstaat zu sprechen: Solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner..."[40]

Mit Rousseau fordert Marx die Erziehungsdiktatur: „Die Abstraktion des politischen Menschen schildert Rousseau richtig also: ‚Wer den Mut hat, einem Volke eine Rechtsordnung zu geben, muß sich fähig fühlen, die *menschliche Natur* zu ändern, jedes Individuum, das in sich selbst und für sich allein ein vollkommenes Ganzes ist, in den *Teil* eines größeren Ganzen umzuwandeln, von dem dieses Individuum in gewisser Weise sein Leben und Sein empfängt, an die Stelle einer physischen und unabhängigen eine *moralische Teilexistenz*

zu setzen. Er muß *dem Menschen seine eigenen Kräfte* nehmen, um ihm fremde dafür zu geben, die er nur mit Hilfe anderer gebrauchen kann'."[41]

5. Demokratiefeindliche Kritik des Zeitgeschehens

1847 nimmt Engels zum Schweizer Bürgerkrieg Stellung und beschimpft dabei auf bezeichnende Weise die demokratischen Schweizer Urkantone: „Endlich also wird dem unaufhörlichen Großprahlen von der ‚Wiege der Freiheit', von den ‚Enkeln Tells und Winkelrieds', von den tapferen Siegern von Sempach und Murten ein Ende gemacht werden! Endlich hat es sich also herausgestellt, daß die Wiege der Freiheit nichts anders ist als das Zentrum der Barbarei und die Pflanzschule der Jesuiten, daß die Enkel Tells und Winkelrieds durch keine anderen Gründe zur Räson zu bringen sind als durch Kanonenkugeln, daß die Tapferkeit von Sempach und Murten nichts anders war als die Verzweiflung brutaler und bigotter Bergstämme, die sich störrisch gegen die Zivilisation und den Fortschritt stemmen!

Es ist ein wahres Glück, daß die europäische Demokratie endlich diesen urschweizerischen, sittenreinen und reaktionären Ballast los wird. Solange die Demokraten sich noch auf die Tugend, das Glück und die patriotische Einfalt dieser Alpenhirten beriefen, solange hatten sie selbst noch einen reaktionären Schein."[42]

Und dann die besonders demaskierenden Worte, die zugleich das schematisch-dogmatische Denken von Engels enthüllen und keines Kommentars bedürfen: „Die demokratische Bewegung erstrebt in allen zivilisierten Ländern in letzter Instanz die politische Herrschaft des Proletariats. Sie setzt also voraus, daß ein Proletariat existiert; daß eine herrschende Bourgeoisie existiert, daß eine Industrie existiert, die das Proletariat erzeugt, die die Bourgeoisie zur Herrschaft gebracht hat ... Bourgeoisie existiert in Norwegen nur ausnahmsweise, in der Urschweiz gar nicht. Proletariat ist so gut wie gar nicht vorhanden.

Die Demokratie der zivilisierten Länder, die *moderne* Demokratie, hat also mit der norwegischen und urschweizerischen Demokratie durchaus nichts gemein. Sie will nicht den norwegischen und urschweizerischen Zustand herbeiführen, sondern einen himmelweit verschiedenen."[43]

Arrogant, zynisch bis brutal die weiteren Ausführungen: „Von Zeit zu Zeit hielten sie Volksversammlungen, worin sie sich in Hornmänner, Klauenmänner und andere bestialische Klassen spalteten und nie ohne eine herzliche, christlich-germanische Prügelei auseinandergingen. Sie waren arm, aber rein von Sitten, dumm, aber fromm und wohlgefällig vor dem Herrn, brutal, aber breit von Schultern und hatten wenig Gehirn, aber viel Wade... Jetzt aber scheint diese Sittenreinheit aber doch einmal in Grund und Boden um-

geführt werden zu sollen. Hoffentlich werden die Exekutionstruppen ihr möglichstes tun, um aller Biederkeit, Urkraft und Einfalt den Garaus zu machen."[44]

Die Juni-Revolution in Paris 1848 war ein Arbeiteraufstand gegen die vom Volk gewählte Nationalversammlung und ihre Exekutivorgane. Marx und Engels stellen sich vorbehaltlos auf die Seite jener, die sich gegen die demokratisch legitimierte Macht erheben. Marx' Artikel „Die Juni-Revolution" – ein demagogisches Meisterwerk voller Entstellungen und Gehässigkeiten – meint abschließend, es sei das Recht der demokratischen Presse, den Rebellen Lorbeer um die Stirne zu winden.[45]

Weiter oben heißt es im Text: „Die beste Staatsform ist die, worin die gesellschaftlichen Gegensätze nicht verwischt, nicht gewaltsam, also nur künstlich, also nur scheinbar gefesselt werden. Die beste Staatsform ist die, worin sie zum freien Kampf und damit zur Lösung kommen."[46]

Aus diesen Worten spricht die Mißachtung der wesentlichen demokratischen Tugenden: Kompromißbereitschaft und Toleranz. Marx' Worte sind das Bekenntnis zur totalen Beseitigung der Gegensätze, zur totalitären Beseitigung des Gegners.

Die Pariser Kommune erhob sich im März 1871 gegen die vom Volk gewählte Französische Nationalversammlung. Es ist hinlänglich bekannt, daß Marx zugunsten der Kommune Partei ergriffen hat. Nicht die Demokratie erschien ihm schutzwürdig, sondern die Rebellion. Noch eine, recht aufschlußreiche Feststellung sei erwähnt. Marx und Engels bejahen die Demokratie dort, wo die Proletarier die Mehrheit bilden, weil es so zur Proletokratie kommt. Demokratie ist auch dann gut, wenn sie monarchische Herrschaft ablöst. Aber was dann, wenn die Proletarier in der Minderheit sind wie im Deutschen Reich des Jahres 1875?

Marx schriebt in seiner Kritik des Gothaer Programms: „Erstens besteht ‚das arbeitende Volk' in Deutschland zur Majorität aus Bauern und nicht aus Proletariern..."[47] Für diesen Fall lautet die Antwort, die er eine Seite später gibt, und die uns schon begegnet ist: „... revolutionäre Diktatur des Proletariats".[48]

Diese vier Beispiele zeigen: vor die Alternative gestellt, Demokratie oder mangels Mehrheit Diktatur der Revolutionäre, haben sie sich stets für letzteres ausgesprochen.

Ganz folgerichtig zum eben Gesagten die Weisungen von Marx und Engels in der „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund" vom März 1850: „Während die demokratischen Kleinbürger die Revolution möglichst rasch und unter Durchführung höchstens der obigen Ansprüche zum Abschluß bringen wollen, ist es unser Interesse und unsere Aufgabe, die Revolution permanent

zu machen, solange, bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt sind, die Staatsgewalt vom Proletariat erobert" ist.[49]
Die Arbeiter müssen „überhaupt dafür sorgen, daß die neuen Regierer sich zu allen nur möglichen Konzessionen und Versprechungen verpflichten – das sicherste Mittel, sie zu kompromittieren. Sie müssen überhaupt den Siegesrausch und die Begeisterung für den neuen Zustand, der nach jedem siegreichen Straßenkampf eintritt, in jeder Weise durch ruhige und kaltblütige Auffassung der Zustände und durch unverhohlenes Mißtrauen gegen die neue Regierung so sehr wie möglich zurückhalten. Sie müssen neben den neuen offiziellen Regierungen zugleich eigene revolutionäre Arbeiterregierungen, sei es in der Form von Gemeindevorständen, Gemeinderäten, sei es durch Arbeiterklubs oder Arbeiterkomitees, errichten, so daß die bürgerlichen demokratischen Regierungen nicht nur sogleich den Rückhalt an den Arbeitern verlieren, sondern sich von vorneherein von Behörden überwacht und bedroht sehen, hinter denen die ganze Masse der Arbeiter steht".[50]

6. *Keine Demokratie ohne Demokraten*

In einer Rede zum 17. Juni formulierte Hans Peters die treffenden Worte: „Wie jeder Beruf neben der für alle geltenden Moral seine besonderen ethischen Anforderungen in sich trägt..., so erfordert jede Staatsform eine gerade für diese bestimmte sittliche Grundhaltung... Ohne Demokraten gibt es keine Demokratie!"[51] Zur sittlichen Grundhaltung des Demokraten gehören Toleranz und Respekt vor dem Mitmenschen.
„Die Vorstellung, daß es zwischen der seelischen Verfassung von Staatsbürgern und der politischen Verfassung eines Gemeinwesens bestimmte Entsprechungen gibt, gehört zu den zentralen Annahmen bereits der klassischen politischen Philosophie, insbesondere Platons"[52] schreibt Berg-Schlosser. Auch Aristoteles teil Platons Ansicht: „Es gibt zwei Gründe für die verschiedenen Typen von Demokratie, einer ist der unterschiedliche Charakter der Menschen verschiedener Staaten..."[53]
Marx selbst ist ja noch wesentlich weitergegangen: „Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt."[54]
Die Art und Weise, wie der einzelne seine gesellschaftlichen Beziehungen gestaltet, kann die Analyse theoretischer Aussagen stützen oder relativieren. In diesem Sinne, nicht als selbständiger Beweis, sind die folgenden Betrachtungen zu würdigen: War Marx nach seinem Naturell, Lebensstil und Umgang ein Demokrat? „Friedrich Engels war nicht nur sehr demokratisch gesinnt, er empfand auch durchaus demokratisch."[55] So Eduard Bernstein, als das Tauziehen um das Erbrecht an den Klassikern schon begonnen hatte, 1918.

1896, also 13 Jahre nach dem Tode von Marx, äußert Wilhelm Liebknecht: „Marx selbst war – versteht sich innerhalb des Rahmens der kommunistischen Anschauungsweise – der toleranteste aller Menschen.“[56]
Doch der Nimbus von Marx hatte noch nicht ganz die Erinnerung verklärt. Schon im nächsten Satz heißt es: „Er konnte Widerspruch vertragen, wenn er auch nicht selten darob in argen Zorn geriet.“ Alle folgenden Zitate wurden zu Lebzeiten von Marx (zwischen 1846 und 1880) durchweg von Leuten, die der politischen Linken angehörten, zu Papier gebracht und stimmen im wesentlichen überein.
Pavel Annenkov: „Seine Bewegungen waren eckig, aber kühn und selbstsicher; seine Manieren liefen allen gesellschaftlichen Umgangsformen geradezu zuwider. Aber sie waren stolz, mit einem Anflug von Verachtung, und seine metallische Stimme stimmte merkwürdig überein mit den radikalen Urteilen, die er über Menschen und Dinge fällte. Er sprach nicht anders als in keinen Widerspruch duldenden Urteilen, die übrigens noch durch einen schmerzlich scharfen Ton, der alles, was er sprach, durchdrang, verschärft wurden. Diese Note drückte die feste Überzeugung von seiner Mission aus, die Geister zu beherrschen, ihnen seinen Willen aufzuzwingen und sie mitzureißen.“[57]
Wilhelm Weitling: „Ich habe diese Herren Kritiker (Marx mit Gefolge) als ausgefeimte Intriganten kennengelernt... Ich bin ihr ärgster Feind und kriege zuerst den Kopf heruntergeschlagen, dann die anderen, zuletzt ihre Freunde, und ganz zuletzt schneiden sie sich selbst den Hals ab. Die Kritik zerfrißt alles Bestehende, und wenn nichts mehr zu zerfressen ist, frißt sie sich selbst auf.“[58]
Heinrich Beta: „Er (Ferdinand Freiligrath) beteiligte sich hierauf an der Neuen Rheinischen Zeitung des Dr. Karl Marx, des Meisters in Erregung und Verbreitung grimmigen Abscheues vor Demokratie, die er in wahnsinnigster kommunistischer Verirrung und in giftspritzendem Hasse gegen alle, auch demokratischen Nichtkommunisten giftig und geistreich zu vertreten suchte.“[59]
August Willich: „Ich fuhr fort, mich den Beschlüssen der Majorität selbst in den Fällen zu unterwerfen, wo dieselben meiner Ansicht nicht entsprachen. Ich trat für Marx und Engels entschieden gegen ihre vielfachen Gegner in die Schranken, obgleich der gegen sie gerichtete Haß nie des Prinzips, sondern zuweilen der Form wegen, in der sie es aussprachen, meistens aber der wegwerfenden, verächtlichen Behandlungweise aller andern Persönlichkeiten wegen entstand.“[60]
Gustav Adolf Techow: „Aber ich habe die Überzeugung, daß der gefährlichste persönliche Ehrgeiz in ihm alles Gute zerfressen hat. Er lacht über die Narren, welche ihm seinen Proletarier-Katechismus nachbeten, so gut wie über

die Kommunisten à la Willich, so gut wie über die Bourgeois. Die einzigen, die er achtet, sind ihm die Aristokraten, die reinen und die es mit Bewußtsein sind."[61]

Giuseppe Mazzini: „Diese Assoziation, mit der zusammenzuarbeiten ich mich vor einigen Jahren, als ich in London war, geweigert habe, wird von einem Rat geleitet, dessen geistiges Haupt ein Deutscher namens Karl Marx ist – ein Mann von herrschsüchtiger Veranlagung, der dem Einfluß anderer eifersüchtig entgegentritt..."[62]

Schließlich noch zwei Bemerkungen Michail Bakunins: „Durch Erziehung und Anlage ist Marx Jakobiner, und sein liebster Traum ist die politische Diktatur."[63]

„Ein Staat, eine Regierung, eine universelle Diktatur! Der Traum Gregors VII., Bonifaz' VIII., Karls V. und Napoleons unter neuen Formen, aber stets mit den gleichen Prätentionen im Lager der sozialistischen Demokratie sich wiederholend! Kann man sich etwas Burleskeres, aber auch Empörenderes vorstellen?

Den Anspruch zu erheben, daß eine Gruppe Leute, selbst die gescheitesten und von den besten Absichten beseelten, imstande seien, Gedanke, Seele, leitender und einigender Wille der revolutionären Bewegung und der ökonomischen Organisation des Proletariats aller Länder zu werden, ist eine solche Ketzerei gegen den gesunden Menschenverstand und die geschichtliche Erfahrung, daß man sich erstaunt fragt, wie ein so intelligenter Mann wie Herr Marx diesen Gedanken fassen konnte? Die Päpste hatten wenigstens als Entschuldigung die absolute Wahrheit, die sie durch die Gnade des Heiligen Geistes in Händen zu halten erklärten und an welche sie, wie man annahm, glaubten. Herr Marx hat keine solche Entschuldigung."[64]

Das war eine kleine Auswahl von Charakterisierungen Marx' durch Menschen, die mit ihm zusammen waren.[65] Lassen wir abschließend Marx selbst zu Worte kommen, der das eben Gesagte auf seine Weise bestätigt. In einem Brief an Engels heißt es: „Eine sehr schöne Lektion haben die Herren Knoten (grobe, ungebildete Menschen) so erhalten. Der Alt-Weitlingsche Esel Scherzer glaubte, er könne Parteivertreter ernennen. In meiner Zusammenkunft mit einer Deputation der Knoten ... erklärte ich ihnen rundheraus: Unsre Bestellung als Vertreter der proletarischen Partei hätten wir von niemandem als uns selbst. Sie sei aber kontrasigniert durch den ausschließlichen und allgemeinen Haß, den alle Fraktionen der alten Welt und Parteien uns widmeten. Du kannst Dir denken, wie verblüfft die Ochsen waren."[66] Also Marx mehr als nur rex dei sive populi gratia: rex per se ipsum, ein Autokrat im wörtlichen Sinne.

III. Zusammenfassung und Ergebnis

1. Karl Marx bekennt sich mehrmals ausdrücklich zur Diktatur als einem notwendigen Zwischenglied zwischen der kapitalitischen und der kommunistischen Gesellschaft.
2. Eine ausführliche, zusammenhängende Beschreibung der Merkmale dieser Diktatur als solcher bietet er nicht.
3. Die Zusammenschau aller einschlägigen Äußerungen spricht eindeutig dafür, daß diese Diktatur weit stärker totalitäre als demokratische Züge trägt.
4. Mit dem historischen Determinismus des Histomat wäre eine demokratische Abwahl der Vorhut der Geschichte unvereinbar.
5. Die Art und Weise, wie Marx seine gesellschaftlichen Beziehungen gestaltet hat, unterstreicht die gewonnenen Ergebnisse.
6. Bis zu Marx' Tod vertritt Engels die gleiche Position. Spätere Äußerungen sind nicht mehr eindeutig.
7. Die DDR kann sich zur Rechtfertigung von Diktatur, von Unfreiheit, von Unterdrückung jeder Opposition auf Marx berufen. Für Marx war traditionelle Demokratie bestenfalls eine unter bestimmten Umständen einsetzbare Waffe im revolutionären Kampf.
8. Unmarxistisch ist Diktatur des Proletariats als Dauerzustand.
9. Ob die DDR eine Diktatur des Proletariats im Marxschen Sinne ist, ist zweifelhaft (s. dazu F. Oldenburg, S. 153 ff.).
10. Bakunin hat im wesentlichen recht, wenn er schreibt: „Marx ist autoritärer und zentralistischer Kommunist. Er will, was wir wollen: den vollständigen Triumph der ökonomischen und sozialen Gleichheit, aber im Staate und durch die Staatsmacht, durch die Diktatur einer sehr starken und sozusagen despotischen provisorischen Regierung, das heißt durch die Negation der Freiheit."[67]

Anmerkungen:

1 Staatsverlag der DDR: Staatsrecht der DDR – Lehrbuch. Berlin (Ost) 1978, S. 107
2 FAZ v. 15.11.1980, S. 3
3 W. I. Lenin: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky. Werke, Bd. 28, S. 247;
s. auch K. Sorgenicht u.a.: Verfassung der DDR – Dokumente/Kommentar, Bd. 1, Berlin (Ost) 1969, S. 218

4 Vgl. Anm. 1, S. 249
5 Vgl. Anm. 1, S. 107
6 K. Kautsky: Über Sozialdemokratie und Kommunismus. München 1948, S. 5 f.
7 W. Leonhard: Sowjetideologie heute. Frankfurt 1962, S. 158;
nicht so deutlich im Stichwort „Diktatur des Proletariats" in C. D. Kernig (Hrsg.): Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Freiburg 1966
8 Marx/Engels Werke, Berlin (Ost) 1967-1974, (MEW) Bd. 7, S. 33
9 MEW, Bd. 7, S. 89
10 MEW, Bd. 28, S. 508
1 Vgl. Anm. 7, S. 159
12 MEW, Bd. 18, S. 266
13 Nach H. M. Enzensberger: Gespräche mit Marx und Engels. Frankfurt 1973, S. 413
14 MEW, Bd. 19, S. 28
15 MEW, Bd. 22, S. 199
16 MEW, Bd. 17, S. 339
17 MEW, Bd. 22, S. 235
18 Vgl. Anm. 6, S. 25
19 MEW, Bd. 19, S. 13 f.
20 MEW, Bd. 19, S. 29
21 Die Aussagen von Marx über das Geschick des Staates in der sozialistischen Gesellschaft sind jedoch nicht eindeutig.;
s. K. Löw: Die Lehre des Karl Marx, Dokumentation-Kritik, Köln 1982, IX
22 MEW, Bd. 22, S. 235
23 MEW, Bd. 22, S. 515
24 MEW, Bd. 22, S. 525
25 W. Brandt: Friedrich Engels und die soziale Demokratie, Bonn 1970, S. 16
26 MEW, Bd. 17, S. 342
27 Vgl. Anm. 7, S. 161
28 MEW, Bd. 19, S. 28
29 Vgl. Anm. 6, S. 27
30 MEW, Bd. 7, S. 33
31 MEW, Bd. 5, S. 157
32 MEW, Bd. 5, S. 402
34 Georg Brunner: Karl Marx und die Grundrechte: in diesem Band, S. 49 ff.
35 MEW, Bd. 22, S. 235
36 MEW, Bd. 17, S. 339
37 MEW, Bd. 5, S. 194
38 MEW, Bd. 5, S. 401
39 MEW, Bd. 5, S. 196
40 MEW, Bd. 34, S. 129
41 MEW, Bd. 1, S. 370
42 MEW, Bd. 4, S. 391
43 MEW, Bd. 4, S. 392
44 MEW, Bd. 4, S. 393 ff.
45 MEW, Bd. 5, S. 137
46 MEW, Bd. 5, S. 136
47 MEW, Bd. 19, S. 27
48 MEW, Bd. 19, S. 28

49 MEW, Bd. 7, S. 247 f.
50 MEW, Bd. 7, S. 250
51 Nach K. Schreiner (Hrsg.): Lesebuch der Politik – Schriften und Gedanken. Stuttgart 1972, S. 32
52 D. Berg-Schlosser: Demokratische Persönlichkeit; in: Handwörterbuch zur politischen Kultur Deutschlands. Opladen 1981, S. 123
53 Vgl. Anm. 52
54 MEW, Bd. 13, S. 9
55 Vgl. Anm. 13, S. 624
56 Vgl. Anm. 13, S. 161
57 Vgl. Anm. 13, S. 59
58 Vgl. Anm. 13, S. 67
59 Vgl. Anm. 13, S. 108
60 Vgl. Anm. 13, S. 166
61 Vgl. Anm. 13, S. 185
62 Vgl. Anm. 13, S. 296
63 Vgl. Anm. 13, S. 366
64 Vgl. Anm. 13, S. 425
65 Eine Zusammenstellung weiterer einschlägiger Zitate s. K. Löw: Warum fasziniert der Kommunismus? Köln 1981, 3. Aufl., S. 97 ff., S. 195 ff.
66 MEW, Bd. 29, S. 436
67 Vgl. Anm. 13, S. 401

KARL MARX
UND DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS IN DER DDR

Koreferat

Im politologischen Selbstverständnis der DDR ist ihre Herrschaftsform eine Diktatur, nämlich die Diktatur des Proletariats. „Der sozialistische Staat der DDR – eine Form der Diktatur des Proletariats", so lautet die Überschrift eines Abschnitts im offiziösen Staatsrechtslehrbuch der DDR.[1]
Der Begriff der Diktatur ist schon recht alt. Er stammt aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Er wurde wohl von August Blanqui (1805–1881) geprägt.[2] Karl Marx und ihm folgend Friedrich Engels haben ihn aufgegriffen und zu der Bedeutung gebracht, den er noch heute hat. Wenn die Verantwortlichen in der DDR ihn für ihr politisches System in Anspruch nehmen, so verstehen sie sich als Nachfahren von Karl Marx und Friedrich Engels.
Sie nennen ihre Lehre zwar „marxistisch-leninistisch" und geben damit zu verstehen, daß sie auch den Lehren Lenins folgen. Aber Lenin hat sich niemals anders als Vollstrecker der Ideen von Marx und Engels in der Praxis verstanden, mag er auch deren Ideenwelt „bereichert" haben. Wie sehr Lenin auf Marx aufbaute, ließ er bereits 1904 erkennen, als er schrieb, daß das Proletariat unbedingt nur dadurch eine unbesiegbare Kraft werden könne, daß seine ideologische Vereinigung auf Grund der Prinzipien des Marxismus gefestigt werde durch die materielle Einheit der Organisation, die Millionen Werktätiger zur Armee der Arbeiterklasse zusammenschweiße.[3] Es wäre daher falsch, wenn man sich nur auf Lenin beziehen würde, wenn man die geistigen Wurzeln in der DDR bloßlegen will. Für die Verantwortlichen in der DDR ist Karl Marx nach wie vor der große Lehrmeister. Kein geringerer als der Chefideologe der SED, Kurt Hager, hat auf die Aktualität der Lehre von Karl Marx für das politische System der DDR in einem Vortrag an der Leipziger Universität hingewiesen.[4]
Obwohl die DDR sich demnach als eine Diktatur begreift, soll sie nicht nur dem Namen, sondern vor allem ihrem Wesen nach demokratisch sein. So heißt es im offiziösen Lehrbuch „Marxistisch-leninistische Staats- und Rechtstheorie": „Es charakterisiert das Wesen des sozialistischen Staates der Diktatur des Proletariats, daß mit seiner Schaffung zugleich ein historisch neuer Typ der Demokratie entsteht, die Demokratie für die Arbeiter und Bauern, für die Werktätigen, die große Mehrheit des Volkes."[5]

Man beachte: Demokratie bedeutet nach dieser Theorie nicht Herrschaft des Volkes, sondern Herrschaft für die (angebliche) Mehrheit des Volkes. Darauf wird zurückzukommen sein.
Jedoch ist zunächst die Frage zu untersuchen, was unter „Diktatur" und was speziell unter „Diktatur des Proletariats" zu verstehen ist. Dafür gibt es unterschiedliche Erklärungen.
Da ist auf den aufschlußreichen Artikel zum Stichwort „Diktatur" von Carl Joachim Friedrich in der vergleichen Encyklopädie „Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft"[6] zu verweisen. Der Autor meint, seitdem totalitäre Machtgebilde in der Publizistik und in der politischen Polemik allgemein als Diktaturen bezeichnet würden, sei man geneigt, diesen Begriff an dieser Art der Herrschaft zu orientieren. C. J. Friedrich stellt jedoch den Begriff „Diktatur" in strenger Begriffsbestimmung gerade im Gegensatz zur totalitären als nicht-totalitäre Diktatur entsprechend der verfassungsrechtlichen Regelung im klassischen Rom dar. Es kommt hier nicht darauf an, ob C. J. Friedrich zuzustimmen ist oder nicht. Wichtig ist, daß der Begriff „Diktatur" keineswegs so eindeutig ist, wie das zunächst scheinen mag.
Diese Feststellung wird durch das in Berlin (Ost) erschienene „Kleine politische Wörterbuch"[7] bestätigt. Dort heißt es unter anderem im Stichwort „Diktatur": „Herrschaft einer Klasse über andere Klassen zur Durchsetzung ihrer Klasseninteressen mittels eines Systems politischer Organisationsformen, deren wichtigste der Staat ist. Die Formen, in denen die D. politisch wirksam wird, sind von den konkret-gesellschaftlichen Bedingungen abhängig und äußerst mannigfaltig. In der antagonistischen Klassengesellschaft wird die D. von einer Minderheit der herrschenden Klasse über die Volksmassen und möglicherweise auch, wie im Imperialismus, über Teile der eigenen Klasse ausgeübt. Die Formen der D. reichen von der Monarchie in ihren verschiedenen Formen bis zur bürgerlich-demokratischen (parlamentarischen) Republik."
So wird auch verständlich, was mit Diktatur des Proletariats gemeint ist: die Herrschaft einer bestimmten Klasse, nämlich der Arbeiterklasse. Nach Walter Ulbricht[8] besteht der zentrale Gedanke der revolutionären Lehre von Marx in dem einen Satz aus seiner „Kritik des Gothaer Programms": „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats."
Wie diese Herrschaft der Arbeiterklasse aussehen soll, darüber geben Marx und Engels keine zusammenhängende Darstellung. Nur verstreut sind Hinweise zu finden. Darauf wird noch eingegangen werden. Marx und Engels war diese Frage auch relativ gleichgültig, weil sie nicht vor der Notwendigkeit

standen, ihre Lehre in die Praxis umzusetzen. Immerhin ist festzuhalten: Die Lehre von Marx und Engels gründet sich auf das Syndrom von der Spaltung der Gesellschaft in Klassen, der Klassenherrschaft, dem Klassenkampf, dem geschichtsnotwendigen Sieg des Proletariats und der Zukunftsvision der klassenlosen Gesellschaft, bis zu deren Erreichung die Diktatur des Proletariats für notwendig gehalten wird.

Wegen der Unbestimmtheit hinsichtlich der Organisation der Herrschaft der Arbeiterklasse ist auch erklärbar, daß sowohl die Vertreter des demokratischen Sozialismus als auch die Verfechter des Marxismus-Leninismus sich auf Marx berufen. Es muß aber festgehalten werden, daß sich schon frühzeitig Sozialisten von der Lehre der Diktatur des Proletariats abgewandt hatten, ohne damit andere Auffassungen von Marx in Frage zu stellen. So meinte Eduard Bernstein 1899, die Diktatur des Proletariats sei „heute" so überlebt, daß sie mit der Wirklichkeit nur dadurch zu vereinigen sei, daß man das Wort Diktatur seiner faktischen Bedeutung entkleide und ihm irgendwelchen abgeschwächten Sinn beilege.[9] Karl Kautsky dagegen meinte 1918, daß die Demokratie nicht nur Mittel sei für die politische Erstarkung des Proletariats – womit er sich gegen die Gewaltsamkeit des Systemwandels aussprach –, sondern auch diese Gesellschaft der Demokratie bedürfe. Die Diktatur müsse von einer Volksmehrheit getragen werden. Ja, er meinte, er handele sich bei der Diktatur des Proletariats nicht um eine politische Ordnung, eine Staatsform, sondern um eine Situationsbeschreibung.[10] Das hat ihm freilich eine scharfe Kritik durch Lenin eingetragen, der sich gegen jede Auffassung von einer „reinen" Demokratie wandte und mit Vehemenz den Unterschied zwischen „bürgerlicher" und „proletarischer" (heute heißt sie „sozialistisch") Demokratie verfocht.[11]

Es muß mit Interesse vermerkt werden, daß zwar die Vertreter des demokratischen Sozialismus den Anhängern des Marxismus-Leninismus die Ableitung deren Auffassungen von Marx und Engels kaum streitig machen, das umgekehrte jedoch mit äußerster Schärfe geschieht. Lenin setzte sich stets heftig mit den „Revisionisten" (Eduard Bernstein) und dem ihm näher stehenden Kautsky auseinander.[12] Diese Linie wird in der DDR fortgesetzt. Dazu Beispiele: Walter Ulbricht leitete seine Rede auf der Gedenkkundgebung anläßlich des 135. Geburtstages von Karl Marx am 5. Mai 1953 mit dem Hinweis auf den Aufruf des Zentralkomitees der SED zum Karl-Marx-Jahr ein, aus dem er zitierte: „Nach dem Tode von Marx und Engels versuchten die Opportunisten in der Arbeiterbewegung allen voran die deutschen Revisionisten Bernstein und Konsorten und der Renegat Kautsky, den Marxismus seines revolutionären Inhalts zu entkleiden und das Herzstück

der marxistischen Staatstheorie, die Lehre von der Diktatur des Proletariats, aus der marxistischen Theorie zu entfernen."[13]

Sechsundzwanzig Jahre später sprach Kurt Hager in der erwähnten Rede[14] von zwei Tendenzen im ideologischen Kampf. Die „reaktionären und konservatien Ideologen" verleumdeten den realen Sozialismus hemmungslos. Diese Tendenz interessiert hier nicht. Um so beachtlicher sind folgende Ausführungen: „Die andere Tendenz zeigt sich im Auftreten zahlreicher sozialreformerischer, revisionistischer und ultralinker Ideologen, die utopische, vom wirklichen Leben abgehobene Idealvorstellungen vom Sozialismus propagieren, denen sie im Gegensatz zum Marxismus-Leninismus solche Etiketten, wie ‚wahr', ‚demokratisch', ‚menschlich' usw. verleihen." Er geht dann auf das Verhältnis von Marx zu den Auffassungen anderer zeitgenössischer Sozialisten ein: „Der Marxismus hat sich gerade in der Auseinandersetzung mit einer Vielzahl solcher Sozialismusvorstellungen entwickelt, ob es sich um die ‚wahren' Sozialistischen, die Proudhonisten, Eugen Dühring oder das Züricher Dreigestirn Höchberg, Bernstein, Schramm handelte. An den ‚wahren' Sozialisten haben Marx und Engels exemplarisch den Grundfehler dieser Konstruktion veranschaulicht. Weil sie die Triebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung nicht in den materiellen Lebensbereichen und im Klassenkampf erkannten, brachten sie es, wie Engels feststellte, nicht weiter als zur ‚moralischen Entrüstung des Kleinbürgers' über den Abstand von Ideal und Wirklichkeit."

Hager sieht offenbar in den Vorstellungen des demokratischen Sozialismus eine Gefahr für das politische System des Sozialismus in der DDR. Er fährt nämlich fort: „Die Losung eines sogenannten ‚demokratischen Sozialismus' soll dazu dienen, in die sozialistischen Länder einzudringen, die kommunistische Weltbewegung zu spalten und die Werktätigen zu desorientieren. Obwohl die Geschichte kein Land kennt, in dem es den sozialdemokratischen oder anderen gesellschaftlichen Kräften gelungen wäre, auf der Grundlage derartiger Konzeptionen die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu beseitigen und die sozialistische zu errichten, lassen diese Ideologen nicht nach, uns immer wieder aufzufordern, den Sozialismus nicht nach den wissenschaftlichen Erkenntnissen des Marxismus-Leninismus, sondern nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten und zu ‚verbessern'."

Dann wehrt sich Hager gegen die Vorwürde, die gegen die marxistisch-leninistische Lehre und die aus dieser folgenden Praxis nicht nur von den Vertretern des demokratischen Sozialismus erhoben werden und dahin gehen, daß die Diktatur des Proletariats in der DDR keine Herrschaft des Volkes sei. Er meint: „Der Charakter dieser Konzeptionen wird vor allem in den Angriffen gegen den sozialistischen Staat und die sozialistische Demokratie

deutlich. Ohne auch nur den Versuch zu unternehmen, die Demokratie zu ihrer jeweiligen ökonomischen und politischen Determiniertheit zu untersuchen, d. h. den Klassencharakter der Demokratie zu analysieren, wird die sozialistische Demokratie grundsätzlich in Frage gestellt und der sozialistische Staat als „Herrschaft über das Volk" verleumdet. Es ist charakteristisch, daß die Frage nach der Demokratie von diesen angeblichen Sozialisten auf liberale Art, als Frage nach der Demokratie schlechthin und nicht als Klassenfrage aufgeworfen wird." Er schließt diesen Abschnitt seiner Rede mit Schärfe ab: „Mit dem wissenschaftlichen Sozialismus nach der Theorie von Marx, Engels und Lenin haben die verschiedenen kleinbürgerlichen Konzeptionen nichts gemeinsam, weil es einen undemokratischen Sozialismus vom Begriff her und in der gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht gibt." Es fällt auf, daß Kurt Hager den Begriff der Diktatur des Proletariats nicht verwendet, obwohl er ihn in der Sache meint. Scheint er auch ihm diskreditiert zu sein?
Wenn die DDR sich nach Art. 1 ihrer Verfassung von 1968/1974[15] als ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei und als die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land betrachtet, so kann sie sich insoweit mit Recht auf Marx berufen, als dieser eine Herrschaft der Arbeiterklasse fordert.

Zweifel sind allerdings anzumelden, wenn es um die Rolle der marxistisch-leninistischen Partei geht. Wie schon deren Namen sagt, kann diese Rolle auf die Lehre von Marx nicht allein zurückgeführt werden. Im Ost-Berliner Lehrbuch „Marxistisch-leninistische Staats- und Rechtstheorie" heißt es zwar: „Schließlich haben Marx und Engels auch staatstheoretische Schlußfolgerungen aus den Fehlern der Pariser Kommune abgeleitet. So vor allem die Erkenntnis, daß der sozialistische Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben von einer marxistischen Partei der Arbeiterklasse geführt werden muß; und weiter, daß die Lebensfähigkeit des Sozialismus entscheidend davon abhängig ist, mit welcher Konsequenz, Entschlossenheit und Energie der sozialistische Staat den Widerstand der gestürzten Feinde der Arbeiterklasse bricht."[16] Dafür wird keine Fundstelle angegeben. Aus „Der Bürgerkrieg in Frankreich"[17], der Schrift aus dem Jahre 1891, in der sich Marx vor allem mit der Pariser Kommune beschäftigt, kann nicht entnommen werden, daß dieser das Scheitern der Pariser Kommune auf das Fehlen einer marxistischen Partei zurückgeführt habe. Er bezeichnet zwar die Pariser Kommune als wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich habe vollziehen können.[18] Von einer Partei der Arbeiterklasse ist hier nicht die Rede. Im „Kommunisti-

schen Manifest" (1848)[19] war sogar erklärt worden: „Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien", obwohl darin auch behauptet wurde, daß die Kommunisten theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus hätten. In der Mitte des vorigen Jahrhunderts gab es indessen einen „Bund der Kommunisten", dessen „Zentralbehörde" Karl Marx leitete.[20] Das politische Programm dieses Bundes war in den „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland" niedergelegt[21], die auch von Marx und Engels unterschrieben worden war. Hier wird das Wort „Partei" verwendet, ohne daß ihm freilich ein spezifischer Begriff beigelegt worden war. In einem Brief an Gerson Trier vom 18. Dezember 1889 schrieb Friedrich Engels dann jedoch: „Daß das Proletariat seine politische Herrschaft, die einzige Tür in die neue Gesellschaft, nicht erobern kann ohne gewaltsame Revolution, darüber sind wir uns einig. Damit am Tag der Entscheidung das Proletariat stark genug ist zu siegen, ist es nötig – und das haben Marx und ich seit 1846 vertreten –, daß es eine besondere Partei bildet, getrennt von allen anderen und ihnen entgegengesetzt, eine selbstbewußte Klassenpartei." Es muß freilich bezweifelt werden, daß Marx und Engels wirklich eine solche Auffassung bereits seit 1847 vertreten haben. Hier täuscht sich Engels wohl in der Erinnerung. Jedenfalls läßt das Ost-Berliner „Kleine Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie"[22] im Stichwort „Marxistisch-leninistische Partei" beim Zitieren dieses Briefes die diesbezügliche Einschiebung aus und macht damit wohl auch Zweifel geltend. Auf keinen Fall beanspruchte Engels aber eine „führende Rolle" einer solchen Partei, wie sie heute geltend gemacht wird, wenn die Partei an der Macht ist. Allenfalls im Ansatz wird sichtbar, welche Rolle jetzt einer solchen Partei zugeschrieben wird.

Im zitierten Stichwort des „Kleinen Wörterbuches der marxistisch-leninistischen Philosophie" wird eindeutig die Ausarbeitung der Lehre von der Partei „neuen Typs", der im sozialistischen Staat die „führende Rolle" zukommen müsse, W. I. Lenin zugeschrieben. Dieser legte 1902 in seiner Schrift „Was tun?"[23] die Notwendigkeit einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse dar. Denn diese Klasse könne aus eigener Kraft nur ein „trade-unionistisches" Bewußtsein hervorbringen, das heißt ein Bewußtsein, daß sich auf die Verbesserung der jeweiligen sozialen Lage der Arbeiterschaft richte, nicht aber auf die Veränderung der grundlegenden politischen und ökonomischen Verhältnisse. Dieses, das „richtige" Bewußtsein könne der Arbeiterklasse nur von außen beigebracht werden. Das mache eine Organisation erforderlich, die sich der „Erziehung" der Arbeiterklasse annehmen müsse. Es sei nicht erforderlich, ja nicht einmal die Regel, daß die Angehörigen dieser Organisa-

tion der Arbeiterklasse entstammten. „Die Lehre des Sozialismus ist hingegen aus den philosophischen, historischen und ökonomischen Theorien hervorgewachsen, die von den gebildeten Vertretern der besitzenden Klassen, der Intelligenz, ausgearbeitet wurden. Auch die Begründer des modernen wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, gehörten ihrer sozialen Stellung nach der bürgerlichen Intelligenz an."[24] Ferner verlangte Lenin, daß die Organisation aus Berufsrevolutionären bestehen müssen.[25]

Hier liegen die eigentlichen Wurzeln der marxistisch-leninistischen Partei. Nach dem Lehrbuch „Marxistisch-leninistische Staats- und Rechtstheorie"[26], das sich dabei auf Lenin[27] bezieht, sei auch nach der Revolution die Arbeiterklasse „ein Rumpf ohne Kopf", wenn sie nicht von einer marxistisch-leninistischen Partei geführt werde. Die Partei sei daher die „Seele", das „Zentrum", der Kern der sozialistischen Staatsmacht. Das genannte Lehrbuch führt fort: „In diesem Sinne ist das Klassenwesen des sozialistischen Staates untrennbar mit der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei verbunden. Im sozialistischen Staat findet die Tatsache Ausdruck, daß die Arbeiterklasse mit ihrer Partei die Führung der Gesellschaft übernommen hat und sich in ihm das werktätige Volk zu gemeinsamen Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens organisiert."

So ist aus der marxistischen Diktatur des Proletariats, die Diktatur der marxistisch-leninistischen Partei, der auf die Dauer angelegten Herrschaft einer Partei geworden. Ich bezeichne diese als die Suprematie der SED.[28]

Wenn sich das Staatsrechtslehrbuch der DDR gegen diese Feststellung auch wehrt[29], so ist das nur aus einem Verständnis von Demokratie heraus möglich, die diese nicht als Herrschaft durch das Volk, sondern als Herrschaft über das Volk versteht und diese dadurch als legitimiert ansieht, daß die Partei, genauer die Parteiführung, im alleinigen Besitz der Kenntnisse über die die Geschichte bewegende Kräfte und allein fähig ist, die entsprechende Politik zu verfolgen.

Wenn es auch keinen Zweifel leidet, daß es Lenin war, der diese Lehre in allen ihren Konsequeznen ausarbeitete, so kann jedoch nicht daran vorbeigegangen werden, daß sie im Denken von Karl Marx und Friedrich Engels bereits angelegt war. Denn ohne das genannte Syndrom von der Spaltung der Gesellschaft in Klassen, der Klassenherrschaft, dem Klassenkampf, dem geschichtsnotwendigen Sieg des Proletariats, der zu dessen Diktatur führt, ist die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei, ihre Suprematie, theoretisch nicht zu rechtfertigen.

Auch in Einzelfragen kann der Einfluß des Denkens von Marx und Engels auf die Verhältnisse in der DDR nachgewiesen werden. Herr Löw hat in sei-

nem Referat darauf Hinweise gegeben. Es kann gezeigt werden, wie sich Vorstellungen von Marx und Engels in verfassungsrechtlichen Regelungen der DDR und in deren Verfassungswirklichkeit niedergeschlagen haben.

Die Rigorosität, mit der in der DDR die Staatsmacht ausgeübt wird, kann durch die Sentenz von Marx und Engels im Aufsatz in der „Neuen Rheinischen Zeitung" unter dem Titel "Die Krisis und die Konterrevolution"[30] begründet werden: „Jeder provisorischer Staatszustand nach einer Revolution erfordert eine Diktatur, und zwar eine energische."

Nur wird der Zustand der DDR von ihren Verantwortlichen keineswegs als provisorisch angesehen. Auf derselben Linie liegt eine Äußerung von Engels in einem Brief an August Bebel vom 18./28. März 1875[31]: „Solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner." Die von Lenin geforderte Bildung des revolutionären Bewußtseins, das nach heutigem Sprachgebrauch das „sozialistische Bewußtsein" ist, durch die Partei läßt sich auf die Äußerung von Marx in der frühen Schrift (1843) „Zur Judenfrage" zurückführen, wo er unter Bezugnahme auf Rousseau (Contrat Social, livre II, Londres, 1782, p. 67) die Änderung der menschlichen Natur fordert, damit der Mensch ein Teil eines größeren Ganzen wird.[32]

In wesentlichen Zügen der Staatsorganisation der DDR spiegelt sich Gedankengut von Marx und Engels wider. In den „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland" wurde 1848 verlangt: „Ganz Deutschland wird zu einer einzigen, unteilbaren Republik erklärt."[33] Im Aufsatz „Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891" meinte Engels[34]: „Nach meiner Ansicht kann das Proletariat nur die Form der einen und unteilbaren Republik gebrauchen." In Art. 1 der DDR-Verfassung von 1949[35] hieß es: „Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik." In der Verfassung von 1968/1974 findet sich das Bekenntnis zum Einheitsstaat in Art. 47 wieder, auf den zurückzukommen sein wird.

In demselben Aufsatz schrieb Engels zum sozialdemokratischen Programmentwurf: „Was aber nach meiner Ansicht hinein sollte und hinein kann, das ist die Forderung der Konzentration aller politischer Macht in den Händen der Volksvertretung." Dem entspricht Art. 5 der DDR-Verfassung von 1968/1974, wo es heißt, daß die Bürger der DDR ihre politische Macht durch demokratisch gewählte Volksvertretungen ausüben und diese Volksvertretungen die Grundlage des Systems der Staatsorgane sind, und Art. 48 a. a. O., dem zufolge die Volkskammer das oberste staatliche Machtorgan der DDR sein soll. Daß diese Verfassungsnormen nur formelle Bedeutung haben, liegt freilich an der leninistischen und konstitutionell verankerten (Art. 1, a. a.O.)

Vorstellung von der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei, die so ihre Suprematie auch in und über die Volksvertretungen ausübt.
Karl Marx lobte in seinem Werk „Der Bürgerkrieg in Frankreich" (1871)[36], daß die Pariser Kommune nicht eine parlamentarische Körperschaft, sondern eine „arbeitende" sein wollte, vollziehend und gesetzgebend zugleich. Dem entspricht Art. 48 Abs. 2 Satz 3 der DDR-Verfassung von 1968/1974: „Die Volkskammer verwirklicht in ihrer Tätigkeit den Grundsatz der Einheit von Beschlußfassung und Durchführung."
Karl Marx schrieb 1851 in „Die Konstitution der Französischen Republik"[37]: „Die Voraussetzung für eine ‚freie' Regierung ist nicht die Trennung, sondern die Einheit der Gewalten." Ähnlich hatte er sich bereits 1848 in „Die Krisis und die Konterrevolution"[38] ausgelassen. Dem entsprechend bekennt sich die DDR-Verfassung eindeutig in den bereits zitierten Artikeln zur Gewaltenkonzentration. Eine Verfassungsgerichtsbarkeit gibt es dort nicht. Sie wird unter Berufung auf die Volkssouveränität strikt abgelehnt. Sie würde ja auch auf eine Gefährdung der Suprematie der marxistisch-leninistischen SED bedeuten; denn auch ihr Verhalten würde dann justiziabel sein – eine unmögliche Vorstellung für jeden Anhänger des Marxismus-Leninismus.
Wenn es in Art. 47 der DDR-Verfassung von 1968/1974 heißt, daß sich die Souveränität des Volkes, die in kritischer Sicht freilich die Suprematie der SED ist, sich auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus verwirklicht und damit dieses Strukturprinzip für die Staatsorganisation bindend festgelegt wird, so spiegelt sich hier vor allem Leninsches Gedankengut wider. Denn Marx kann wohl als Zentralist bezeichnet werden. Aber der demokratische Zentralismus geht als Organisationsprinzip zunächst der Partei eindeutig auf Lenin zurück.[39]
Zur Stellung der Richter führte Karl Marx ebenfalls in „Der Bürgerkrieg in Frankreich"[40], bezogen auf die Pariser Kommune, aus: „Die richterlichen Beamten verloren jede scheinbare Unabhängigkeit, die nur dazu gedient hatte, ihre Unterwürfigkeit unter alle aufeinanderfolgenden Regierungen zu verdecken, deren jeder sie, der Reihe nach, den Eid der Treue geschworen und gebrochen hatten. Wie alle übrigen öffentlichen Diener, sollten sie fernerhin gewählt, verantwortlich und absetzbar sein." In Art. 95 der DDR-Verfassung von 1968/1974 ist die Entsprechung zu finden: „Alle Richter, Schöffen und Mitglieder der gesellschaftlichen Gerichte werden durch die Volksvertretungen oder unmittelbar durch die Bürger gewählt. Sie erstatten ihren Wählern Bericht über ihre Arbeit. Sie können von ihren Wählern abberufen werden, wenn sie gegen die Verfassung oder die Gesetze oder sonst ihre Pflichten gröblich verletzen." Infolge der Suprematie der SED besteht diese

Verantwortlichkeit der Richter in Wirklichkeit allerdings vor dieser Partei, die auch für ihre Auswahl sorgt.
Als Ergebnis ist festzustellen, daß die DDR sich durchaus auf Gedankengut von Marx und Engels berufen kann. Nicht in allem mußte dieses von Lenin fortentwickelt werden, damit es dort in Verfassung und Wirklichkeit umgesetzt werden konnte. Trotzdem darf nicht außer Acht gelassen werden, daß das entscheidende Strukturelement des politischen Systems in der DDR, die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei, also deren Suprematie über Staat und Gesellschaft, sowie das Strukturprinzip des demokratischen Zentralismus als eines Mittels zur Durchsetzung dieser Suprematie den Forderungen Lenins entsprechen.
Freilich wäre eine Betrachtung der Diktatur des Proletariats in der DDR unvollkommen, wenn nicht wenigstens zum Schluß auch ihre materielle Basis erwähnt würde. Die Überführung der Produktionsmittel in Staatseigentum gehört zu den Grundforderungen von Marx und Engels. Der Bourgeoisie müsse nach und nach alles Kapital entrissen werden, alle Produktionsmittel müßten in die Hände des Staates, das heißt des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zentralisiert und die Produktivkräfte möglichst rasch vermehrt werden, heißt es im „kommunistischen Manifest".[41] Nur so kann nach der Auffassung von Marx und Engels die Ausbeutung des Proletariats beendet werden, und das ist ja das Ziel der proletarischen Revolution. So wird dann auch folgerichtig das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln in Art. 2 der DDR-Verfassung von 1968/1974 als eine der unantastbaren Grundlagen der sozialistischen Gesellschaftsordnung bezeichnet. Auch insofern finden Karl Marx und Friedrich Engels in der DDR Erfüllung.
Eine andere Frage ist, ob die Lehren von Marx und Lenin zwingend zur Lehre von Lenin führen oder ob nicht doch, wie die Vertreter des demokratischen Sozialismus meinen, auch diese Richtung von Karl Marx ableitbar ist. Für mich kann diese Frage im Rahmen des Themas „Karl Marx und die Diktatur des Proletariats in der DDR" dahinstehen. Denn sie betrifft die Verhältnisse in der DDR nicht.

Anmerkungen

1 Autorenkollektiv: Staatsrecht der DDR, Lehrbuch, Hrsg.: Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (Potsdam-Babelsberg), Berlin (Ost) 1977, S. 107

2 Wolfgang Leonhard, Stichwort: Diktatur des Proletariats. In: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. 1, Freiburg/Basel/Wien 1966

3 W. I. Lenin: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, 1904. In: Werke, Bd. II, S. 196 ff., hier S. 420, Berlin (Ost) 1956
4 Kurt Hager: Die Aktualität der Lehre von Karl Marx. Neues Deutschland vom 29./30. April 1978, S. 3 ff.
5 Autorenkollektiv: Marxistisch-leninistische Staats- und Rechtstheorie, Lehrbuch, Herausgeber: Institut für Theorie des Staates und des Rechts der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin (Ost) 1975, S. 201
6 Vgl. Anm. 2, a.a.O.
7 Autorenkollektiv: Kleines politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1973
8 Walter Ulbricht: Die Lehre vom Staat, aus der Rede auf der Gedenkkundgebung anläßlich des 135. Geburtstages von Karl Marx am 5. Mai 1953. In: Walter Ulbricht: Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945–1958, Berlin (Ost) 1958, S. 323
9 Eduard Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, 1899; zitiert nach Leonhard, vgl. Anm. 2, a. a.O.
10 Karl Kautsky: Die Diktatur des Proletariats, Wien 1918
11 W. I. Lenin: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky. In: Ausgewählte Werke, Bd. II, Berlin (Ost) 1947, S. 411 ff.
12 Vgl. Anm. 11, a.a.O., und schon vorher in: Staat und Revolution. Ausgewählte Werke, Berlin (Ost) 1947, S. 411 ff.
13 Vgl. Anm. 8, a.a.O.
14 Vgl. Anm. 4, a.a.O.
15 GBl der DDR, 1974, I, S. 432
16 Vgl. Anm. 5, a.a.O., S. 50
17 Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (MEW), Berlin (Ost), Bd. 17, S. 317 ff.
18 MEW, Bd. 17, S. 342
19 MEW, Bd. 4, S. 474
20 MEW, Bd. 5, S. 566
21 MEW, Bd. 5, S. 3 und S. 505
22 Manfred Buhr/Alfred Kosing: Kleines Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie, Berlin (Ost), 1974
23 W. I. Lenin: Was tun? In: Ausgewählte Werke, Bd. I, Moskau 1946, S. 175 ff.
24 Vgl. Anm. 23, a.a.O., S. 199
25 Vgl. Anm. 23, a.a.O., S. 275
26 Vgl. Anm. 5, S. 52
27 W. I. Lenin: Leitsätze über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution, angenommen auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale am 24. Juli 1920. In: Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Berlin (Ost) 1959, S. 157 und 159
28 Der Begriff „Suprematie" wurde von mir erstmals verwendet in: Die SED im materiellen Verfassungsrecht in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands. In: Recht in Ost und West, 1963, S. 49 ff., hier S. 51
29 Vgl. Anm. 1, a.a.O., S. 107
30 MEW, Bd. 5, S. 402
31 MEW, Bd. 34, S. 129
32 MEW, Bd. 1, S. 370
33 vgl. Anm. 21, a. a. O.
34 MEW, Bd. 22, S. 235

35 Gesetz über die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7.10.1949, GBl. S. 4
36 Vgl. Anm. 17, a.a.O., S. 339
37 MEW, Bd. 7, S. 499
38 MEW, Bd. 5, S. 194–196
39 Firuz Kazemzadeh: Stichwort: Demokratischer Zentralismus. In: Vgl. Anm. 2, a.a.O.,
40 MEW, Bd. 17, S. 339
41 MEW, Bd. 4, S. 481

KARL MARX UND DIE GRUNDRECHTE IN DER DDR

Es ist ein verhältnismäßig seltenes Erlebnis, daß man zwischen den Aussagen der DDR-Ideologen und von Karl Marx eine völlige Übereinstimmung konstatieren kann. Hinsichtlich der Grundrechte wird dem Forscher – wenn auch nicht dem oberflächlichen Leser – dieses Vergnügen zuteil: weder Marx noch die DDR halten etwas von den Grundrechten. Der einzige Unterschied besteht darin, daß Marx aus seiner Mißachtung der Grundrechte kein Hehl gemacht hat, während sich die DDR um eine Verschleierung ihres gleichen Standpunktes bemüht.

I. Marx und Engels zu den Menschen- und Bürgerrechten

Wie es bei den meisten aktuellen Gegenwartsproblemen des Sozialismus zu sein pflegt, so ist die Ausbeute des Marx'schen Oeuvre auch in bezug auf die Grundrechte ziemlich mager.[1] Immerhin reicht sie aus, um zu einem prinzipiellen Unwerturteil zu gelangen. Die substantiellsten Äußerungen stammen aus dem Jahre *1844*, also aus der ersten Phase der so entscheidenden Pariser Jahre, in denen die Zusammenarbeit von Marx und Engels begann. In dieser Zeit machte sich Marx zusammen mit Arnold Ruge an die Herausgabe der „Deutsch-Französischen Jahrbücher", deren erste Doppellieferung im Februar 1844 zugleich das Ende des hoffnungsvollen Unternehmens war. Das einzige Heft der Jahrbücher enthielt unter anderem unter dem Titel „Zur Judenfrage" einen Rezensionsaufsatz aus der Feder von Karl Marx, in dem sich dieser mit zwei Schriften von Bruno Bauer kritisch auseinandersetzte. Marx ging es hierbei in erster Linie um die Aufhebung der Judenfrage in der höherrangigen Forderung nach einer Emanzipation des Staates von der Religion, und in diesem Zusammenhang beschäftigte er sich auch mit den Menschen- und Bürgerrechten, so wie diese in den großen nordamerikanischen und französischen Erklärungen sowie den Verfassungen des ausgehenden 18. Jahrhunderts eine erste Gestalt angenommen hatten.[2]
Obwohl die Grundrechte nicht das zentrale Thema dieser Studie waren, wurden sie faute de mieux zum locus classicus. Im Herbst desselben Jahres 1844 schrieb Friedrich Engels für die kurzlebige Pariser Zeitung „Vorwärts" eine Artikelserie über „Die englische Konstitution" und widmete hiervon drei Artikel den Bürgerrechten der englischen Verfassung.[3] Sie haben das Interesse der Nachwelt weit weniger erregt als die „Judenfrage" und sind in der Tat

nur von geringem theoretischen Interesse, denn die Kritik von Engels an den zeitgenössischen englischen Zuständen war auf den empirisch-juristischen Nachweis dessen gerichtet, daß die bestehenden Grundrechtsschranken den Inhalt der Grundrechte praktisch auf Null reduziert hätten.

Die *Marx'schen Einlassungen* zu den Menschen- und Bürgerrechten sind gewiß interessanter. In Abweichung von der üblichen Begriffsbildung[4] knüpft Marx bei dieser Unterscheidung an soziale Rollen an: Träger der Menschenrechte sei der Privatmann als Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, während die Bürgerrechte die politischen Rechte des Staatsbürgers seien. Die klassische Trias der Französischen Revolution „liberté, égalité, fraternité" wird von Marx als eine menschenrechtliche begriffen und auf „die Freiheit des Menschen als isolierter auf sich zurückgezogener Monade" in seiner „Absonderung" von den anderen Menschen reduziert, deren „praktische Nutzanwendung" das Privateigentum sein.[5] In dieser Konzeption gehen die Menschenrechte über den egoistischen Menschen nicht hinaus, sie gelten sogar als Symbol des zu verachtenden Gewinnstrebens des durch die kapitalistischen Verhältnisse denaturierten Einzelnen. Theoretisch sollen nach Marx die Bürgerrechte wie das ganze politische Gemeinwesen nur eine dienende Funktion erfüllen, indem sie als Mittel zur Erhaltung der Menschenrechte ein- und herabgesetzt werden. In der Praxis soll es allerdings vielfach anders sein. Schon die Unterscheidung von Menschen- und Bürgerrechten und erst recht ihre Interpretation werden von Marx so vorgenommen, daß sie das Hauptanliegen seiner damaligen Bemühungen unterstützen: die Trennung von Staat und Gesellschaft im Kapitalismus. Erst wenn dieser Dualismus überwunden, erst wenn der Unterschied zwischen Menschen- und Bürgerrechten aufgehoben werde, finde der Mensch wieder zu sich selbst:

„Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und als individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen, *Gattungswesen* geworden ist, erst wenn der Mensch seine ‚forces propres' als *gesellschaftliche* Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der *politischen* Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht."[6]

Es liegt in der Natur seiner kollektivistischen Emanzipationsvision, daß Marx die Grundrechte ablehnen muß, hält er sie doch wesensmäßig mit der Existenz einer kapitalistischen Gesellschaft verbunden, die es zu zerstören gilt. Die Frage, ob es in einer sozialistischen Gesellschaft Grundrechte geben könne und wie sie auszugestalten seien, wäre Marx absurd erschienen. So ist es nicht verwunderlich, daß sich Marx auch in seinen späteren Schriften immer sehr despektierlich über die Menschenrechte geäußert hat, wenn er sie über-

haupt einer Erwähnung wert befand.[7] Sogar die von den Sozialisten aller Art so liebgewonnenen sozialen Grundrechte hat Marx nicht geschätzt, und er bezeichnete das Recht auf Arbeit als einen „Widersinn" und „elenden, frommen Wunsch", da es die Lohnarbeit aufzuheben gelte, die hinter dem Recht auf Arbeit stünde.[8] Nur an einer einzigen Stelle des Marx'schen Gesamtwerks wird eine etwas positivere Einstellung gegenüber den Grundrechten sichtbar, nämlich in dem von ihm 1864 verfaßten Provisorischen Statut der Internationalen Arbeiter-Assoziation, wo es unter den Verbandszielen heißt:
„Sie erachten es als die Pflicht eines jeden Menschen, die Rechte eines Menschen und Bürgers nicht bloß für sich selbst, sondern für jedermann, der seine Pflicht tut, zu fordern. Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte."[9]
Allerdings handelt es sich bei diesen Sätzen, die von Marx nur als kurzfristige Zielsetzung in einer vorsozialistischen Entwicklungsphase verstanden werden konnten, offensichtlich um eine opportunistische, situationsbedingte Äußerung im Rahmen einer Auftragsarbeit. Die Ostberliner Exegeten der „Marx-Engels-Werke" bemerken auch hierzu, daß Marx diesen Absatz nur auf Drängen der übrigen Kommissionsmitglieder in das Statut eingefügt habe.[10]

II. Die DDR und Marx

Nimmt man die marxistischen Ausgangspositionen ernst, so hat man es nicht leicht, will man die Notwendigkeit von Grundrechten in einer sozialistischen Gesellschaft nachweisen und sogar deren Überlegenheit gegenüber den bürgerlichen Grundrechten behaupten. Die DDR war zum Zeitpunkt ihrer Entstehung einer diesbezüglichen Grundsatzentscheidung enthoben. Diese hatte bereits Stalin getroffen, als er im Gegensatz zu der zuvor bestehenden Rechtslage und Verfassungsdoktrin[11] aus außenpropagandistischen Erwägungen in seine Sowjetverfassung vom 5. Dezember 1936 einen ansehnlichen Grundrechtskatalog aufnehmen ließ und in seinem Bericht über den Verfassungsentwurf die materiell abgesicherten Grundrechte als eine Besonderheit des sozialistischen Demokratismus hervorhob.[12] Nach 1945 stand es nach stalinistischem Brauch fest, daß die Grundrechte im Sozialismus sich einer positiven Wertschätzung erfreuen und in jede sozialistische Verfassung Eingang finden müßten. An dieser Grundeinstellung hat sich übrigens auch in poststalinistischer Zeit nichts geändert. Wesentlich größer war und ist freilich die Schwierigkeit, die positive Grundeinstellung zu den Grundrechten mit „Klassiker"-Zitaten zu belegen, wie es die Systemideologie nun einmal verlangt. Da sich weder bei Marx noch bei Engels brauchbare Zitate finden, ist es nicht verwunderlich, daß im grundrechtlichen Schrifttum der DDR wie der übrigen Länder des sowjetischen Hegemonialbereichs der „klassische" Anmer-

kungsapparat äußerst spärlich ist und die wenigen Belegstellen nicht einschlägig sind.

Erst in jüngster Zeit haben sich zwei Autoren der Marx'schen Grundrechtsproblematik näher angenommen: der gegenwärtig an der Akademie der Wissenschaften der DDR forschende „Grundrechtsspezialist" *Hermann Klenner*[13] und der Nestor der DDR-Wirtschaftshistoriker, *Jürgen Kuczynski*.[14] *Klenner* unterscheidet zwischen einer „destruktiven" und einer „konstruktiven" Auffassung von Marx in der Menschenrechtsfrage. Die erste sei namentlich in der oben behandelten Schrift „Zur Judenfrage" zu finden, die zweite hingegen im „Kapital". Diese Entdeckung ist insofern originell, als im „Kapital" so gut wie keine Rede von Menschenrechten ist. Dafür gibt es reichlich Hinweise auf den notwendigen Umsturz der bürgerlichen Gesellschaft, die proletarische Revolution und die sozialistische Gesellschaft, deren Grundprinzip die „volle und freie Entwicklung jedes Individuums" sein soll.[15] An ihnen findet Klenner großen Gefallen und ignoriert die Tatsache, daß die von Marx anvisierte „volle und freie Entwicklung jedes Individuums" schon deshalb nichts mit Grundrechten zu tun haben kann, weil die Grundrechte unzweifelhaft eine juristische Kategorie darstellen und das Recht nach Marx im Sozialismus bereits abgestorben sein soll. Die erstrebenswerte sozialistische Freiheit ist – marxistisch gedacht – einer juristischen Form weder bedürftig noch zugänglich. Statt dessen folgert Klenner, daß die im „Kapital" formulierten Klassenanliegen des Proletariats letztlich Menschheitsanliegen seien. „Und aus dem gleichen Grund sind auch nach der revolutionären Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung die verfassungsmäßigen *Klassen*rechte der Diktatur des Proletariats auf Verwirklichung der wesentlichen Entwicklungsbedingungen aller Mitglieder der Gesellschaft in ihrer Totalität und Tendenz das sozialistische *Menschen*recht."[16] Mit der gleichen Begründung kann auch die Unterstützung subversiv-kommunistischer Gruppen im Ausland und letztlich jede militärische Intervention des Warschauer Paktes als Verwirklichung der Menschenrechte etikettiert werden: „Weil das *Klassenanliegen* des Proletariats letztlich ein *Menschheitsanliegen* ist, sind seine *Klassenrechts*forderungen im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Krieg und Rassismus *Menschenrechts*forderungen."[17] Oder kurz und bündig: „Menschenrechtsverwirklichung heißt Klassenkampf!"[18]

J. Kuczynski sieht die Dinge anders. Sein intellektuell anspruchsvolleres, mit dem Pathos des 19. Jahrhunderts geschriebenes Büchlein „Menschenrechte und Klassenrecht" zeichnet sich durch eine bemerkenswert unzeitgemäße Treue zu Marx und den übrigen „Klassikern" aus, die allesamt sporadisch, aber unmißverständlich gegen die Menschenrechte Stellung genommen haben. Kuczynski scheut sich nicht, den wahren Marx seinen DDR-Kollegen entge-

genzuhalten: „Was aber weder Poppe noch Klenner bemerken, ist, daß weder Marx noch Engels Menschenrechte für den Sozialismus kennen – konnten sie natürlich auch nicht, weil der Begriff der Menschenrechte eben stets mit der Idee von ‚unveräußerlich', ‚von Natur oder Gott gegeben', ‚dem Menschen angeboren' verbunden ist. Es gibt eben überhaupt keine Menschenrecht in diesem Sinne und in anderem kann es sie nicht geben. Wohl gibt es, wenn man so will, für jede Gesellschaft grundlegende Gesetze, Grundgesetze über Grundrechte – ein Ausdruck, den Klenner häufig gebraucht, um den ‚Menschenrechten' zu entgehen. Aber das sind eben Grundgesetze und Grundrechte einer Gesellschaftsordnung und nicht Rechte der Menschen, Menschenrechte. Sie sind im Sozialismus Rechte von Klassen (bzw. Restklassen und Schichten) und den den Interessen dieser Klassen entsprechend handelnden Menschen. In der klassenlosen Gesellschaft jedoch sind sie keine Rechte mehr, sondern objektive Gesellschaftsmerkmale, keine Rechte mehr, um deren Anspruch man kämpfen muß, zumal ihnen auch keine Pflichten mehr, sondern nur noch Bedürfnisse entsprechen."[19]

Diese Ausführungen, aus denen folgt, daß in der DDR zu Unrecht und im Widerspruch zu den „Klassikern" von sozialistischen Menschenrechten geredet werde, stehen in voller Übereinstimmung mit der eingangs skizzierten Marx'schen Konzeption. Hiernach sind die Menschen-, aber auch die Grundrechte in einer „entwickelten sozialistischen Gesellschaft" – was die DDR zu sein von sich behauptet – schlechthin undenkbar, weil durch die Entwicklung überholt. Diese Konsequenz zieht Kuczynski auch für solche Grundrechte, auf die die DDR besonders stolz ist, weil sie angeblich nur im Sozialismus gewährleistet sein könnten, wie das Recht auf Arbeit[20] und das Recht auf Bildung.[21] Der Inhalt dieser Rechte sei zwar – so Kuczynski – in der DDR längst verwirklicht, aber sie hätten sich aus Grundrechten in die qualitativ höherwertige Kategorie der „objektiven Gesetzmäßigkeiten" verwandelt.

Es liegt auf der Hand, daß die von Kuczynski herbeigesehnte Marx-Renaissance nicht zur ideologischen Generallinie der SED paßt und deshalb gerade von den angesprochenen Grundrechtsideologen des Regimes kritisiert worden ist.[22] Dem mitteldeutschen Zeitgeist entspricht es viel mehr, daß die in aller Welt wohlklingenden Begriffe der Grund- und Menschenrechte aus taktisch-opportunistischen Gründen wieterhin gebraucht und mit einem ihrer ursprünglichen Bedeutung entgegengesetzten Inhalt ausgefüllt werden. Sie wurden und werden in der Tat als ein Manipulationsinstrument mißbraucht. Der Umgang der DDR mit den Grundrechten im Laufe ihrer Geschichte zeigt dies zur Genüge.

III. Funktionswandel der Grundrechte in der Geschichte der DDR

Die Grundrechte haben in der Geschichte der DDR einen mehrfachen Funktionswandel durchgemacht. Unter dem Gesichtspunkt ihres Funktionswandels kann die mitteldeutsche Grundrechtsgeschichte in vier Perioden eingeteilt werden, die sich im großen und ganzen mit den einzelnen Jahrzehnten der Zeitrechnung decken.[23]

1. Die kommunistische Machtergreifung bis 1950

In der Anfangsphase der SBZ/DDR, die im Selbstverständnis der DDR als die „antifaschistisch-demokratische Ordnung" bezeichnet wird, hatten die Grundrechte in der Politik der KPD/SED in erster Linie eine *propagandistische Funktion* zu erfüllen: sie sollten zur programmatisch-ideologischen Absicherung der einzelnen Etappenziele im Prozeß der kommunistischen Machtergreifung beitragen. Im Zeichen der von den Kommunisten propagierten Bündnispolitik wurde die *doppelte Begriffsvalenz* der Grundrechte nutzbar gemacht, um die Öffentlichkeit im allgemeinen und die Bündnispartner im besonderen über ihre wahren Ziele, die Errichtung einer totalitären Einparteidiktatur unter sowjetischer Vorherrschaft zu täuschen. Die Grundrechtsrhetorik der Kommunisten konnte und sollte bei vielen Ahnungslosen die überkommenen, in der politischen Kultur Deutschlands verwurzelten und allgemein konsensfähigen liberal-demokratisch-rechtsstaatlichen Wertvorstellungen erwecken, und die Verwendung der geläufigen Terminologie sollte die Tatsache verschleiern, daß die Kommunisten mit den bekannten Worten ganz andere, dem allgemeinen Sprachgebrauch diametral entgegengesetzte politische Zielvorstellungen verbanden.

Der propagandistische Einsatz der Grundrechtsrhetorik begann bereits mit dem *SMAD-Befehl Nr. 2* vom 10. Juni 1945[24], durch den die sowjetische Besatzungsmacht die Gründung politischer Parteien unter anderem unter der Voraussetzung zuließ, daß sich diese die Festigung der „bürgerlichen Freiheiten" in Deutschland zum Ziele setzten; auch von „demokratischen Freiheiten" und „bürgerlichen Rechten" war in ihm die Rede. Am nächsten Tag erließ die *KPD* einen *Aufruf* an die deutsche Bevölkerung[25], in dem sie für die „Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk" eintrat. Den zehn politischen Aktionspunkten des Aufrufs konnte kaum entnommen werden, daß die „Rechte und Freiheiten für das Volk" in einem vom allgemeinen Sprachgebrauch abweichenden Sinne verstanden werden sollten. Etwas anders lagen die Dinge bei der ersten programmatischen Verlautbarung der aus einer Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD hervorgegangenen SED. In den vom Vereinigungspar-

teitag am 22. April 1946 beschlossenen „*Grundsätzen und Zielen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*“[26] waren die Punkte 8–11 der insgesamt 14 „Gegenwartsforderungen“ den „Volksrechten“ gewidmet. Mochte die Formulierung der einzelnen „Volksrechte“ für sich allein noch keinen besonderen Verdacht erregen, so waren sie doch in einen Gesamtzusammenhang gestellt, der die Umgestaltung der Wirtschaftsordnung als die dringlichste Aufgabe erscheinen ließ. Das ebenfalls vom Vereinigungsparteitag beschlossene „*Manifest an das deutsche Volk*“[27] ließ nur sachkundige und skeptische Beobachter mit der Wortwahl aufhorchen, wonach die Republik die Rechte der Meinungsfreiheit und Mitbestimmung „sichern“ und die Glaubens- und Gewissensfreiheit „gewähren“ soll.
Der Terminus „Grundrechte“ tauchte im Rahmen der Volkskongreßbewegung auf, die letztlich zur Gründungsverfassung der DDR führte. Im Vorgriff auf einen vollständigen Verfassungsentwurf veröffentlichte der Parteivorstand der SED am 19. September 1946 mit Blick auf die im Oktober stattfindenden Kreis- und Landtagswahlen Vorschläge für „Die Grundrechte des deutschen Volkes“.[28] Bezüglich der Gesamtkonzeption dieses Dokuments war eine kollektivistische Färbung der Grundrechte nicht zu übersehen, da diese aus dem Prinzip der Volkssouveränität und nicht aus der Menschenwürde oder dem sonstwie bezeichneten Eigenwert des Individuums entwikkelt wurden. Aber die üblichen Freiheits- und Unverletzlichkeitsrechte des Einzelnen waren in dem Katalog enthalten, wenn auch jeweils unter einen Gesetzesvorbehalt gestellt und ohne die Versammlungsfreiheit. Daneben wurden auch soziale Grundrechte proklamiert (Arbeit, Erholung, Versorgung, Bildung) und Aussagen zur Wirtschaftsordnung gemacht (soziale Gerechtigkeit, Bodenreform, Abschaffung des Großgrundbesitzes, Sozialisierungsmöglichkeiten, aber Gewährleistung des Eigentums im übrigen), die eindeutig sozialistischem Gedankengut entstammten. Allerdings mußte dies nicht unbedingt mißtrauisch stimmen, da in dieser Hinsicht eine Anknüpfung an die Weimarer Tradition ohne weiteres möglich war. Schließlich enthielt auch die Weimarer Verfassung unter sozialistischem Einfluß umfangreiche Bestimmungen über das Wirtschaftsleben und das Bildungswesen, die soziale Rechtspositionen zu begründen bestrebt waren. Als dann der Parteivorstand der SED am 14. November 1946 den „*Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik*“[29] vorlegte, wurde in diesem der zuvor veröffentlichte Grundrechtskatalog mit einigen Veränderungen übernommen. Von hier aus führte ein gerader Weg zu dem Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrats vom 22. Oktober 1948 und vom 19. März 1949, der am *7. Oktober 1949* von der Provisorischen Volkskammer – welche Bezeichnung der nicht durch Wahlen legitimierte Deutsche Volksrat anläßlich der Staats-

gründung angenommen hatte – als die *erste Verfassung der DDR* verabschiedet wurde. Im Unterschied zu den zeitgenössischen volksdemokratischen Verfassungen in Osteuropa orientierte sich die Verfassung der DDR nicht am Vorbild der Sowjetverfassung von 1936. Sie lehnte sich vielmehr an die Weimarer Verfassung an, deren sozialstaatliche Elemente sie duch ein allgemeines Bekenntnis zu sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlichem Fortschritt (Präambel), durch eine stärkere Ausgestaltung der sozialen Grundrechte (Art. 15–18) und detaillierte Regelungen über die Wirtschaftsordnung (Art. 19–29) fortentwickelte. Ausgesprochen sozialistisch mutete nur Art. 25 an, der die Überführung einiger grundlegender Produktionsmittel in „Volkseigentum" anordnete. Insgesamt hatte die Verfassung, wie auch ihr Grundrechtsteil, ein durchaus bürgerlich-demokratisches Gepräge.
Die mitteldeutsche Abweichung vom stalinistischen Verfassungs- und Grundrechtsmodell war in der besonderen Lage Deutschlands begründet. Zwar wurde die kommunistische Machtübernahme in der SBZ mit ähnlichen Mitteln und im gleichen Tempo vorangetrieben wie in den osteuropäischen Volksdemokratien, doch sollte dies nach außen hin nicht so offen gezeigt werden. Denn zu dieser Zeit und in den nächsten Jahren gingen die Sowjetunion und ihre mitteldeutschen Statthalter noch von der staatlichen Einheit Deutschlands aus. Es wäre dem proklamierten Ziel einer Wiedervereinigung zuwidergelaufen, hätte man die gewaltsam herbeigeführten politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in Mitteldeutschland, die für das deutsche Volk im Falle einer demokratischen Wiedervereinigung nicht akzeptabel gewesen wären, verfassungsrechtlich festgeschrieben. Die DDR-Verfassung von 1949 nahm von der Entstehung zweier deutscher Staaten nicht einmal Notiz und war als eine Verfassung für Gesamtdeutschland konzipiert. In diesem Zusammenhang wird eine zweite Funktion der Grundrechte in der Anfangsphase der SBZ/DDR sichtbar: die *gesamtdeutsche Funktion*. Durch die Verankerung der propagandistischen und juristischen Gestalt der Grundrechte in der Weimarer Tradition sollten die Gemeinsamkeiten der politischen Kultur in Ost und West betont und die deutsche Frage offengehalten werden.

2. Die Sowjetisierung der Rechtsordnung in den 50er Jahren

Nach dem Selbstverständnis der DDR ist die „antifaschistisch-demokratische" Periode 1951/52 zu Ende gegangen. Der Beginn einer neuen Phase der „Schaffung der Grundlagen des Sozialismus" wurde auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 verkündet und vom V. Parteitag im Juli 1958 bestätigt. In dem vom VI. Parteitag 1963 verabschiedeten SED-Programm wurde er allerdings auf den 1. Januar 1951 zurückdatiert, offenbar in der Absicht, den Beginn des sozialistischen Aufbaus mit dem Anfang des

ersten Fünfjahrplans nachträglich zu synchronisieren. Jedenfalls war die kommunistische Machtergreifung schon bei Gründung der DDR vollendet, so daß die Grundrechte ihre ursprüngliche Funktion als propagandistische Flankierungsmaßnahme der Machtergreifung verloren. Zugleich wurden die Grundrechte aus politischen Forderungen in verfassungsrechtliche Normen verwandelt, wodurch die Voraussetzungen für einen Funktionswandel in dem Sinne geschaffen waren, daß sie nunmehr eine juristische Wirkkraft entfalten konnten.

Dies taten sie auch, wenn auch in einer für das überkommene Grundrechtsverständnis überraschenden, wenn nicht gar perversen Weise. Man hat sich hierbei zu vergegenwärtigen, daß in der DDR das deutsche Recht aus der Zeit vor 1945 zunächst fortgalt und es eine ganze Weile dauerte, bis infolge der großen Kodifikationen der 60er und 70er Jahre die Reste der deutschen Rechtseinheit sukzessive beseitigt worden sind.[30] In den 50er Jahren mußten die Rechtsanwendungsorgane ganz überwiegend noch mit dem alten „bürgerlichen" Recht umgehen, das es in einem „sozialistischen" Sinne, d. h. nach dem Vorbild des Sowjetrechts, umzufunktionieren galt. In diesem Zusammenhang erfüllten die Grundrechte eine wichtige *Funktion bei der Sowjetisierung der mitteldeutschen Rechtsordnung*, indem sie von der Rechtsprechung als *Auslegungsrichtlinien* herangezogen wurden, um überkommene Rechtsvorschriften systemkonform umzudeuten oder Rechtslücken zu füllen. Der Schwerpunkt lag auf *drei Rechtsgebieten*: Strafrecht, Arbeitsrecht und Familienrecht.

In Ermangelung brauchbarer Rechtsvorschriften dienten die Grundrechte im Strafrecht als Grundlage für die *politische Terrorjustiz*. Eine derartige Denaturierung der Grundrechte, ihr Einsatz zu Zwecken, die ihrem eigentlichen Anliegen diametral zuwiderlaufen, erfordert freilich einiges Geschick und eine gehörige Portion Unverfrorenheit. Doch das Oberste Gericht brachte dies fertig. Art. 6 der Verfassung gewährleistete die Rechtsgleichheit, wobei sein Abs. 2 eine offenbar als Einschränkung des Gleichheitssatzes zu verstehende Bestimmung enthielt, die die *Boykott-, Mord- und Kriegshetze* zum Verbrechen erklärte. Weder wurde der Tatbestand näher umschrieben, noch eine Strafandrohung in Aussicht gestellt.[31] Indes störte sich das Oberste Gericht daran nicht weiter, sondern sprach in seinem berüchtigten Urteil vom 4. Oktober 1950 gegen Angehörige der „Zeugen Jehovas"[32] aus, daß Art. 6 Abs. 2 der Verfassung als unmittelbar geltendes Recht anzuwenden sei und die in ihm selbst nicht enthaltenen Strafbestimmungen dem allgemeinen Strafgesetzbuch zu entnehmen seien; klarheitshalber wurde noch hinzugefügt, daß als konkrete Strafen die Todesstrafe, die lebenslängliche und zeitige Zuchthausstrafe angebracht seien. Damit wurde für die politische Terrorjustiz der

50er Jahre eine grundrechtliche Grundlage gefunden, deren uferlose Breite es den Gerichten ermöglichte, tausende, wenn nicht über 10.000 Bürger wegen jeder beliebigen Meinungsäußerung oder mißliebigen Verhaltens einzukerkern oder dem Henker zu überantworten.[33] Art. 6 Abs. 2 der Verfassung spielte bis zum 1. Februar 1958 eine zentrale Rolle, als das Strafrechtsergänzungsgesetz vom 11. Dezember 1957 in Kraft trat und eine Reihe spezieller Straftatbestände einführte, die wohl bezüglich der Rechtsgrundlagen, weniger jedoch in der Praxis der politischen Justiz Änderungen mit sich brachten. Völlig bedeutungslos war Art. 6 Abs. 2 aber auch in der Folgezeit nicht, da er als genereller Auffangtatbestand für Verhaltensweisen weiterhin zur Verfügung stand, die aus politischen Gründen als strafwürdig angesehen, aber von den Einzelbestimmungen des StEG nicht erfaßt wurden.

In der *Familienrechsprechung* erlangte der in Art. 7 und 30 der Verfassung enthaltene *Gleichberechtigungsgrundsatz* eine unmittelbare Bedeutung. Er wurde zunächst herangezogen, um die Gleichberechtigung der Frau im Familienrecht ganz allgemein durchzusetzen.[34] Insofern vollzog sich eine Parallelentwicklung zur Bundesrepublik, wo das Bundesverfassungsgericht die dem Gleichberechtigungsgrundsatz des Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes entgegenstehenden ehe- und familienrechtlichen Vorschriften des BGB mit Wirkung vom 31. März 1953 für außer Kraft befindlich erklärte[35] und die Gerichte bis zum Inkrafttreten des Gleichberechtigungsgesetzes am 1. Juli 1958 in freier Rechtsfindung darüber zu entscheiden hatten, welche Konsequenzen sich aus dem Gleichberechtigungsgrundsatz ergeben. Die Rechtsprechung der DDR ging aber darüber hinaus, indem sie die Gleichberechtigung mit der wirtschaftspolitischen Zielsetzung verknüpfte, die Frau vollständig in den Produktionsprozeß einzuschalten. Die Frau sollte in gleicher Weise arbeiten und sich somit am Aufbau des Sozialismus beteiligen wie der Mann. Dies kam in einem Urteil des Obersten Gerichts vom 24. November 1952[36] besonders deutlich zum Ausdruck, in dem es um den Unterhaltsanspruch einer Frau gegen ihren zahlungsunwilligen früheren Ehemann ging. Die Ehe war wegen alleinigen Verschuldens des Mannes geschieden worden, der in einem Vergleich seine Unterhaltspflicht anerkannt hatte. Das Oberste Gericht befand, daß der Mann zu Recht keine Freude am Zahlen habe, und führte hierzu aus: „Die Tatsache der Ehescheidung, auch wegen alleinigen Verschuldens des Klägers, ist kein Freibrief für die geschiedene Frau, in der Spekulation auf die Unterhaltspflicht des Mannes ein Faulenzerleben zu führen... Ein Vergleich, welcher der Frau ein arbeitsloses Einkommen sichert und sie davon abhält, durch ihre Beteiligung an der Arbeit die Grundlage ihrer in Art. 7 der Verfassung gegebenen Gleichberechtigung zu schaffen, ist zugleich auch ein Verstoß gegen das dem Art. 7 zu entnehmende Verbot von Hand-

lungen, die sich in ihrer Auswirkung gegen die Gleichberechtigung richten."
Die Bundesrepublik benötigte noch 25 Jahre, um mit ihrer Ehe- und Familienrechtsreform 1977 eine ähnlich fortgeschrittene Stufe sozialistischer Rechtsentwicklung zu erklimmen!
Auf dem Gebiete des *Arbeitsrechts* bemühte die Rechtsprechung vornehmlich das *Recht auf Arbeit* (Art. 15 der Verfassung) und das *Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften* (Art. 17 der Verfassung), um zu der gewünschten Umgestaltung des Dienstvertragsrechts des BGB zu gelangen. Die Umgestaltung war durch die politische Zielsetzung motiviert, den staatlichen Wirtschaftssektor zu stärken und die Privatwirtschaft zu schwächen. Folglich waren die Konsequenzen, die die Rechtsprechung aus den genannten Grundrechten ableitete, je nachdem unterschiedlich, ob der Arbeitgeber eine staatliche Einrichtung oder eine Privatperson war. Dies sei an zwei insofern gleichgelagerten Fällen gezeigt, als es in beiden um die Wirksamkeit einer Kündigung ohne gewerkschaftliche Zustimmung ging. Rechtsgrundlage für ein mögliches Zustimmungserfordernis war in beiden Fällen § 11 der Verordnung über das Kündigungsrecht vom 7. Juni 1951, der die Wirksamkeit einer Kündigung von der Zustimmung der betrieblichen Gewerkschaftsvertretung abhängig machte. Im ersten Fall, der dem Urteil des Obersten Gerichts vom 17. April 1953[37] zugrunde lag, wurde der Stellenleiter eines Fernmeldezeugamtes der Post vom Leiter der Oberpostdirektion wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten entlassen. Die Entlassung wurde möglicherweise von der Polizei angeregt, aber das alsbald eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen den Stellenleiter wurde später eingestellt. Nach höchstrichterlicher Auffassung wurde die Gewerkschaft zu Recht umgangen und war die Kündigung mithin wirksam, denn: „Die Autorität des Staates verbietet in einem solchen Falle jede Einmischung der Gewerkschaftsorgane in die Tätigkeit der staatlichen Organe, die zur Wahrung der demokratischen Gesetzlichkeit berufen sind." Zwei Jahre später vertrat das Oberste Gericht in seinem Urteil vom 22. Februar 1955 die entgegengesetzte Meinung.[38] Hier war ein Kürschnergeselle von seinem Handwerksmeister wegen Arbeitsmangels gekündigt worden. Die gewerkschaftliche Zustimmung war aus dem einfachen Grunde unterblieben, daß im Kleinbetrieb keine gewerkschaftliche Vertretung bestand und § 11 der Kündigungsrechtsverordnung für diesen Fall kein Zustimmungserfordernis vorsah. Nun meinte das Oberste Gericht, daß das Nichtvorhandensein einer betrieblichen Gewerkschaftsvertretung keine Rolle spiele. Es folgerte aus dem allgemein verkündeten Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften in Art. 17 der Verfassung, in dem über eine Kündigung nichts zu lesen war, daß für die Wirksamkeit der Kündigung die Zustimmung erforderlich gewesen wäre und diese in Ermangelung einer betrieblichen Gewerkschaftsorga-

nisation eben bei der Zentrale, der Gewerkschaftsgruppe für Kleinbetriebe des FDGB, hätte eingeholt werden müssen. Ein schönes Beispiel gezielter Ungleichbehandlung und sozialer Diskriminierung!

3. Grundrechtsdiskussion und -propaganda in den 60er Jahren

Mit dem zunehmenden Abbau der überkommenen Rechtsordnung infolge des legislatorischen Aufbaus einer „sozialistischen" Rechtsordnung wurden die Grundrechte als Instrumente der Rechtsauslegung immer entbehrlicher. Die drei Rechtsgebiete, auf denen die Grundrechte in den 50er Jahren eine Rolle gespielt hatten, wurden in den 60er Jahren kodifiziert: 1961 wurde das erste Gesetzbuch der Arbeit, 1965 das Familiengesetzbuch und 1968 das Strafgesetzbuch erlassen. Die Grundrechte verloren damit ihre juristische Bedeutung, und seit Anfang der 60er Jahre sind in der DDR-Judikatur so gut wie keine Hinweise mehr auf Grundrechtsartikel der Verfassung zu finden. Zugleich setzt ein *Funktionswandel* der Grundrechte im Sinne ihrer propagandistischen Instrumentalisierung ein. Sie sollten nach dem Willen der Parteiführung als *propagandistische Mittel der sozialen Integration* nutzbar gemacht werden.

Dieser Funktionswandel ist im Zusammenhang mit den ideologischen Neuerungen Chruščëvs zu sehen, die schließlich in das vom XXII. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961 angenommene neue Parteiprogramm mündeten.[39] Der aus Osten wehende Wind der Entstalinisierung hatte die DDR schon vorher erreicht, doch war Ulbricht mit Geschick darum bemüht, ihn aus seinem Segel zu nehmen. Mit dem Gebrauch wohlklingender Vokabeln glaubte er seiner Pflicht Genüge zu tun, und so sprach er schon auf dem V. Parteitag der SED im Juli 1958 von *„sozialistischen Persönlichkeitrechten"*, ohne hieran weitere Folgen zu knüpfen. Drei Jahre später wurde es ernster. Die im März 1961 stattfindende *12. ZK-Tagung der SED* behandelte unter anderem die anstehenden Aufgaben der Rechtswissenschaft und kam zu der Erkenntnis, daß eine eingehendere Beschäftigung mit den „staatsbürgerlichen Grundrechten" vonnöten sei.[40] Nun begann die Ulbricht'sche Wortschöpfung von den „sozialistischen Persönlichkeitsrechten" ihre semantische Wirksamkeit zu entfalten. Am 8. Juni 1961 hielt die Sektion Staatstheorie und Staatsrecht der Babelsberger Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft eine *Arbeitstagung* ab, die dem Thema „Bürgerliche Grundrechte und sozialistische Persönlichkeitsrechte" gewidmet war.[41] Sie war als Auftakt für eine umfassende *Grundrechtsdiskussion* gedacht, die die folgenden Jahre charakterisierte und deren Ergebnisse in der zweiten DDR-Verfassung von 1968 ihren Niederschlag finden sollten.[42] In der Mitte der 60er Jahre erschienen zahlreiche rechtswissenschaftliche Arbeiten über die Grundrechte: die erste Grundrechts-

monographie von *Hermann Klenner* im Jahre 1964[43], die kollektive Habilitationsschrift von *Rudolf Hieblinger* und *Wolfgang Menzel* über die Meinungsfreiheit im selben Jahr[44], die Dissertation von *Günter Baranowski* über den Rechtsschutz im nächsten Jahr[45], eine mehr rechtstheoretisch ausgerichtete Arbeit aus der Feder von *Gerhard Haney* im Jahre 1967[46] und verschiedene Aufsätze namentlich in der Hauszeitschrift der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Staat und Recht", unter deren Autoren vor allem *Willi Büchner-Uhder*, *Eberhard Poppe* und *Rolf Schüsseler* hervorzuheben sind.[47] Einen gewissen Höhepunkt bildete eine wissenschaftliche Konferenz der Institute für Staatsrecht der Universitäten Leipzig und Halle anläßlich des 20. Gründunstages der SED am 28./29. Arpil 1966 in Leipzig zum Thema „Der Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Partei um die Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit und die grundlegenden Rechte und Pflichten der Bürger des sozialistischen Staates."[48]

Versucht man eine Bilanz der Grundrechtsdiskussion in der DDR zu ziehen, so muß sie im Vergleich zum osteuropäischen, aber auch zum sowjetischen Diskussionsstand als recht konservativ und hausbacken bezeichnet werden.[49] Die Einheitsthese, die Interessenharmonie und die immanenten Grundrechtsschranken wurden stark betont. Mit der Anerkennung der subjektiven Rechtsnatur der Grundrechte, die im gesamten Ostblock inzwischen unstreitig war, hatte die DDR beträchtliche Schwierigkeiten. Die Frage der Grundrechtsgarantien wurde heruntergespielt, und insbesondere das zentrale Problem des gerichtlichen Rechtsschutzes wurde von der Diskussion ausgeklammert, obwohl die DDR mit ihrer totalen Rechtsschutzverweigerung völlig aus dem Rahmen des im sowjetischen Hegemonialbereich Üblichen fällt.[50] Trotzdem kann nicht übersehen werden, daß auch in der Grundrechtsdiskussion der DDR zumindest potenziell gewisse *willkürhemmende Tendenzen* sichtbar wurden. Die im Ergebnis der Diskussion herauskristallisierte *Grundrechtskonzeption* kann in folgenden Punkten stichwortartig zusammengefaßt werden:

1. Die Grundrechte stellen staatliche Gewährungen und keine angeborenen Menschenrechte dar.

2. Die Grundrechte sind wohl subjektive Rechte, aber sie richten sich nicht gegen den Staat.

3. Die Grundrechte befinden sich auf der obersten Ebene des Rechtserzeugungsprozesses, die noch keine konkreten Ansprüche schafft; Ansprüche können erst als Folge der einfachgesetzlichen Konkretisierung der grundrechtlichen Verfassungsbestimmungen entstehen.

4. Rechte und Pflichten bilden eine untrennbare Einheit; die Wahrnehmung der Grundrechte ist von der Erfüllung der Grundpflichten abhängig und stellt zumeist selbst eine Pflicht dar.
5. Das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft ist in der DDR durch einen Zustand der weitgehenden Interessenharmonie gekennzeichnet; es ist die Aufgabe der Grundrechte, die weitere Vervollkommnung dieser Interessenharmonie zu fördern.
6. Die immanente Schranke aller Grundrechte bildet ihre gesellschaftliche Zweckbestimmung.
7. Kraft ihres Erkenntnis- und Führungsmonopols ist die SED der autoritative Interpret der gesellschaftlichen Interessen und somit der aktuellen Grundrechtsinhalte.
8. Die wichtigste Funktion der Grundrechte ist die soziale Integration des Individuums, die „Vergesellschaftung des Menschen".
9. Die Grundrechte sind Leitungsinstrumente der Arbeiterklasse zur Realisierung ihrer historischen Mission.
10. Die Wirksamkeit der Grundrechte ist durch politische, ökonomische, ideologische und juristische Garantien gesichert, wobei den juristischen Garantien nur eine untergeordnete Bedeutung zukommt.

Die einzige *Originalität*, die die DDR zur osteuropäischen Grundrechtsdiskussion beizusteuern wußte, betrifft den Punkt 8. Zwar ist in der gesamten osteuropäischen Grundrechtsentwicklung die Tendenz vorhanden, die im stalinistischen Modell etwas verkümmerten Mitwirkungsrechte stärker zu betonen, aber nur die DDR ist so weit gegangen, die *soziale Integration* zum theoretischen Ausgangspunkt der Grundrechtsdoktrin zu machen und somit den status activus zur Grundlage der „sozialistischen Persönlichkeitsrechte" zu erklären. Diese Konzeption hat dann Eingang in die *Verfassung vom 6. April 1968* gefunden, deren Grundrechtskatalog in Art. 21 mit einem allgemeinen und spezielle Partizipationsformen umfassenden Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsrecht beginnt, das augenscheinlich als „Muttergrundrecht"[51] aller übrigen Bürgerrechte begriffen wird.[52] Auf diese Weise konnte auch die *Propagandafunktion* der Grundrechte theoretisch untermauert werden, da alle Indoktrinationsmaßnahmen zur Erzeugung eines kollektivistischen Individualbewußtseins und systemkonformer Verhaltensweisen als Förderung der Grundrechtsverwirklichung interpretiert werden konnten. Dieses Herangehen an die Grundrechtsfrage stand übrigens in voller Übereinstimmung mit dem Konzept der „sozialistischen Menschengemeinschaft" der späten Ulbricht-Ära, in der sich der alternde Diktator immer mehr in der Rolle eines Landesvaters und ideologischen Schulmeisters gefiel – zum wachsenden Miß-

vergnügen des Kreml. Es ist allerdings den Ideologen und Juristen der DDR zugleich zu bescheinigen, daß sie mit ihrer grundrechtlichen Zielprojektion einer „Vergesellschaftung des Menschen" dem verblichenen Marx näher kamen als ihre Kollegen im kommunistischen Ausland. Denn wenn man schon den unmarxistischen Standpunkt von der Möglichkeit sozialistischer Grundrechte einnimmt, dann ist es relativ marxistisch, auf die eingangs erwähnte Vorstellung Marxens von der Emanzipation als der Erhöhung des individuellen Menschen zum Gattungswesen abzustellen und die eigentliche Aufgabe der sozialistischen Grundrechte in der Aufhebung menschlicher Individualität zu erblicken.

Als die zweite DDR-Verfassung im April 1968 verabschiedet wurde, war der Höhepunkt der bedingten Reformen und damit auch der Grundrechtsdiskussion im Grunde schon überschritten. Die offizielle Wende zu einem härteren innenpolitischen und ideologischen Kurs brachte die Okkupation der Tschechoslowakei im August 1968 mit sich. In einer Rede vor der Babelsberger Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft am 12. Oktober 1968 proklamierte Ulbricht die inzwischen in Vergessenheit geratene „Diktatur des Proletariats"[53], um allen Tendenzen einen Riegel vorzuschieben, die das totalitäre System aufzulockern in der Lage wären. Seit dieser Zeit wird eine substanzielle Grundrechtsdiskussion, die diesen Namen annähernd verdient, in der DDR nicht mehr geführt.

4. Grundrechtspropaganda in der Honecker-Ära der 70er Jahre

Auch im letzten Jahrzehnt ist das Gebiet der *Propaganda* das eigentliche Wirkfeld der DDR-Grundrechte geblieben. Im Vergleich zu den 60er Jahren sind allerdings einige *Akzentverschiebungen* zu konstatieren. Die nach innen gerichtete soziale Integrationsfunktion ist beibehalten, aber abgeschwächt und qualitativ insofern verändert worden, als ihre Ausdrucksformen grobschlächtiger, primitiver geworden sind. In der leninistischen Terminologie würde man sagen, daß aus der Grundrechtspropaganda immer mehr eine Grundrechts*agitation* geworden ist. Mit der strengeren ideologischen Reglementierung und dem Verfall des geistigen Niveaus ist auch die rechtswissenschaftliche Diskussion versandet. Der Ulbricht'sche Terminus „sozialistische Persönlichkeitsrechte" ist nicht mehr gebräuchlich. Es sind zwar zahlreiche Artikel und Aufsätze – wenn auch kaum mehr Monographien[54] – zum Thema Grundrechte erschienen, aber ihre agitatorisch-propagandistische Ausrichtung ist so stark und der für individuelle Meinungsäußerungen zur Verfügung stehende Spielraum ist so eingeengt worden, daß von einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema auch im ideologischen Rahmen des Marxismus-Leninismus kaum mehr die Rede sein kann. Als neues

Element der Grundrechtspropaganda ist in den 70er Jahren die *Auslandspropaganda* hinzugekommen. Dies hängt einerseits mit der Internationalisierung der Menschenrechtsfrage und andererseits damit zusammen, daß die DDR dank der neuen Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Bundesregierung die außenpolitische Isolierung überwunden und die Bühne internationaler Beziehungen betreten hat. Im September 1973 wurde die DDR als Mitglied in die Vereinten Nationen aufgenommen, sie hat die beiden UN-Menschenrechtskonventionen vom 16. Dezember 1966 sowie die KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 unterzeichnet und hat in Art. 2 des innerdeutschen Grundlagenvertrages vom 21. Dezember 1972 die Wahrung der Menschenrechte versprochen. Im Ergebnis der gewandelten außenpolitischen Situation soll nunmehr auch mit Hilfe der Grundrechtspropaganda um internationales Ansehen geworben und psychologische Kriegsführung gegen den Westen betrieben werden.
Die Rechtswissenschaft der DDR ist sich ihres propagandistischen Auftrags bewußt und wird auf ihre aktuellen Aufgaben in regelmäßigen Zeitabständen eingestimmt, wobei der im Mai 1973 als ideologisches Leitorgan gegründete *Rat für staats- und rechtwissenschaftliche Forschung* bei der Akademie der Wissenschaften der DDR das zentrale Forum ist, wo die Propagandaaufträge der SED den Rechtswissenschaftlern übermittelt werden. Dieser Rat hat unter anderem am 27. Juni 1975 und am 29./20. Juni 1978 wichtige Sitzungen abgehalten, auf denen Eberhard Poppe die jeweiligen Aufgaben der Grundrechtspropaganda darstellte.[55] Ein wichtiger Träger der Außenpropaganda ist das „*DDR-Komitee für Menschenrechte*"[56], das 1969 aus dem Ostberliner „Komitee zum Schutze der Menschenrechte" hervorgegangen ist, nachdem die DDR 1968 ihre Bereitschaft erklärt hatte, den UN-Menschenrechtskonventionen beizutreten. In Auswertung der vorliegenden Veröffentlichungen lassen sich die *einzelnen Aufgabenbereiche* der Grundrechtspropaganda und ihre Realisierung in vier Punkten zusammenfassen:
1. *DDR-intern* sind die Grundrechte als *staatliche Leitungsinstrumente* einzusetzen, und die Grundrechtstheorie hat nachzuweisen, daß das sozialistische Recht der *Persönlichkeitsentfaltung* und Individualität Raum und Orientierung gibt. Dieser Doppelaspekt der Grundrechte als staatliche Leitungsinstrumente und Rechte der Persönlichkeit, der der juristische Ausdruck der grundsätzlichen Interessenübereinstimmung in der DDR-Gesellschaft sein soll[57], eröffnet einen gewissen Manövrierspielraum, der allerdings meistens zugunsten des obrigkeitlich motivierten Integrationsaspekts genutzt wird. Immerhin ist bei Eberhard Poppe neuerdings die Tendenz erkennbar, dem zweiten Aspekt eine relative Eigenständigkeit zu sichern. Er hat sich kürzlich für eine systematische Neueinteilung der Grundrechte eingesetzt, indem er

statt der üblichen Dreiteilung in ökonomische, kulturell-ideologische und politische Rechte vier Grundrechtsgruppen vorschlägt.[58] Die neue Kategorie der „persönlichen Rechte und Freiheiten" soll hauptsächlich aus der Gruppe der „politischen Rechte" herausgelöst werden und sich von dieser durch ihre unterschiedliche Wirkungsrichtung abheben: die persönlichen Rechte dienten „primär dem Schutz des Bürgers vor unrechtmäßigen Beeinträchtigungen"[59], während die politischen Rechte auf Mitgestaltung gerichtet seien. Als Begründung weist Poppe unter anderem auf die KSZE-Schlußakte, die UN-Menschenrechtspakte und die neue Sowjetverfassung von 1977 hin, betont aber zugleich, daß es sich hierbei natürlich nicht um eine Abgrenzung gegenüber dem Staat oder Rechte gegen die Gesellschaft handele. Bei der Interpretation der traditionellen Einheitsthese (vgl. oben Punkt 4 des Resümees der Grundrechtsdiskussion der 60er Jahre) wird insofern eine neue Nuance ins Spiel gebracht, als Poppe in der Grundrechtsverwirklichung zwar eine gesellschaftliche Forderung erblickt, aber die Grundrechte nicht automatisch, sondern nur dort als Rechtspflichten qualifiziert, wo sie ausdrücklich als solche normiert sind.[60] Die Bedeutung dieser dezenten, neuen Töne darf nicht überschätzt werden. Sie haben nur für die DDR einen bescheidenen Neuigkeitswert. Im osteuropäischen Gesamtkonzert klingen sie eher konventionell und sind zudem ambivalent, weil die willkürhemmende von der propagandistischen Täuschungsabsicht nicht ohne weiteres zu unterscheiden ist.

2. In der *Außenpropaganda* ist zunächst eine *defensive Funktion* zu erfüllen, indem die Grundrechtspropaganda nachzuweisen hat, daß die DDR die Menschenrechte des Völkerrechts nach Geist und Buchstaben achte. Für die Art, in der diese Aufgabe zu erfüllen und das Ausland über die Menschenrechtsverletzungen in der DDR[61] zu täuschen ist, bietet der Bericht ein illustratives Beispiel, den die DDR gemäß der in Art. 40 der Internationalen Konvention über bürgerliche und politische Rechte vom 16. Dezember 1966 niedergelegten Verpflichtung, binnen Jahresfrist über die zur Verwirklichung der in der Konvention anerkannten Menschenrechte getroffenen Maßnahmen zu berichten, am 28. Juni 1977 dem UN-Menschenrechtskomitee vorgelegt hat.[62] Irgendwelche Maßnahmen zur Erfüllung ihrer Konventionspflichten hat die DDR zwar nicht ergriffen, aber sie tut so, als ob dies gar nicht erforderlich wäre, weil die Menschenrechte in der DDR sowieso schon in ihrer vollen Blüte stünden. Der Nachweis wird in einer rein positivistischen Manier geführt, indem die einschlägigen Verfassungsbestimmungen und gelegentlich einfachgesetzliche Vorschriften genannt werden und gleichzeitig unterstellt wird, daß die Proklamation eines Grundrechts mit seiner tatsächlichen Verwirklichung identisch sei. Der Bericht geht stillschweigend von der rechtsstaatlichen, den westlichen Vertragspartnern geläufigen Normativität des

DDR-Rechts aus und verschweigt den unterschiedlichen Stellenwert des Rechts in einer kommunistischen Diktatur, das nur unter dem Vorbehalt der parteipolitischen Zweckmäßigkeit Geltung beanspruchen kann.[63] Allerdings bereitet der Nachweis der Vertragstreue gelegentlich auch auf dieser anspruchslosen Argumentationsebene Schwierigkeiten. Dies gilt namentlich in bezug auf das Menschenrecht der *Ausreise- und Auswanderungsfreiheit*, das zu gewähren die DDR nach Art. 12 Abs. 2 der Konvention verpflichtet ist. Dieses Recht ist weder in der DDR-Verfassung noch in anderen Rechtsnormen auch nur verbal anzutreffen. Der DDR-Bericht an das UN-Menschenrechtskomitee begnügt sich in diesem Zusammenhang mit dem globalen Hinweis darauf, daß der Grenzverkehr, die Ein- und Ausreise, die Zoll- und Devisenformalitäten in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und den internationalen Gepflogenheiten geregelt seien. Aufschlußreicher ist die Passage, die in dem neuen Staatsrechtslehrbuch über die Auswanderungsfreiheit zu lesen ist:

„Die Auswanderung ist ein typisches Produkt der Krisenwirtschaft kapitalistischer Staaten, die den Werktätigen häufig nicht einmal das Existenzminimum sichern können. Deshalb übernehmen die Werktätigen vielfach in einem anderen Ausbeuterstaat selbst die niedrigsten Arbeiten zu politisch und sozial diskriminierenden Bedingungen. Die entsprechende Menschenrechtskonvention ermöglicht die Auswanderung, überläßt es jedoch der souveränen Regelung der Staaten, ihre Voraussetzungen zu bestimmen, und verweist dabei vor allem auf die Verantwortung für den ‚Schutz der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung, Gesundheit oder Moral oder der Rechte und Freiheiten anderer' (Art. 12). Diese Kriterien sind für die DDR maßgebend. Sie kann davon ausgehen, daß die sozialistischen Gesellschaftsverhältnisse den Menschen erstmalig beständige soziale Sicherheit, freie und ungehinderte Persönlichkeitsentfaltung gewährleisten. In der DDR gibt es keine soziale Basis für ein Grundrecht auf Auswanderung. Die politische und moralische Verantwortung für jeden Bürger gebietet der sozialistischen Staatsmacht, die Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus auch bei Entscheidungen über Auswanderungsanträge zu berücksichtigen. Sie stellt in Rechnung, daß die Auswanderung in einen imperialistischen Staat bedeutet, Menschen einem System auszuliefern, das sie ausbeutet und zwingt, einer aggressiven Politik zu dienen, die ihre Existenz gefährdet und sich gegen den Sozialismus richtet."[64]

Nach dieser Lektüre wird jedem Verständigen einsichtig sein, daß es geradezu eine Verletzung der Menschenrechte wäre, wollte die DDR ihren Bürgern die Ausreise ins westliche Ausland gestatten! In diesem Zusammenhang erwächst der Völkerrechtslehre der DDR eine zusätzliche Aufgabe beim Aus-

bau der *völkerrechtlichen Defensivposition*: sie hat nachzuweisen, daß die UN-Menschenrechtspakte wie das ganze Völkerrecht höchstens für Staaten Rechte und Pflichten begründeten, der Einzelne jedoch keine subjektiven Rechte aus ihren Normen für sich ableiten könne; die Verwirklichung der Menschenrechte gehörte ausschließlich zur inneren Zuständigkeit der Staaten, und jeder Hinweis eines Partnerstaates auf konkrete Menschenrechtsverletzungen verstoße gegen das Souveränitätsprinzip und stelle eine verbotene Einmischung in die inneren Angelegenheiten dar.[65]

3. Es ist *demonstrativ* nachzuweisen, daß die DDR *über die völkerrechtlichen Verpflichtungen hinausgehe*, ja daß sie die eigentliche Heimat der Menschenrechte sei. Hier geht es in erster Linie um das agitatorische Vorhaben, die sozialen Verhältnisse in der DDR in leuchtenden Farben zu schildern und im Glanze eines allumfassenden Humanismus erstrahlen zu lassen. Daß dieser erfreuliche Stand der Dinge dem Menschen und seinen Rechten nur förderlich sein kann, versteht sich von selbst. In theoretischer Hinsicht verdienen in diesem Zusammenhang die eingangs behandelten Vorstellungen H. Klenners erwähnt zu werden, die auf eine Gleichsetzung der Menschenrechte mit *Klassenrechten* hinauslaufen.[66] Auf dieser Basis ist es natürlich ein Leichtes, den jeweiligen politischen Kurs der SED als Menschenrechtsverwirklichung zu verkaufen, denn wenn die Interessen der Arbeiterklasse in ihrem Wesen Menschenrechtsanliegen sind und einzig und allein von der SED (noch mehr freilich von der KPdSU) richtig erkannt werden, dann ist die DDR in puncto Menschenrechte allen übrigen Staaten außerhalb des sowjetischen Hegemonialbereichs in der Tat überlegen. Die Zurückweisung einer westlichen Kritik an der Selbstdarstellung der DDR ist – wie die Entlarvung der „bürgerlichen" Grundrechtstheorien überhaupt – ein weiteres Betätigungsfeld der Grundrechtspropaganda.[67] In diesen funktionalen Zusammenhang gehört die *Erfindung von neuen Menschenrechten*, die per definitionem oder per interpretationem nur in den kommunistischen Ländern verwirklicht sein können. Das dann entstandene Bild sozialistischer Menschenrechtlichkeit hebt sich ebenfalls wohltuend von den Verhältnissen im Kapitalismus ab. So meinen die Grundrechtspropagandisten der DDR, daß es ein Menschenrecht *„Freiheit von Ausbeutung"* gebe.[68] Seine völkerrechtliche Grundlage sei im Friedensgebot und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zu finden, die beide in der Charta der Vereinten Nationen, aber auch anderswo niedergelegt seien. Auf dieser Rechtsgrundlage suchend ist man auch anderweit fündig geworden und hat ein *„Menschenrecht auf Frieden"* entdeckt[69], das sich im Augenblick besonders gut eignet, pazifistische Strömungen im Westen zu ermuntern und den Nachrüstungsbeschluß der NATO zu bekämpfen. Eine besonders originelle Umsetzung dieses Menschenrechts

auf Frieden in das Verfassungsrecht der DDR ist G. Tautz eingefallen, der dessen innerstaatliche Verankerung am deutlichsten in Art. 23 der DDR-Verfassung entdecken zu können glaubt, der die Wehrpflicht vorschreibt.[70] Der Wehrdienst in der Nationalen Volksarmee ist eben der edelste Beitrag zum Frieden! Darüber, ob es auch ein „*Menschenrecht auf Entwicklung*" gäbe, das den Entwicklungsländern zwecks materieller Unterstützung durch die Industriestaaten so sehr am Herzen liegt, ist man sich in der DDR nicht ganz klar, aber im Prinzip wird eine wohlwollende Einstellung sichtbar.[71]

4. Schließlich ist die *Außenpropaganda* mit einer *offensiven* Zielsetzung zu führen, die man wegen ihres diffamatorischen Charakters sachgerecht als *Grundrechtshetze* bezeichnen kann. In einem ersten Schritt geht es hierbei um die Untermauerung der Behauptung, daß die kapitalistischen Länder und vor allem die Bundesrepublik nicht einmal die Grundrechte gewährten, die ihre Verfassungen verkündeten. So werden etwa in bezug auf die Bundesrepublik die angeblichen „Berufsverbote" als Verletzung der freien Wahl des Arbeitsplatzes, der Gewissens- und Meinungsfreiheit (Art. 4, 5, 12 Grundgesetz) hingestellt. Die Zulassungsbeschränkungen an den deutschen Hochschulen sollen Art. 12 des Grundgesetzes verletzen und zudem gegen ein angebliches Menschenrecht auf Bildung verstoßen.[72] In der Arbeitslosigkeit wird die Verletzung eines Grundrechts auf Arbeit erblickt, das das Grundgesetz zwar nicht kennt, doch wird dieses Hindernis durch die Erfindung eines Menschenrechts auf Arbeit kurzerhand aus dem Weg geräumt.[73] Auf einer zweiten Stufe steigert sich die Grundrechtshetze zu einer *Menschenrechtshetze*, indem Vorkommnisse in bestimmten Ländern zu Menschenrechts- und damit Völkerrechtsverletzungen hochstilisiert werden. Obwohl die Völkerrechtslehre ansonsten auf dem zuvor erwähnten Standpunkt steht, daß wegen des Souveränitätsprinzips und des Verbots der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten bezüglich der Menschenrechtsverletzungen ein völkerrechtliches Rügeverbot bestehe, weist sie hier einen Ausweg: für „massenhafte" und „grobe" Menschenrechtsverletzungen gelte eine Ausnahme; gegen sie dürfte und müßte mit allen Mitteln vorgegangen werden. Als Lieblingsthemen der somit gerechtfertigten Menschenrechtshetze dienen vor allem die Apartheid-Politik in Südafrika[74], das Namibia-Problem[75] und die Bekämpfung politischer Gegner in Chile[76], aber auch die Negerprobleme in den USA und der Zionismus in Israel.

IV. Schlußbemerkung

Das Gesamtbild, das aus einer näheren Betrachtung der Geschichte der Grundrechte in der DDR entsteht, ist ein Bild der Grundrechtsperversion. Die Grundrechte sind, namentlich in ihrer menschenrechtlichen Ausprägung, in

einer Weise politisch instrumentalisiert und ideologisch mißbraucht worden, daß ihr historisches Anliegen in sein Gegenteil verkehrt wurde. Die Frage, ob die Erfindung „sozialistischer Grundrechte" und neuer Menschenrechte sowie deren praktischer Einsatz zu politischen Zwecken mit dem Marx'schen Gedankengut in Übereinstimmung zu bringen ist, ist eingangs mehr aus rhetorischen Gründen bejaht worden. Im Grunde ist sie müßig. Denn Marx konnte sich weder „sozialistische Grundrechte" vorstellen noch den „real existierenden Sozialismus" des 20. Jahrhunderts erahnen. Die Marx'sche Grundrechtsfrage in der DDR weitet sich somit zu der allgemeinen und viel erörterten Preisfrage aus, ob die totalitären Diktaturen des Ostens eine zwangsläufige Folge des Marxismus seien. Wenn auch hypothetische Fragen nicht mit Gewißheit beantwortet werden können, so neige ich zu der Antwort, die Leszek Kolakowski mit Blick auf die utopische Natur des Marxismus gegeben hat: „My suspicion ist that utopias (meaning visions of a perfectly unified society) are not simply impracticable but become counterproductive as soon as we try to create them with institutional means; and this because institutionalized unity and freedom are opposed to each other...".[77] Immerhin kann Marx und der DDR in einem Punkt vorbehaltlos Übereinstimmung bescheinigt werden. Marx hat in der „Judenfrage" zu Recht auf die politischen Gefährdungen der Menschenrechte hingewiesen, und als er sie am Beispiel der Pressefreiheit im revolutionären Frankreich illustrieren wollte, lieferte er eine exakte Beschreibung der Grundrechtswirklichkeit in der DDR:

„Während z. B. die Sicherheit als ein Menschenrecht erklärt wird, wird die Verletzung des Briefgeheimnisses öffentlich auf die Tagesordnung gesetzt. Während die ‚liberté *indéfinie* de la presse" (Constitution de 1793 article 122) als Konsequenz des Menschenrechts, der individuellen Freiheit, garantiert wird, wird die Preßfreiheit vollständig vernichtet, denn 'la liberté de la presse ne doit pas être permise lorsqu'elle compromet la liberté publique" (Robespierre jeune, „Histoire parlementaire de la révolution française" par Buchez et Roux, T. 28 p. 159), d. h. also: Das Menschenrecht der Freiheit hört auf, ein Recht zu sein, sobald es mit dem *politischen* Leben in Konflikt tritt, während der Theorie nach das politische Leben nur die Garantie der Menschenrechte, der Rechte des individuellen Menschen ist, also aufgegeben werden muß, sobald es seinem *Zwecke*, diesen Menschenrechten widerspricht."[78]

Anmerkungen:

1 Für einige kurze Hinweise vgl. D. Müller-Römer: Die Grundrechte in Mitteldeutschland, Köln 1965, S. 68 ff.;
zum Marxschen Freiheitsbegriff vgl. etwa U. Arens: Die andere Freiheit, München 1976, S. 19 ff.

2 Abgedruckt in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Berlin (Ost) 1970 ff. (fortan: MEW), Bd. 1, S. 347–377; von den Menschen- und Bürgerrechten handeln S. 362–370

3 Sie sind im „Vorwärts" vom 5., 16. und 19. Oktober 1844 erschienen; abgedruckt in: MEW, Bd. 1, S. 583-592

4 Nach der üblichen Terminologie bezeichnet man als Menschenrechte die angeborenen, unveräußerlichen, überpositiven und deshalb dem Staat vorgegebenen Rechtspositionen, deren Geltungsgrund das Menschsein und deren Erwerbstatbestand die Geburt ist. Demgegenüber stellen die Bürgerrechte positiv-rechtliche Gewährungen des Staates an seine Bürger dar, die durch staatliche Rechtsetzung wieder entzogen werden können. Der Ausdruck „Grundrechte" wird meist als unspezifischer Oberbegriff für beide benutzt.

5 MEW, Bd. 1, S. 364. Diese Deutung gilt zunächst nur für die Freiheit, stellt sich aber auch für die Gleichheit und die Sicherheit nicht anders dar. Denn die Gleichheit wird als die Gleichheit der eben beschriebenen Freiheit und die Sicherheit als Versicherung von Freiheit und Eigentum präsentiert.

6 MEW, Bd. 1, S. 370

7 So zum Beispiel MEW, Bd. 3, S. 307 f.; Bd. 23, S. 189 f., S. 320

8 MEW, Bd. 7, S. 42;
ähnlich auch Engels in: MEW, Bd. 21, S. 498 f.

9 MEW, Bd. 16, S. 15

10 MEW, Bd. 16, S. 608, Anm. 11

11 Die RSFSR-Verfassung vom 10.7.1918 enthielt nur den Torso eines traditionellen Grundrechtskatalogs. Die erste Unionsverfassung vom 31.1.1924 hatte den Charakter eines Staatsvertrags organisationsrechtlicher Natur und erwähnte die Grundrechte überhaupt nicht;
vgl. hierzu G. Brunner: Grundrechte im Sowjetsystem, Köln 1963, S. 10 ff.

12 J. Stalin: Fragen des Leninismus, Berlin (Ost) 1951, S. 626;
vgl. hierzu im übrigen K. Westen: Die rechtstheoretischen und rechtspolitischen Ansichten Josef Stalins, Lindau 1959, S. 196 ff.

13 Dies tat er in zwei Aufsätzen gleichen Inhalts: Menschenrechte – Klassenrechte, in: Neue Justiz (fortan: NJ) 1978, S. 284 ff.; Menschenrechte, materialistisch hinterfragt, Nr. 4/1978 der „Schriften und Informationen" des DDR-Komitees für Menschenrechte (fortan: SchI), S. 3 ff.

14 Menschenrechte und Klassenrechte, Berlin (Ost) 1978, insbes. S. 15 ff.

15 MEW, Bd. 23, S. 618

16 Menschenrechte, materialistisch hinterfragt, vgl. Anm. 13, S. 13

17 H. Klenner: Menschenrechte im Klassenkampf, in: Einheit 1977, S. 156 ff. (156)

18 ebenda, S. 159

19 Kuczynski, vgl. Anm. 14, S. 24

20 ebenda, S. 59

21 ebenda, S. 157

22 So in der Rezension von E. Poppe, in: Staat und Recht 1979 (fortan: StuR), S. 366 ff. (368 f.);
und bei Klenner: Menschenrechte – Klassenrechte, vgl. Anm. 13, S. 287

23 Vgl. hierzu grundlegend H. Kaschkat: Die sozialsitischen Grundrechte in der DDR, Diss. Würzburg 1976, wo vor allem die erste Periode eingehend behandelt wird, während die 70er Jahre eine eher kursorische Darstellung erfahren.

24 Abgedruckt in: Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Aus dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Sammelheft 1/1945, Berlin 1946, S. 9 f.

25 Abgedruckt in: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, 3. Aufl., Berlin (Ost) 1967, S. 191 ff.

26 ebenda, S. 201 ff.

27 Abgedruckt in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1952 ff., Bd. I, S. 24 ff.

28 ebenda, Bd. I, S. 91 ff.

29 ebenda, Bd. I, S. 114 ff.

30 Zur Rechtsentwicklung in der DDR vgl. G. Brunner: Einführung in das Recht der DDR, 2. Aufl., München 1979, S. 17 ff.

31 Art. 6 Abs. 2 Verf. hatte folgenden Wortlaut: „Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhaß, militärische Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches. Ausübung demokratischer Rechte im Sinne der Verfassung ist keine Boykotthetze."

32 OGSt 1, 33

33 Zur Anwendung des Art. 6 Abs. 2 Verf. vgl. die ausführlichen und reich dokumentierten Untersuchungen von K. W. Fricke: Politik und Justiz in der DDR, Köln 1979, insbes. S. 239 ff.;
und W. Schuller: Geschichte und Struktur des politischen Strafrechts der DDR bis 1968, Ebelsbach 1980, insbes. S. 35 ff., 110 ff., 162, 246 ff., 264 f.

34 So OGZ 1, 69, wo der Frau entgegen dem Wortlaut des § 1594 BGB a. F. die Befugnis eingeräumt wurde, die Ehelichkeit ihres Kindes anzufechten.

35 BVerfGE 3, 225

36 OGZ 2, 50

37 OGZ 2, 142

38 OGArb 1, 119

39 Vgl. hierzu B. Meissner: Das Parteiprogramm der KPdSU 1903 bis 1961, Köln 1962

40 Bericht in StuR 1961, S. 1123 ff. (1125)

41 U. Krüger/E. Poppe: Bürgerliche Grundrechte und sozialistische Persönlichkeitsrechte, in: StuR 1961, S. 1921 ff.

42 Zur Grundrechtsdiskussion vgl. etwa Müller-Römer Anm. 1, S. 71 ff.;
Kaschkat, vgl. Anm. 23, S. 206 ff.;
auch: S. Mampel: Die sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Frankfurt am Main 1972, S. 488 ff.

43 Studien über die Grundrechte, Berlin (Ost) 1964

44 Das sozialistische Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und seine Verwirklichung in der DDR, Leipzig 1964 (maschinenschriftlich)

45 Der Schutz der Rechte der Bürger und die Formung der sozialistischen Persönlichkeit, Jena 1965 (maschinenschriftlich)

46 Sozialistisches Recht und Persönlichkeit, Berlin (Ost) 1967

47 W. Büchner-Uhder/E. Poppe: Die weitere Entfaltung der Grundrechte der Bürger im Kampf um die Sicherung des Friedens durch die Stärkung der ökonomischen Grundlagen, in: StuR 1962, S. 1045 ff.;
E. Poppe/E. Schüsseler: Grundrechte und Grundpflichten der Bürger, in: StuR 1963, S. 209 ff.;
W. Büchner-Uhder/E. Poppe/R. Schüsseler: Grundrechte und Grundpflichten der Bürger in der DDR, in: StuR 1966, S. 563 ff.;
E. Poppe: Die DDR und die Menschenrechte, in: Deutsche Außenpolitik 1967, S. 1041 ff.;
E. Poppe: Der Verfassungsentwurf und die Grundrechte und Grundpflichten der Bürger, in: StuR 1968, S. 532 ff.;
für das Arbeitsrecht siehe auch F. Kunz: Die verfassungsmäßigen Grundrechte auf dem Gebiet der sozialistischen Arbeit, in: StuR 1968, S. 729 ff.

48 Demokratie und Grundrechte, Berlin (Ost) 1967

49 Für eine Einordnung der DDR in diesen größeren Zusammenhang vgl. G. Brunner: Die östliche Menschenrechtskonzeption, in: Die KSZE und die Menschenrechte, Berlin 1977, S. 95 ff.

50 Zu diesem Punkt vgl. K. Westen/B. Meissner/F.-Ch. Schroeder (Hrsg.): Der Schutz individueller Rechte und Interessen im Recht sozialistischer Staaten, Berlin 1980, mit dem Beitrag von H. Kaschkat: Der Rechtsschutz des einzelnen gegen staatliches Handeln in der DDR, auf S. 65 ff.;
auch G. Brunner: Das System des öffentlich-rechtlichen Rechtsschutzes in der DDR, in: R. Lange/B. Meissner/K. Pleyer (Hrsg.): Probleme des DDR-Rechts, Köln 1973, S. 81 ff.

51 H. Roggemann: Die Verfassung der DDR, Opladen 1970, S. 146, dessen Deutung der DDR-Grundrechte aus dem zeitlichen Abstand von einem Jahrzehnt im übrigen noch bedenklicher anmutet als schon damals.

52 Zu den Grundrechten der Verfassung vgl. im übrigen G. Brunner, Anm. 30, S. 85 ff.

53 W. Ulbricht: Die Rolle des sozialistischen Staates bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, in: StuR 1968, S. 1735 ff. (1739)

54 So kann auf die in Buchform nicht veröffentlichte Dissertation von A. Zschiedrich: Juristische Garantien der Grundrechte der Bürger, Halle 1973, hingewiesen werden, die aber im Gegensatz zu dem Anschein, den ihr Titel erweckt, in erster Linie darum bemüht ist, die Frage der juristischen Garantien und namentlich des gerichtlichen Rechtsschutzes zu bagatellisieren.

55 E. Poppe: Gedanken zum Stand der sozialistischen Grundrechtstheorie und -forschung in der DDR, in: StuR 1975, S. 1333 ff.;
ders.: Die Bedeutung der Grundrechte und Grundpflichten des Bürgers in der sozialistischen Gesellschaft, in: NJ 1978, S. 326 ff.;
Bericht über letztere Sitzung in: NJ 1978, S. 397 ff.;
vgl. des weiteren E. Poppe/H. Beil: Demokratie und Menschenrechte in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft der DDR (Materialien zu den Schwerpunkten der Rechtspropaganda), in: NJ, Beilage zu Heft 5/1979;
E. Poppe: Aufgaben und Probleme der Grundrechtsarbeit, in: StuR 1980, S. 578 ff.;

A. Zschiedrich: Grundrechtstheoretische Forschung als Teil staatstheoretischer Grundlagenforschung, in: StuR 1980, S. 725 ff.

56 Dieses Komitee gibt u. a. „Schriften und Informationen" in deutscher und englischer Sprache heraus, die ausschließlich der Außenpropaganda dienen.

57 So etwa A. Zschiedrich: Sozialistische Grundrechte in ihrer Funktion als staatliche Leitungsinstrumente in der sozialistischen Demokratie, in: StuR 1979, S. 578 ff. (579)

58 E. Poppe: Die politischen und persönlichen Rechte und Freiheiten im System der sozialistischen Grundrechte, in: StuR 1979, S. 806 ff.

59 ebenda, S. 810

60 E. Poppe: Die Bedeutung..., vgl. Anm. 55, S. 327;
E. Poppe/H. Beil, vgl. Anm. 55, S. II

61 Vgl. hierzu das Weißbuch der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages „über die menschenrechtliche Lage in Deutschland und der Deutschen in Osteuropa", Bonn 1977, insbes. S. 25 ff.

62 CCPR/C/1 Add. 13 vom 7.7.1977. Zu seiner Analyse vgl. S. Mampel: Bemerkungen zum Bericht der DDR an das Menschenrechtskomitee der Vereinten Nationen, in: Recht in Ost und West 1978, S. 149 ff.

63 Zum Verhältnis von Recht und Politik in der DDR vgl. Brunner, Anm. 30, S. 1 ff.

64 Staatsrecht der DDR, Lehrbuch, Berlin (Ost) 1977, S. 207

65 So z.B. B. Graefrath: Internationale Zusammenarbeit der Staaten zur Förderung und Wahrung der Menschenrechte, in: NJ 1977, S. 1 ff. (4);
E. Poppe/H. Beil, vgl. Anm. 55, S. III;
R. Frambach/H. Gruber: Projekt eines UN-Hochkommissars für Menschenrechte kontra Menschenrechtsförderung durch Staaten, in: NJ 1979, S. 477 ff. (478);
H. Klenner: Der Menschen Recht auf Frieden, in: NJ 1981, S. 149 ff. (150 ff.)

66 Siehe die in Anm. 13 und 16 zitierten Aufsätze.

67 Vgl. z. B. H. Steininger: Sozialismus garantiert Menschenrechte, in: Einheit 1976, S. 559 ff.;
H. Klenner: Menschenrechte – Heuchelei und Wahrheit, in: Einheit 1977, S. 1036 ff.
C. Luge/R. Mand/R. Rost: Sozialismus und Menschenrechte, in: StuR 1977, S. 789 ff.
H. Klenner: Freiheit, Gleichheit und so weiter, Berlin (Ost) 1978;
B. Graefrath: Zu internationalen Aspekten der Menschenrechtsdiskussion, in: NJ 1978, S. 329 ff.;
E. Lieberam: Kritik der bürgerlichen Angriffe auf die sozialistischen Grundrechte, in: Schl Nr. 3/1979, S. 13 ff.;
H. Klenner: Rechtsphilosophische und strukturtheoretische Probleme juristischer Texte, am Beispiel der Menschenrechte, in: StuR 1980, S. 425 ff.;
A. Zschiedrich: Bürgerliche Menschenrechtskonzeptionen im Dienste einer ideologischen Aufwertung des bürgerlichen Staates, in: StuR 1980, S. 1102 ff.

68 E. Poppe/A. Zschiedrich: Freiheit von Ausbeutung – sozialistisches Grundrecht und Menschenrecht, in: StuR 1977, S. 341 ff. (351 f.)

69 H. Gruber: UNO-Menschenrechtstag und das Recht auf Frieden, in: Deutsche Außenpolitik 1975, S. 1808 ff.;
Poppe/Beil, vgl. Anm. 55, S. III;
H. Ranke: Verwirklichung sozialistischer Grundrechte und Grundpflichten in der Rechtsordnung der DDR, in: NJ 1979, S. 474 ff. (476);
Klenner, vgl. Anm. 65, S. 153

70 G. Tautz: Friedenssicherung als grundlegendes Gebot in der sozialistischen Verfassung der DDR, in: StuR 1981, S. 2 ff. (8 f.)

71 R. Frambach/H. Gruber: Menschenrechtsfragen in der UNO, in: NJ 1979, S. 395 ff. (397);
dies.: Menschenrechtsfragen in der UNO 1980/81, in: NJ 1981, S. 249 ff. (250 f.);
B. Graefrath: Recht auf Entwicklung als Menschenrecht in der internationalen Diskussion, in: NJ 1982, S. 197 ff.

72 Vgl. z. B. E. Poppe: Recht auf Bildung – im Sozialismus Wirklichkeit für alle, in: Einheit 1978, S. 1121 ff. (1126 ff.);
sowie die Artikelserie „Menschenrechte auf dem Prüfstand. Die betrogene Generation", in: Horizont Nr. 13–17/1977

73 Vgl. z. B. die Anm. 72 genannte Artikelserie;
R. Gutermuth: Jugendarbeitslosigkeit – Kainsmal des kapitalistischen Systems, in: Schl 1/1977, S. 20 ff.;
K. Sorgenicht: Recht auf Arbeit – grundlegendes Menschenrecht, in: NJ 1977, S. 157 ff.;
G. Jarzombek: Das Grundrecht auf Arbeit als „Einschränkung der Freiheit", in: NJ 1978, S. 26 f.;
F. Kunz: Das Recht auf Arbeit – eine politische Herausforderung für den Kapitalismus, in: StuR 1979, S. 539 ff.

74 Vgl. z. B. B. Graefrath: Apartheid – ein internationales Verbrechen, in: NJ 1974, S. 192 ff.;
ders.: Völkerrechtswidrigkeit der Kollaboration mit dem Apartheidregime, in: Schl 4/1979, S. 19 ff.;
J. Mader: Das NATO-Komplott mit Südafrikas Rassisten, in: Deutsche Außenpolitik 1977, S. 123 ff., in: Heft 2/1978 Schl passim.

75 Vgl. z. B. H. Klenner: Namibia und die Menschenrechte, in: NJ 1976, S. 286 ff.;
J. Mader: Neokolonialistische Praktiken der BRD gegenüber Namibia, in: Deutsche Außenpolitik 1977, S. 81 ff.

76 Vgl. z. B. H. Gruber: Kampf der UNO gegen den chilenischen Faschismus – aktuelle Aufgabe des internationalen Menschenrechtsschutzes, in: Deutsche Außenpolitik 1976, S. 226 ff.;
ders.: Chilenischer Faschismus am Pranger der UNO-Menschenrechtskonvention, in: Deutsche Außenpolitik 1976, S. 1196 ff.; der.: Ächtung des chilenischen Faschismus durch die XXXI. UNO-Vollversammlung, in: Deutsche Außenpolitik 1977, S. 79 ff.

77 L. Kolakowski: Marxist Roots of Stalinism, in: R. C. Tucker (Hrsg.): Stalinism, New York 1977, S. 283 ff. (297)

78 MEW, Bd. 1, S. 367

BILDUNG UND ERZIEHUNG BEI KARL MARX UND DAS BILDUNGSSYSTEM DER DDR

Das Thema zielt auf die Frage nach dem Verhältnis der pädagogisch relevanten Aussagen von Karl Marx und dem Bildungssystem der DDR. Zugespitzter könnten wir fragen, ob sich eine absolute oder weitgehende *Übereinstimmung* oder eine erhebliche *Diskrepanz* feststellen läßt. Gehen wir von dem Bezugsfeld DDR aus, dann ist zu fragen: Sind die wesentlichen Fakten, die konstitutiven Elemente und die charakteristischen Merkmale des Bildungssystems der DDR identisch mit den auf Bildung und Erziehung bezogenen Aussagen von Karl Marx?

Grundlegende Voraussetzung für eine zuverlässige Beantwortung dieser Fragen wäre eine allgemein anerkannte Darstellung beziehungsweise eine unumstrittene Interpretation der Marxschen Aussagen. Diese Voraussetzung ist jedoch, wie die Forschungslage zeigt, nicht vorhanden.

Die Forschungslage in Bezug auf die pädagogisch relevanten Aussagen von Karl Marx

Aus der Forschungslage ergibt sich eindeutig, daß die Aussagen von Karl Marx und seinem Mitarbeiter Friedrich Engels über Bildung und Erziehung unterschiedliche Interpretationen zulassen.

Besonders eindrucksvoll zeigt sich diese Tatsache schon in der frühsowjetischen Schulpolitik und Pädagogik. In der umfangreichen und gründlichen, 1964 veröffentlichten Arbeit über die „Schule und Pädagogik in Rußland vom Ende des Zarenreiches bis zum Beginn der Stalinzeit" hat *Oskar Anweiler* sehr präzise die Auseinandersetzungen der sowjetrussichen Pädagogen und Bildungspolitiker um eine marxistische Erziehungstheorie und -praxis dargestellt und dabei die breite Palette damals vorgenommener Deutungen der Marxschen Bildungsvorstellungen aufgezeigt.[1] Nicht erst die Umsetzung Marxscher Gedanken in die Praxis unter den Bedingungen einer konkret-historischen Situation, sondern schon die Auswertung der Marxschen Aussagen mit dem Ziel, eine theoretische Konzeption zu gewinnen, bereitete Schwierigkeiten und führte zu einer Vielzahl von divergierenden Auslegungen.

Die Tatsache variabler Deutungen zeigt sich ebenso in jüngeren wissenschaftlichen Abhandlungen, in denen die Autoren bemüht sind, eigene Interpretationen Marxscher Aussagen vorzunehmen. Dies gilt vor allem für Arbeiten, die in den beiden letzten Jahrzehnten in der Bundesrepublik Deutschland

publiziert wurden. Mitunter deuten schon die tragenden Termini, wie „Marxsche Bildungskonzeption" (Horst E. Wittig), „Marxsche Bildungsideologie" (Theo Dietrich) oder „pädagogische Dimension" (Günther Groth) auf die Unterschiedlichkeit hin.[2] Ausländische Publikationen gleicher Intention verbreitern das Spektrum unterschiedlicher Interpretationen.[3]
Ein weiteres Charakteristikum der Forschungslage ist darin zu sehen, daß in den sozialistischen Ländern seit Jahrzehnten eine auffällige Zurückhaltung hinsichtlich einer umfassenden Interpretation und Darstellung der pädagogischen Äußerungen von Marx und Engels praktiziert wird. Streng genommen wurde nur eine wissenschaftliche Monographie publiziert, die sich um eine umfassende Interpretation bemüht. Es ist das 1957 veröffentlichte Buch des polnischen Erziehungswissenschaftlers *Bodgan Suchodolski* „*U podstaw materialistycznej teorii wychowania*" (Zu den Grundlagen der materialistischen Erziehungstheorie), das 1960 in deutscher Übersetzung unter dem Titel „Grundlagen der marxistischen Erziehungstheorie" erschien. Mit Einschränkung ist auch die 1956 in Ostberlin veröffentlichte Dissertation von *Heinz Karras* zu nennen: „Die Grundgedanken der sozialistischen Pädagogik in Marx' Hauptwerk ‚Das Kapital'". Weitere Darstellungen erschienen nur über Einzelfragen, zum Beispiel über die polytechnische Bildung.[4]
Bemerkenswert ist auch die Frage der *Quelleneditionen* über die Bildungsfragen bei Marx und Engels. In der DDR gab es lange Zeit nur die Übertragung einer sowjetischen Quellensammlung.[5] Erst 1976 erschien eine eigene DDR-Quellenpublikation in zwei Bänden mit einer kommentierenden Einleitung von annähernd 100 Seiten.[6]
Ein bedeutsames Faktum der Forschungslage bilden die Unterschiede und Schwankungen in der Bewertung der Rolle, die Karl Marx für die Entwicklung der sozialistischen Pädagogik zugeschrieben wird. Sogar in einunddderselben Abhandlung lassen sich mitunter unterschiedliche Gewichtungen ausmachen, wie zum Beispiel in der schon genannten Arbeit von Heinz Karras. Mit dem Titel erweckt der Autor den Eindruck, Karl Marx habe im „Kapital" *die* Grundlagen der sozialistischen Pädagogik vorgelegt. Im Vorwort spricht er jedoch nur von einer wissenschaftlichen Orientierung: „Indem Marx den Prozeß der materiellen Produktion als Grundlage jeder gesellschaftlichen und individuellen Entwicklung und als in letzter Instanz bestimmend für alle gesellschaftlichen Erscheinungen und Einrichtungen nachwies, gab er auch für die Theorie und Praxis der Erziehung eine wissenschaftliche Orientierung."[7]
Im Schlußsatz seiner Arbeit würdigt Karras allerdings Karl Marx als großen humanistischen Pädagogen: „Indem Marx in seinem Werk ‚Das Kapital' die Bildungsfähigkeit aller Menschen hervorhebt, die gesellschaftlichen Bedingungen für eine allseitige freie Entfaltung ihrer Anlagen sowie die Wege zur Schaf-

fung solcher Bedingungen aufzeigt und der Erziehung mit der Aufgabe, allseitig entwickelte Menschen heranzubilden, gleichzeitig die Mittel zur Lösung dieser Aufgabe nennt, ist er auch als großer humanistischer Pädagoge in die Geschichte eingegangen."[8]

Eine sehr hochrangige Bewertung der Rolle von Marx und Engels für die Theorie und Praxis der Erziehung finden wir in der Einleitung der zweibändigen Quellenedition von Schuffenhauer u. a. Hier wird davon gesprochen, daß Marx und Engels mit der Ausarbeitung des dialektischen und historischen Materialismus „eine Wende in der Entwicklung der Pädagogik eingeleitet" haben, daß sich in ihrem Werk „Fragen, Problemstellungen und Antworten aus nahezu allen Bereichen der gesellschaftlichen Erziehung" finden lassen, daß sie „den wissenschaftlichen Zugang zu nahezu allen entscheidenden erziehungstheoretischen und bildungspolitischen Fragen" erschlossen und „die wesentlichsten Grundpositionen der wissenschaftlichen Pädagogik der Arbeiterklasse" herausgearbeitet haben.[9]

Zurückhaltender und nicht so hochrangig wird die Rolle von Marx und Engels in der Arbeit eines sowjetischen Autorenkollektivs von 1967 bewertet, das 1972 unter dem Titel „Allgemeine Grundlagen der Pädagogik" in deutscher Übersetzung erschien. Hier wird einerseits darauf hingewiesen, daß Marx und Engels Werke geschrieben haben, „ohne deren Kenntnis die pädagogische Wissenschaft nicht entwickelt werden kann", andererseits wird aber festgestellt: „Das bedeutet natürlich nicht, daß in ihren Werken auf sämtliche Fragen, die die marxistischen Pädagogen bewegen, eine Antwort gegeben wird. Einige sehr wichtige Ideen der kommunistischen Erziehung, besonders die Forderung nach gesellschaftlicher Erziehung und den Gedanken der polytechnischen Bildung, haben Marx und Engels nur in allgemeinen Zügen formuliert. Die Ausarbeitung dieser Gedanken erfolgte und erfolgt im Verlaufe der weiteren Entwicklung der marxistischen Pädagogik."[10]

Als letztes Charakteristikum der Forschungslage ist eine allen Interpreten gemeinsame Auffassung zu nennen, gemeinsam in Ost und West: Für die Interpretation der pädagogischen Vorstellungen von Marx und Engels genüge es nicht, nur diejenigen Äußerungen heranzuziehen, die sich direkt auf Bildung, Erziehung, Schule und Pädagogik beziehen, es sei vielmehr notwendig, die Gesamtheit ihrer Äußerungen zu berücksichtigen.

Besonders evident wird diese Notwendigkeit, wenn man sich die einzige Definition ansieht, die Marx direkt von Erziehung beziehungsweise Bildung gegeben hat. Sie ist in der Adresse an die 1. Internationale Arbeiterassoziation von 1866 enthalten und lautet:

„Unter Bildung verstehen wir drei Dinge:

Erstens: Geistige Bildung;

zweitens: Körperliche Ausbildung, solche wie sie in den gymnastischen Schulen und durch militärische Übungen gegeben wird;
drittens: Polytechnische Erziehung, welche die allgemeinen wissenschaftlichen Grundsätze aller Produktionsprozesse mitteilt, und die gleichzeitig das Kind und die junge Person einweiht in den praktischen Gebrauch und die Handhabung der elementarischen Instrumente aller Geschäfte."[11]
Die Definition enthält längst nicht das, was Marx über Erziehung beziehungsweise Bildung insgesamt ausgesagt hat. Sie deutet nichts davon an, was die von ihm ausführlich analysierte Wechselwirkung von Materie und Geist für die Entwicklung des Menschen bedeutet. Sie fängt nichts ein von seiner These, daß das Sein das Bewußtsein bestimmt und nicht das Bewußtsein das Sein, nichts von den Gedanken, die er über die Wirkung von Philosophie und Proletariat entwickelt hat.
In die Forderung, sich nicht mit den direkten Marxschen Äußerungen über Erziehungs- und Bildungsfragen zu begnügen, ist schließlich auch das Postulat eingeschlossen, bei allen theoretischen Erörterungen und praktischen Entscheidungen jeweils die „konkret-historische Situation" zu beachten. Daraus abgeleitet, lautet ein in allen sozialistischen Ländern geltendes Prinzip: „Die richtige Lösung ist nur durch Analyse der konkreten Wirklichkeit auf der Grundlage der Lehre des Marxismus-Leninismus als Ganzes genommen zu finden und nicht nur durch einzelne Aussagen der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus zu Fragen der Bildung und Erziehung."[12]

Methodische Probleme und Konsequenzen

Aus der Forschungslage ergeben sich Fragen und Folgerungen für das methodische Vorgehen bei der Behandlung unseres Themas.
Zunächst resultiert daraus eine Ausweitung der Fragestellung. Da die Aussagen von Marx und Engels zweifellos einen erheblichen Spielraum für Interpretationen zulassen, ist nicht nur zu fragen, ob – und wenn ja – inwieweit ihre Aussagen bei der Gestaltung des Bildungssystems der DDR Berücksichtigung fanden, sondern es ist auch zu fragen, welche Interpretation(en) oder Spielart(en) in der DDR gepflegt wird (werden).
Aus der Forschungslage ergibt sich aber vor allem, daß eine Untersuchung über das Verhältnis von Marx und DDR auch im pädagogischen Bereich vor schwierigen methodischen Fragen steht. Hauptsächliche Ursache ist die Tatsache, daß vielfältige Deutungen möglich und realiter vorhanden sind.
So erscheint es wenig sinnvoll, mit der Darstellung der pädagogischen Aussagen von Marx zu beginnen und dann zu fragen, ob beziehungsweise inwieweit sie in der DDR beachtet wurden. Da es keine allgemein anerkannte, unumstrittene Interpretaiton gibt, wäre eine solche Darstellung eine fragwürdige

Grundlage. Dies gilt gleichermaßen, ob eine der vorhandenen Interpreationen übernommen oder eine eigene Interpretation vorgenommen wird. Ebensowenig würde eine Kumulation vorliegender Interpretationen eine brauchbare Grundlage abgeben, da sie bei der Widersprüchlichkeit der Interpretationen zwangsläufig auch unterschiedliche Wertungen bewirken müßte. Schließlich spricht gegen ein solches Vorgehen auch der zeitliche Rahmen, der einem Referat gesetzt ist.
Ich werde deshalb die wichtigsten bildungspolitischen und pädagogischen Fakten hinsichtlich des Bildungswesens der DDR zum Ausgangspunkt der Untersuchung machen und dann gewissermaßen zurückfragen, ob oder inwieweit sie Marxschen Aussagen entsprechen. Die Problematik der Wertung ist damit nicht beseitigt, aber doch um einiges vermindert. Indem ich von den Fakten der Bildungspolitik und der Pädagogik in der DDR ausgehe, gewinne ich eine klare Ausgangsposition für die Bewertung und meines Erachtens auch eine brauchbare Grundlage für eine Diskussion.

Die Ausgangsposition für die Entwicklung des Bildungswesens in der DDR

Von grundlegender Bedeutung für die Entwicklung des Bildungswesens der DDR waren bereits die Jahre vor der Staatsgründung. Für unsere Untersuchung sind vor allem zwei Tatsachen von Relevanz:

1. Die Vernichtung der Hitler-Diktatur in Deutschland war nicht das Ergebnis einer proletarischen Revolution, sondern im wesentlichen die Folge des verlorenen Krieges, das Werk der Kriegsgegner und Besatzungsmächte.
2. Es gab in der Bevölkerung keine Bereitschaft, die neue gesellschaftliche Ordnung im Sinne der Diktatur des Proletariats zu gestalten. Von einer verschwindenden Minderheit abgesehen, sprach sich die Bevölkerung für eine pluralistische Demokratie mit klarer Gewaltenteilung aus.

Die DDR-Geschichtsschreibung versucht mit aller Intensität, diese Tatsachen zu verwischen und den ersten Nachkriegsjahren den Charakter einer „revolutionären Wende" zu geben. Dementsprechend heißt es in der von Karl-Heinz Günther und Gottfried Uhlig herausgegebenen „Geschichte der Schule in der Deutschen Demokratischen Republik" für die ersten Nachkriegsjahre: „Trotz allen Elends, das der imperialistische Krieg über unser Volk gebracht hatte, konnte eine solche revolutionäre Wende unter günstigen Bedingungen vollzogen werden... Die Schule in der damaligen sowjetischen Besatzungszone Deutschlands konnte sich seit 1945 zum Wohle des ganzen Volkes entwickeln, weil die Kriegsniederlage des Hitlerfaschismus entschlossen genutzt wurde, um die politischen und ökonomischen Machtgrundlagen des Imperialismus endgültig zu vernichten."[13] Die „revolutionäre Wende" wird sogar in einen weltweiten Prozeß eingeordnet: „Diese günstigen Bedingungen resul-

tierten wesentlich aus dem enger gewordenen Wechselverhältnis zwischen der eigenen Geschichte und dem weltrevolutionären Prozeß. Insbesondere ergab sich das *erstens* aus der Tatsache, daß sich bei uns der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in fester Verbindung mit der Sowjetunion und mit ihrer ständig wachsenden Hilfe und Unterstützung vollzog. *Zweitens* war dies darin begründet, daß unser revolutionärer Umwälzungsprozeß Bestandteil einer neuen Welle von Revolutionen war, daß er gleichzeitig und gemeinschaftlich mit der Entstehung anderer sozialistischer Staaten und in Verbindung mit der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems erfolgte.[14]

Hier wird also versucht, unter Verwendung Marxscher Begriffe und Formulierungen ein historisches Konstrukt zu gewinnen, daß sich den Marxschen Prognosen und Kriterien hinsichtlich des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus so weit wie irgend möglich annähert. Unverkennbar ist auch eine gewisse Analogie zu Lenins Deutung der Oktoberrevolution in Rußland, die – wie Oskar Anweiler aufzeigte[15] – die Umkehrung der klassischen marxistischen Reihenfolge von ökonomischer, kultureller und politischer Umwälzung einschloß. Es ist jedoch zu berücksichtigen: Der deutsche Mai 1945 gleicht nicht dem russischen Oktober 1917 mit seiner politischen Revolution aus eigener Kraft.

Für die allgemeine wie für die pädagogische Entwicklung in der SBZ und DDR ist bedeutsam, daß weder die Marxsche noch die Leninsche Abfolge gegeben war. Es fehlt damit eine fundamentale Voraussetzung, die Marx für die Entwicklung des Sozialismus für notwendig hielt, nämlich der intellektuelle und bewußtseinsändernde Reifungsprozeß, den das Proletariat vor und während der Revolution durchläuft. „Für den schließlichen Sieg der im Manifest aufgestellten Sätze", schrieb Friedrich Engels, „verließ sich Marx einzig und allein auf die intellektuelle Entwicklung der Arbeiterklasse, wie sie aus der vereinigten Aktion und der Diskussion notwendig hervorgehen mußte".[16] Was Marx als notwendig gesetzt und gefordert hatte, war als Ausgangsposition nicht vorhanden. Es fehlte die aus dem dialektischen Prozeß zwischen Sein und Bewußtsein erwachte Arbeiterklasse, es fehlte das in revolutionärer Praxis herangereifte Proletariat.

Das zweite grundlegende Faktum für die Bildungspolitik und Pädagogik, für die Erziehung und Bildung, für die Entwicklung des Bildungswesens war die *Orientierung am sowjetischen Vorbild*. Als öffentlich ausgesprochene Forderung läßt sich diese Ausrichtung seit 1948 nachweisen. Die Intensität der Orientierung hat sich mehrmals verändert.[17] Besonders stark war sie bis 1957. Die Phase mit der geringsten Intensität lag bisher in der zweiten Hälfte der 60er Jahre.

Eine der frühesten Quellen für die öffentlich vorgetragene Forderung, sich auch in den Fragen der Bildung und Erziehung an der Sowjetunion zu orientieren, ist eine Rede des Hauptreferenten des Zentralsekretariats der SED für Schul- und Erziehungsfragen, Hans Siebert, im November 1948. Als er die Frage nach einer neuen pädagogischen Theorie ansprach, verwies er nicht sogleich auf die Sowjetpädagogik, sondern zunächst auf die *marxistische* Erziehungswissenschaft. Im Laufe seiner Rede aber gab er dann immer deutlicher zu verstehen, daß die einzig brauchbare Erziehungswissenschaft in der Sowjetunion entwickelt worden sei.[18] Infolgedessen müsse auch die Auseinandersetzung mit dem „klassischen Erbe der deutschen fortschrittlichen Erziehungswissenschaft" und ebenso die Auswertung eigener pädagogischer Erfahrungen immer auf der Grundlage der Sowjetpädagogik vorgenommen werden. In einem ersten Rückblick auf eine von diesen Prämissen bestimmte Entwicklung erklärte 1956 der damalige Volksbildungsminister Lange:

„Wenn unsere pädagogische Wissenschaft nach dem Jahre 1945 die großen demokratischen und humanistischen Gedanken unseres eigenen pädagogischen Erbes wiederaufgreifen und weiterentwickeln konnte, so liegt eine entscheidende Ursache dafür in der Tatsache, daß sie sich auf die reichen Erfahrungen der Sowjetpädagogik stützen konnte und von ihr in diesem Bemühen eine große Hilfe erhielt.

Die Sowjetpädagogik hat jene humanistischen und demokratischen pädagogischen Ideen, die in den Werken gerade deutscher fortschrittlicher Pädagogen und Denker der Vergangenheit lebendig waren, bewußt fortgeführt und auf eine höhere Stufe der Menschheitsentwicklung gehoben. Es ehrt besonders das deutsche Volk, daß das große humanistische Ideal der allseitig und harmonisch entwickelten Persönlichkeit, das seine großen Söhne Karl Marx und Friedrich Engels verkündeten, in der Sowjetpädagogik seine Verwirklichung gefunden hat.

Ist es nicht geradezu so, daß wir durch die Sowjetpädagogik unser eigenes fortschrittliches Erbe in Deutschland gleichsam geläutert zurückerhalten, jenes hohe Erbe, das die Bourgeoisie in der Epoche des Imperialismus verachtet und fallengelassen hat?"[19]

Obwohl die Intensität der Bindung in den folgenden Jahren graduelle Unterschiede aufweist, bleibt die grundlegende Orientierung an der Sowjetunion beziehungsweise an der Sowjetpädagogik stets erhalten. In Zuspitzung auf unsere Fragestellung können wir deshalb feststellen: Es gibt in der DDR-Pädagogik nicht den unmittelbaren Zugang zu Marx. Der Weg führt immer über die Sowjetpädagogik. Es gibt nicht die *marxistische* Erziehungswissenschaft, sondern die *marxistisch-leninistische* Pädagogik. Und diese war und ist wiederum von der jeweils aktuellen Lesart abhängig. Bis 1957 war es die marxistisch-

leninistische Pädagogik Stalinscher Prägung. Die Veränderungen unter Chruschtschow und Breschnew wurden ebenfalls in der DDR mitvollzogen.
Wenn wir dieses und das erstgenannte Faktum der „Ausgangsposition ohne proletarische Revolution" berücksichtigen, dann können wir sagen, daß der Zugang zu Marx und die Anwendung seiner Lehre *zweifach relativiert* werden oder – mathematisch ausgedrückt – in eine doppelte Klammer gesetzt sind. Betrachten wir die weiteren Fakten der DDR-Entwicklung im Bereich von Erziehung und Bildung, dann müssen wir im Auge behalten, daß sie stets von vornherein von dieser doppelten Relativierung mitbestimmt sind.[20]

Das bildungspolitische Monopol der Partei

Zu den wichtigsten Fakten der bildungspolitischen und pädagogischen Entwicklung in der DDR gehören neben der Orientierung an der Sowjetunion vor allem der Führungsanspruch der SED sowie die Intention, im Hinblick auf die ideologischen Ziele und die ökonomischen Erfordernisse ein maximal leistungsfähiges Bildungssystem zu gestalten.
Der Führungsanspruch der SED schließt eine Monopolstellung der Partei auch in allen Fragen der Erziehung und Bildung ein. Da sie ihn im Sinne des „demokratischen Zentralismus" praktiziert, obliegt die Kompetenz für bildungspolitische Initiativen und Entscheidungen ausschließlich der Parteiführung. Sie nimmt ihre leitende Funktion mit besonderer Akribie und Perfektion wahr, begnügt sich keineswegs mit der Bestimmung von Leitlinien und Grundsätzen, sondern widmet sich auch organisatorischen und curricularen Detailfragen.[21] Diese Politik kann als eine notwendige und folgerichtige Konsequenz aus der fehlenden proletarischen Revolution verstanden werden. Sie soll all das kompensieren, was wegen der fehlenden proletarischen Revolution an grundlegenden Voraussetzungen für eine sozialistische Entwicklung nicht vorhanden ist.
Von den Marxschen Vorstellungen über die tragende Rolle der Arbeiterklasse für die Entwicklung des Sozialismus bleibt nur wenig übrig. Die Partei oder, genauer gesagt, die Parteiführung setzt sich an die Stelle eines in revolutionärer Praxis gereiften Proletariats. Und mit ihrer perfektionistischen Handhabung dieser Rolle läßt sie so gut wie keinen Raum für die als Träger der ganzen Entwicklung gepriesene Arbeiterklasse. Bezeichnend für das Verständnis und die Praktizierung dieser Rolle ist nicht zuletzt auch die kontinuierliche Verwendung der Formulierung von der „Arbeiterklasse unter der Führung der marxistisch-leninistischen Partei".[22]
Zwangsläufig wirkt sich dieses Verständnis auf die Gestaltung des Bildungssystems aus. Bildung und Erziehung sind deshalb für die SED primär *Instrumente zur sozialistisch-kommunistischen Entwicklung der Gesellschaft.*[23] Mitun-

ter wird das Bildungssystem auch als Waffe bezeichnet, die maßgeblich zum Sieg des Sozialismus und Kommunismus beitragen soll.

Auf- und Ausbau eines maximal leistungsfähigen Bildungssystems

Die Gestaltung des so verstandenen Bildungssystems enthält viele für unsere Fragestellung relevante Aspekte. Drei von ihnen erscheinen für sich genommen, aber auch im Hinblick auf Marx besonders bedeutsam, und zwar

1. die polytechnische Bildungsreform,
2. die Ausrichtung des Bildungswesens auf die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution,
3. das in Anlehnung an Marx formulierte Erziehungsziel der allseitig entwikkelten Persönlichkeit.

Bevor wir uns diesen besonders bedeutsamen Fragekomplexen zuwenden, wollen wir einige andere, ebenfalls relevante, aber aus zeitlichen Gründen nur kurz abzuhandelnde Fakten ansprechen.

Von Anfang an war es ein wesentliches Ziel der Bildungspolitik, aus dem Bildungs- und Erziehungssektor alles zu eliminieren, was die intendierte Entwicklung negativ beeinträchtigen könnte. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehörten schon in den 40er Jahren die Entlassung bzw. Nicht-Wiedereinstellung eines großen Teils der Lehrerschaft, die Aussonderung von Hochschullehrern, von denen eine ideologische Gefährdung der Auszubildenden erwartet wurde, Auswahlbestimmungen für die Immatrikulation von Studenten und die Exmatrikulation von Studenten, die sich der Blockpolitik der SED an den Hochschulen widersetzten. Neben den personellen Maßnahmen wurden auch institutionelle und curriculare Entscheidungen getroffen, wie das Verbot von Privatschulen und die Ausgliederung des Religionsunterrichts aus den Schulen. Unter der Leitformel, jeden bürgerlichen und reaktionären Einfluß auszuschalten, wurde schon in den ersten Nachkriegsjahren die Reformpädagogik bekämpft. Diese Maßnahmen waren ein Hauptbestandteil insbesondere der als „antifaschistisch-demokratisch" gekennzeichneten Bildungspolitik.[24]

Die Frage, ob die genannten Maßnahmen Marxschen Vorstellungen entsprechen, ist insofern zu bejahen, als sie in den Marxschen Grundthesen vom Klassenkampf und vom Klassencharakter der Erziehung[25] eine allgemeine Rechtfertigung finden und sich in den besonderen Fragen des Religionsunterrichts und der Privatschule zusätzlich durch spezielle Äußerungen legitimieren lassen.[26] Eine Einschränkung wäre möglich im Hinblick auf die frühzeitige Ausschaltung reformpädagogischer Tendenzen, insbesondere im Hinblick darauf, daß an ihre Stelle – im Rahmen der sowjetpädagogischen Anpassung – die Restaurierung der alten Lern- und Paukschule trat, von der

eine Erziehung zur Aktivität und zum Schöpferischen nicht erwartet werden konnte.
Eine nicht speziell und direkt, aber allgemein zu begründende Übereinstimmung mit Marx läßt sich auch für andere Maßnahmen feststellen, die in den 40er Jahren begonnen und später als erste Elemente einer sozialistischen Umgestaltung charakterisiert wurden, wie die Einrichtung der achtjährigen Einheitsschule, der Vorstudienanstalten und der Arbeiter- und Bauernfakultäten sowie die Bevorzugung von Arbeiter- und Bauernkindern bei der Aufnahme in weiterführende Schulen.[27] Das gleiche läßt sich sagen zu dem in den folgenden Jahren verwirklichten Organisationsprinzip, ein einheitliches Bildungssystem zu schaffen, in dem alle Bildungs- und Ausbildungswege so gestaltet waren, daß es keine Sackgassen gab. Über Schulorganisationsfragen hat sich Marx allerdings nur sehr knapp geäußert. Aus den „Instruktionen" von 1866 können wir entnehmen, daß er eine Schuldauer vom 9. bis 17. Lebensjahr mit vorhergehendem Elementarunterricht und einer horizontalen Gliederung nach drei Altersgruppen empfohlen hatte.[28] Daraus läßt sich sowohl die 1946 eingeführte achtklassige Einheitsschule wie auch die 1959 begonnene zehnklassige allgemeinbildende Pflichtschule mit der Gliederung in Unter-, Mittel- und Oberstufe begründen.
Nicht eindeutig zu beurteilen ist hingegen die Frage nach der Einbeziehung von Elternhaus und Familie in den Erziehungsprozeß. Diese Schwierigkeit ergibt sich vornehmlich aus den stark divergierenden Aussagen von Marx und Engels über den *Wert* der Familie.[29] Jedoch die in der DDR verfolgte Konzeption, die Eltern zu verpflichten, ihre Kinder in der Familie im Sinne des sozialistischen Programms zu erziehen, dürfte nicht im Widerspruch zu Marxschen Vorstellungen stehen.

Die polytechnische Bildungsreform

Seit 1948 wurden in der SBZ deutschsprachige sowjetische Pädagogik-Lehrbücher publiziert[30], in denen die Pädagogen lesen konnten, daß einer der fünf Hauptbereiche der Bildung und Erziehung die polytechnische Bildung sei. Praktische Konsequenzen zugunsten eines polytechnischen Unterrichts blieben jedoch zunächst aus. Mit dem Hinweis auf „falsche Tendenzen eines schlecht verstandenen polytechnischen Unterrichts", die „von reaktionären Kräften ausgenutzt werden können", wandte sich die SED-Führung in den 40er Jahren gegen vereinzelt aufkommende Aktivitäten.[31] Möglicher Mißbrauch oder falsches Verständnis waren jedoch nicht die eigentlichen Gründe für die ablehnende Haltung. Die Hauptursache lag vielmehr darin, daß zu dieser Zeit auch in der Sowjetunion die Forderung nach polytechnischer Bildung lediglich auf dem Papier stand, nachdem 1937, ausgelöst durch einen

entsprechenden Beschluß des ZK der KPdSU, der Arbeitsunterricht abgeschafft worden war.[32] Erst als die sowjetische Bildungspolitik Anfang der 50er Jahre die Wiederbelebung des polytechnischen Unterrichts signalisierte[33], änderte sich die Haltung der SED.[34]

Seitdem folgten – wie in der Sowjetunion – vier Entwicklungsphasen mit einer jeweils eigenen Konzeption polytechnischer Bildung. Da sich Marx nur recht allgemein über die polytechnische Bildung geäußert hat, können wir auf eine detaillierte Darstellung der einzelnen Konzeptionen verzichten und uns auf die wesentlichen Merkmale konzentrieren. Die für uns bedeutsamen Charakteristika waren

in der ersten Phase (1953–1958): Polytechnisierung der herkömmlichen Fächer, insbesondere des naturwissenschaftlichen Unterrichts, und Werkunterricht in den unteren Klassen (erst ab 1956);

in der zweiten Phase (1958–1960 bzw. 1963)[35]: Einführung eines Systems polytechnischer Fächer mit Werkunterricht in den Klassen 1–6, Unterrichtstag in der Produktion ab 7. Klasse, Einführung in die sozialistische Produktion ab 9. Klasse, Technisches Zeichnen in den Klassen 8 und 9 und Praktika von der 9. Klasse an; polytechnische Bildung wird als Teil der Allgemeinbildung verstanden; die Grundlehrgänge des UTP umfassen alle für wesentlich gehaltenen Produktionszweige;

in der dritten Phase (1960 bzw. 1963–1966)[35]: starke Ausrichtung auf die Berufsausbildung, daher meist als Professionalisierungsphase bezeichnet; Berufsaufklärung und Berufsberatung ab Klasse 6, berufliche Grundausbildung ab Klasse 9, Kombination von Facharbeiterbrief und Abitur in der Erweiterten Oberschule;

in der vierten Phase (seit 1968): Polytechnische Bildung wird wieder als Teil der Allgemeinbildung verstanden; der berufsvorbereitende Charakter ist auf die Erlangung der Berufswahlreife ausgerichtet; das System der polytechnischen Fächer umfaßt den Werkunterricht für die Klassen 1–6, produktive Arbeit in den Klassen 7–10 (mit Differenzierung ab Klasse 9 in vier Richtungen: metallverarbeitende Industrie, Elektroindustrie, Bauwesen und Landwirtschaft), Einführung in die sozialistische Produktion, Technisches Zeichnen in den Klassen 7 und 8, wissenschaftlich-praktische Arbeit in den Klassen 11 und 12 (mit studienvorbereitender Differenzierung).

Gemeinsam ist allen Konzeptionen, daß die polytechnische Bildung als Unterrichtsprinzip in allen Fächern berücksichtigt werden soll.

Inwieweit Marxsche Vorstellungen Beachtung fanden, ist für die einzelnen Phasen bzw. Konzeptionen unterschiedlich zu beantworten.[36]

In vergleichender Bewertung kann festgestellt werden, daß die Konzeptionen zwei und vier den Marxschen Forderungen am nächsten kommen. Hervorzu-

heben sind vor allem die Tendenzen, Arbeit und Unterricht miteinander zu verbinden, die polytechnische Bildung als integrierenden Bestandteil der Allgemeinbildung zu konzipieren und die Schüler theoretisch und praktisch mit Produktionsmitteln und -prozessen vertraut zu machen. Die erste Konzeption mit ihrer Beschränkung auf die Polytechnisierung der herkömmlichen Fächer verfolgte diese Tendenzen nur in sehr schwacher Form, insbesondere im Hinblick auf die praktische Betätigung der Schüler. Demgegenüber wies die dritte Konzeption zwar einen starken Praxisbezug auf, gestaltete ihn aber in der Art einer frühzeitigen Spezialisierung und Professionalisierung, was meines Erachtens nicht mit den Marxschen Vorstellungen in Einklang zu bringen ist.

Die bildungspolitische Intention, die der Professionalisierungsphase in der ersten Hälfte der 60er Jahre ihr Gepräge gab, fand sogar in der Edition der Werke von Marx und Engels ihren Ausdruck. Bei der Wiedergabe der Marxschen Bildungsdefinition von 1866 weicht die 1962 veröffentlichte Ausgabe von der deutschsprachigen Erstveröffentlichung ab und verwendet nicht die Begriffsfügung „polytechnische Erziehung", sondern „polytechnische Ausbildung".[37] Eine weitere Abweichung ist darin zu sehen, daß die Formulierung „die allgemeinen wissenschaftlichen Grundsätze aller Produktionsprozesse" verkürzt wird auf „die allgemeinen Prinzipien aller Produktionsprozesse". Diese geringfügig erscheinende Veränderung läßt sich immerhin interpretieren als eine Reduzierung der Qualität, die Marx der theoretischen Komponente polytechnischer Bildung zugeschrieben hat. Insofern wäre sie Ausdruck der bedeutsamen Tatsache, daß der hohe theoretische Anspruch, den Marx gemäß der Formulierung in der deutschsprachigen Erstveröffentlichung gestellt hat, bisher in keiner der vier Konzeptionen realisiert worden ist.

Die Ausrichtung des Bildungswesens auf die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution

Teilweise parallel zur polytechnischen Reform lief in den 60er Jahren die Reformintention, das Bildungswesen auf die Anforderungen auszurichten, die sich mit dem immer stärkeren Eindringen von Wissenschaft und Technik in alle Lebensbereiche stellten. Es war eine Erscheinung, die von der SED als „objektive Gesetzmäßigkeit" anerkannt und meist als „wissenschaftlich-technischer Fortschritt" oder als „technische Revolution" oder als „wissenschaftlich-technische Revolution" bezeichnet wurde. Diese „objektive Gesetzmäßigkeit" sollte nicht einem quasi gesellschaftsneutralen Selbstlauf überlassen werden. Demzufolge sollte auch das Bildungswesen auf diese Aufgabe ausgerichtet werden. In dem Aufgabenkatalog des Bildungsgesetzes von 1965 wird

diese Aufgabe an erster Stelle gemeinsam mit der Aufgabe genannt, die sozialistische Gemeinschaft zu entwickeln.
Die wissenschaftlich-technische Revolution im Sinne eines widerspruchsfreien Begründungszusammenhanges zu definieren, bereitete den dazu aufgerufenen Gesellschaftswissenschaftlern in der DDR wie in anderen sozialistischen Staaten erhebliche Schwierigkeiten. Die führenden Politiker beschränkten sich jeweils darauf, nur einige Aspekte oder Kriterien zu nennen, wenn sie die wissenschaftlich-technische Revolution zu charakterisieren hatten.[38] Auch in bildungspolitischen Dokumenten wird jeweils nur eine punktuelle Beschreibung einzelner Aspekte gegeben. Als die wesentlichsten werden genannt:

1. Die Zahl der wissenschaftlichen Erkenntnisse wächst in einem immer rascheren Tempo.
2. Die Umsetzung der wissenschaftlichen Erkenntnisse vollzieht sich in immer kürzeren Abständen und ergreift alle Lebensbereiche, insbesondere die Produktion.
3. Die Wissenschaften differenzieren sich immer mehr in speziellere Disziplinen, beeinflussen sich in zunehmendem Maße wechselseitig und verbinden sich partiell zu neuen Fachrichtungen.
4. Nicht nur körperliche, sondern auch geistige Arbeit wird zunehmend Maschinen übertragen.
5. Die Wissenschaft entwickelt sich zu einem Zweig der Produktion und wird zu einer unmittelbaren Produktivkraft.

Die praktischen Konsequenzen für das Bildungswesen waren sehr vielfältig und sogar widersprüchlich. So wurde sowohl die von 1963 bis 1966 angewandte Konzeption der frühzeitigen Professionalisierung und Spezialisierung, als auch die folgende Konzeption, die stärker eine theoretische Grundbildung betonte, mit der Ausrichtung auf die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution begründet.[39] Als wesentliche Merkmale der zweiten, bislang praktizierten Konzeption sind zu nennen: curriculare Reformen im Sinne der Verallgemeinerung und Verwissenschaftlichung, stärkere Differenzierung des Bildungswesens vom 7. Schuljahr an, Einführung von Grundlagenfächern und Grundberufen in der Berufsausbildung, intensive Förderung von Begabungen an Schulen und Hochschulen.
Eine Beurteilung dieser Fakten aus der Sicht von Karl Marx ist kaum möglich, da er sich über das, was heutzutage unter wissenschaftlich-technischer Revolution in den sozialistischen Ländern verstanden wird, nicht geäußert hat beziehungsweise die Phänomene einer solchen Entwicklungsphase naturgemäß nicht analysieren konnte. Daraus ergibt sich einerseits, daß alle Überlegungen, Entscheidungen und Maßnahmen, die in der DDR in Ausrichtung auf die

wissenschaftlich-technische Revolution getroffen werden, nur in sehr allgemeiner Form, aber nicht im einzelnen als marxistisch-leninistisch begründet werden konnten, und andererseits, daß es infolgedessen abwegig wäre, Übereinstimmungen oder Abweichungen aufzeigen zu wollen.

Die allseitig entwickelte sozialistische Persönlichkeit

In allen sozialistischen Ländern ist die allseitig entwickelte sozialistische Persönlichkeit die gängige Formulierung für das oberste Erziehungsziel. Für eine Wertung im Hinblick auf Marx ist vor allem nach der inhaltlichen Bestimmung und den Realisierungstendenzen zu fragen.

Wenn wir die mehr als drei Jahrzehnte währende Entwicklung in der DDR überschauen, dann stellen wir fest, daß es keine durchgängig gültige Definition oder Erläuterung dieses Zieles gibt. Auch in der Art der Darstellung und im Umfang bestehen Unterschiede.

Bemerkenswert ist die erste Version, die das Politbüro der SED 1952 gegeben hat, nicht zuletzt wegen des relativ stark betonten patriotischen Elements: „Nach dem historischen Beschluß der II. Parteikonferenz über den planmäßigen Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik steht vor der deutschen demokratischen Schule die Aufgabe, die Jugend zu allseitig entwickelten Persönlichkeiten zu erziehen, die fähig und bereit sind, den Sozialismus aufzubauen und die Errungenschaften der Werktätigen zu verteidigen. Die deutsche demokratische Schule hat die Aufgabe, Patrioten zu erziehen, die ihrer Heimat, ihrem Volke, der Arbeiterklasse und der Regierung treu ergeben sind, die Einheit des friedliebenden, unabhängigen, demokratischen Deutschlands im Kampf gegen die imperialistischen Okkupanten und die Adenauer-Clique erzwingen, ewige Freundschaft mit der Sowjetunion, den Volksdemokratien und allen für Frieden und Fortschritt kämpfenden Menschen halten, die schöpferische Arbeit als eine Sache der Ehre und des Ruhms betrachten, das sozialistische Eigentum mehren und schützen, zur Festigung der volksdemokratischen Grundlagen der Staatsmacht mit all ihren Kräften beitragen und erfüllt sind von Liebe und Vertrauen zu unserer Volksarmee."[40]

Die gegenwärtig gültige Fassung des obersten Erziehungszieles gründet sich vor allem auf die Darstellung „moralischer Eigenschaften" und „ideologischer Grundüberzeugungen", wie sie im Zusammenhang mit der Erarbeitung neuer Lehrpläne in der zweiten Hälfte der 60er Jahre festgelegt und 1969 veröffentlicht worden sind:

„Die Mädchen und Jungen sollen sich bewußt die moralischen Eigenschaften der Kämpfer der Arbeiterklasse aneignen und danach streben, als junge Revolutionäre zu handeln. Das heißt:

Sie beweisen ihre Treue zur Deutschen Demokratischen Republik durch Taten.
Sie eignen sich eine hohe Bildung an, sind fleißig und diszipliniert.
Sie lieben die Arbeit, achten jede Arbeit und die arbeitenden Menschen und sind bereit, dort zu arbeiten, wo sie gebraucht werden.
Sie stehen treu zu den sozialistischen Idealen, sind standhaft, mutig und bescheiden und streben danach, würdige Mitglieder der sozialistischen Menschengemeinschaft zu sein.
Sie sind treue Freunde der Sowjetunion, glühende Verfechter des proletarischen Internationalismus und erfüllt von unauslöschlichem Haß gegen die Feinde des Volkes.
Sie stehen mit der ganzen Person für die Vollendung und den Schutz des Sozialismus ein und sind zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes und der sozialistischen Staatengemeinschaft bereit.
Die Erziehung junger Revolutionäre verlangt vor allem, folgende ideologische Grundüberzeugungen bei allen Mädchen und Jungen systematisch herauszubilden:
- die Überzeugung von der historischen Mission der Arbeiterklasse unter der Führung der marxistisch-leninistischen Partei und ihrer führenden Rolle und wachsenden Verantwortung im revolutionären Kampf bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft;
- die Überzeugung vom objektiven Charakter der Entwicklung in Natur und Gesellschaft und von der Fähigkeit der Menschen, diese Gesetzmäßigkeiten zu erkennen und in bewußter, verändernder Tätigkeit anzuwenden;
- die Überzeugung von der Gewißheit, daß die Zukunft der ganzen Menschheit der Sozialismus ist, daß wir in der DDR zu den Siegern der Geschichte gehören und daß der Sozialismus auch in Westdeutschland siegen wird;
- die Überzeugung von der historischen Aufgabe der DDR und der Verantwortung der Jugend bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, bei der Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution und bei der Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik und der sozialistischen Staatengemeinschaft;
- die Überzeugung von der entscheidenden Rolle der ruhmreichen Sowjetunion und der sozialistischen Staatengemeinschaft in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus;
- die Überzeugung, daß Demokratie, Freiheit und Menschlichkeit nur dort gesichert wird, wo das werktätige Volk unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei die politische Macht ausübt;
- die Überzeugung, daß die Jugend ihres eigenen Glückes Schmied ist, indem sie die Rechte und Pflichten gegenüber der sozialistischen Gesellschaft be-

wußt wahrnimmt, sich fest in die sozialistische Menschengemeinschaft einordnet, Verantwortung für das Ganze trägt und ein kulturvolles Leben führt."[41]

Es gibt auch eine Reihe von Systematisierungsversuchen, die die umfänglichen Forderungen überschaubarer machen sollen. Die gängigsten sind die Gliederung in die beiden Komplexe der ideologischen Erziehung und der fachlichen Bildung sowie die Gliederung in die fünf Bereiche der geistigen, körperlichen, polytechnischen, sittlichen und ästhetischen Erziehung und Bildung.

Die Methoden, die zur Erziehung der allseitig entwickelten Persönlichkeit angewandt werden, sind vielfältig und werden kontinuierlich ergänzt. Sie versuchen, den Jugendlichen selbst in den Ferien und in der Freizeit zu erfassen. Die wichtigsten erziehungswissenschaftlichen Aktivitäten sind die Ausarbeitung des persönlichkeitstheoretischen Ansatzes[42], die Entwicklung einer Lehrplantheorie[43] und die Einrichtung der Realisierungsforschung[44]. Aus der Vielzahl politischer und wissenschaftlicher Aktivitäten ergibt sich aber auch, daß die erwarteten Erziehungsergebnisse gerade hinsichtlich der moralischen Eigenschaften und der ideologischen Grundüberzeugungen bisher unbefriedigend sind.[45]

Wenn wir abschließend fragen, ob all dies mit dem Marxschen Denken und Wollen übereinstimmt, dann können wir dies in bezug auf die Zielstellung weitgehend bejahen. Die Formulierung des Zieles trifft im wesentlichen das, was Marx, wenn auch meist in anderen Wendungen, zum Ausdruck gebracht hat.[46] Für die einzelnen inhaltlichen Explikationen gilt dies jedoch nur teilweise. Im Einklang mit Marx stehen die Aufgliederung in die fünf Bereiche der geistigen, körperlichen, polytechnischen, sittlichen und ästhetischen Bildung und Erziehung ebenso wie die Kombination von ideologischer Erziehung und fachlicher Bildung. Das gleiche gilt für die Aufforderung zum Klassenkampf, einschließlich der Aufforderung zum Haß, sowie die Erziehung zur Arbeit und zur Leistung für die Stärkung der eigenen Klasse mit der Zielrichtung, die Arbeit als erstes Lebensbedürfnis zu erfahren. Die streckenweise starke Betonung des Patriotismus dürfte jedoch nicht den Marxschen Vorstellungen entsprechen, selbst nicht in der Paarung mit dem Internationalismus. Es ist offensichtlich, daß bei diesen Formulierungen weit mehr das sowjetische Vorbild Pate gestanden hat.

Eine nur teilweise Übereinstimmung ergibt sich auch in der Frage der Umsetzung beziehungsweise der angewandten Methoden. Eine volle oder weitgehende Identität läßt sich feststellen hinsichtlich der Kenntnisvermittlung, insbesondere was die Darbietung der von Marx formulierten „Entwicklungsgesetze" anlangt, weiterhin auch bei der emotionalen Aktivierung, der Verbindung von körperlicher und geistiger Arbeit sowie beim selbständigen Sam-

meln von Erfahrungen bei der Arbeit und gesellschaftlichen Tätigkeit. Abweichungen sind hingegen zu sehen in der Anwendung des Marxschen Gedankens von der revolutionären Praxis, in der Gewichtung der intentionalen Erziehung und in der tatsächlichen Einschätzung der Bedeutung von Bildung und Erziehung bei der Herausbildung des neuen Menschen.

Die revolutionäre Praxis, die in der DDR angeboten wird, trifft nicht das, was Marx damit gemeint hat. Sie ist Imitation, mitunter Spielerei, verbunden mit der Vorspiegelung von zuviel sozialistischer Harmonie, zuviel heiler Welt im eigenen Hause. Die stimulierende Wirkung von sozialer Unzufriedenheit wird aus staatsautoritären Gründen im Keim erstickt. Demgegenüber hat die intentionale Erziehung, die bei Marx eine geringe Rolle spielt, ein Übergewicht. Das Überzeugenwollen um jeden Preis und vornehmlich mit den Mitteln eines gelenkten Unterrichts ist nicht in Einklang zu bringen mit den Marxschen Vorstellungen vom Reifungsprozeß des Menschen zu einem total entwickelten Individuum.

Schließlich wird der Erziehung und Bildung in der DDR meines Erachtens ein größerer Stellenwert zuerkannt als bei Marx. In theoretischen Abhandlungen und in den Rechenschaftsberichten des ZK über die Gesamtheit der sozialistischen Entwicklungsbedingungen werden zwar Erziehung und Bildung erst an nachgeordneter Stelle angesprochen, aber in Wirklichkeit werden die Menschen in der DDR fast überall von dem erzieherischen Einfluß der Partei beherrscht. Dem Menschen wird dadurch fast vollständig die Möglichkeit genommen, sich durch einen eigenen freien Entschluß oder aus eigenem Erleben für die sozialistische Lebensweise zu entscheiden.

Marx wollte eine Gesellschaftsordnung, in der sich der Mensch frei entfalten kann. Das Übermaß an erzieherischer Einflußnahme, wie es in der DDR vorhanden ist, läßt aber eine solche Entfaltung nicht zu.

Daß sich die von Marx und der SED-Führung gewünschten Erfolge gar nicht oder nur begrenzt einstellen, muß allerdings nicht allein darin begründet liegen, daß die von Marx entwickelten Gedanken, Prinzipien und Forderungen nicht in der richtigen Weise verwirklich werden. Es kann auch daran liegen, daß sich Karl Marx ganz oder teilweise geirrt hat.

Anmerkungen:

1 Oskar Anweiler: Geschichte der Schule und Pädagogik in Rußland vom Ende des Zarenreiches bis zum Beginn der Stalin-Ära. Erziehungswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, hrsg. von Oskar Anweiler und Siegfried Baske, Bd. 1, Berlin 1964

2 Vgl. vor allem
Horst E. Wittig: Die Marxsche Bildungskonzeption und die Sowjetpädagogik. Bad Harzburg 1964
Theo Dietrich: Sozialistische Pädagogik – Ideologie ohne Wirklichkeit. Grundlagen, Erziehungs- und Schulkonzeptionen, Erkenntnisse. Bad Heilbrunn 1966
Günther Groth: Die pädagogische Dimension im Werke von Karl Marx. Neuwied und Darmstadt 1978
Elmar Altvater/Freerk Huisken: Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors. Erlangen 1971

3 Von den in nichtsozialistischen Ländern erschienenen Publikationen vgl. vor allem:
M. A. Manacorda: Il marxismo e l'educazione, Bd. 1–3, Roma 1964
M. A. Manacorda: Marx e la pedagogia moderna. Roma 1966
Roland F. Price: Marx and Education in Russia and China. London 1977

4 Gotthold Krapp: Marx und Engels über die Verbindung des Unterrichts mit produktiver Arbeit und die polytechnische Bildung. Berlin 1958

5 Karl Marx/Friedrich Engels: Über Erziehung und Bildung. Zusammengestellt von P. A. Grusdew. Berlin 1961 (die russische Ausgabe erschien in Moskau 1957)

6 Karl Marx/Friedrich Engels: Über Pädagogik und Bildungspolitik. Ausgewählt und eingeleitet von Heinz Schuffenhauer/Johann Goldhahn/Leo Hartung/Gotthold Krapp unter Mitarbeit von Werner Lesanovsky und Hermann Berger. 2 Bände. Berlin 1976 (weiterhin zitiert als Schuffenhauer u. a.)

7 Heinz Karras: Die Grundgedanken der sozialistischen Pädagogik in Marx' Hauptwerk „Das Kapital". Berlin 1956, S. 3

8 ebenda, S. 181

9 Karl Marx/Friedrich Engels über Erziehung, Bildung und Bildungspolitik. In: Schuffenhauer u. a., S. 13

10 Allgemeine Grundlagen der Pädagogik. Hrsg. und mit einem Nachwort für die deutsche Ausgabe von F. F. Koroljow/W. J. Gmurman. Berlin 1972, S. 73

11 Zitiert nach: Der Vorbote. Organ der Internationalen Arbeiter-Association. Monatsschrift redigiert von Joh. Ph. Becker. Erster Jahrgang, N. 10, Okt. 1866. Faksimile-Druck in: Horst E. Wittig: Die Marxsche Bildungskonzeption, a. a. O., S. 157–158. Vgl. hierzu auch die quellenkritischen Ausführungen Wittigs, S. 66–69

12 A. M. Arsenjew/F. F. Koroljow: Methodologische Probleme der marxistisch-leninistischen Pädagogik. In Vergleichende Pädagogik, 1972, Heft 1, S. 14

13 Karl-Heinz Günther/Gottfried Uhlig: Geschichte der Schule in der Deutschen Demokratischen Republik 1945–1971. Berlin (Ost): Volk und Wissen 1974, S. 27–28 (weiterhin zitiert als Günther/Uhlig)

14 E. Diehl: Geschichtswissenschaft der DDR im revolutionären Weltprozeß. In: Einheit 1973, Heft 1, S. 60, zitiert nach Günther/Uhlig, S. 27

15 Oskar Anweiler, a. a. O., S. 93

16 Schuffenhauer u. a., Bd. 1, S. 26

17 Vgl. hierzu Siegfried Baske: Das Problem der Eigenständigkeit der DDR im Bereich

der Bildung und Erziehung. In: Die DDR – Partner oder Satellit der Sowjetunion? München 1980, S. 115–140

18 Abgedruckt in: Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands. Dokumente. Hrsg. u. erläutert von Siegfried Baske u. Martha Engelbert. Berlin 1966, Teil 1, S. 85–100 (weiterhin zitiert als Baske/Engelbert)

19 Abgedruckt in Baske/Engelbert, Teil 1, S. 307

20 Beziehen wir die Relativierung, die durch das Prinzip von der Beachtung der „konkret-historischen Situation" bewirkt wird, ein, können wir sogar von einer dreifachen Klammer sprechen.

21 Vgl. z. B. die Entschließungen des ZK der SED vom 19.1.1951, abgedruckt in Baske/Engelbert, Teil 1, S. 164–180

22 Vgl. hierzu: Bildungspolitik in der DDR 1963–1976. Dokumente. Hrsg. u. erläutert von Siegfried Baske. Berlin 1979, S. 19–23, 97, 261 (weiterhin zitiert als Baske: Bildungspolitik)

23 Schon 1948 forderte der Hauptreferent des ZK der SED für Schul- und Erziehungsfragen: „Ebenso offen, ebenso schonungslos, ebenso klar muß man heute davon sprechen, daß, wenn die Schulen in der kapitalistischen Gesellschaft ein Instrument der Ausbeutung und Verdummung der Arbeiterkinder waren, sie im Sozialismus eine Schule des Kampfes der Arbeiterklasse und ihrer fortschrittlichen Verbündeten zum Sturz der Bourgeoisie und zum Aufbau des Sozialismus werden müssen. So hat Lenin diese Frage gestellt, und so müssen wir diese Frage für unsere Verhältnisse zu beantworten versuchen." In: Baske/Engelbert, Teil 1, S. 95

24 Vgl. hierzu vor allem bei Günther/Uhlig das Kapitel „Die antifaschistisch-demokratische Schulreform (1945–1949/50)", S. 35–83;
Arthur Hearnden: Bildungspolitik in der BRD und DDR, 2. Aufl., Düsseldorf 1977, S. 27–36;
Baske/Engelbert, Teil 1, S. 51–52, 58–63, 129–130

25 Vgl. vor allem bei Schuffenhauer u. a., Bd. 1, S. 205–213, 217–221, 232–241; Bd. 2, S. 37–38, 201–202

26 ebenda, Bd. 1, S. 239; Bd. 2, S. 179–181

27 Baske/Engelbert, Teil 1, S. 24–26, 49–51, 114–115, 291–293

28 Schuffenhauer u. a., Bd. 2, S. 167

29 Friedrich W. Busch: Familienerziehung in der sozialistischen Pädagogik der DDR. Düsseldorf 1972, S. 27–33

30 B. P. Jessipow/N. K. Gontscharow: Pädagogik, Lehrbuch für pädagogische Lehranstalten. Berlin/Leipzig 1948;
J. T. Ogorodnikow/P. N. Schimbirew: Lehrbuch der Pädagogik. Berlin 1949

31 Auf dem 4. Pädagogischen Kongreß am 23.8.1949 erklärte Hans Siebert: „Der naturwissenschaftliche Unterricht darf nicht zu einer falschen Auffassung des polytechnischen Unterrichts führen. Es gibt falsche Tendenzen eines schlecht verstandenen polytechnischen Unterrichts, die unserer Schule sehr schädlich sind und die von reaktionären Kräften ausgenutzt werden können... Es gibt unter der Lehrerschaft noch reaktionäre Elemente, die ihre falschen Auffassungen über die Arbeitsschule hinter der polytechnischen Erziehung verbergen. Es gibt aber auch solche, die aus gutem Willen handeln, aber eine völlig falsch verstandene Auffassung des polytechnischen Unterrichts haben." In: Baske/Engelbert, Teil 1, S. 133

32 Über die Aufhebung des Arbeitsunterrichts in der Schule. Anordnung des Volkskommissariats für das Bildungswesen der RSFSR vom 4. März 1937. In: Die sowjetische

Bildungspolitik seit 1917. Dokumente und Texte. Hrsg. u. erläutert von Oskar Anweiler und Klaus Meyer. Heidelberg 1961, S. 232–233

33 Siehe hierzu vor allem die entsprechende Resolution des XIX. Kongresses der KPdSU vom 5.–14.10.1952, in: Anweiler/Meyer, S. 275

34 Siegfried Baske: Das Experiment der polytechnischen Bildung und Erziehung in der DDR. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 8, Köln und Opladen 1964, S. 187–287
Gerlind Schmidt: Polytechnische Bildung in der Sowjetunion und in der DDR. Didaktische Konzeptionen und Lösungsversuche. Berlin 1973

35 1960 für die Erweiterte Oberschule, 1963 für die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule

36 Die wichtigsten Aussagen von Karl Marx zur polytechnischen Bildung sind in den „Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats" von 1866 und im „Kapital" enthalten.

37 Vgl. den Faksimile-Druck der Erstveröffentlichung bei Horst E. Wittig, a.a.O., S. 156 bis 158 mit Marx-Engels-Werke, Dietz Verlag, Bd. 16, Berlin 1962, S. 192–195 oder mit Schuffenhauer u. a., Bd. 2, S. 166–168

38 Siehe Walter Ulbrichts entsprechende Ausführungen auf dem VII. Parteitag der SED. Auszug in Baske: Bildungspolitik, S. 179

39 Baske: Bildungspolitik, S. 28–38

40 Beschluß des Politbüros der SED vom 29.7.1952. In: Baske/Engelbert, Teil 1, S. 213

41 Aufgabenstellung des Ministeriums für Volksbildung und des Zentralrates der FDJ zur weiteren Entwicklung der staatsbürgerlichen Erziehung der Schuljugend der DDR, 9. April 1969. In Baske: Bildungspolitik, S. 261

42 Siehe hierzu vor allem Gerhart Neuner: Zur Theorie der sozialistischen Allgemeinbildung. Köln 1973

43 Dietmar Waterkamp: Lehrplanreform in der DDR. Hannover 1975

44 Baske: Bildungspolitik, S. 315

45 ebenda, S. 448–459

46 Schuffenhauer u. a., Bd. 1, S. 36–50

47 ebenda, S. 59–61, 84–89

DAS MEHRWERTGESETZ UND DIE LAGE DER INDUSTRIEARBEITER IN DER DDR

I. Anstelle eines Vorwortes

Wird „es nach dem Sturtz der alten Gesellschaft eine neue Klassenherrschaft geben..., die in einer neuen politischen Gewalt gipfelt? Nein. ...es wird keine eigentliche politische Gewalt mehr geben, weil gerade die politische Gewalt der offizielle Ausdruck des Klassengegensatzes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ist" (Marx, 1972 (1847), Das Elend der Philosophie, S. 181 f.).

„In der bürgerlichen Gesellschaft ist die lebendige Arbeit nur ein Mittel, die aufgehäufte Arbeit zu vermehren. In der kommunistischen Gesellschaft ist die aufgehäufte Arbeit nur ein Mittel, um den Lebensprozeß der Arbeiter zu erweitern, zu bereichern, zu befördern" (Marx/Engels, 1972 (1848), Manifest der Kommunistischen Partei, S. 476).

„Dem Politbüro liegen Fotos von Untersuchungen auf Baustellen vor, die eine nicht mehr zu überbietende Unordnung und Verschwendung von wertvollsten Materialien und Ausrüstungen zeigen und mit Worten kaum noch zu beschreiben sind" (Mittag, 1970, S. 6, Referat auf der 13. Tagung des ZK der SED am 9./10. Juni 1970, das vom ZK einstimmig bestätigt wurde).

„Persönlichkeitsentwicklung" ist „in ihrem gesellschaftlichen Inhalt im Prinzip identisch mit der Aneignung des sozialen Wesens der Arbeiterklasse durch die Individuen" (Weidig, 1974, Vorsitzender der DDR-Soziologen, zit. bei Voigt, 1975b, S. 486 f.).

„Wie jeder Arbeiter im Kapitalismus durch seine gute, verantwortungsbewußte Produktionstätigkeit nicht nur in den systemgegebenen Grenzen seine eigenen und die allgemeinen Existenzbedingungen verbessert, sondern vornehmlich das Kapital vergrößert, so vermehrt er im real existierenden Sozialismus das Potential für die Verfügungsgewalt der Partei- und Staatsmaschine, vermehrt er seine Ohnmacht ihr gegenüber" (Bahro, 1977, Die Alternative, S. 284).

II. Ziel der Analyse

Ziel der vorliegenden Analyse ist der Versuch, das Marxsche „Mehrwertgesetz" und die darin eingeschlossene „Verelendungstheorie" am real existierenden Sozialismus zu prüfen.

Damit erkennt der Verfasser keineswegs die „Gesetze" und „Theorien" von Marx an.

Hieraus folgt die Frage, ob es überhaupt zulässig ist, eine im Grundsatz verworfene Lehre, die überdies für den „Kapitalismus" konzipiert und durch dessen Wirklichkeit längst empirisch widerlegt wurde, auf den „Sozialismus" anzuwenden.

Die Frage kann bejaht werden, denn der real existierende Sozialismus stellt aus orthodox-marxistischer Sicht eben genau das Gegenteil der Gesellschaftsordnung dar, die Marx und Engels vorschwebte.

Nahezu alles Negative (unter anderem Ausbeutung, Machtkonzentration, totaler Machtmißbrauch, Chancenungleichheit, extreme soziale Ungleichheit, Unfreiheit, aufgeblähter Staat, Bürokratismus, höchste Eigentumskonzentration an Produktionsmitteln, Verteilung nach Macht), das Marx und Engels mit ihrem Kommunismus zu überwinden glaubten, verkörpert die Realität des „Sozialismus" in bisher unerreichter Steigerung. Folgerichtig müßte sich mit der Marxschen Mehrwerttheorie die reale Lage der Arbeiterschaft in der „ersten Phase des Kommunismus" – dem Sozialismus – in gleicher Weise erklären lassen, so wie dieses die „Klassiker" an der bürgerlichen Gesellschaft leisteten. Indem mit der Mehrwerttheorie die Lage der Industriearbeiter im real existierenden Sozialismus erklärt wird, wird letztlich auch die Wirklichkeitsfremdheit der marxistisch-leninistischen Doktrin nachgewiesen.

Das Wichtigste am Marxismus – so Lenin (a. a. O.), Marx sähe das wahrscheinlich anders – sei der Nachweis der welthistorischen Rolle des Proletariats als Schöpfer des Kommunismus. Unsere Untersuchung widerlegt die von den Parteifunktionären am härtesten verteidigte Ideologie, nämlich die der führenden Rolle der Arbeiterklasse, mit der die SED-Führung ihr *Machtmonopol* und ihren *Unfehlbarkeitsanspruch* zu rechtfertigen versucht.

III. Marx' ökonomische Grundgesetze

Jede Produktionsweise beziehungsweise Gesellschaftsordnung hat, wie Marx feststellt, das deren Wesen und Entwicklung kennzeichnende ökonomische Grundgesetz. Diese Gesetze sollten objektiven Charakter tragen, sich gleichzeitig aber nur durch das aktive und bewußte Handeln der Menschen durchsetzen.

Die Entwicklung der verschiedenen Gesellschaftssysteme wird aus marxistischer Sicht sowohl durch gesellschaftsspezifische, wie zum Beispiel den jeweiligen ökonomischen Grundgesetzen, als auch allgemeingültigen ökonomischen Gesetzen bestimmt. Zur letzten Kategorie gehört unter anderem das sogenannte Entwicklungsgesetz der menschlichen Gesellschaften: Das Gesetz der Übereinstimmung (früher lautete es noch *der unbedingten!*) der

Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte. In (vorkapitalistischen?) Klassengesellschaften kennzeichne die fortschrittlichen Klassen die Nutzung der ökonomischen Gesetze, während die absterbenden Klassen dagegen ankämpften.

1. Das ökonomische Grundgesetz des Kapitalismus

Lenin (zitiert bei Grundmann, 1975, S. 68) erklärte folglich auch, „das Wichtigste in der Marxschen Lehre" sei die „Klarstellung der weltgeschichtlichen Rolle des Proletariats als des Schöpfers der sozialistischen Gesellschaft". Im Vorwort zur ersten Auflage des ersten Bandes des *Kapitals* betont Marx (1953a (1867), S. 7 f.) „der *letzte Endzweck dieses Werks*" sei „*das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen*".
Zusammengefaßt sein Ergebnis: das *Mehrwertgesetz* ist das ökonomische Grundgesetz des Kapitalismus, oder wörtlich: „Produktion von Mehrwert oder Plusmacherei ist das absolute Gesetz dieser Produktionsweise" (ebenda, S. 650). Das Ziel des Kapitalisten sei der *Maximalprofit*.

2. Marx' Mehrwerttheorie

Hier ist ein Exkurs in die Marxsche (1953a, S. 39 ff., und 1973b, S. 103 ff.) Wertlehre notwendig: Von primitivsten Stufen der Menschheit abgesehen, beruht demnach das wirtschaftlich-soziale Leben der Gesellschaft auf Produktion und Austausch von Gütern. Das war schon den englischen Ökonomen bekannt.
Für Marx (1953a, S. 39 ff., und 1973b/c) ist jede Person, die für Lohn arbeitet – und das betrifft die übergroße Mehrheit der arbeitsfähigen Bevölkerung sowohl im Kapitalismus als auch im Sozialismus – eine Ware, deren Austausch (Kauf und Verkauf) den Regeln des Wertgesetzes[1] folgt. Dabei wird der Tauschwert der Arbeitskraft grundsätzlich – von zwei Besonderheiten abgesehen – bestimmt wie der Wert jeder anderen Ware, also durch das zu ihrer Herstellung und Erhaltung gesellschaftlich notwendige Arbeitsquantum. Dazu zählen unter anderem die Aufwendungen für Ernährung, Unterkunft, Erziehung, Bildung, Kleidung, Gesundheit und Erholung. Darüber hinaus wirken zwei Besonderheiten auf den Wert der Ware Arbeitskraft: erstens, das historische und moralische Element und zweitens, der Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft – der nach Marx (ebenda) darin besteht, daß sie mehr Wert schafft, als sie selbst Wert ist. Demzufolge entspricht der „Arbeitslohn" nicht dem Wert der geleisteten Arbeit, sondern nur dem der Ware Arbeitskraft (ebenda). Folgt man Marx, dann erhält der Verkäufer der Arbeitskraft (der Proletarier) lediglich *seinen Wert* in Form des („Arbeits"-)Lohnes, während der Käufer der Arbeitskraft (der Unternehmer) sich das Ergebnis der Arbeit

aneignet; der Gewinn des „Kapitalisten" – Marx (ebenda) nennt ihn *Mehrwert (m)* – beträgt also Arbeitsergebnis minus Wert der Ware Arbeitskraft.
Die für uns wichtige Konsequenz liegt darin – und das ist auch der Grund, weshalb wir hier auf die Mehrwerttheorie eingehen –, daß nach dieser Marxschen Lehre soziale Ungleichheit, unabhängig davon, ob die Produktionsmittel verstaatlicht oder im privaten Besitz sind, so lange besteht, wie Warenproduktion und Geldbeziehungen existieren. Marx' Aussagen gelten demzufolge auch für sozialistische Wald-Geld-Beziehungen, sie sind keineswegs auf die „antagonistische(n) Klassengesellschaften" begrenzt.
Marx (1973b, S. 131 f.) belehrt mit Nachdruck – und es gibt keinen Grund, die sozialistische Warengesellschaft hier auszunehmen –, „daß, genauso wie die Produktionskosten für Arbeitskräfte verschiedner Qualität nun einmal verschieden sind, auch die Werte der in verschiednen Geschäftszweigen beschäftigten Arbeitskräfte verschieden sein müssen. Der Ruf nach Gleichheit der Löhne beruht daher auf einem Irrtum, ist ein unerfüllbarer törichter Wunsch. Er ist die Frucht jenes falschen und platten Radikalismus, der die Voraussetzungen annimmt, die Schlußfolgerungen aber umgehn möchte. Auf Basis des Lohnsystems wird der Wert der Arbeitskraft in derselben Weise festgesetzt wie der jeder andern Ware; und da verschiedne Arten Arbeitskraft verschiedne Werte haben oder verschiedne Arbeitsquanta zu ihrer Produktion erheischen, so müssen sie auf dem Arbeitsmarkt verschiedne Preise erzielen".
Parteifunktionäre und Gesellschaftswissenschaftler der DDR mieden bisher ängstlich solche Aussagen; erst in neuen Publikationen wird auch für den Sozialismus die Entstehung neuer sozialer Ungleichheit konzediert. Marx' Wertlehre kommt hier modernen Schichtungstheorien recht nah. Nach der funktionalen Theorie beruht die soziale Ungleichheit auf dem Wertesystem der betreffenden Gesellschaft beziehungsweise dem der herrschenden Schicht; soziale Schichtung ist hier die Folge abgestufter Belohnung, und diese wiederum resultiert aus der Bedeutung des vom einzelnen ausgeübten Berufs für die Erhaltung des sozialen Systems sowie aus der Qualität, mit der die jeweilige Rolle ausgefüllt wird. Marx (1953a, S. 366 ff.) geht gleichfalls von einer funktionellen Differenzierung im Produktionsprozeß aus und gelangt so zu demselben Ergebnis: einer sozialen Schichtung auf der Grundlage von Beruf und Qualifikation. Sein „Wert der Ware Arbeitskraft" – ursprünglich im Rahmen der Mehrwerttheorie als rein ökonomische Kategorie gedacht – impliziert auch funktionale Bewertung.
Dazu sagt Marx (1953a, S. 366): „Da die verschiednen Funktionen des Gesamtarbeiters einfacher oder zusammengesetzter, niedriger oder höher, erheischen seine Organe, die individuellen Arbeitskräfte, sehr verschiedne Wer-

te. Die Manufaktur entwickelt also eine Hierarchie der Arbeitskräfte, der eine Stufenleiter der Arbeitslöhne entspricht."

Die moderne Technologie im Kapitalismus sowie im Sozialismus – das dürfte unbestritten sein – benötigt nicht weniger berufliche Differenzierung als die Manufaktur: primitive Teilarbeit wird an Bedeutung abnehmen, eine funktionale Hierarchie der Arbeitskräfte und damit (auf bestimmten Ebenen) soziale Ungleichheit wird bleiben.

Marx (1953a, S. 366 ff.) trennt außerdem „geschickte" von „ungeschickten" Arbeitern und spricht dabei sogar von einer „Klasse sogenannter ungeschickter Arbeiter" (vgl. Voigt, 1973).

Marx unterscheidet folgerichtig zwischen Klassen, die auf dem Besitz und Nichtbesitz von Produktivkapital beruhen, und weiterer sozialer Ungleichheit, die er aus der Berufshierarchie der Lohnabhängigen ableitet. Durch Vergesellschaftung aller Produktionsmittel sollen nicht nur die Klassen verschwinden, sondern damit verbunden langfristig auch jegliche soziale Schichtung. Marx unterscheidet hierbei zwischen zwei Phasen der kommunistischen Gesellschaft. Die erstere – von den östlichen Marxinterpreten als Sozialismus bezeichnet – sei noch „mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt", behaftet: es herrschten noch die Prinzipien des Warenaustauchs und der Warenproduktion (Marx, 1973a, S. 20). Noch immer gibt es „kein einheitliches gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln und damit Unterschiede in der Entwicklung der sozialen Klassen und Schichten, in ihren Arbeits- und Lebensbedingungen" (Klaus/Buhr, 1974, S. 1116 unter Sozialismus und Kommunismus). Die zweite Phase – der wirkliche Kommunismus – wird als klassenlose Gesellschaft proklamiert, „in der die Produktionsmittel einheitliches Volkseigentum und sämtliche Mitglieder der Gesellschaft sozial völlig gleich sein werden" (Ökonomisches Lexikon, 1970, S. 1089 unter Kommunismus).

Marx (1973a, S. 21) sagt es so: „In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!"

In der Praxis des „real existierenden Sozialismus" – also in der ersten Phase des Kommunismus – zeigt sich jedoch kein Trend zur Gleichheit. Umgekehrt:

Es entstand und es entsteht ständig neue soziale Ungleichheit. An die Stelle der „Kapitalisten" und Gutsbesitzer trat eine neue herrschende Klasse (vgl. Djilas, 1961): Spitzenkader der Partei, ausgestattet mit einem Ausmaß und Monopol an Macht sowie Privilegien aller Art, wie es in den bisherigen „Ausbeutergesellschaften" kaum zu finden ist. Die Vergesellschaftung des Privateigentums an Produktionsmitteln ermöglichte ein Höchstmaß an Machtkonzentration; nicht einmal eine leichte Tendenz abnehmender sozialer Ungleichheit ist erkennbar.

Kommen wir zum Ausgangspunkt zurück. Bei Marx gewinnt – abgesehen von der für ihn zentralen Bestimmung des Proletariers, für den Ausbeuter Mehrwert zu schaffen – die „verselbständigte" Kategorie des Gebrauchswertes (Nützlichkeit der Ware) lediglich als eine „Absatzgarantie" an Bedeutung. Der Kapitalist bezweckt, wie es Marx (1953a, S. 194) sagt, zweierlei: „Erstens will er einen Gebrauchswert produzieren, der einen Tauschwert hat, einen zum Verkauf bestimmten Artikel, eine Ware. Und zweitens will er eine Ware produzieren, deren Wert höher als die Wertsumme der zu ihrer Produktion erheischten Waren, der Produktionsmittel und der Arbeitskraft, für die er sein gutes Geld auf dem Warenmarkt vorschoß."

Bei der Jagd nach Mehrwert kenne der Unternehmer keine Grenzen: um ihn zu vergrößern, komme es zur erweiterten Reproduktion (Akkumulation von Kapital). Diese trage allerdings zyklischen Charakter und werde durch periodisch auftretende Wirtschaftskrisen (Überproduktion) unterbrochen. Insgesamt gesehen werde aber die Produktion durch die Hinzufügung eines Teils des Mehrwertes (Akkumulation) erweitert; dies wiederum führe zu einer relativen „Abnahme des *variablen* Kapitalteils" (v: des Arbeitslohnes) bei gleichzeitiger Zunahme des *konstanten* (c) Kapitals (Marx, 1953a). In der Folge verschärfe sich die Konkurrenz sowohl unter den Kapitalisten als auch unter den Lohnabhängigen. Die Entfremdung des Proletariers vom Produktionsprozeß nehme zu, wie auch unqualifizierte Tätigkeiten und Arbeitslosigkeit. Gesetzmäßig komme es zu einer fortschreitenden *relativen* und *absoluten Verelendung* des Proletariers. Der Grundwiderspruch des Kapitalismus, der zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Form der Aneignung, verstärke sich so und werde schließlich durch die *„Proletarische Weltrevolution"* gelöst. Die historische Rolle des Proletariats als „Totengräber des Kapitalismus" schlage dann in der proletarischen Revolution um: der nunmehr *befreite Arbeiter* werde zum Führer und Hauptträger des Aufbaus des Kommunismus.

Soweit stark verkürzt die Darstellung dieser marxistischen Gedankengänge – die Doktrin bedarf der Kritik und der Überprüfung an der Wirklichkeit des „real existierenden Sozialismus".

3. Das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus

Auf die Marxsche Lehre aufbauend gelangte Lenin (1954a (1919), S. 570) zu dem bekannten Klassenbegriff. Lenin folgt Marx auch in der Verbindung des Klassenkampfes mit der „Diktatur des Proletariats" und gründet darauf eine Doktrin von der führenden Rolle der „Partei der Arbeiterklasse". Hier handelt es sich um ein Kernstück des kommunistischen Dogmas. Mit Nachdruck weist deshalb Lenin (1954c (1917), S. 182) darauf hin, daß nur der ein Marxist sei, „wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der Diktautr des Proletariats erstreckt", darin müsse „der Prüfstein für das wirkliche Verstehen und Anerkennen des Marxismus" liegen.

Die Abweichung der marxistisch-leninistischen Lehre von der Wirklichkeit ist bei der Beschreibung des Kommunismus keineswegs weniger groß als bei der Erklärung des Kapitalismus. Für die Bürger im „real existierenden Sozialismus" dürfte es kaum ein Trost für die ständige Frustration elementarer Bedürfnisse sein, zu erfahren, daß im Sozialismus der den Kapitalismus kennzeichnende Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion beseitig sei und stattdessen das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus es ermögliche, *ständig* die Produktion zu erweitern, und es nun erstmals in der Menschheitsgeschichte gelungen sei, die Produktion an die Nachfrage beziehungsweise die Bedürfnisse der Bevölkerung anzupassen.

Gesellschaftliche Produktion und gesellschaftliche Aneignung sowie „Unterordnung der Produktion unter die Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft" charakterisieren demnach die erste Phase des Kommunismus (Politische Ökonomie, 1973, S. 202). Im „Programm und Statut der KPdSU" (S. 14) wird das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus wie folgt formuliert (Politische Ökonomie, 1973, S. 202): „Das Ziel des Sozialismus ist es, die wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse des Volkes durch ununterbrochene Entwicklung und Vervollkommnung der gesellschaftlichen Produktion immer vollständiger zu befriedigen."

Erstmals in der Geschichte des Sozialismus sei es „möglich, die Bedürfnisse der Werktätigen in Übereinstimmung mit den Möglichkeiten der Produktion zu befriedigen. Darin" fände „die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus ihren beredten Ausdruck" (ebenda).

Während sich Marx immerhin sehr mühte, die Gesetze der bürgerlichen Gesellschaft aufzudecken, stellt das „ökonomische Grundgesetz des Sozialismus" praktisch nur eine Deklaration der KPdSU dar. Es entbehrt jeder wissenschaftlichen Grundlage – eine Definition von Marx liegt nicht vor.

Nichts ist dem real existierenden Sozialismus ferner als persönliche Freiheit (auch Grundlage von Bedürfnisentfaltung) und Überfluß.

IV. Die „Arbeiterklasse" – Parteidoktrin und Wirklichkeit in der DDR

1. Wer gehört zur Arbeiterklasse?

Einen Schwerpunkt innerhalb der DDR-Sozialstrukturforschung bildet der seit Jahren auch in den anderen osteuropäischen Ländern diskutierte Begriff der „Arbeiterklasse", das Problem, wer ihr angehört, wie sie sich in Zukunft entwickeln wird sowie ihr Verhältnis zur Intelligenz. Die Auffassungen hierüber gehen weit auseinander, und es zeichnet sich keine Annäherung der Standunkte ab. Die Diskussion umfaßt im wesentlichen die folgenden Richtungen, wobei überwiegend zwischen den „Produktionsmittel besitzenden Arbeitern im Sozialismus" und den „ausgebeuteten Proletariern im Kapitalismus" unterschieden wird (Voigt, 1975a/b):

- alle „Lohnabhängigen" bilden die Arbeiterklasse;
- die Arbeiterklasse, das sind die Arbeiter und Angestellten (Intelligenz ausgenommen);
- die Arbeiterklasse besteht aus den Arbeitern, dem größten Teil der Angestellten und bestimmten Gruppen der Intelligenz;
- die Industriearbeiter in den Großbetrieben – der „Kern der Arbeiterklasse" – sind die Arbeiterklasse;[2]
- wer zur Arbeiterklasse gehört, beziehungsweise die Klassenlage überhaupt, hängt vom Niveau des Bewußtseins ab.

Bereits über den Begriff *Arbeiter* differieren die Ansichten. Weitgehende Einigkeit scheint darüber zu bestehen, daß die *Industriearbeiter in den Großbetrieben* den „Kern der Arbeiterklasse" bilden.

Welche Gruppen innerhalb der Angestellten und der Intelligenz – wobei auch diese Schichten verschieden definiert werden! – zur Arbeiterklasse gehören, bleibt letztlich ungeklärt. Die empirische Untersuchung der Sozialstruktur der DDR stößt heute wie früher auf erhebliche Schwierigkeiten; nur in einigen wenigen Detailfragen liegen überprüfbare Befunde vor. Daten über wichtige Schichtungs- und Mobilitätsmerkmale sind kaum verfügbar. Seit 1963 weist zum Beispiel die DDR-Statistik „Angestellte" nicht mehr gesondert aus; noch im Jahre 1962 hatte Lungwitz (1962a, S. 39 und S. 162) zwischen „Arbeitern" (76,2 %) und „Angestellten" unterschieden. Seitdem werden die „Angestellten" einfach unter „Arbeiterklasse" beziehungsweise „Intelligenz" subsumiert. Im DDR-Alltag jedoch – zum Beispiel bei der Vergabe von Studienplätzen und Stipendien – oder hinsichtlich der Dauer der Kandidatenzeit (SED) – trennt man sehr wohl und benachteiligt die Angestellten beziehungsweise deren Kinder.

Vergleichbar – allerdings mit umgekehrten Vorzeichen – verhält es sich mit den hauptamtlichen Funktionären. Sie erscheinen ebenfalls in keiner Stati-

stik, werden der „Arbeiterklasse" beziehungsweise der „Intelligenz" zugeordnet, verfügen über alle nur erdenklichen Privilegien und „sitzen an den Schalthebeln der Macht".

Bereits im Jahre 1965 wies der SED-Schichtungsexperte Steiner (1965a, S. 40) darauf hin, daß die in der DDR verwendeten Begriffe „Arbeiter", „Angestellte" und „Intelligenz" inhaltlich nicht der Wirklichkeit entsprechen, weil sie „teil unklar, teil juridisch bestimmt" wären. „Allein hinter der Bezeichnung ‚Angestellter'" könne „sich der Verkäufer im Lebensmittelhandel und der Generaldirekter eines Außenhandelsunternehmens, eine Stenotypistin oder ein Staatssekretär usw. verbergen" (ebenda, S. 42).

Bei der Verwendung so unklarer Kategorien (Trennschärfe gleich Null) wird die in den Personalbogen der DDR gestellte Frage nach der „sozialen Herkunft" zu einer Farce; jede gewünschte Interpreation von seiten der Kaderleitung ist möglich.

Steiner (1965a, S. 41) schreibt weiter: „Macht man von der Beantwortung dieser Frage die Zulassung zu Bildungsinstitutionen, die Stipendienhöhe, die gesamte soziale Charakterisierung mitverantwortlich, so ist ihr tatsächlicher Aussagewert für die soziale Charakterisierung des Betreffenden der ihr zugemessenen Bedeutung geradezu umgekehrt proportional."

Das ist eine deutliche Sprache und kennzeichnet treffend die Situation in der DDR. Bis heute änderte sich an diesem Zustand in der DDR nichts; auch weiterhin muß die SED hier an einer Verschleierung von Tatsachen interessiert sein.

Willkür in der Kaderpolitik der SED (vgl. Voigt, 1972; Weißpfennig, 1981) sowie die von der Partei gewünschte Manipulation sozialstruktureller Daten der DDR (unter anderem Zahl der „Arbeiterstudierenden", Anteil der Arbeiter in Partei und Staatsapparat; Abgrenzung von sozialen Schichten) werden bewußt durch so unklare Begriffe ermöglicht.

Die Kriterien, nach denen in der Regel die Klassen- beziehungsweise Schichtzugehörigkeit bestimmt wird, sind: soziale Einstufung der Eltern (auch nach dem Bewußtseinsniveau); Stellung im Arbeitsprozeß, das heißt, ob unmittelbar oder „mittelbar" am Produktionsprozeß beteiligt beziehungsweise das Verhältnis von körperlicher zu geistiger Arbeit; der Stand des sozialistischen Bewußtseins, Bildungsgrad sowie die Wichtigkeit der ausgeübten Funktion für Partei und Staat.

Geradezu verbissen kämpfen die Sozialstrukturforscher und Parteiideologen der DDR gegen die überwiegend von westlichen Theoretikern, wie zum Beispiel dem Amerikaner Daniel Bell (1975), vertretene Auffassung, wonach die Bedeutung von Wissenschaft und Technik in Zukunft sehr stark wachsen wird und damit verbunden die *Intelligenz* immer mehr in der gesellschaftlichen

Entwicklung dominiert und auch quantitativ zunimmt, während die Bedeutung der Arbeiterschaft, ihre zahlenmäßige Stärke sowie ihr „revolutionäres Bewußtsein" ständig abnehmen (vgl. Gouldner, 1980). Die von den Parteisoziologen verzweifelt betriebene Abwehr derartiger ketzerischer Ideen, wobei das Hauptargument der SED darin liegt, daß „Intelligenz" und „Angestellte" mehr oder weniger Bestandteil der „Arbeiterklasse" seien, beruht auf existentiellen Bedürfnissen der Funktionärsschicht. Da die Partei als Interessenvertreterin der Arbeiter auftritt und dementsprechend Rechte usurpiert, impliziert ein Bedeutungverlust der Arbeiterschaft abnehmende Macht der SED!

Trotz des großen „Forschungsaufwandes" bleibt das Verhältnis zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz weiterhin unklar; die eine Richtung wertet die Intelligenz bereits als Bestandteil der Arbeiterklasse, die andere sieht in ihr einen „Diener" der Arbeiterklasse.

Sowohl die Genossenschaftsbauern – eingestuft als Hauptverbündete der Arbeiter – als auch die Intelligenz, die Angestellten und Handwerker sollen sich im Laufe der Gesellschaftsentwicklung immer mehr der Arbeiterklasse nähern, um später in ihr aufzugehen.[3] *Kooperation* bildet hier nicht nur einen Schlüsselbegriff in der sozialpsychologischen Kleingruppenforschung, sondern auch in den neuen Auslegungen der marxistisch-leninistischen Klassentheorie: auf der Grundlage von Kooperation – genauer der „konkreten sozialistischen Kooperation" – gehe die „gesetzmäßige" Annäherung der restlichen Klassen und Schichten an die Arbeiterklasse vor sich (Voigt, 1975b). Folgt man dieser Behauptung, so nimmt die Bedeutung der SED und damit ihr Anspruch auf Macht ständig zu.

Keine Diskussion gibt es über die *Rolle der Arbeiterklasse*; es handelt sich hier um eines jener „Axiome", die nicht angesprochen werden dürfen, weil damit die Macht der SED legitimiert wird. Kurz gefaßt besagt diese Lehre folgendes (ebenda): Die Arbeiterklasse sei die wichtigste, diszipliniertestc, fortschrittlichste, revolutionärste, zahlenstärkste, organisierteste, erfahrenste, unabhängigste und konsequenteste Klasse unserer Epoche. Sie leiste die körperliche Arbeit im Produktionsprozeß, schaffe den größten Teil der gesellschaftlichen Werte beziehungsweise des „gesellschaftlichen Reichtums" und sei aus den genannten Gründen die Hauptkraft der sozialen Entwicklung. Als wichtigste Produktivkraft handele die Arbeiterklasse in Übereinstimmung mit den „objektiven Gesetzen der menschlichen Gesellschaft" und sei deshalb zum Sturz des Kapitalismus und zum Aufbau des Sozialismus berufen. Stützen müsse sie sich, um dieses Ziel zu erreichen, auf militärische Gewalt und Diktatur („Diktatur des Proletariats"), auf eine „ge-

stählte kommunistische Kampfpartei" sowie auf den Marxismus-Leninismus – die „einzig wissenschaftliche Weltanschauung".
Obwohl der Chefideologe der DDR, Hager (1971b, S. 1210), auch feststellt, daß im Hinblick auf die Frage, wer zur Arbeiterklasse gehöre, „sehr entgegengesetzte Ansichten" bestünden, hebt er – auf die sozialistische Gesellschaft bezogen – die besonderen Wesenszüge der Arbeiterklasse hervor, die deshalb die führende Klasse sei, „weil ihre Klasseninteressen mit den objektiven Erfordernissen übereinstimmen, weil sie die am höchsten organisierte, durch ihre marxistisch-leninistische Partei geführte und erzogene Klasse ist, weil sie als Träger des Marxismus-Leninismus über die einzige wissenschaftliche Weltanschauung verfügt, weil sie als die am engsten mit dem sozialistischen Volkseigentum verbundene Klasse den größten Teil aller materiellen Werte schafft, und schließlich, weil sie als zahlenmäßig stärkste Klasse die überwiegende Mehrheit der Werktätigen umfaßt" (Hager, 1971a, S. 15 f.).
Diese Eigenschaften, die die SED dieser völlig unklaren Kategorie „Arbeiterklasse" ohne empirische Überprüfung zuspricht, sollen nun auch von den „restlichen" Staatsbürgern der DDR verinnerlicht werden. Auf dem II. Soziologenkongreß in Ost-Berlin (Mai 1974) entwickelte deren Vorsitzender Weidig den folgenden Grundgedanken des Meetings: „Die Arbeiterklasse prägt die Existenz- und Entwicklungsbedingungen aller Individuen, den sozialen Inhalt, den konkret gesellschaftlichen Charakter der sozialistischen Persönlichkeit. Folglich ist Persönlichkeitsentwicklung in ihrem gesellschaftlichen Inhalt im Prinzip identisch mit der Aneignung des sozialen Wesens der Arbeiterklasse durch die Individuen" (Voigt, 1975b, S. 486 f.).
Professor Weidigs Behauptungen kennzeichnen das Wissenschaftsverständnis der SED sowie das Verhältnis zwischen Theorie und Praxis in der DDR. Die Wünsche der Parteiführung werden zu „Axiomen", und die „Gesellschaftswissenschaftler" haben das bereits „Feststehende" zu beweisen. Ziel ist hier nicht eine objektive Erfassung von Tatsachen, vielmehr soll die Wirklichkeit den Bedürfnissen der Funktionäre angepaßt werden.
Höchst schwierig gestaltet sich indes der Transfer dieser der „Arbeiterklasse" zugeschriebenen Fähigkeiten. Diese beeindruckenden und der Arbeiterschaft prinzipiell unterstellten Eigenschaften – Lenin hatte immerhin noch von „verschiedenen Persönlichkeitstypen innerhalb des Proletariats" gesprochen (Adler/Kretzschmar, 1974, zitiert bei Voigt 1975b, S. 487) – müßten empirisch nachweisbar sein. Die planmäßige „Produktion sozialistischer Persönlichkeiten" soll vor allem in den *Arbeitskollektiven* geschehen. Honecker (1971, S. 70) schließt bewußt die Familie und andere Gruppierungen aus, wenn er hervorhebt: „Sozialistische Persönlichkeiten entwickeln sich in ihren Arbeitskollektiven, im Ringen um höchste Ergebnisse im sozialistischen Wett-

bewerb, beim Lernen, im Sport und bei der Aneignung der Schätze der Kultur, bei der Teilnahme an der Leitung und Planung unserer Gesellschaft auf allen Gebieten."

Bisher mißlang die „massenhafte Herstellung" der von der SED gewünschten Persönlichkeiten. Der Beweis der Machbarkeit steht aus, und er erscheint auch in absehbarer Zeit nicht möglich. Selbst beim „Kernstück der Arbeiterklasse" – den Industriearbeitern – sind die von der Partei unterstellten Eigenschaften nicht erkennbar (vgl. Blücher, 1959; Messing, 1978 und 1981; Haraszti, 1974; Voigt, 1973).

Außerdem müßte, bevor an den Nachweis dieser Eigenschaften gedacht werden kann, erst einmal geklärt werden, wer denn nun eigentlich zur „Arbeiterklasse" gehört.

Durch die Unterstellung und ihre theoretische Fundierung, die Arbeiterklasse besitze diese Eigenschaften, hofft die SED, daß sowohl die Arbeiter selbst als auch das Staatsvolk derartige Merkmale, vor allem absoluten Gehorsam und Disziplin gegenüber der Partei, weniger langsam annehmen.

Die SED behauptet, die organisierte Vorhut der Arbeiterklasse zu sein; sie repräsentiere nicht nur den besten, forschrittlichsten etc. Teil der Arbeiterschaft, sondern sie vereinige in sich auch die würdigsten Vertreter der Genossenschaftsbauern sowie der sonstigen Werktätigen. Edeling/Taubert (1969, S. 317 ff.) genügt die dargestellte Begründung des Machtanspruchs und der Vorrechte der SED noch nicht; sie erheben deshalb „die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei" in den Rang eines „objektiven Gesetzes des Sozialismus". Jetzt schließt sich der Kreis der einander tragenden Behauptungen: die SED gibt vor, „Avantgarde der Arbeiterklasse" zu sein, deren Handeln und Interessen als wichtigste Produktivkraft mit der auf „objektiven Gesetzen der menschlichen Gesellschaft" beruhenden historischen Entwicklung übereinstimmen. Aus diesem Grund und weil sie über die „einzig wissenschaftlichen Weltanschauung" – den Marxismus-Leninismus – verfüge, habe die Partei immer recht, könne niemals irren und ihre gebühre alle Macht.

All der Aufwand an theoretischer Konstruktion, an „objektiven" Gesetzen, leeren Worten über die objektive geschichtliche Lage und revolutionären Argumenten dient letztlich nur einem Ziel: der Rechtfertigung des Machtmonopols der Partei.

Die SED muß deshalb alles tun, um die Fiktion aufrechtzuerhalten, daß zwischen den machtbesitzenden Parteikadern und der Bevölkerung grundsätzliche Interessenidentität bestehe.

2. Industriearbeiter in der DDR

Die Arbeiterschaft ist ein hoch differenziertes Gebilde – dies gilt für alle Lebensbereiche: unter anderem Bildung, Fähigkeiten, Fertigkeiten, Entfaltungsmöglichkeiten der Persönlichkeit, soziale Beziehungen, Wert- und Bedürfnisstruktur, kulturelles Niveau, Lebensstil, Wohnqualität, Gesundheitsverhalten, Arbeitszufriedenheit, Einkommen.

Der Unterschied zwischen qualifiziertem Facharbeiter und Hilfsarbeiter ist größer – die Parteifunktionäre ausgenommen – als der zwischen allen anderen sozialen Gruppierungen. Mit der hoch differenzierten Soziallage der Arbeiterschaft korreliert eine nicht minder unterschiedliche Persönlichkeitsentwicklung. *Einen* „Persönlichkeitstyp der Arbeiterklasse" (unter anderem Adler/Jetzschmann/Kretzschmar, 1977, S. 109), wie ihn die Parteiideologen konstruieren, kann es schon aus diesem Grunde nicht geben. Da man auch in der DDR die Differenzierung der „Arbeiterklasse" nicht leugnen kann, muß die Partei gewisse „Widersprüche" in „der Arbeiterpersönlichkeit" konzedieren. Dabei wird grundsätzlich alles vom festgelegten Eigenschaftsprofil der Arbeiterklasse Abweichende als Überbleibsel aus der kapitalistischen Vergangenheit dargestellt. Hierzu sei noch ein Beispiel aufgeführt (ebenda): „Widersprüche existieren auch innerhalb der Persönlichkeit selbst (gemeint: ‚Persönlichkeitstyp der Arbeiterklasse', Verf.), zwischen verschiedenen Verhaltensweisen. Aktives Engagement für den Sozialismus, Teilnahme an der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung und Unklarheiten über bestimmte Züge der Politik imperialistischer Staaten ‚koexistieren' mitunter in einer Persönlichkeit. Fortschrittliches Verhalten im Arbeitskollektiv und ‚Pascha-Allüren' gegenüber Ehefrau und Familie sind selbst bei politisch aktiven Werktätigen anzutreffen. Hierin widerspiegelt sich unter anderem die Zählebigkeit jahrhundertealter Traditionen, die trotz der erreichten Fortschritte in der Gleichberechtigung der Frau und der sozialistischen Persönlichkeitsentwicklung noch fortwirken."

Kommen wir nun zur Wirklichkeit: Die Arbeiterschaft ist nicht nur die am wenigsten homogene „Klasse" in der Industriegesellschaft, vielmehr dürfte sie auch den ausgeprägtesten Differenzierungsprozessen unterliegen. Die wohl wichtigste Ursache dafür liegt in der uneinheitlichen Tendenz des technisch-technologischen Wandels; hier besteht eine enge Kausalbeziehung. Die vorausgesagte, aber auch empirisch nachgewiesene fortschreitende Differenzierung der Arbeiterschaft zeigt sich vorrangig in den Bereichen (Messing, 1978/1981; Voigt, 1973):[4]

- Bildung/Qualifikation/kulturelles Lebensniveau,
- Inhalt der Arbeit/Arbeitsbelastung,
- Arbeitszufriedenheit/Einstellung zur Arbeit,

- Einkommen,
- Gesundheitsverhalten und Umweltbewußtsein und last not least
- in der Wert- und Bedürfnisstruktur.

Ergebnisse und Hypothesen

Die wachsende Differenzierung der Arbeiterschaft zeigt sich in der Zunahme der Beschäftigungsarten, von 1950 bis 1980 stiegen sie von 60 auf rund 300. In der UdSSR wurden 1959 ca. 28.000 und 1970 bereits über 40.000 Beschäftigungsbezeichnungen gezählt (Brockmann, 1978, S. 139).

Die Spezifik des technologischen Wandels erfordert besonders in einzelnen Gruppen ein steigendes Bildungsniveau, gleichzeitig aber auch insgesamt sehr unterschiedliche und spzialisierter werdende Qualifikationen.

Das kulturelle Lebensniveau wird entscheidend durch Bildungsgrad und Berufsrolle geprägt. Die kulturelle Distanz ist vor allem die Ursache für qualifizierte und unqualifizierte Tätigkeit, hier besteht eine wichtige Wechselwirkung; weniger bedeutsam erscheinen demgegenüber die Unterschiede im Einkommen, die überdies oft durch Zulagen (zum Beispiel für Schichtarbeit und gesundheitsschädliche Tätigkeiten) relativiert werden. Arbeiter und Angestellte unterscheiden sich erstrangig durch Lebensstil, Bildung und Arbeitsinhalt. Der Unterschied zwischen Gelernten (Facharbeitern) und Ungelernten (Hilfsarbeitern) wird – die Funktionäre ausgenommen – im Hinblick auf die kulturelle und soziale Lage von keiner anderen Bevölkerungsgruppe übertroffen (unter anderem Voigt, 1973) und scheint tendenziell sogar noch zuzunehmen.

Auch in der Einkommenssituation sind die Arbeiter die soziale Gruppierung mit der geringsten Homogenität; die Spanne der Qualifikationsgruppen liegt bei etwa 1 : 4. Die Abweichungen im Einkommen von Männern und Frauen sind bei Arbeitern zuungunsten des weiblichen Geschlechts am größten; je niedriger die Qualifikation, um so stärker kommt diese Tendenz zum Tragen. Während sich der materielle Lebensstandard der Arbeiter in der DDR verbesserte, scheint in der UdSSR die umgekehrte Tendenz zu wirken (siehe Tabelle 3 und 4).

Die Selbstrekrutierungsrate der Industriearbeiter in der DDR war schon immer hoch und weist eine steigende Tendenz auf. Gleichzeitig ist die Selbstrekrutierungsrate der Arbeiter um so höher, je geringer deren Qualifikation. Grob geschätzt, liegt die Selbstrekrutierung bei unqualifizierten Arbeitern in der Sowjetunion bei rund 50 %, in der DDR bei ca. 46 % und in der Bundesrepublik Deutschland bei etwa 36 % (vgl. Teckenberg, 1977, S. 177). Ihre Partner suchen Industriearbeiter vorrangig in gleicher Bildungslage; je niedriger die Qualifikation, umso ausgeprägter ist diese Tendenz.

Bei Industriearbeitern stimmen *Berufsprestige* und Höhe der materiellen Entlohnung noch weitgehend überein. Im Bereich der Angestellten und Führungskräfte entwickeln sich die Prestigedimension und die der materiellen Entlohnung immer mehr auseinander. Das wird von den Industriearbeitern deutlich empfunden (Voigt, 1973). DDR-Industriearbeiter leiten das Ansehen der Berufe hauptsächlich aus den folgenden Faktoren ab (ebenda, S. 57 ff.):

- dem notwendigen Aufwand an Bildung und motorischer Übung, um den Beruf zu beherrschen;
- der Art der in dem Beruf überwiegenden Tätigkeit,
- dem Grad der Dispositionsfreiheit, der sich im Entscheidungsspielraum, in der Bindung an Normen, Maschinen und Vorgesetzte ausdrückt,
- der Höhe des Einkommens und
- dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage in den jeweiligen Berufskategorien auf dem „Arbeitsmarkt".

Wahrscheinlich hängt die Prestigehierarchie vorrangig vom industriell-technischen Niveau der Gesellschaft ab, der Einfluß des politischen Systems erscheint dagegen nur geringfügig (die ungeachteten Politfunktionäre im Sozialismus ausgenommen). Arbeiterberufe besitzen in der DDR und der Sowjetunion relativ geringes Prestige; überdies scheint es tendenziell noch weiter zu sinken. Daran änderten weder ideologische Aufwertungsversuche (zum Beispiel die damalige SED-Losung: „Ich bin Bergmann! Wer ist mehr?") noch Einkommensangleichungen etwas im Grundsatz.

Seit einigen Jahren wird in der DDR das Maß der Übereinstimmung von Qualifikation (Beruf) und ausgeübter Tätigkeit (zugewiesene Position) untersucht (s. Voigt, 1975b). H. Meyer (1974, S. 61) ermittelte in einem VEB der Schwerindustrie (1970; N = 1973) eine durchschnittliche Identität von Qualifikation und Tätigkeit von 64,9 %. In berufsfremder Tätigkeit waren beschäftigt:

32,7 % der Verwaltungsangestellten,
21,9 % der Produktionsarbeiter,
16,7 % der technischen Angestellten,
7,4 % der Technologen und
4,2 % der Hoch- und Fachschulkader.

Im Durchschnitt wurden 16,4 % der Belegschaft *nicht* ihrer Ausbildung entsprechend eingesetzt (ebenda). Arbeit, die unter dem Qualifikationsniveau lag, leisteten 21 % der Facharbeiter und 41 % der Meister (ebenda, S. 63); „starke Gruppen von Meistern, Technikern und Fachschulkadern verdienten weniger als 750 Mark im Monat" (ebenda, S. 65). Umgekehrt kam es häufig zur „Gleichstellung von Ungelernten und Angelernten mit Facharbeitern" (451 bis 600 Mark; ebenda). Erstaunt konstatiert Meyer (1974, S. 66 und

und S. 65), daß „der Zusammenhang zwischen Einkommen und geistiger Beanspruchung weit stärker ausgeprägt ist als der zwischen Einkommen und physischer Schwere der Arbeit" und die Höhe der Einkünfte „offensichtlich von mehr Umständen abhängt als vom Qualifikationsniveau". Man tut sich in der DDR schon immer schwer beim Versuch einer möglichst engen „Übereinstimmung zwischen der am Arbeitsplatz erforderlichen Qualifikation und der tatsächlich vorhandenen" (ebenda, S. 63). Jede Abweichung – sei es nach oben oder nach unten – bringe „ökonomische Verluste" und bewirke „eine spezifische Arbeitsunzufriedenheit" (ebenda). Die Arbeitsforscher der DDR verschweigen, was jeder DDR-Werktätige und -Student weiß, daß keineswegs nur fachliches Können, sondern auch der Stand des sozialistischen Bewußtseins über die Vergabe der Stellen entscheidet. „Fügsamkeit nach oben, disziplinarische Durchschlagskraft nach unten und erst an dritter Stelle Kompetenz – das ist die vorherrschende Rangordnung der Auswahlkriterien" (Bahro, 1977, S. 251). Fünf Variablen: Treue zur Parteiführung, rücksichtsloses Durchsetzungsvermögen nach unten, Lohnhöhe, ökonomische Produktivität sowie fachliche Qualifikation gilt es in ein optimales Verhältnis zur auszuübenden Tätigkeit (Anforderungen der entsprechenden Position) zu bringen; das ist praktisch unmöglich in einem System, in dem Effizienzstreben mit Machtsicherung und Prestigedenken nahezu „gesetzmäßig" immer wieder kollidieren, wo Parteidisziplin höher bewertet wird als fachlich funktionale Leistung. „Infolgedessen haben die produktiven, schöpferischen Elemente das Überhandnehmen von Mittelmäßigkeit, ja Unfähigkeit, von Unehrlichkeit und Unsicherheit im Amt zu beklagen, von der dazugehörigen politischen Standardisierung zu schweigen" (ebenda).

Die Hebung des Qualifikationsniveaus verändert *nicht* die Qualifikationsanforderungen im Arbeitsprozeß. Ingenieure und Akademiker nehmen oft Facharbeiterpositionen ein; die Fach- und Hochschulen der DDR produzieren partiell am Bedarf vorbei. Ein Überangebot an Bildung relativ gesehen zum Bedarf der Produktion führt zu steigender Arbeits*unzufriedenheit*.

Jadow et al. (zitiert bei Teckenberg, 1977, S. 67) schreibt zu dem Problem: „Der relativ hohe Grad an Bildung erweitert auf keinen Fall die Produktivität der Arbeiter, sondern wird, um noch das wenigste zu sagen, ‚überflüssig'... Diese Situation führt zu einer starken Abnahme des Grades an Zufriedenheit mit dem Beruf und mit der Qualifikation insofern, als sie zur Disparität zwischen den intellektuellen Interessen der Arbeiter und deren Möglichkeiten, diese Interessen im Berufs wahrzunehmen, führt".

Die Leningrader Soziologen sprechen eine deutliche Sprache: die Konsequenz lautet einfach „weniger qualifizieren" – nicht der Mensch beziehungsweise Bildung als Grundrecht, sondern die Produktivität steht im Vordergrund.

Tabelle 1 gibt Aufschluß über die Arbeitsplatzanforderungen in einem Betrieb der Schwerindustrie. Der ungleichen Verteilung von körperlicher und geistiger Arbeit kommt eine Schlüsselstellung in der sozialstrukturellen Entwicklung zu.
Im Gegensatz zur früheren Meinung der DDR-Gesellschaftswissenschaftler erklären Lötsch/Meyer (1974, S. 172), daß „die Verlagerung des Schwerpunktes in Richtung auf die geistige Arbeit ... alles andere als linear" verlaufe.

Tabelle 1

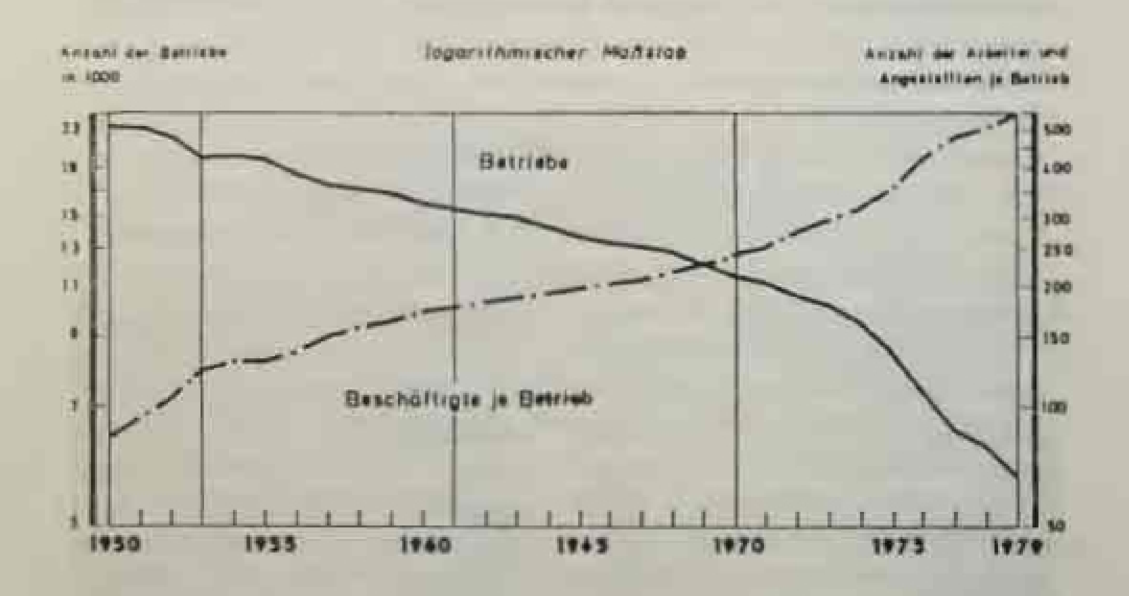
Verteilung von Arbeitsplatzanforderungen
in einem VEB der Schwerindustrie
(nach Lötsch/Meyer, 1974, S. 173; N = 1937)

physische Anforderungen	in %	geistig-schöpferische Anforderungen	in %
sehr große	6,3	sehr wenig	33,2
große	16,3	wenig	21,4
mittlere	27,4	mittlere	14,5
wenig	23,3	große	15,3
sehr wenig	26,7	sehr große	15,8

Auch Weidig warnt im Hauptreferat zum II. DDR-Soziologenkongreß (1974) vor einer Überschätzung des Tempos, mit dem sich körperliche und geistige Arbeit einander nähern; zwar bildeten die Arbeiter eine einheitliche Klasse, zugleich sei sie aber „auf Grund des gegenwärtigen Standes der Arbeitsteilung und des Charakters der Arbeit noch weitgehend differenziert", weshalb es derartige Strukturveränderungen zu erforschen gelte (s. Voigt, 1975b, S. 491). Gegenwärtig verrichteten in der DDR – wie Weidig weiter ausführt – noch immer 58 % der Produktionsarbeiter mittlere, schwere und sehr schwere physische Arbeit; 7 % übten Kontroll- und Überwachungsfunktionen aus, und 13 % bedienten Maschinen beziehungsweise Anlagen (ebenda). Während 1956 erst etwa die Hälfte aller Arbeiter und Angestellten der staatlichen Industrie auf Betriebe mit über tausend Beschäftigten entfiel, habe sich dieser Anteil bis 1971 bereits auf 76,9 % erhöht (ebenda).
Etwa 1972 war in der DDR die Verstaatlichung im Industriesektor abgeschlossen. Auch die Konzentration der VEB schritt kontinuierlich voran. Tabelle 2 macht dies deutlich.

Tabelle 2

Betriebskonzentration in der DDR-Industrie
(nach Cornelsen, 1981, S. 63)



Inbegriff des Industriebetriebes ist nach Auffassung der Partei der „vergesellschaftete Großbetrieb" (vgl. Cornelsen, 1981, S. 62), die Heimstätte der *Industriearbeiter*, des „Kerns der Arbeiterschaft". Dabei geht die SED-Führung – wohl gestützt auf *Lenin* – davon aus, daß mit steigender Betriebsgröße auch das „sozialistische Bewußtsein" der Industriearbeiter entsprechend anwachse. Der empirische Nachweis eines derartigen Zusammenhanges steht allerdings aus.

Wie steht es um die *Mitbestimmung* der Arbeiter im Industriebetrieb? Auch in den VEB der DDR gilt der „demokratische Zentralismus", das heißt, die bedingungslose Durchführung der Beschlüsse beziehungsweise Weisungen der oberen Partei- beziehungsweise Staatsorgane. Der Begriff „Mitbestimmung", als *sozialpolitisches Programm* verstanden (und wie auch in der Bundesrepublik Deutschland gebraucht), ist in der DDR unbekannt. Mitbestimmung gibt es für den Bürger der DDR nicht. Aus dem staatlichen Eigentum an Produktionsmitteln leitet die SED das Recht und die Pflicht des Arbeitnehmers ab,

durch schöpferische *Mitwirkung* im Sinne von Partei und Staat die Arbeitsproduktivität zu steigern. Die „Mitwirkung" der Arbeitnehmer in der DDR hat nicht wie in der Bundesrepublik den von den Gewerkschaften damit in erster Linie verfolgten Zweck, die Machtverhältnisse zugunsten der Arbeitnehmer zu verändern. In der DDR leitet die Partei- und Staatsführung aus der deklarierten Eigentümerfunktion der Arbeiterklasse nur Rechte und Pflichten der Werktätigen zu positiver Mitgestaltung – also unter Ausschluß grundsätzlicher Kritik! – ab. Die Mitwirkung gilt als wichtiges Mittel zur Verbesserung der Effektivität in Produktion und Verwaltung, und daher werden die „Leiter" ständig von der Parteiführung ermahnt, die „schöpferische Initiative der Werktätigen" zu fördern. Ziel der Partei ist es, daß sich die Arbeitnehmer mit den von „oben" definierten Zielen identifizieren. Außerdem will die SED, indem dem Werktätigen tagtäglich seine Funktion als „Miteigentümer" bewußt gemacht wird und sie scheinbar – oder in unbedeutenden Angelegenheiten auch real – ihn am Planungs-, Leitungs- und Kontrollprozeß beteiligt, den Entfremdungstendenzen entgegenwirken, die nachweisbar immer stärker hervortreten. Grundlage dieser *Mitwirkung* ist, wie schon gesagt, der „demokratische Zentralismus". Das Verhältnis von Demokratie und Zentralismus ist Ausdruck der jeweiligen Machtkonstellation (Lenin). Die Werktätigen in der DDR und besonders die Industriearbeiter haben *keine* Möglichkeit der *Mitbestimmung* bei wichtigen Fragen wie zum Beispiel Personalpolitik, Lohnpolitik, Produktionsprogramm, Investitionen. Allgemein definiert die SED „Mitbestimmung" als „das Recht der Arbeiterklasse, gemäß ihrer sozialen Stellung innerhalb und außerhalb der Produktion die Entwicklung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft entscheidend mitzubestimmen" (Ökonomisches Lexikon, 1970, S. 201, Stichwort „Mitbestimmung"). Die Gewerkschaft in der DDR – der FDGB – ist nicht eine Organisation der Mitbestimmung, sondern ein Instrument („Transmissionsriemen") der SED zur Verwirklichung ihrer Ziele. Um die Grundfragen der Mitwirkung und Mitbestimmung gab es in der DDR niemals eine öffentliche oder gar vom FDGB oder der SED geförderte Debatte. Nur im betrieblichen Rahmen gibt es teilweise auch von den Massenmedien in der DDR behandelte Kritik an ungenügender Mitwirkung, genauer: es werden Erscheinungen wie „Schlamperei", Interesselosigkeit oder nicht erfüllte Wettbewerbsverpflichtungen gerügt. Von Zeit zu Zeit immer wieder spontan bei Arbeitern ausbrechende Diskussionen über das in der DDR fehlende Streikrecht werden von SED und FDGB mit dem Argument bekämpft, als Eigentümer der Produktionsmittel könnten die von kapitalistischer Ausbeutung befreiten Arbeiter *nicht* gegen sich selbst streiken, es gäbe keine „antagonistischen Widersprüche" zwischen Arbeitern und „Arbeiter- und Bauernstaat" (vgl. Voigt/Grätz, 1975).

Fassen wir zusammen: Die SED-Funktionäre gingen von der Annahme aus, daß in relativ kurzer Zeit innerhalb der Arbeiterklasse (vorrangig bei den Industriearbeitern) die „sozialistische Persönlichkeit" vorherrsche, die absolute Treue zur Partei und ein hohes „fachlich-politisches Niveau" kennzeichne: das heißt, den Typ des Arbeiterforschers und Aktivisten, der über den kulturellen Standard eines Hochschulabsolventen, die fachlichen Fähigkeiten eines Technikers und das politisch-ideologische Antlitz eines Parteisekretärs verfügt. Das Wunschbild der SED steht in krassem Gegensatz zur Wirklichkeit! Die Arbeiterschaft ist ein hochdifferenziertes Gebilde. Tendenziell nimmt die Differenzierung der Arbeiter weiterhin zu; das gilt uneingeschränkt auch für die Industriearbeiter. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt sowie wachsendes Bildungs- und Qualifikationsniveau erzeugen weder „kommunistische Persönlichkeiten" beziehungsweise „sozialistisches Bewußtsein" noch wachsende Arbeitszufriedenheit und verstärkten Einsatz in der sozialistischen Produktion. Eher das Gegenteil scheint der Wirklichkeit im real existierenden Sozialismus zu entsprechen.

Unzufriedenheit mit dem politischen System schließt im „Sozialismus" gleichermaßen auch den Bereich der Produktion mit ein! Ihrem *Protest gegen die kommunistische Gesellschaftsordnung* und die eigene konkrete Lebenslage geben die Bürger der DDR neben einer umfassenden Fluchtbereitschaft und Rückzug in den Privatbereich am *wirksamsten* Ausdruck in einer *permanenten Leistungszurückhaltung.* Das gilt, wie Bahro (1977, S. 245) feststellt, „weniger für die unterste Schicht der Werktätigen, am wenigsten für die Frauen, die einen Löwenanteil der Akkordarbeit in unserer Industrie leisten. Aber die Mehrzahl der qualifizierten Arbeiter bestimmt den Arbeitsrhythmus im eigenen Konsensus, und gar die Spezialisten sind, selbst wenn sie untere Leitungsfunktionen bekleiden", noch ungebundener in ihrer Leistungsgestaltung und nutzen dies auch mit den hinreichend bekannten Folgen für die sozialistische Produktion (Verf.).

Nach marxistisch-leninistischer Lehre entsteht auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln eine neue Leistungsmotivation, die zu „ungeahnter Entfaltung der Produktivkräfte", zum Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus durch eine weit höhere Arbeitsproduktivität führt (Lenin). Stalin (z. B. Voigt, 1973, S. 84) sprach davon, daß sich die Arbeit im Sozialismus „aus einer schimpflichen und schweren Last, als die sie früher galt, in eine Sache der Ehre, in eine Sache des Ruhmes, in eine Sache des Heldentums und des Heroismus verwandelte".

Im Prozeß des kommunistischen Aufbaus soll sich die Arbeit zum ersten Lebensbedürfnis entwickeln.

Eine für die Industriebauarbeiter der DDR repräsentative empirische Untersuchung (Voigt, 1973; vgl. Messing, 1981) beweist – und wird durch neuere Aussagen im Hinblick auf ihre heutige Aktualität gestützt –, daß es den Arbeitern gleichgültig ist, ob die Ergebnisse ihrer Tätigkeit volkswirtschaftlich oder betrieblich verwertbar sind. Jeder, der offenen Auges eine sozialistische Großbaustelle betritt, kann Berge von Ausschuß und verrottetem Material entdecken, die bewußt oder mit einem Höchstmaß an Gleichgültigkeit geschaffen werden, trotz ständiger Aufrufe zur Sparsamkeit und trotz akutem Mangel an Baustoff. Nicht selten wurden kostbare Importmaterialien (z. B. Dämmstoffe) und Werkzeuge eliminiert, um die Einführung „Neuer Normen" zu verhindern. Wohlüberlegt produzieren die Arbeiter Terminverzüge, um in der Hektik des „Planfinish" einen zusätzlichen Verdienst zu finden.
Zitieren wir hier die typische Aussage eines Arbeiters aus der DDR (Haraszti, 1974, S. 151):
„Was müßte eurer Meinung nach denn anders und besser sein, damit ihr euch mit diesem Staat hier identifizieren könntet?
– Das ganze beschissene System, so wies ist und riecht, das müßte sich ändern.
Ihr fühlt euch doch als Teil der Arbeiterklasse –
– Ja! Klar!
Wie kommt ihr damit zurecht, daß Partei und der Staat sagen, die Arbeiterschaft hat die Führung inne, daß also eine Identität von Partei und Arbeiterklasse behauptet wird?
– Die gibts nicht.
Was für ein Verhältnis habt ihr zu den Leuten von der Parteiorganisation, die zu euch in den Betrieb kommen?
– Voreingenommen sind wir gegen die, die stinken uns.
– Die sind verpflichtet, bei uns zu schnüffeln, die werden eingesetzt, um zu horchen, was ist da los, wie ist die Stimmung. Die haben immer irgendwo einen sitzen, der ihnen berichten muß, was so gequatscht wird...
Wieviele von eurer Brigade sind in der Partei?
– Einer.
Und warum seid ihr anderen nicht in der Partei?
– Der Staat mißfällt mir, in dem ich hier lebe, weil ich eingesperrt bin. Weil ich keine Freiheit habe. Was ich jetzt sag, darf ich gar nicht sagen.
– Weil ich nicht tun und lassen kann, was ich gern möchte.
– Weil die Verfassung abgeschafft wurde. Ich kann meinen Arbeitsplatz nicht frei wählen, kann meinen Wohnort nicht frei wählen, kann überhaupt nichts frei wählen, kann nicht streiken – alle Arbeiterrechte hab ich verloren!"

Die historische Rolle der Arbeiterklasse als Hauptkraft der gesellschaftlichen Entwicklung – von den Marxisten gleichgesetzt mit Sturz des Kapitalismus auf Aufbau des Kommunismus – ist der von den Parteiführern am härtesten verteidigte Teil der marxistisch-leninistischen Doktrin. Verständlich: legitimiert doch damit die SED – indem sie sich darauf stützend als Vorhut und Interessenvertreterin der Arbeiterklasse sowie als deren unfehlbare Kampfpartei ausgibt – ihren „absoluten Macht- und Führungsanspruch in der Gesellschaft.

Es sind vor allem zwei Fakten, die die Parteidoktrin über die Arbeiterklasse ad absurdum führen:

1. Die Behauptungen über die „Arbeiterklasse" stimmen nicht. Die Arbeiterschaft ist inhomogen und unterliegt ständigen Differenzierungsprozessen; es gibt praktisch keine Definition von „Arbeiterklasse", sie ist nicht abgrenzbar.
2. „Gerade im real existierenden Sozialismus hat sich mit aller Deutlichkeit erwiesen, daß das Industrieproletariat als solches nicht die ihm vorausgesagte Perspektive besitzt" (Bahro, 1977, S. 224).

Weiterhin bemerkt Rudolf Bahro (1977, S. 232) hierzu: „Die Arbeiter – bis auf individuelle Ausnahmen – waren nie marxistisch in einem einigermaßen strengen Sinne. Der Marxismus ist eine Theorie, die sich auf die *Existenz* der Arbeiterklasse gründet, aber *ihre* Theorie ist er nicht. Es waren stets linke Intellektuelle, die sich in die Lage versetzt fanden, den Marxismus als ganzen einsehen zu können."

„Aber auch abgesehen davon ist eine *welthistorische* Mission des Proletariats im Rahmen der marxistischen Theorie nirgend zwingend bewiesen. Marx und Engels haben sie postuliert, *bevor* sie detailliert die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise analysiert hatten. Aus dem ‚Kapital' geht nur die Rolle des Proletariats als Antagonist der Bourgeoisie *innerhalb* des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital zwingend hervor... Daß das Proletariat darüber hinaus das aktuelle Kollektivsubjekt der allgemeinen Emanzipation sein sollte, blieb eine philosophische Hypothese, in der sich die utopische Komponente des Marxismus konzentrierte" (ebenda, S. 233).

„Heute dient das Bestehen der offiziellen Theorie und Propaganda auf der ‚führenden Rolle der Arbeiterklasse' einzig und allein der Rechtfertigung der Apparatherrschaft. Die Idee der Arbeitermacht wird dazu benutzt, eine Realität zu verschleiern, die ihr ganz und gar ins Gesicht schlägt. Die Arbeiterklasse als ganze, die Arbeitermitgliedschaft der Partei im besonderen – sie sind politisch gesehen dazu bestimmt, den nötigen Ballast abzugeben, der die Trägheit der Partei-Staats-Maschine gegen jeden Versuch einer effektiven Kurskorrektur verstärkt... Nicht zufällig wacht der Organisationsapparat der

Partei mit Argusaugen über den ‚Arbeiteranteil' als den einzigen Sektor der Mitgliedschaft, den er künstlich forcieren muß! Denn freilich: die Arbeiter drängen sich nicht nach der Art ‚führender Rolle', die ihnen das System zumutet. Vielmehr hat sich sowohl in der CSSR wie in Polen gezeigt, daß sie gerade dann eine progressive Rolle in der Gesellschaft spielen können, wenn sie sich von der Vormundschaft des Parteiapparats emanzipieren" (ebenda, S. 225).

V. Das Mehrwertgesetz als ökonomisches Grundgesetz des Sozialismus und die relative und absolute Verelendung der Arbeiterschaft in der ersten Phase des real existierenden Kommunismus

Erinnern wir uns, das Marxsche (1953a (1867), S. 650) Mehrwertgesetz lautet: „Produktion von Mehrwert oder Plusmacherei ist das absolute Gesetz dieser Produktionsweise". Ziel des Kapitalisten sei der *Maximalprofit*.
Wie wirkt dieses „Gesetz" im Sozialismus?
Welche Faktoren fördern es beziehungsweise schränken seine Wirkung ein? Die Antwort wird in den folgenden Punkten zusammengefaßt von denen jeder vielfältige Implikationen einschließt. Aus räumlichen Gründen können wir diese hier nur andeuten.

1. Während im Kapitalismus der *Optimalgewinn* das Ziel des Unternehmens ist (unter anderem wegen der Gesetze über den Umwelt- und Arbeitsschutz, steuerlicher Aspekte, des Betriebsklimas), strebt der Staatsbetrieb im Sozialismus praktisch „hemmungslos" den *Maximalprofit* an.[5] Daraus folgen schwerwiegende Nachteile für den Arbeitnehmer im Sozialismus.

2. Der Vielfalt *konkurrierender* Betriebe im Kapitalismus steht im Sozialismus allein der *Partei-Staat* als *Einheitsarbeitgeber* gegenüber.

3. Im Gegensatz zur bürgerlichen Gesellschaft gibt es im Sozialismus (DDR, UdSSR) kaum konkurrierende Machtgruppen. Es existiert dort weder eine Art der Gewaltenteilung noch erste Ansätze für eine unabhängige Rechtssprechung. Das Machtmonopol besitzt die Parteiführung; deren Anweisungen sind bindend.

Die menschlichen (beziehungsweise bürgerlichen) Grundrechte sind in der DDR und der UdSSR außer Kraft gesetzt.
Die in westlicher Industriegesellschaft selbstverständlichen Grundrechte – unter anderem Informations- und Versammlungsfreiheit, Recht auf freie Meinungsäußerung, Freizügigkeit, Streikrecht, Mitbestimmung, freie Wahl der Politiker sowie des Arbeitsplatzes, Brief und Postgeheimnis – stehen im real existierenden Kommunismus praktisch nur auf dem Papier; *jede* Opposition wird mit harten Strafen verfolgt.

4. Während die Arbeitnehmer im Kapitalismus in mächtigen Interessenverbänden – den Gewerkschaften – organisiert sind, fehlt dieses in der DDR und der UdSSR gänzlich. Die Gewerkschaft ist dort ein Instrument der Partei.
5. Die Unfreiheit im Sozialismus führt zu einem folgenschweren Circulus vitiosus. Auf der einen Seite nehmen unter anderem zu: Leistungszurückhaltung, Unzufriedenheit mit der beruflichen Position und der ausgeübten Tätigkeit sowie der gesamten systembedingten Lage; Gleichgültigkeit gegenüber dem Produktionsprozeß, Westorientierung, „Rückzug" in den privaten Bereich, Fluchtbereitschaft, Unehrlichkeit, Mittelmaß, keine Eigeninitiative und mangelnde Kreativität, Unfähigkeit. Daraus resultieren andererseits wiederum mit ebenfalls steigender Tendenz: qualitativ und quantitativ zurückbleibende Produktion, sinkendes Realeinkommen (absolute und relative Verelendung); mehr Aufwand der Parteifunktionäre für Machtsicherung, Abschirmung gegen den Westen, Nichtgewährung von Grundrechten sowie für die Verwaltung von Produktion und Gesellschaft. Die moderne Technologie fordert dagegen zunehmend freie, kritikfähige, zuverlässige, schöpferische und vor allem leistungsmotivierte Menschen.
Der den Sozialismus kennzeichnende *Widerspruch* zwischen persönlicher Unfreiheit, ständig frustrierten Bedürfnissen und aus beidem folgenden permanenten Leistungszurückhaltung auf der einen Seite und der mit dem technisch-technologischen Fortschritt verbundenen zunehmenden Bedeutung wachsender persönlicher Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit andererseits, weitet sich zu einer immer tieferen Krise des kommunistischen Systems. Die technologische Lücke und die der persönlichen Freiheit zwischen Sozialismus und Kapitalismus wird zugunsten des Westens immer größer. Dadurch erfährt der eben dargestellte Widerspruch eine beträchtliche zusätzliche Verschärfung. Die Attraktivität des Westens steigt weiter an bei gleichzeitig wachsender Unzufriedenheit mit der eigenen sozialistischen Gesellschaft, in der man gezwungen ist, zu leben.
Die „Selbstkosten" „der Diktatur des Proletariats" dürften so ständig anwachsen, und dieses bei gleichzeitig zurückbleibender Technologie und bei stagnierenden Produktionsergebnissen.
Die *relative* und absolute Verelendung der Arbeiterschaft (aber auch der Bauern) im Sozialismus müßte daraus folgen. Nachweisen läßt sich das auch an der UdSSR, die nach leninistischer Darstellung die am weitesten entwickelte sozialistische Gesellschaft in der Welt verkörpert. Den russischen Parteiführern gelang es bisher – wenn auch gegen wachsenden Widerstand –, alle materiellen Probleme auf die Arbeiter und Bauern abzuwälzen, und deren Rechte bei einem Minimum zu belassen. Das war vor allem aus drei Grün-

den möglich: a) die Abschirmung gegen westliche Information gelang bisher bei den Arbeitern und Bauern nahezu umfassend, sie hatten bisher kaum Vergleichsmöglichkeiten mit dem „faulenden" Kapitalismus. Hier liegt ein riesiger *Nachholbedarf* für die Bevölkerung der Sowjetunion vor, der besonders das Defizit an Information, den Konsumrückstand und den praktisch bisher verhinderten Gebrauch menschlicher Grundrechte betrifft.
Die Sprengkraft westlicher Fernsehsatelliten, die das Informationsmonopol der kommunistischen Führer brechen, dürfte historisch gesehen die aller Kanonen und Raketen übertreffen!
b) Die außergewöhnlich große Geduld und Belastbarkeit der russischen Menschen und schließlich, c) die Brutalität und Perfektion des russischen Staatssicherheitsdienstes sind weitere Ursachen dafür, weshalb die Versklavung der sowjetischen Bürger in diesem Ausmaß möglich war.
Der Arbeiter in der Sowjetunion lebt heute – wie Schwendtke/Tsikarlieff (Schwedtke Hg., 1980, S. 55 ff.) errechnen – „zweieinhalbmal oder dreimal schlechter... als vor der Revolution". Die Zahl der Arbeitstage betrug im zaristischen Rußland 237, gegenwärtig sind es in der UdSSR 252 (ebenda). Leicht relativierend wirkt dabei, daß die tägliche Arbeitszeit gesenkt wurde, andererseits dürfte der Aufwand für Einkäufe sowie Fahrten zur Arbeitsstätte und zurück zugenommen haben.
Tabelle 3 zeigt, daß ein russischer Arbeiter „vor der Revolution für einen Tageslohn im Vergleich zu dem sowjetischen fast andershalbmal soviel Brot und Zucker, fast doppelt soviel Butter und dreimal soviel Fleisch kaufen" konnte (ebenda, S. 56).

Tabelle 3

Für ihren Tageslohn (konnten) können die Arbeiter kaufen
(nach Schwendtke Hg., 1980, S. 56)

Ware	der russische Arbeiter 1913	der sowjetische Arbeiter 1976/77
Brot	54,000 kg	40,000 kg
Zucker	11,800 kg	7,900 kg
Butter	3,540 kg	1,980 kg
Fleisch	8,700 kg	2,850 kg

In Tabelle 4 werden die Preise für ausgewählte Waren in Arbeitsminuten umgerechnet und verglichen. Trotz aller Vorbehalte gegenüber solchen Vergleichen sprechen die Zahlen doch für sich. Der Aufwand für Machtsicherung, Arbeitsaufsicht, Niederhaltung spontaner Aktionen und sonstige Bürokratie nimmt in der UdSSR tendenziell zu – da die Arbeitsproduktivität aber nur relativ langsam steigt, muß dies den Lebensstandard der Arbeiter senken. Auch in der DDR dürfte sich langfristig eine solche Entwicklung anbahnen.

Tabelle 4

Preise für auswählte Waren umgerechnet in Arbeitsminuten
(nach Schwendtke Hg., 1980, S. 57)

Ware	Preise der Ware in Arbeitsminuten		
	UdSSR 1976	Rußland 1913	Bundesrepublik 1976
Roggenbrot 1 kg	20	18	15
Rindfleisch 1 kg	144	61	105
Milch 1 l	21	11	8
Butter 1 kg	260	153	63
Zucker 1 kg	65	46	10
Eier 1 Stück	9,7	2,3	1,7
Margarine 1 kg	130	–	31
Kaffee (gemahlen) 1 kg	325	–	142
Bier 1 l	32	–	11
neue Kartoffeln 1 kg	72*	3	2,4
Reis 1 kg	63	41	20
Herrenschuhe	2.164	1.000	569

* (auf dem Kolchosenmarkt)

VI. Die Zukunft der Arbeiterschaft – Versuch einer Prognose

Die Differenzierungsprozesse innerhalb der Arbeiterschaft werden auch weiterhin den technolgischen Erfordernissen folgen. Dabei dürfte zukünftig die technisch-technologische Entwicklung weniger als bisher *machtabhängig* (und darum oft profitorientiert) als vielmehr von *echten Bedürfnissen* – wie zum Beispiel saubere Luft, giftfreies Wasser, keine Lärmbelästigung – geleitet ablaufen.

Facharbeiter werden sich weiterhin der Intelligenz (genauer: bestimmten Gruppierungen in dieser, denn die „Intelligenz" wird ebenfalls zunehmend Differenzierungsprozessen unterliegen) und den Angestellten nähern; hochqualifizierte Leitungs-, Montage-, Wartungs- und Reparaturarbeiten wachsen an.

Ungelernte und *Hilfsarbeiter* werden auch weiterhin existieren, ihr Abstand zu den anderen sozialen Schichten dürfte sich kaum verringern.

Der Arbeiter, und vor allem der qualifizierte, im real existierenden Sozialismus wird sich immer mehr an der Lebenswirklichkeit seines Kollegen im Kapitalismus orientieren. Die Unzufriedenheit mit seiner Soziallage, wie das die gegenwärtige Arbeiterrevolution in Polen eindrucksvoll belegt, wird vor allem beim Arbeiter in der UdSSR anwachsen und sich zur systemsprenden Kraft entwickeln.

Zukünftig wird die Arbeiterschaft noch weiter von einer homogenen Gruppierung entfernt sein als heute.

Das schließt nicht aus, daß andererseits die Homogenität in bestimmten Bereichen zunimmt.

VII. Zusammenfassung

Die Wirklichkeit des real existierenden Sozialismus verstärkt die Wirkung des von Marx für den Kapitalismus konzipierten „Mehrwertgesetzes" in bisher unbekanntem Ausmaß. Dabei handelt es sich unter anderem um folgende Faktoren:

- Die menschlichen Grundrechte sind im Sozialismus außer Kraft.
- Im Sozialismus existieren keine konkurrierenden Machtgruppen und Interessenvertretungen der Arbeiterschaft.[6]
- Im Sozialismus gibt es keine Gegenmacht gegen das Wirken des „Mehrwertgesetzes".[6]
- Im Sozialismus geschieht die Verteilung nach dem Machtprinzip (Parteiführung).
- Im Sozialismus ist das gesellschaftliche Produkt kaum bestimmbar.
- Im Sozialismus existiert keine Mitbestimmung.
- Umwelt- und Arbeitsschutz sind im Sozialismus auf ein Minimum eingeschränkt.
- Im Sozialismus gilt das Prinzip des Maximalprofits.
- Der Aufwand für Machtsicherung, Arbeitsorganisation und Überwachung ist im Sozialismus unerreicht hoch und nimmt tendenziell weiter zu.
- Der technologische Rückstand des Sozialismus gegenüber den westlichen Industriestaaten wird tendenziell immer größer.

– Leistungszurückhaltung, Arbeitsunzufriedenheit und Gleichgültigkeit gegenüber dem Arbeitsprozeß kennzeichnen den Arbeiter im Sozialismus. Relativierend auf den Ausbeutungsgrad der Werktätigen wirkt deren permanente Leistungszurückhaltung; gleichzeitig liegt hier aber auch der Hauptfaktor für die Verschärfung der Krise des sozialistischen Systems. „Arbeitsverweigerung", Gleichgültigkeit und relativ geringe Arbeitsdisziplin kennzeichnen den „sozialistischen Arbeitnehmer".

Der *Arbeitslohn* im Sozialismus ist nichts anderes als der vom Aneigner Staat gezahlte Preis der Ware Arbeitskraft.

Die realen Bedingungen in der ersten Phase des Kommunismus führen zwangsläufig zu verschärfter Ausbeutung der Werktätigen, zu relativer und absoluter Verelendung der Arbeiterschaft sowie zu einem sich ausweitenden technologischem Rückstand hinter den westlichen Industriestaaten.

Die kommunistische Parteiführung mit ihrem Machtmonopol sitzt auf einem Vulkan: Die Brechung des Informationsmonopols der russischen Führungsschicht durch moderne westliche Nachrichtentechnik wird die rückgestauten Bedürfnisse der Menschen in der UdSSR zu einer, das kommunistische Gesellschaftssystem sprengenden Macht heranreifen lassen. Dabei dürfte in der Tat der Arbeiter in der UdSSR – neben den Bauern, die dort wohl am meisten ausgebeutete „Klasse" – eine wichtige Rolle spielen.

Anmerkungen:

1 Nach dem Wertgesetz tauschen sich tendenziell Waren gleichen Wertes aus, wobei der Wert (= Tauschwert) einer Ware durch die zu ihrer Herstellung „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit" bestimmt wird (Marx, 1953a, S. 44). Das Wertgesetz soll sich insofern durchsetzen, als es im einzelnen ständig gegen sich selbst verstößt. Die Schwankungen der Preise um die Werte heben sich gegenseitig auf. Insgesamt entspricht die Summe aller Preise der Summe aller Werte (ebenda, S. 839).
Marx (1953a, S. 43) versteht unter „gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit" die Zeit, die erforderlich ist, um einen „Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich-normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit darzustellen" (!).

2 Einige Autoren unterscheiden auch zwischen Arbeitern, die „direkt" und solchen, die „nur indirekt" im Produktionsprozeß stehen. Die erstere Gruppe wird als „revolutionär" eingestuft und soll die „eigentliche" Arbeiterklasse bilden (vgl. Voigt, 1975b, S. 485).

3 Lenin (1954a, S. 571) schreibt hierzu: „Das Proletariat ist imstande, die ihm zufallende gigantische Aufgabe zu erfüllen, erstens weil es die stärkste und forgeschrittenste Klasse der zivilisierten Gesellschaften ist; zweitens weil es in den entwickeltsten Ländern die Mehrheit der Bevölkerung ausmacht; drittens weil in den rückständigen kapitalistischen Ländern, wie etwa Rußland, die Mehrheit der Bevölkerung Halbproletarier sind, d. h. Menschen, die ständig einen Teil des Jahres proletarisch leben, die ständig einen gewissen Teil ihres Lebensunterhalts durch Lohnarbeit in kapitalistischen Betrieben erwerben".
Hier hat Lenin in für den „Sozialismus" typischer Weise die Realität an die Theorie angepaßt (die Mär von der Masse der „Halbproletarier"). Im zaristischen Rußland bestand in Wirklichkeit die übergroße Mehrheit der Bevölkerung aus Landarbeitern und Bauern; Fabriken gab es damals nur wenige, und dementsprechend waren Proletarier und Halbproletarier nur gering vertreten.

4 *Siehe hierzu:* Adams (1929), Baring (1965), Blücher (1959), Brockmann (1978), von Friedeburg (1966), Fürstenberg (1969), Grätz/Voigt (1976), Grimm (1965), Haraszti (1974), Hermes (1926), Hitpass (1965), Hörning (Hg. 1972), Jadow et al. (1971 (1967)), Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel (1975 (1933)), Kehrer (1967), Kern/Schumann (1973), Levenstein (1912), Mallet (1972 (1963)), Messing (1978/1981), Osterland et al. (1973), Popitz et al. (1964/1967), Rytlewki/Voigt (1979), Sarel (1975), Schließer (Hg. 1979), Schwendtke (Hg. 1980), Stollberg (Hg. 1976; 1978), Voigt (1973), Voigt/Grätz (1975), Voigt/Gastelaars/Messing (1981), Wald (1966), A. Weber (1912), K. Löw (1980).

5 Praktisch wirken im Sozialismus gegen die Realisation des Maximalprofites sowohl die Pläne selbst als auch eine Reihe weiterer Faktoren, von denen vor allem die Arbeitszurückhaltung der „Werktätigen" zu nennen ist. Viele der subventionierten VEB streben so in Wirklichkeit hemmungslos Verluste an (Messing). Der Plan soll theoretisch den „Maximalprofit" gewährleisten, d. h. die *größtmögliche Wohlfahrt* für alle. Tenbruck wies 1972 in „Die Kritik der planenden Vernunft" auf die Problematik einer solche a priori als richtig festgelegten volkswirtschaftlichen Zielfunktion hin. Der Marxismus behauptet: Das Streben nach Maximalprofit bei zersplittertem Eigentum führe *nicht* zur größtmöglichen Wohlfahrt (im Unterschied zur These von A. Smith von der „unsichtbaren Hand" = Wirtschaftsliberalismus); größtmögliche Wohlfahrt sei nur durch Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und Etablierung des „Gesamtwillens" im Plan möglich.
In Wirklichkeit ist es so, daß der Marx im Kapitalismus durch Selbstregulation Fehler der einzelnen Unternehmen schnell sanktioniert, während Planungsfehler im Sozialismus – wenn überhaupt –, nur im „time-lag" zu korrigieren sind.

6 Abgesehen von der permanenten und hochwirksamen Leistungszurückhaltung der Werktätigen.

Literatur

Adams, M.: Ausnutzung der Freizeit des Arbeiters. Diss. an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln, 1929

Adler, F.; Jetzschmann, H.; Kretzschmar, A.: Arbeiterklasse und Persönlichkeit im Sozialismus. Berlin (Ost), 1977

Adler, F., und Kretzschmar, A.: Sozialistische Persönlichkeitsentwicklung und soziologische Forschung. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 22. Jg., H. 2, Berlin (Ost), 1974, S. 154–166

Bahro, R.: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Köln/Frankfurt am Main, 1977

Baring, A.: der 17. Juni 1953. Köln/Berlin, 1965

Bell, D.: Die nachindustrielle Gesellschaft. Frankfurt am Main/New York, 1975

Blücher, V. G.: Industriearbeiterschaft in der Sowjetzone. Eine Untersuchung der Arbeiterschaft in der volkseigenen Industrie der SBZ. Stuttgart, 1959

Brockmann, J.: Die Differenzierung der sowjetischen Sozialstruktur. Berlin, 1978

Cornelsen, D.: Die Industriepolitik der DDR – Veränderungen von 1945 bis 1980. Referat auf der XIV. DDR-Forschertagung vom 9. bis 12. Juni 1981 an der Europäischen Akademie Lehrbach, unveröff. Manuskript, 1981, 70 Seiten

Damus, R.: Der reale Sozialismus als Herrschaftssystem am Beispiel der DDR. Kritik der nachkapitalistischen Gesellschaft. Gießen, 1978

Die Arbeiterklasse und der Annäherungsprozeß der Klassen und Schichten. Berlin (Ost), 1979

Djilas, M.: Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems. München, 1961

Edeling, H., und Taubert, H.: Die Entwicklung der Arbeiterklasse und ihrer führenden Rolle in der DDR. In: Einheit, 23. Jg., H. 3, Berlin (Ost), 1969, S. 316–327

Fetscher, I.: Der Marxismus. Seine Geschichte in Dokumenten. Philosophie, Ideologie, ökonomische Soziologie, Politik. München, 1973, 3. Aufl.

Friedeburg, L. von: Soziologie des Betriebsklimas. Studien zur Deutung empirischer Untersuchungen in industriellen Großbetrieben. Frankfurt am Main, 1966, 2. Aufl.

Fürstenberg, F.: Die Soziallage der Chemiearbeiter. Industriesoziologische Untersuchungen in rationalisierten und automatisierten Chemiebetrieben. Neuwied/Berlin, 1969

Gouldner, A. W.: Die Intelligenz als neue Klasse. Sechzehn Thesen zur Zukunft der Intellektuellen und der technischen Intelligenz. Frankfurt am Main/New York, 1980

Grätz, F., und Voigt, D.: Der Einfluß materiller Stimuli auf sozial-struktureller Veränderungen im Verlauf der wissenschaftlich-technischen Revolution der DDR. In: Deutschland Archiv, Sonderheft „Wissenschaftlich-technische Revolution und industrieller Arbeitsprozeß", Köln, 1976, S. 119–140

Grimm, S.: Aufstieg und Bildung im Bewußtsein der Industriearbeiter. Eine soziologische Studie zur Bildungsabstinenz der Arbeiter. Phil. Diss. an der Hohen Philosophischen Fakultät der Universität Tübingen, 1966

Grundmann, S.: Arbeiterklasse – Gegenwart und Zukunft. Weltanschauliche und soziologische Probleme der Voraussage und Gestaltung sozialer Prozesse. Berlin (Ost), 1975

Grundmann, S.; Lötsch, M.; Weidig, R.: Zur Entwicklung der Arbeiterklasse und ihrer Struktur in der DDR. Berlin (Ost), 1976

Hager, K.: Die entwickelte sozialistische Gesellschaft. Referat auf der Tagung der Gesellschaftswissenschaftler am 14. Oktober 1971 in Ost-Berlin. Berlin (Ost), 1971 a

Hager, K.: Die entwickelte sozialistische Gesellschaft. Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften nach dem VIII. Parteitag der SED. In: Einheit, 26. Jg., H. 11, Berlin (Ost), 1971 b, S. 1203–1242

Haraszti, M.: Fragen an eine Brigade. In: Kursbuch. Berlin (Ost), Dezember 1974, S. 139–151

Hitpass, J.: Einstellungen der Industriearbeiterschaft zu höherer Bildung. Eine Motivuntersuchung. Ratingen, 1965

Hörning, K. H. (Hg.): Der „neue" Arbeiter. Zum Wandel sozialer Schichtstrukturen. Frankfurt am Main, 1972

Honecker, E.: Bericht des ZK an den VIII. Parteitag der SED. Berlin (Ost), 1971

Jadow, W. A., et al.: Der Mensch und seine Arbeit. Soziologische Forschungen. Berlin (Ost), 1971 (1967)

Jahoda, M.; Lazarsfeld, P. F.; Zeisel, H.: Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langdauernder Arbeitslosigkeit. Mit einem Anhang zur Geschichte der Soziographie. Frankfurt am Main, 1975 (1933)

Kehrer, G.: Das religiöse Bewußtsein des Industriearbeiters. Eine empirische Studie. München 1967

Kern, H., und Schumann, M.: Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. Eine empirische Untersuchung über den Einfluß der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewußtsein. Teil I und II. Frankfurt am Main, 1973, 2. Aufl.

Klaus, G., und Buhr, M. (Hrsg.): Philosophisches Wörterbuch (in zwei Bänden). Leipzig, 1971, 8. Aufl.

Laatz, H.: Sozialstrukturanalyse und ihre Bedeutung für die Leitung und Planung sozialer Prozesse in Städten. In: Die Gestaltung der Beziehungen zwischen Betrieb und Territorium – eine entscheidende Aufgabe bei der Entwicklung der sozialistischen Lebensweise, Teil II. Berlin (Ost), 1976, S. 37–46

Lenin, W. I.: Die große Initiative. In: Ausgewählte Werke, Bd. II, Berlin (Ost), 1954a, S. 561–583

Lenin, W. I.: Ökonomie und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats. In: W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II. Berlin (Ost), 1954b, S. 615–624

Lenin, W. I.: Staat und Revolution. In: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II. Berlin (Ost), 1954c, S. 158–253

Levenstein, A.: Die Arbeiterfrage. München, 1912

Löw, K.: Warum fasziniert der Kommunismus? Eine systematische Untersuchung. Köln 1980

Lungwitz, K.: Über die Klassenstruktur in der DDR. Berlin (Ost), 1962a

Lungwitz, K.: Zur Erforschung und statistischen Erfassung der Klassenstruktur in der DDR. In: Wirtschaftswissenschaft, 10. Jg., H. 7. Berlin (Ost), 1962b, S. 989–1004

Mallet, S.: Die neue Arbeiterklasse. Neuwied/Berlin, 1972

Marx, K.: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. I. Berlin (Ost), 1953a

Marx, K.: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. III. Berlin (Ost), 1953b

Marx, K.: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Berlin (Ost), 1953c

Marx, K.: Das Elend der Philosophie. In: Bd. 4 der Marx/Engels Werke. Berlin (Ost). 1972, S. 62–182

Marx, K.: Kritik des Gothaer Programms. In: Bd. 19 der Marx/Engels Werke. Berlin (Ost), 1973a, S. 11–32

Marx, K.: Lohn, Preis und Profit. In: Bd. 16 der Marx/Engels Werke. Berlin (Ost) 1973b, S. 101–152

Marx, K.: Theorien über den Mehrwert, erster Teil. In: Bd. 26.1 der Marx/Engels Werke. Berlin (Ost), 1973c

Marx, K., und Engels, F.: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Bd. 4 der Marx/Engels Werke. Berlin (Ost), 1972, S. 459–493

Messing, M.: Arbeitszufriedenheit im Systemvergleich. Eine empirische Untersuchung an Bau- und Montagearbeitern in beiden Teilen Deutschlands. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz, 1978

Messing, M.: Industrie-Bauarbeiter in beiden Teilen Deutschlands. Ein empirischer Vergleich. Köln, 1981

Meyer, H.: Theoretische Probleme und empirische Ergebnisse soziologischer Untersuchungen der Struktur der Arbeiterklasse. In: M. Lötsch und H. Meyer: Zur Sozialstruktur der sozialistischen Gesellschaft. Berlin (Ost), 1974, S. 55–89

Mittag, G.: Die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes im Jahre 1970 (gehalten auf der 13. Tagung des ZK der SED am 9./10. Juni 1970). In: Das Volk, 25. Jg., Erfurt, 1970, Nr. 137, vom 11. Juni 1970, S. 6

Nolepa, G., und Steits, L.: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt – Arbeiterklasse – Schöpfertum. Berlin (Ost), 1975

Ökonomisches Lexikon, A–K und L–Z. Berlin (Ost), 1970, 2. Aufl., und 1971, 2. Aufl.

Osterland, M., et al.: Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main, 1973

Politische Ökonomie. Der Sozialismus – die erste Phase der kommunistischen Produktionsweise, Bd. 3. Berlin (Ost), 1973

Popitz, H., et al.: Technik und Industriearbeit. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie. Tübingen, 1964

Popitz, H., et al.: Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie. Tübingen, 1967

Rytlewski, R., und Voigt, D.: Soziale und politische Struktur der DDR im Wandel. In: Deutschland Archiv, Sonderheft „30 Jahre DDR". Köln, 1979, S. 155–173

Sarel, B.: Arbeiter gegen den „Kommunismus". Zur Geschichte des proletarischen Widerstandes in der DDR (1945–1958). München, 1975

Schließer, W. (Hrsg.): Wertgesetz und Wertkategorien in der sozialistischen Planwirtschaft. Eine politökonomische Studie. Berlin (Ost), 1979

Schwendtke, A. (Hrsg.): Arbeiter-Opposition in der Sowjetunion. Die Anfänge autonomer Gewerkschaften. Dokumente und Analysen. Reinbek b. Hamburg 1980

Seibel, H. D.: Problemlage und Schichtungssystem in der Sowjetunion. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 28. Jg., H. 2. Köln 1976, S. 212–238

Soziologische Probleme der Klassenentwicklung in der DDR. Materialien vom II. Kongreß der marxistisch-leninistischen Soziologie in der DDR, 15.–17. Mai 1974. Berlin (Ost), 1974

Steiner, H.: Aspekte der sozialen Mobilität in der DDR. In: Soziologie und Praxis, hrsg. von G. Bohring und K. Braunreuther. Berlin (Ost), 1965, S. 38–56

Stollberg, R.: Arbeitssoziologie. Berlin (Ost), 1978

Stollberg, R. (Hrsg.): Soziologische Probleme der Motivierung und Stimulierung sozialistischen Arbeitsverhaltens der Werktätigen. Halle/Saale, 1976

Teckenburg, W.: Die soziale Struktur der sowjetischen Arbeiterklasse im internationalen Vergleich. Auf dem Wege zur industrialisierten Ständegesellschaft? Mit einem Vorwort von E. K. Scheuch. München/Wien, 1977

Voigt, D.: Kaderarbeit in der DDR. In: Deutschland Archiv, 5. Jg., H. 2. Köln 1972, S. 174–185

Voigt, D.: Montagearbeiter in der DDR. Eine empirische Untersuchung über Industrie-Bauarbeiter in den volkseigenen Großbetrieben, Bd. 90 der „Soziologischen Texte", hrsg. v. H. Maus, F. Fürstenberg und F. Benseler. Darmstadt, 1973

Voigt, D.: Soziologie in der DDR. Eine exemplarische Untersuchung. Köln, 1975a

Voigt, D.: Sozialstrukturforschung in der DDR. Eine kritische Analyse. In: Deutschland Archiv, 8. Jg., H. 5. Köln 1975b, S. 476–511

Voigt, D., und Grätz, F.: DDR: Mitbestimmung oder Mitwirkung in den Betrieben? In: Politische Studien, 26. Jg., Nr. 224, München, Nov./Dez. 1975, S. 591–607

Voigt, D.; Gastelaars, F. E.; Messing, M.: Het onderzoek naar de sociale structuur van de DDR. Een evaluatie van oostduitse literatuur. In: Tijdschrift voor sociale wetenschappen, 26. Jg., Nr. 1, Gent, Januar-März 1981, S. 21–36

Wald, R.: Industriearbeiter privat. Stuttgart, 1966

Weber, A.: Das Berufsschicksal der Industriarbeiter. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 34, H. 2. Tübingen 1912, S. 377–405

Weidig, R.: Grundfragen und Aufgaben der marxistisch-leninistischen Soziologie bei der Analyse der Struktur der Arbeiterklasse. In: Lötsch/Meyer (Red.): Die Sozialstruktur der sozialistischen Gesellschaft. Berlin (Ost), 1974, S. 10–23

Weißpfennig, G.: Sportpromovenden in beiden Teilen Deutschlands. Phil. Diss. im Fachbereich Kunstpädagogik, Musikwissenschaft, Sportwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen, 1981

DIE KRIEGSTHEORIE VON KARL MARX UND DIE MILITÄRDOKTRIN DER DDR

Vorbemerkung:

Die Dreigliederung des Referates in Marxsche Kriegstheorie, DDR-Militardoktrin und Vergleich bietet sich an. Es wird jedoch eine horizontale Methode bevorzugt, da es vorwiegend darum geht, Parallelen, Querlinien, aber auch Gabelungen oder Abweichungen zwischen beiden Bereichen aufzuzeigen. Dabei bildet die Frage, ob und inwieweit die Berufung der DDR auf Karl Marx in Militärfragen begründet und berechtigt ist, den Schwerpunkt.

Auch unter diesem Aspekt bereitet die Behandlung des Themas gewisse Schwierigkeiten in Verfahren und Inhalt. Dies wird bereits aus der unterschiedlichen Formulierung der Hauptbegriffe „Kriegstheorie" und „Militärdoktrin" erkennbar. Hinzu kommt, daß im DDR-Sprachgebrauch, auch in Bezug auf militärische Probleme, vom Oberbegriff „Klassiker des Marxismus-Leninismus" ausgegangen wird. Zudem hat sich Marx in seinen nur sporadisch aufgezeichneten Äußerungen zu Bereichen des Militärwesens weitgehend auf Friedrich Engels gestützt, der für ihn gleichsam der zuständige „Fachreferent" war.

Es gibt deshalb keine DDR-Publikationen, die sich speziell mit einer Militärtheorie von Marx befassen; neben Lenin steht dafür vor allem Friedrich Engels im Vordergrund der Betrachtungen, wie zahlreiche Veröffentlichungen der letzten Zeit ausweisen.[1] Die Namensgebung der höchsten militärischen Bildungsstätte „Militärakademie Friedrich Engels" in Dresden ist dafür ebenso symptomatisch wie seine Charakterisierung als „der General".

Marx wird deshalb in Bezug auf das Militärwesen durch die DDR, zumindest teilweise, nur plakativ in Anspruch genommen, obwohl die verbale Berufung auf ihn relativ stark ausgeprägt ist.[2]

Die Entscheidung zugunsten der gewählten Themenformulierung erfolgte trotz dieser Gegebenheiten, weil

a) die Tagung unter der Überschrift „Karl Marx und das politische System der DDR" steht;
b) das Wort „Kriegstheorie" in Verbindung mit Marx bereits anderweitig verwendet worden ist;[3]
c) die DDR diesen Begriff – abgesehen von der Leninschen Einteilung in „gerechte und ungerechte Kriege" – nicht gebraucht, sondern unter Ein-

beziehung des gewandelten Kriegsbildes überwiegend von „Militärdoktrin" spricht.

Diese Erweiterung findet auch auf der definitorischen Ebene ihren Ausdruck. Während W. Wette zutreffend feststellt, daß weder Marx noch Engels eine „geschlossene Theorie" über die Ursachen der Kriege „in einer eigenen Abhandlung niedergelegt" haben[4], geben die Militärtheoretiker der DDR eine umfangreiche Definition ihrer „Militärdoktrin". Zunächst verhältnismäßig kurz gefaßt, „die Militärdoktrin der DDR ist ein System offizieller Auffassungen über die Grundprobleme der Landesverteidigung unseres sozialistischen Staates in Gegenwart und Zukunft"[5], geht das „Militärlexikon" der DDR[6] sehr viel ausführlicher darauf ein. Hervorzuheben sind dabei folgende Faktoren:

a) Gültigkeit nicht nur für einen „Staat", sondern auch für eine „Militärkoalition";
b) entscheidend ist ihr „politischer Charakter", der durch die „Wesenszüge der Gesellschafts- und Staatsordnung, sowie der Politik der sie dient", bestimmt wird;
c) nicht nur die „Vorbereitung der Streitkräfte" auf einen möglichen Krieg, sondern „der Bevölkerung und des gesamten Landes" wird einbezogen;
d) die theoretischen Grundlagen „sind der dialektische und historische Materialismus" sowie „die marxistisch-leninistische Theorie über Krieg und Streitkräfte".

Bezüglich letzterer erfolgt der Hinweis im gleichen Werk, daß sie „eine bedeutende Rolle in der sozialistischen Wehrerziehung und eine scharfe Waffe im Klassenkampf ist".

Berufung und Inanspruchnahme von Marx durch die DDR in Militärfragen

Hierzu ist eine Fülle von entsprechenden Aussagen möglich. Es werden jedoch nur einige besonders markante vorgetragen, wobei zu unterscheiden ist zwischen theoretischer Grundlage und „Anleitung zum Handeln".

Zu ersterer:

Generaloberst H. Hoffmann in „Die marxistisch-leninistische Lehre vom Krieg und von den Streitkräften"[7]: „... ist das feste theoretische Instrument, auf dem wir die militärische Macht des sozialistischen Lagers auch in Zukunft ... festigen und entwickeln werden..."

Derselbe in „Das militärische Erbe von Marx und Engels und seine Lebenskraft in der Gegenwart"[8]: „... wirkt Marx' und Engels' militärtheoretisches und militärhistorisches Erbe als Bestandteil der weltverändernden Kraft..., dient es uns als unentbehrliche Waffe im Ringen um die weitere Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt..."

Überschrift eines Berichtes über eine „wissenschaftlich-methodische Konferenz zur marxistisch-leninistischen Erziehung an militärischen Lehreinrichtungen“[9]: „Der Marxismus-Leninismus – Kompaß und geistige Waffe“.

NVA-Oberst Karl-Heinz Licht, „Gedanken über die weltanschauliche Funktion der marxistisch-leninistischen Lehre vom Krieg und von den Streitkräften“[10]: „... hilft allen Armeeangehörigen, ihr Verständnis für die Militärpolitik der SED zu vertiefen, ist unverzichtbar dafür, eine klare Position zum Wehrdienst und zum bewaffneten Kampf zu beziehen“.

Bekenntnis eines Offiziersschülers in Bezug auf die Politschulung der NVA-Soldaten[11]: „Ich kann nicht nur, ich muß den Soldaten zu Marx hinführen.“

Wesentlich erscheint dabei, daß die DDR-Autoren einräumen, daß die diesbezüglichen Äußerungen von Marx zeitgebunden waren. So spricht der DDR-Verteidigungsminister nur von „hervorragenden Beispielen“ für den revolutionären Kampf[12], die aus den Schriften von Marx hervorgehen. In einer anderen Abhandlung[13] ist davon die Rede, daß sich „... das zur Arbeiterklasse formierende Proletariat seinen Platz und seine Rolle ... in jener Zeit“ erst suchen und bestimmen mußte; ebenso sei es zunächst darum gegangen, den „Charakter der zur damaligen Zeit geführten Kriege“ zu suchen und zu finden.

Auf Grund dieses notwendigerweise begrenzten Blickfeldes sei es notwendig, die Marxschen Vorstellungen zur Militärfrage weiter zu entwickeln und den heutigen, veränderten Bedingungen anzupassen. Dies sei vor allem erforderlich, weil

a) „sich der Inhalt der Kriege grundlegend geändert“ habe, so daß bereits Lenin zu der Erkenntnis gelangt sei, die Marx-Engels'sche Unterscheidung in „forschrittlich-reaktionär“ lasse sich nicht mehr aufrechterhalten und müsse durch die Differenzierung zwischen gerechten und ungerechten Kriegen ersetzt werden[14];

b) angesichts der militärischen Überlegenheit des sozialistischen Lagers dessen Streitkräfte gegenüber der Auffassung von Marx und Engels eine völlig erweiterte Funktion im Sinne von „Schild und Schwert der Revolution“[15] erlangt haben;

c) der Warschauer Vertrag „nicht nur ein sozialistisches Militärbündnis“ sei, sondern auch die „Grundlage des proletarischen Internationalismus“ bilde[16];

d) die Forderung „von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“[17] zur Zeit von Marx unbekannt war.

Gleichwohl beruft sich die DDR bezüglich ihrer bewaffneten Organe auf Marxsches Gedankengut auch als „Anleitung zum Handeln", wie folgende Belege zeigen:
Armeegeneral H. Hoffmann: „Der Wert und die Effektivität unseres Studiums des marxistischen militärtheoretischen Erbes hängen direkt von unserer Fähigkeit ab, die gewonnenen Erkenntnisse ... schöpferisch anzuwenden und praktisch zu nutzen – in Kampfkraft umzusetzen"[18].
Derselbe: „Daraus ergibt sich, daß das gesamte theoretische Erbe der Klassiker des Marxismus-Leninismus für uns auch eine unerläßliche Hilfe zur klassenmäßigen und exakten Beurteilung des politisch-militärischen Kräfteverhältnisses in der Welt und zur realen Einschätzung der tatsächlichen Möglichkeiten und Absichten des imperialistischen Gegners ist"[19].
Autorenkollektiv: „... daß wir die Vollstrecker der Ideen und des Wollens von Karl Marx, Friedrich Engels ... sind"[20].
Wochenzeitung „Volksarmee"[21]: „So haben uns Marx und Engels mit ihrem ‚Manifest' heute mehr denn je unendlich viel zu sagen. Unbändigen Willen zur revolutionären Veränderung der menschlichen Gesellschaft..."
H. Hoffmann: „... daß die Armeeangehörigen und die Zivilbeschäftigten der Nationalen Volksarmee das ihre tun, um zur ... politisch-ideologischen Offensive des Marxismus-Leninismus beizutragen.."[22].
Die folgende Auswertung von Äußerungen geflüchteter NVA-Soldaten zeigt, daß nach den Vorstellungen der militärischen Führungsgremien der Marxismus-Leninismus auch auf den militärischen Alltag Einfluß nehmen soll: „Die Antwort auf die schlichte Frage des Soldaten, warum er bei fünf Minuten Verspätung gleich unangemessen hoch bestraft worden sei, lautet also nicht allein, er möge öfters auf die Uhr schauen, sondern hauptsächlich, er möge sich intensiver mit dem Marxismus-Leninismus beschäftigen"[23].
Auch die Bemühungen um die Verbesserung der Disziplin werden letztlich in gleicher Weise ideologisch motiviert, wie folgendesn Beispiel zeigt:
„Disziplin und Gehorsam werden nicht gefordert, weil das beim Militär üblich ist, sondern weil die Gesetze des Krieges und die Härte des Klassenkampfes sie erfordern." „Eiserne Disziplin und unbedingter militärischer Gehorsam sind daher Klassenpflicht"[24].

Die Kriegsursachtentheorie von Marx im Vergleich zur Militärdoktrin der DDR

Die von Wette[25] vorgenommene Differenzierung der Kriegstheorie von Marx in Kriegsursachen und Kriegsrechtfertigungen erscheint plausibel und begründet, auch wenn Marx selbst eine Unterscheidung in solcher Trennschärfe nicht vollzogen hat.

Marx leitet seine Gesamtauffassung über Krieg und Frieden aus folgenden Ereignissen seiner Zeit ab: Revolutionen der Jahre 1848/49, Krimkrieg (1854 bis 1856), Krieg Frankreich–Italien (1859), französich-englische Intervention in Indochina (1856 bis 1858), französische Expeditionen gegen Syrien (1860/1861) und gegen Mexiko (ab 1862), deutsch-französischer Krieg (1870/71). Dabei spielt der „Bonapartismus" eine zentrale Rolle, wie folgende Bewertung aus seiner Feder zeigt:

„Periodisch die Grenzen Frankreichs zu überschreiten und die unzufriedene Bevölkerung mit kriegerischen Erfolgen zu berauschen, ist eine der Lebensbedingungen des restaurierten Kaiserreiches"[26].

Im Vergleich zu einem derart verengten Blickfeld ziehen die DDR-Theoretiker und Historiker einen erheblich weiter gespannten Bogen, der von den Bauernkriegen über die russische Oktoberrevolution von 1917 bis in die Gegenwart (Vietnam, Angola, Afghanistan) reicht.

An dieser Stelle erscheint der Hinweis angebracht, daß der entscheidende Kern der DDR-Militärdoktrin, die Unterscheidung zwischen „gerechten und ungerechten Kriegen" und die daraus abgeleitete Behauptung, daß es dafür in der sozialistischen Gesellschaft keine sozialökonomischen Wurzeln mehr" gibt, sowie daß der Krieg „ausschließlich eine Begleiterscheinung der Ausbeutergesellschaft ist", durch Ereignisse der jüngsten Vergangenheit erschüttert, wenn nicht gar unglaubwürdig geworden ist.[27] Die Zusammenstöße zwischen sowjetrussichen Truppen und solcher der Volksrepublik China anläßlich der Grenzstreitigkeiten am Ussuri-Fluß (1969) sowie der Einfall Vietnams in Kambodscha und die darauf folgende militärische „Strafaktion" Chinas gegen Vietnam stellten im Grunde den Gegenbeweis für die angedeutete Theorie dar. Es ist bemerkenswert, daß die daran unmittelbar beteiligten sozialistischen Staaten dabei auf ideologische Begründungen für ihre Handlungsweise verzichteten und nur mit machtpolitischen Argumenten ihre Handlungsweise zu rechtfertigen suchten. Die DDR nahm dabei jeweils den Standpunkt Moskaus ein; die Formel vom „proletarischen Internationalismus" blieb unerwähnt.

Im einzelnen sieht Marx die Hauptursache für Kriege in der ökonomischen Struktur der Gesellschaft („Krieg unter den Habsüchtigen"[28]) begründet. Die DDR übernimmt diese Auffassung, wie folgende Interpretation zeigt: „Der Krieg kam auf mit der Entstehung des Privateigentums an Produktionsmitteln, der Spaltung der Gesellschaft in antagonistische Klassen..."[29]. Unter Berufung auf das Vorwort „Zur Kritik der politischen Ökonomie" (1857) entwickelt Wette[30] in Bezug auf Marx eine Konflikttheorie, die verschiedene Formen im Rahmen des Klassenkampfes annehmen, aber auch zu Kriegen „zwischen den Nationen" führen kann.[31] Demgegenüber sieht man in der

DDR nicht nur „Bürgerkriege zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten" als Ausdruck der sozialökonomisch bedingten Auseinandersetzung sondern auch „Kriege nach außen".[32]

Eine noch erheblichere Differenzierung tritt bei der Bewertung des Staates als Kriegsursache zutage. Unter Zugrundelegung des entscheidenden Satzes aus dem „Kommunistischen Manifest", wonach „die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft(en) die Geschichte von Klassenkämpfen" ist, wird von Marx und Engels der Staat als Instrument der herrschenden Klasse und damit als Ursache für Kriege angesehen.[33] Demgegenüber sind die DDR-Theoretiker in diesem Punkt zurückhaltender, da sie eine „starke militärische Macht der sozialistischen Staatengemeinschaft" als notwendigen Teil des „revolutionären Weltprozesses"[34] ansehen.

Hinsichtlich der Einstellung zur Gewaltanwendung existiert zwischen Marx und der DDR im Prinzip Übereinstimmung im Sinne einer grundsätzlichen Bejahung, sofern es sich um die Durchsetzung revolutionärer Zielsetzungen handelt. Trotz unterschiedlicher Nuancierungen machen dies folgende Zitate deutlich:

Marx (September 1871): „Wir müssen den Regierungen erklären: wir wissen, daß Ihr die bewaffnete Macht seid, die gegen die Proletarier gerichtet ist; wir werden auf friedlichem Wege gegen Euch vorgehen, wo uns das möglich sein wird, und mit den Waffen, wenn es notwendig werden sollte."[35]

Armeegeneral Hoffmann (1976): „Welche Rolle also spielt militärische Gewalt für Sieg oder Niederlage einer Revolution in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus? Kommt eine solche Revolution aus, ohne daß ein Schuß fällt, kann sie auf unblutigem Wege siegen? Bis jetzt kennt die Geschichte tatsächlich keinen Fall, in dem eine sozialistische Revolution zum Siege geführt worden wäre, ohne daß die Kanonen ihr Machtwort gesprochen hätten, oder ohne daß sie zumindest gerichtet und geladen waren!"[36]

Die aus beiden Aussagen erkennbare Zeitgebundenheit der Bewertung ergibt sich auch aus einer unterschiedlichen Schwerpunktbildung in Bezug auf die historischen Ereignisse der Marxschen Epoche – abgesehen von der bereits erwähnten größeren Spannweite der Einbeziehung geschichtlicher Geschehnisse durch die DDR.

Während beispielsweise die DDR den Freiheitskriegen unter dem Aspekt „Einheit von Volk und Armee", sowie deutsch-russische Waffenbrüderschaft ein erhebliches Gewicht beimißt, stellte Fischer fest, daß Marx und Engels „bekanntlich dem Werk der preußischen Reformer wie der liberalen Bewegung in Deutschland nach 1815 eher skeptisch gegenüber" standen.[37] Ganz evident wird die unterschiedliche, zweckbedingte Auslegung der gleichen Geschehnisse anläßlich des deutschen-französischen Krieges von 1870/71.

Die DDR-Theoretiker widmen in einer entsprechenden Veröffentlichung der „Pariser Kommune" von 1871 einen besonderen Abschnitt und charakterisieren sie nicht nur als „revolutionäre Armee", sondern begründen ihren Mißerfolg als „unvergängliche Lehren des Klassenkampfes" damit, daß sich „die Kommune auf die Defensive orientierte..."[38]

Demgegenüber war die Bewertung jenes Krieges durch Marx erheblichen Schwankungen unterworfen. Sie erfolgte ausschließlich unter dem Aspekt einer Stärkung der Arbeiterklasse. So schrieb er in einem Brief am 20. Juli 1870 an Engels: „Die Franzosen brauchen Prügel. Siegen die Preußen, so ist die Zentralisation der state power nützlich der deutschen Arbeiterklasse"[39]. Wette begründet diese Stellungnahme mit dem Hinweis, daß Marx die deutsche Arbeiterklasse für „theoretisch und organisatorisch der französischen überlegen" hielt.[40] Der Wandel trat mit der Ausrufung der französischen Republik ein, weil sowohl Marx als auch Engels diese nun als fortschrittlichere Regierungsform sahen. Der 1871 von Marx niedergeschriebene Satz, „der Krieg der Geknechteten gegen ihre Unterdrücker ist der einzig rechtmäßige Krieg in der Geschichte"[41], beleuchtet die veränderte Auffassung zutreffend.

Übereinstimmung zwischen Marx und der DDR-Doktrin in Bezug auf das Kriegswesen besteht hinsichtlich der Beurteilung der Urgeschichte der Menschheit, in der keine Klassen existierten. Dabei kann man von einer kritiklosen Übernahme der Marxschen Gedankengänge durch die DDR-Interpreten ausgehen. Es mag genügen, hierzu letztere skizzenartig wiederzugeben: „Zunächst auf Suche nach Nahrung und Wasser, später auf der Suche nach neuen Jagd-, Fisch- oder Weidegründen kommt es zu zufälligen Kontakten und beim Eindringen in das Gebiet anderer Gentes und Stämme oder bei Übergriffen gegen ihre Mitglieder auch zu Konflikten, die zuweilen mit bewaffneter Gewalt ausgetragen werden. Wie jedoch von Ethnologen bestätigt wird, ist bewaffnete Gewaltanwendung nicht typisch für die Beziehung zwischen Gentes und Stämmen."[42]

Die Kriegsrechtfertigungstheorie

Da sich DDR und SED als Kämpfer und Garant für den Frieden verstehen, ist bei ihnen die Verwendung des Wortes „Krieg" im Vergleich zu Marx seltener und nur in Verbindung mit dem Kapitalismus/Imperialismus-Begriff festzustellen. Dabei bleibt jedoch die Grundlinie der revolutionären Zielsetzung identisch. Es handelt sich bei der DDR-Formulierung vom „revolutionären Weltprozeß" mit seinen drei Hauptströmen

– sozialistisches Weltsystem
– internationale Arbeiterbewegung

– nationale Befreiungsbewegungen

im Grunde lediglich um eine zeitgemäße Anpassung an die Marxsche Auffassung, daß Revolutionen „die Lokomotive der Weltgeschichte" sind.[43]

Bemerkenswert und einmalig dürfte allerdings die verfassungsmäßige Verankerung eines solchen, geradezu missionarischen Auftrages sein, wie sie Artikel 6 (3) der DDR-Verfassung ausspricht (Fassung vom 1. Oktober 1974): „Die Deutsche Demokratische Republik unterstützt die Staaten und Völker, die gegen den Imperialismus und sein Kolonialregime, für nationale Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen, in ihrem Ringen um gesellschaftlichen Fortschritt."

Abgesehen von der bis jetzt schwer durchschaubaren unmittelbaren militärischen Unterstützung solcher Befreiungsbewegungen kommt den Streitkräften dabei eine wesentliche Funktion zu, wie folgende Interpretationen zeigen: „Als mächtige Faktoren des Friedens und der Ruhe auf unserem Erdball vergrößern unsere verbündeten Armeen die Möglichkeiten des gesellschaftlichen Fortschritts, begünstigen sie den immer festeren Zusammenschluß der großen revolutionären Strömungen der Gegenwart, tragen sie so zum endgültigen Sieg des Sozialismus über den Imperialismus bei."[44]

„... eine starke militärische Macht der sozialistischen Staatengemeinschaft ... objektiv dazu beträgt, allen revolutionären und demokratischen Bewegungen günstige äußere Bedingungen für ihren erfolgreichen Kampf zu gewährleisten."[45]

Unter weitgehender Ausklammerung des Wortes „Krieg" wird hiermit den seit Marx gewandelten und erweiterten Kriegsformen (kalter Krieg, subversiver Krieg usw.) im Rahmen der Militärdoktrin die Rolle der bewaffneten Macht bestimmt. Man geht dabei von der Vorstellung aus, daß „die innere und äußere Funktion der sozialistischen Streitkräfte eine Einheit bilden" fügt jedoch für die Gegenwart hinzu, daß „die äußere Funktion die wichtigste und dominierende ist".[46] Daß dabei keineswegs lediglich an eine militärische Drohkulisse gedacht ist, sondern an der schon von Marx propagierten Notwendigkeit der Gewaltanwendung festgehalten wird, zeigt beispielsweise die bereits 1962 ausgesprochene Interpretierung von General Hoffmann: „Die neue historische Rolle der Gewaltmittel der Arbeiterklasse besteht darin, daß sie jetzt unmittelbar im Interesse der überwältigenden Mehrheit der gesamten Menschheit durch das sozialistische Weltsystem bereit gehalten und notfalls eingesetzt werden können."[47]

Das Beispiel der sowjetischen Aggression gegen Afghanistan zeigt, daß es sich keineswegs nur um Theorismen handelt.

An dieser Stelle erscheint eine kurze Einfügung über die Einstellung der DDR zur Frage eines mit nuklearen Waffen geführten Krieges angebracht. Dies ge-

schieht nicht nur wegen der Aktualität dieses Problems, sondern weil die Antwort ein Teil der dort gültigen Militärdoktrin ist und zum Thema „Kriegsrechtfertigung" gehört. Es bedarf keiner besonderen Begründung, daß sich die DDR dabei an maßgebliche sowjetische Aussagen anlehnt beziehungsweise sie übernimmt.

In dem grundlegen Werk „Militär-Strategie" des Sowjetmarschalls W. D. Sokolowski[48] finden sich – im Gegensatz zur herrschenden westlichen Meinung – folgende Aussagen:

„Kernwaffen können im modernen Krieg zur Lösung der Aufgaben auf allen Ebenen – also strategischer, operativer und taktischer Art – Anwendung finden."

„Falls die Kernwaffen nicht vernichtet werden und die Aggressoren einen Weltkrieg entfachen, werden diese Kampfmittel zweifelsohne von beiden Seiten eingesetzt werden."

Dementsprechend übernimmt die DDR diese Theorie, wobei sie ausdrücklich die Auffassung, nach der ein Kernwaffenkrieg kein Mittel der Politik sein könne, zurückweist. Als Begründung wird darauf verwiesen, daß es nicht auf die Kriegsmittel und ihre Wirkungen, sondern immer nur auf das Wesen des Krieges ankomme. Wörtlich schreibt dazu der autorisierte Verfasser:

„Aus diesen Gründen lehnen die Marxisten-Leninisten die Verneinung der Möglichkeit von gerechten Kriegen in der Gegenwart als falsch und schädlich ab. Die marxistisch-leninistische Unterscheidung zwischen gerechten und ungerechten Kriegen behält auch in unserer Zeit ihre prinzipielle Bedeutung".[49]

Man muß hinzufügen, daß diese Sätze unter der Kapitelüberschrift „Zum Wesen eines möglichen Kernwaffenkrieges" stehen!

Besonders an diesem Spezialgebiet dürfte, auch bezüglich der Rechtfertigung von Gewalt und Krieg, die Zeitgebundenheit der Ansichten von Marx einerseits und der DDR andererseits und damit auch die Relativität deren Militärdoktrin in Bezug auf die Marx'schen Vorstellungen deutlich werden.

Dieser konnte zwangsläufig die Berechtigung von kriegerischen Auseinandersetzungen aus einem, nicht nur geographisch, sondern auch politisch sehr viel engerem Blickfeld analysieren. Seine Maxime läßt sich unter der von Spits[50] gebrauchten Formulierung „der Krieg als Vehikel der Revolution" zusammenfassen. Wette differenziert etwas mehr, indem er die Marxsche Auffassung hierzu wie folgt beschreibt: „Ein Krieg wird gerechtfertig, wenn er den Interessen des Proletariats nützt, und verurteilt, wenn er diesen Interssen schadet..."[51]; dieser Autor geht sogar so weit, von einer „wahren Besessenheit" der beiden Theoretiker (also auch Engels) zu sprechen, sofern sie in einem Krieg „einen Motor oder einen Hebel der Revolution" erblicken konnten.[52]

Er bezieht sich dabei unter anderem auf den Neujahrsartikel von Marx in der Neuen Rheinischen Zeitung zu Beginn des Jahres 1849, in dem er unter anderem schrieb: „Revolutionäre Erhebung der französischen Arbeiterklasse, Weltkrieg – das ist die Inhaltsanzeige des Jahres 1849."[53]
Die gleiche Sprache ist aus der Beurteilung des Krieges von 1859 (Österreich–Italien) zu entnehmen, zu dem Marx sich wie folgt äußerte: „In seinem weiteren Verlauf wird er sich in eine allgemeine Feuersbrunst des kontinentalen Europas verwandeln, aus der nicht viele der jetzigen Herrscher ihre Kronen und Dynastien werden retten können."[54]
Daß für Marx (und Engels) diese Betrachtungsweise und Bewertungsmethode nicht nur für nationale beziehungsweise dynastische Kriege galt, sondern auch für Bürgerkriege, macht – abgesehen von dem bereits erwähnten Wandel in der Beurteilung der Ereignisse von 1870/71 – in Bezug auf diese folgende Äußerung von Marx deutlich: „Der höchste historische Aufschwung, dessen die alte Gesellschaft noch fähig war, ist der Nationalkrieg, und dieser erweist sich jetzt als reiner Regierungsschwindel, der keinen anderen Zweck mehr hat, als den Klassenkampf hinauszuschieben, und der beiseite fliegt, sobald der Klassenkampf im Bürgerkrieg auflodert. Die Klassenherrschaft ist nicht länger imstande, sich unter einer nationalen Uniform zu verstecken; die nationalen Regierungen sind eins gegenüber dem Proletariat."[55]
Es läßt sich somit durchaus der Zusammenfassung von Wette zustimmen, daß für Marx der Krieg niemals Selbstzweck war, „sondern immer nur Mittel zum Zweck, ein Mittel ihrer revolutionären Realpolitik".[56]
Diese Theorie erfüllte sich zu Marx' Lebzeiten nicht; sie fand ihre erste, wenigstens teilweise Bestätigung in Gestalt der russischen Oktoberrevolution von 1917, wo tatsächlich als Folge eines verlorenen Krieges eine Umwälzung im Sinne von Marx erfolgte. In Bezug auf das damalige Deutsche Reich blieb seine Vision ohne Erfolg.
Hier setzt nun wieder ein gewisser Gleichklang mit der DDR-Militärdoktrin ein, dessen nähere Erläuterung sich jedoch erübrigen dürfte. Auch die Theoretiker und Politiker des anderen Staates in Deutschland bewerten jede gewaltsame oder gar kriegerische Auseinandersetzung – nunmehr im Weltmaßstab – unter dem Kriterium eines sozialistischen (im kommunistischen Sinne) Fortschrittes oder Mißerfolgen. Als Beispiele hierfür seien der Vietnamkrieg einerseits und die revolutionären Ereignisse in Portugal (1974/75) andererseits erwähnt.

Die Wirksamkeit der marxistischen Militärtheorie in der DDR

Es ist offensichtlich für die Politarbeiter der SED auf allen Ebenen nicht einfach, den Marxismus-Leninismus in der angestrebten Breitenwirkung zu ver-

mitteln. Daß dabei sogar bei der Zielgruppe Studentenschaft erhebliche Schwierigkeiten bestehen, beweisen folgende Eingeständnisse:
Ein Hochschullehrer der Ostberliner Humboldt-Universität mußte erst kürzlich mahnen: „Die Kenntnisse der Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus wie auch der Parteidokumente erweisen sich immer wieder als unzureichend. Die Fähigkeit, theoretische Kenntnisse auf die Praxis anzuwenden, ist unterentwickelt." Er fügt kritisch hinzu: „... denn bisher war es zum Teil noch so, daß man dem Lernstoff weniger durch Denken als durch bloßes Memorieren beizukommen suchte."[57] Auf der gleichen Linie liegen Äußerungen aus dem Bereich der Universität Leipzig: „Aktivschöpferische Aneignung des Marxismus-Leninismus muß mehr sein als eine bloße Wissensaneignung. Vielmehr sollen Standpunkte erzeugt, Positionen herausgebildet werden."[58]

Vor einem Einblick in die Schwierigkeiten, den Marxismus auf dem militärischen Sektor verständlich zu vermitteln, sei nochmals anhand einer kürzlichen Veröffentlichung verdeutlich, welche grundlegende Bedeutung die DDR den Theorien von Marx und Engels als motivierenden Elementen beimißt. In einer Abhandlung des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig aus dem Jahre 1980 unter der bezeichnenden Titelgebung „Jugend-Weltanschauung – Aktivität" heißt es unter anderem: „Die Erkenntnisse, die die Klassiker des Marxismus-Leninismus sammelten und zu einer einheitlichen Theorie gestalteten, sind im wahren Sinne des Wortes Anleitungen zum Handeln. Deshalb muß man zum Marxismus-Leninismus ein parteiliches Verhältnis haben."[59]

Die Politschulung ist für die Soldaten im anderen Teil Deutschlands nachweisbar insgesamt kein allzu beliebter Ausbildungsbereich. Die gegenwärtige politische Landschaft scheint zudem wenig geeignet, über Marx oder andere „Klassiker" ein ausgeprägtes Wehrbewußtsein zu entfalten.

Die Wochenzeitung „Volksarmee" muß sich relativ häufig mit der Frage auseinandersetzen: „Warum sollen wir uns abrackern, um eine ständig hohe Gefechtsbereitschaft zu gewährleisten, wenn sich unsere Politik der friedlichen Koexistenz doch immer mehr durchsetzt?"[60]

Auf gleicher Linie liegt folgender Diskussionspunkt unter NVA-Soldaten: „Da taucht in irgendeinem Gespräch die Frage auf, daß der Friede doch stabiler geworden sie, warum angesichts dessen der Gefechtsbereitschaft auch künftig so großer Wert beigemessen werde."[61]

Wie wenig Marx tatsächlich als „Kompaß" in Militärfragen der Gegenwart effektiv ist, zeigt die warnende Mahnung von General Hoffmann während einer Kommandeurstagung: „... weil nicht wenige Menschen – auch junge Armeeangehörige – glauben, der BRD-Imperialismus könne doch gar nicht

mehr so gefährlich sein, denn die SPD sei doch eine Arbeiterpartei und habe ja nunmehr die Macht."[62]

Auf einer „Konferenz junger Offiziere" setzte sich derselbe General mit der Mentalität der Wehrpflichtigen von heute auseinander und mußte dabei einräumen: „... haben sie manche Illusion über den Imperialismus und auch über die Rolle der Sozialdemokratie in der BRD."[63]

Geht es dann gar an die ideologische Substanz, so werden hinsichtlich der Aufnahmefähigkeit und wohl auch Aufnahmebereitschaft Grenzen erkennbar, die im Hinblick auf die Kompliziertheit des Stoffes auch künftig kaum überwindbar sein dürften. Im Bericht eines NVA-Unteroffiziers zu diesem Thema heißt es dazu kennzeichnend: „Wir studieren den Marxismus-Leninismus und stärken unsere Klassenposition. Ich will nicht rumeiern: die Vorbereitung mancher Genossen auf die Zirkelabende, vor allem das Studium der Klassiker hätte besser sein können. Die Begründung einiger Zirkelteilnehmer, Marx, Engels und Lenin seien so schwierig, halte ich für nicht stichhaltig."[64]

Noch deutlicher und plastischer wird diese Kritik innerhalb einer in der „Volksarmee"[65] wiedergegebenen Erzählung, wo es zunächst heißt: „Und ehrlich, wir schliefen reihenweise beim Studium ein. Wenn einem der Kopf auf das Buch fiel – kein Wunder nach diesen Arbeitstagen – dann sagten wir: Er macht Grundlagenstudium. Oder wir sagten: Er hört Lenin ab."

Dann wird im Rahmen dieser Episode als Besuch bei dieser Einheit eine Gruppe junger Lehrerinnen angekündigt, vor denen sich zumindest die FDJ-Sekretäre in Bezug auf ihre Kenntnisse der „Klassiker" nicht blamieren wollten. Darum: „Wir studierten also heimlich, jeder für sich."

Die Schilderung des Ergebnisses dieser Bemühungen klingt sehr offenherzig, dürfte aber im Kern zutreffen: „Und drei Tage bevor die Mädchen eintreffen sollten, wir waren gerade bei einer Rauchpause, da sagte er: ‚Mit diesem beschissenen Mehrwert komme ich einfach nicht klar.' Und seine Hände gingen hin und her, als brauche er was zum Festhalten."

„Kommunismus wollen wir aufbauen, aber Ahnung nicht für'n Fuffziger! Das ist genauso, wie wenn du Kartoffeln anbauen willst ohne Ahnung von Kartoffeln."

Trotzdem wird dieser Lernstoff immer wieder als unentbehrliche Grundlage für das Klassenbewußtsein der Soldaten gehalten. So sollten zum Beispiel die „Zirkel junger Sozialisten" innerhalb der NVA das Thema durcharbeiten: „Die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten als Grundlage der Revolution."[66]

Es ist nicht erstaunlich, daß angesichts der aufgezeigten Schwierigkeiten, ähnlich wie bei den Studenten, auch für die Streitkräfte dabei sich lediglich ein Auswendiglernen einiger Kernsätze und eine bloße Abfrageformalität

herausbilden. In häufigen Äußerungen, für die hier nur ein Beispiel gegeben wird, üben hohe Militärs der DDR daran immer wieder Kritik. Ein Fregattenkapitän der Volksmarine stellt dazu unter der Überschrift „Denken und Wissen – Vergnügen und Verpflichtung"[67] fest: „Lenin – wie auch Marx und Engels – hat seine Schriften nie als Kathedervorträge geschrieben. Wenn in den Zirkeln junger Sozialisten über ‚Staat und Revolution' gesprochen wird, sollte keine trockene Unterrichtsstunde daraus gemacht werden, in der Reden abgelesen und einstudierte Worte gedrechselt werden."
Die für die Streitkräfte der DDR angestrebte Breitenwirkung der Marxschen Auffassungen über Krieg, Gewalt und Revolution dürfte angesichts derartiger Bekundungen zumindest fraglich sein. Sicher ist dabei von einer gewissen Staffelung in dem Sinne auszugehen, daß mit der Höhe des militärischen Dienstgrades auch die Kenntnisse über Marxismus, einschließlich seiner revolutionären Gewalttheorie, steigen. Ob sie im Alltag des Soldaten ihren Niederschlag finden, ist allein im Hinblick auf die außerordentliche dienstliche Belastung und den damit verbundenen Zeitmangel bei Offizieren aller Dienstgrade zu bezweifeln. Hinzu kommt, daß Marx in Bezug auf rein fachmilitärische Fragen, wie Ausbildung, Ausrüstung, operative und taktische Führung völlig unergiebig ist. Hier werden in der DDR eher begrenzte Bezüge zu Friedrich Engels, aber auch zu Carl von Clausewitz hergestellt.

Zusammenfassung

1) Die thematische Unterscheidung in Kriegstheorie von Marx (beziehungsweise proletarische Kriegslehre, s. hierzu Anm. 3) und Militärdoktrin der DDR kann im Hinblick auf die andersgeartete Ausgangssituation als gerechtfertigt angesehen werden.
2) Die Auffassungen von Karl Marx über Krieg und Frieden beruhen auf einer engeren und begrenzteren Sicht und gehen von der damals üblichen einzigen Kriegsform aus.
   Die Militärdoktrin der DDR entspricht einem weiterentwickelten, vielfältigen Kriegsbegriff unter Einbeziehung der modernen Waffentechnik.
3) Beide bejahen die Notwendigkeit der Gewaltanwendung, wobei eine Schwerpunktverlagerung hinsichtlich der Funktion regulärer Streitkräfte von der innenpolitischen auf die außenpolitische Ebene festzustellen ist.
4) Die Berufung der DDR-Militärhistoriker auf Marx ist nur punktuell nachweisbar und begründet. Marxismus als Grundlage für die Militärdoktrin der DDR hat überwiegend ideologischen Charakter im Sinne der Klassenkampftheorie.

5) Die DDR stützt sich in der Substanz bei Fragen des Militärwesens mehr auf Lenin als auf Marx. Sie begründet dies mit einer durch politische und militärische Veränderungen eingetretenen Situation; eine derartige Weiterentwicklung und Anpassung ist in der Methode als berechtigt und notwendig anzusehen.
6) Die trotzdem aufrecht erhaltene und stark betonte Bezugnahme auf K. Marx in der Militärdoktrin der DDR ist deshalb überwiegend als ideologisch-politisches Etikett zu werten.

Anmerkungen:

1 So u. a. A. I. Babin: Die Herausbildung und Entwicklung der militärtheoretischen Ansichten von Friedrich Engels. Moskau, 1975; deutschsprachige Ausgabe im Militärverlag der DDR, Berlin (Ost) o. J.
Autorenkollektiv (5 NVA-Offiziere): Friedrich Engels und der militärische Schutz des Sozialismus. Militärverlag der DDR, Berlin (Ost), 1980
2 Typisch dafür der Buchtitel: Die Marxistisch-leninistische Ästhetik und die Erziehung der Soldaten. Deutschsprachige Ausgabe im Militärverlag der DDR, Berlin (Ost), 1979; Marx hat sich nicht mit diesem Spezialgebiet befaßt.
3 Wolfram Wette: Kriegstheorien deutscher Sozialisten. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz, 1971.
Ähnlich F. C. Spitz: Krieg und Revolution im Denken von Karl Marx. In: Beiträge zur Konfliktforschung, Nr. 4/1980
In der Diskussion zum Referat wurde die Formulierung: „Die proletarische Kriegslehre" als zutreffender anerkannt.
4 a. a. O., S. 24
5 Wolfgang Wünsche in „Neues Deutschland" vom 23.11.1968
6 Militärlexikon der DDR. Militärverlag der DDR, Berlin (Ost), 1973
7 „Lektion" vor Offizieren der Militärakademie „Friedrich Engels" am 24.5.1960. Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, Berlin (Ost) 1960, S. 79
8 in „Staat und Recht", Nr. 12/1970, Berlin (Ost
9 in „Volksarmee", Nr. 37/1978
10 in „Volksarmee", Nr. 2/1981
11 in „Volksarmee", Nr. 5/1981
12 in „Zeitschrift für Militärgeschichte", Nr. 4/1968, S. 405, Berlin (Ost)
13 s. Anm. 8
14 s. Anm. 7, S. 33
15 Wolfgang Müller/Rudolf Oelschlägel: Streitkräfte im Klassenkampf unserer Zeit, Militärverlag der DDR, Berlin (Ost), 1972, S. 27
16 s. Anm. 7, S. 72
17 u. a. in „Volksarmee", Nr. 45/75, S. 5
18 s. Anm. 8, S. 1928/1929

19 ebenda, S. 1929
20 Autorenkollektiv: Militärische Traditionen der DDR und der NVA. Militärverlag der DDR, Berlin (Ost), 1979, S. 5
21 in „Volksarmee", Nr. 5/1973
22 in Anlage zu „Volksarmee" (Dokumentation), Nr. 23/1973
23 H.-J. Rautenberg: Zum inneren Gefüge der NVA. In: Arbeitskreis für Wehrforschung (Hrsg.): Die Nationale Volksarmee der DDR im Rahmen des Warschauer Paktes. Verlag Bernard u. Graefe, München, 1980, S. 58
24 in „Volksarmee", Nr. 26/1975, S. 3
25 s. Anm. 3, a. a. O., S. 22 ff. und S. 69 ff.
26 zit. nach Wette, a. a. O., S. 45
27 so bei G. Kießling: Krieg und Frieden in unserer Zeit. Militärverlag der DDR, Berlin (Ost), 1977, S. 60, und
Militärlexikon der DDR, unter „Krieg"
28 Wette, a. a. O., S. 23 und generell S. 28
29 Militärlexikon der DDR, unter „Krieg"
30 a. a. O., S. 29 ff.
31 ebenda, S. 35
32 Kießling, a. a. O., S. 26 (s. Fußnote 27)
33 Wette, a. a. O., S. 44
34 so u. a. in „Volksarmee", Nr. 6/1976, S. 3
35 Marx/Engels: Werke, MEW, Berlin (Ost), 1962, S. 652
36 zit. nach „Einheit", H. 3/1976
37 so in „Deutsche Studien", Heft 72 (Dezember 1980), S. 345
38 s. Anm. 20, S. 65
39 zit. nach Wette, a. a. O., S. 87;
Marx/Engels: Briefwechsel. In: MEW, Bd., S. 407;
MEW, Bd. 33, S. 5 ff.
40 Wette, a. a. O., S. 89
41 Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich (1877). In: MEW, Bd. 17, S. 358
42 Kießling, a. a. O. (s. Anm. 27), S. 50
43 so bei Spitz, a. a. O. (s. Anm. 3), S. 11
44 Müller/Oelschlägel, a. a. O. (s. Anm. 15), S. 151
45 in „Volksarmee", Nr. 6/1976, S. 3
46 Müller/Oelschlägel, a. a. O., S. 28
47 „Das Militärprogramm der sozialistischen Revolution". Militärverlag der DDR, Berlin (Ost), 1962, S. 8
48 deutsche Ausgabe, Markus-Verlag, Köln, 1969, S. 274/5
49 Kießling, a. a. O. (s. Anm. 27), S. 42
50 s. Anm. 3, a. a. O., S. 19
51 s. Anm. 3, a. a. O., S. 100
52 ebenda, S. 73
53 ebenda, S. 75, (MEW, Bd. 6, S. 149 ff.)
54 zit. nach Wette, a. a. O., S. 80, (MEW, Bd. 13, S. 166 ff.)
55 zit. nach Wette, a. a. O., S. 89, (MEW, Bd. 33, S. 125)
56 ebenda, S. 100
57 Gottfried Stiehler: Für eine höhere Qualität der Philosophiezusbildung. Zur neuen Auflage der Grundstudienrichtung Marxistisch-leninistische Philosophie. In: Deut-

sche Zeitschrift für Philosophie, H. 9/1980

58 Wolfgang Lorenz: Entwicklung wissenschaftlich-produktiver Formen des Studiums der Grundlagen des Marxismus-Leninismus. In: Das Hochschulwesen, hrsg. vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR, Nr. 4/1978, Beilage S. X

59 Autorenkollektiv, Verlag Neues Leben, Berlin (Ost), S. 58

60 z. B. in Nr. 37/1973

61 in „Volksarmee", Nr. 34/1976

62 H. Hoffmann: Sozialistische Landesverteidigung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. 3, Militärverlag der DDR, Berlin (Ost), 1974, S. 27

63 ebenda, S. 245

64 in „Volksarmee", Nr. 14/1973

65 Nr. 44/1974

66 so nach Beilage zu „Volksarmee", Nr. 22/1974

67 in „Volksarmee", Nr. 25/1974

DIE POSITION VON KARL MARX IN DER MILITÄRPOLITIK DER DDR

Koreferat

Herr Rehm hat am Schluß seiner Ausführungen davon gesprochen, daß die von der DDR angestrebte Breitenwirkung der Marxschen Auffassungen über Krieg, Gewalt und Revolution in der NVA „zumindest fraglich" sei, Marx hinsichtlich rein fachmilitärischer Fragen „völlig unergiebig" sei. In bezug auf die Breitenwirkung in den Streitkräften der DDR stimme ich zu, nicht dagegen der Behauptung von der völligen Unergiebigkeit Marxscher Gedanken in Fragen der Wehrstruktur, der Strategie und Taktik. Es trifft nicht zu, daß Marx im Gegensatz zu Engels auf diesen Gebieten nichts zu sagen hätte. Zuerst bleibt einmal die Tatsache zu vermerken, daß DDR-Aussagen von der Zeitgebundenheit der Marxschen Äußerungen zu Problemen des Wehrwesens sprechen – was Herr Rehm auch besonders vermerkte – zum anderen immer wieder die Bedeutung Marx in wehrideologischer Hinsicht betonen.
Wenn Friedrich Engels und Carl v. Clausewitz integrale Elemente der DDR-Militärdoktrin bilden, Marx hierin nur eine spezifisch ideologische Bedeutung zugedacht wird, dann muß man sich fragen, warum dies so ist. Immerhin hat Marx auf dem Gebiet der Theorie der revolutionären Kriegsführung, als Schöpfer einer proletarischen Kriegslehre und eines Wehrmodells auf der Basis der antihierarchischen Struktur, ein Erbe hinterlassen, das Lenin bis ins Detail nutzen sollte[1] und seine Auswirkungen bis heute, insbesondere auf die Dritte Welt, zeitigt. Gegenüber Engels' Auffassungen trägt das Marxsche, von der Pariser Kommune von 1871 inspirierte Wehrmodell einen durchaus eigenständigen Charakter insofern, als es einen ausgesprochen anarcho-demokratischen Zuschnitt besitzt, der bei Engels als einem Befürworter der hierarchischen Struktur im Heerwesen und Gegner des Milizsystems[2] nicht zu finden ist.
Welches sind nun die kardinalen Aussagen Marxens, die in diesem Zusammenhang Geschichte machen und eine Welt verändern sollten? Drei Zitate, bedeutsam für eine proletarische Strategie in bezug auf die Kriegsführung, mögen hierfür stehen.
1. Marx in einem Brief an Dr. Ludwig Kugelmann vom 12.4.1871: „Wenn Du das letzte Kapitel meines ‚Achtzehnten Brumaire' nachsiehst, wird Du finden, daß ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspre-

che, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie *zu zerbrechen*, und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent."[3]

2. Marx in seiner „Zweite(n) Adresse des Generalrats über den Deutsch-Französischen Krieg", in der er das Mittel aufweist, mit dem diese strategische Zielsetzung verwirklich werden soll: „... die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihren eigenen Zweck in Bewegung setzen. Das politische Werkzeug ihrer Versklavung kann nicht als politisches Werkzeug ihrer Befreiung dienen."[4]

3. Marx in einem weiteren Brief an Kugelmann vom 17.4.1871: „Die Weltgeschichte wäre allerdings sehr bequem zu machen, wenn der Kampf nur unter der Bedingung unfehlbar günstiger Chancen aufgenommen würde. Sie wäre andererseits sehr mystischer Natur, wenn ‚Zufälligkeiten' keine Rolle spielten. Diese Zufälligkeiten fallen natürlich selbst in den allgemeinen Gang der Entwicklung und werden durch andre Zufälligkeiten wieder kompensiert. Aber Beschleunigung und Verzögerung sind sehr von solchen ‚Zufälligkeiten' abhängig – unter denen auch der ‚Zufall' des Charakters der Leute, die zuerst an der Spitze der Bewegung stehn, figuriert."[5]

Auf die wehrpolitische Linie übertragen heißt dies, daß sich nach Marx das Proletariat auch zum militärischen Werkzeug seiner Befreiung zu machen, allein auf sich gestellt, die kriegerischen Akte einer künftigen proletarischen Revolution durchzufechten habe, und die Aufnahme seines Kampfes gegen das „Kapital" nicht der conditio sine qua non der „unfehlbar günstigen Chance" bedürfe. Um diese Thesen Marxens mit ihrem brisanten Gehalt für die revolutionäre Entwicklung der Arbeiterbewegung zu erkennen, bedarf es keiner großen Spurensicherung in der Geschichte der russischen Revolution von 1917 und ihrer Nachfolger in der Dritten Welt, läßt sich unschwer selbst in der ‚Propaganda der Tat' der RAF der Marxsche Impetus erkennen.

Angesichts der militärischen, organisatorischen und materiellen Überlegenheit der „bürokratisch-militärischen Maschinerie" der europäischen Staaten mußte sich Marx bei solch überdimensionierten revolutionären Zielsetzungen zwangsläufig auch die Frage nach den militärischen Mitteln des Proletariats stellen. Der Frage der Wehrstruktur war hierbei ebenso eine vorrangige Beachtung zu schenken wie der nach einer spezifischen Form der Kriegführung.

Marx war kein Pazifist. Wenn er das Postulat nach Abschaffung des stehenden Heeres erhob, dann lag diesem seine Erkenntnis zugrunde, daß eine proletarische Machtergreifung keine Chance gegenüber einem intakten Heer und Staatsapparat bot. Wenn er die im Gothaer Programm der SPD proklamierte

Version einer „Volkswehr", einer Miliz auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht verwarf, dann bedeutete dies für ihn ein Verwischen, wenn nicht eine Eliminierung des Klassenkampfgedankens, hieß, sich auf den Boden einer demokratischen Republik parlamentarischen Zuschnitts zu stellen[6], während es ihm doch im Gegensatz dazu um die Abschaffung des Staates und dessen Ersetzung durch die „Diktatur des Proletariats"[7] mit der Rückverlegung aller staatlichen, einschließlich militärischen Aufgaben in die Gesellschaft ging.

Von dieser Basis aus ergab sich für Marx die Weichenstellung für eine künftige proletarische Wehrstruktur. Danach sollte an die Stelle des stehenden Heeres das „bewaffnete Volk" (Proletariat) treten[8], wobei unter diesem Begriff kein voluminöses, strukturloses Gebilde zu verstehen ist, sondern eine territorial nach Kommunen gegliederte, strikt am Klassenkampfgedanken orientierte, von gewählten, jederzeit vom Volk abberufbaren Kadern geführte Volksmiliz.[9]

In dieser Volksmiliz soll es weder Drill, noch „rohe Gewalt"[10] und „erzwungene Eidesleistung"[11] geben, die Kohäsion und Disziplin einzig und allein auf der Kraft und Dynamik der „sozialen Bewegung"[12] sowie der Solidarität beruhen. Im ganz besonderem Maße ist sich Marx der Bedeutung der Kaderfrage bewußt. Die Prinzipien der Wählbarkeit, Verantwortlichkeit und jederzeitigen Absetzbarkeit durch das Volk[13] sowie die Bezahlung der Kader nach „Arbeiterlohn"[14] entsprechend dem Prinzip der égalité, besitzen für ihn einen hochrangigen Stellenwert, insbesonders, als hierdurch jede Herausbildung einer neuen Militärkaste im Keim erstickt werden kann. Zwei weitere Gründe dürfen hierbei nicht übersehen werden: einmal, um einem potentiellen „Bonapartismus" jede Chance zu nehmen, das heißt den Angsttraum von Radialdemokraten und Sozialisten jener Zeit vor einem neue Bonaparte, der, von einer Revolution hochgeschwemmt und protegiert, die revolutionären politischen Gewalten mit Hilfe eines Heeres überspielt und sich in den Besitz diktatorischer Macht setzt; zum anderen, um gemäß dem Prinzip der Koinzidenz der politischen, administrativen und militärischen Gewalt in der Kommune den in seinen Funktionen auswechselbaren proletarischen Typus eines homo politicus et militans zu schaffen, wobei der Gesellschaft das Recht zugesprochen wird, in „wirklichen Geschäftssachen" den „richtigen Mann" zu finden und sich von diesem zu trennen, wenn sie sich in ihm getäuscht fühlt.[15]

Mit dieser proletarischen, in den Basiselementen anarchistisch bestimmten Wehrkonzeption hatte Marx nunmehr seiner Ideologie eine militärische Komponente eingefügt, die den radikalen Bruch mit der allen Armeen inhärenten Tradition der „hierarchischen Investitut" signalisierte und eine neue Tradition begründete, auf der die bolschewistischen Roten Garden, die Kronstädter

Kommune 1921; die anarchistischen Verbände in der Ukraine unter Machno 1918–1921 und im spanischen Bürgerkrieg fußen sollten.

Das Modell eines Aufbaus proletarischer Streitkräfte nach streng antihierarchischem Prinzip mußte Konsequenzen hinsichtlich einer proletarischen Kriegführung nach sich ziehen. Marx sprengte auch hier die bis dahin gegebenen Dimensionen und setzte neue Maßstäbe für die, die nach ihm Revolutionen für machbar erklären sollten.

So fragmentarisch sich auf den ersten Blick die Konzeption Marxens einer proletarischen Kriegführung auch ausnimmt, so ergeben doch seine unter einem einheitlichen Aspekt zusammengefaßten Äußerungen ein in sich geschlossenes Ganzes, das in seiner Kernaussage den in den 30er Jahren von Erich Ludendorff entwickelten Gedanken des „totalen Krieges" vorwegnimmt. Marx erkannte nur zu gut, daß ein vom Proletariat gegen das „Kapital" zu führender Krieg mit konventionellen Mitteln von vornherein zum Scheitern verurteils sein mußte. Eine neue revolutionäre Strategie, neue Mittel, bisher nicht angewandte oder vergessene Methoden mußten ins Spiel gebracht werden, wenn die überlegenen Kräfte des Gegners annähernd kompensiert werden sollten.

Das Resultat seiner Überlegungen gipfelte in der Schaffung einer Vernichtungsstrategie, die sich aber nicht mehr wie bei Clausewitz allein die militärische Unterwerfung, beziehungsweise die politische Entmündigung des Gegners zum Ziel setzte, sondern zugleich auch die Vernichtung seiner Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mit einschloß. Der Offensivgedanke erhielt hierbei ebenso einen ganz besonderen Stellenwert zugewiesen[16] wie der totale Einsatz aller verfügbaren Potentiale und Potenzen des Proletariats, wobei die Anwendung des Prinzips der Massenhaftigkeit aller Kräfte und Mittel die Frage der Zweckmäßigkeit allen humanitären Erwägungen vorzustehen hat.[17]

Die folgenden zentralen Punkte bestimmen den Charakter dieser bisher unbekannten Form einer proletarischen Kriegslehre:

1) Führung eines „Volks"-Krieges auf der Basis eines Klassenkrieges, der als ein „Krieg der Geknechteten gegen ihre Unterdrücker, dem einzig rechtmäßigen Krieg in der Geschichte" deklariert wird.[18]

2) Übertragung des „nationalen Krieges" zur „Befreiung der Arbeit" auf die internationale Ebene, auf der sich die „wenigen Aneigner" und die „ungeheure arbeitende Majorität" gegenüberstehen.[19]

3) Erhebung des Guerillakrieges aus einem subsidiären Mittel der Kriegführung zur alleinigen Kampfform.[20]

4) Aufhebung der Grenzen zwischen Front und Hinterland.[21]

5) Einbeziehung des gesamten Proletariats in die kämpferische Auseinandersetzung, einschließlich der Frauen.[22]
6) Rigorose Anwendung aller Kampfformen und -mittel, einschließlich der Subversion und des Massenterrors.[23]
7) Diskriminierung der Soldaten des stehenden Heeres als Prätorianer[24], Mörder und Banditen[25] bei gleichzeitiger mythischer Überhöhung des proletarischen Kämpfers.[26]

Für Lenin und die Bolschewiki sollte diese wehrpolitische Programmatik, die Marx selbst zwei Jahre vor seinem Tode in einem Brief an den Holländer Ferdinand Nieuwenhuis als „doktrinäre und notwendig fantastische Anticipation des Aktionsprogramms einer Revolution der Zukunft" bezeichnet hatte[27], den Ausgangspunkt zur Schaffung einer proletarischen, mit dem Mittel des Guerillakampfes operierenden Militärorganisation bilden. Marxens antihierarchisch konzipiertes Wehrmodell erwies sich als praktikabel genug, um, umgesetzt auf die eigenen russichen Verhältnisse, die Eroberung der Staatsgewalt am 7./8. November 1917 zu ermöglichen. Bei der Behauptung der Macht gegenüber dem inneren und äußeren Gegner erwies es sich jedoch in den proletarischen Streitkräften der Räterepublik als selbstzerstörerisch. Der anarchodemokratische und anarchistische Geist, der im Kommunemodell schlummerte, bedrohte nun in dem von der Revolution aufgewühlten Rußland diejenigen, die sich seiner zur Zerstörung der Staatsgewalt, der Armee und Gesellschaftsordnung bedient hatten. Im Anblick dieser Gefahr vollzogen Lenin und Trockij im Frühjahr 1918 eine radikale Wende in der Wehrpolitik. Das antihierarchische Prinzip wurde in den Streitkräften der Roten Armee ausgemerzt, an seine Stelle das Prinzip der „hierarchischen Investitur" gesetzt, der Partisanenkampf zu einem subsidiären Mittel der Kriegführung degradiert. Carl von Clausewitz und Friedrich Engels wurden zu den neuen Lehrmeistern, auf deren theoretischem Werk die Bolschewiki ihren Sieg sicherstellen sollten. Der weltrevolutionäre Impetus Marxens ging jedoch in den Jahren der Revolution nicht verloren und zeigt bis heute seine überall spürbaren Nachwirkungen. Doch überall dort, wo sich im eigenen kommunistischen Machtbereich anarchodemokratische beziehungsweise anarchistische Regungen zeigten und zeigen, sei es in Gestalt eines Anarchismus als der extremsten Frucht des Liberalismus, sei es in der einer sozialistisch orientierten libertären Bewegung, spricht der Kreml sein bis zur Exekution führendes Verdammungsurteil. Dies erfuhren die Matrosen von Kronstadt im März 1921 ebenso wie die Ansätze von Arbeiterräten in Ungarn (1956) und Polen (1971 und 1981).

Vor diesem Hintergrund, und man kommt nicht um ihn herum, muß auch die Bestimmung der Position Marxens in der Militärpolitik der DDR gesehen wer-

den. Aus solch einer Sicht gibt Marx auch für das Heute etwas her, ist nicht so „völlig unergiebig", wie es behauptet wurde. Das Verhalten der DDR demonstriert es in augenfälliger Weise. Sie hat konsequent die Lehren aus der Geschichte der Arbeiterbewegung darin gezogen, daß Anarchismus in welcher Gestalt auch immer ein zersetzendes und zerstörerisches Element für einen sozialistischen Staat darstellt und dementsprechend mit allen Mitteln zu bekämpfen ist. Nichtsdestoweniger unterstützt sie im Einverständnis mit sowjetischen Ambitionen anarchodemokratische Kräfte außerhalb des sozialistischen Lager, wenn es diesen unter dem Stichwort „Demokratisierung" um das Brechen hierarchischer Strukturen und die subversive Zerstörung der „bürokratisch-militärischen Maschinerie" fremder Staatsgewalt geht. Marx hat hier mit seinen Thesen als wehrideologische Exportware für die westliche wie für die Dritte Welt noch keineswegs an Bedeutung eingebüßt, was aber mit einschließt, gleichzeitig die Revolutionstheorien eines Herbert Marcuse, Frantz Fanon und Régis Debray zu bekämpfen. Mag man sonst in der DDR Marx als Säulenheiligen betrachten, für die dortige militärische Elite, die ihn nicht unter einem ätherischen humanitären Gesichtspunkt betrachtet, hat er als Revolutionär immer noch etwas zu sagen.

Anmerkungen

1 S. hierzu Gerhard Ritter: Das Kommunemodell und die Begründung der Roten Armee im Jahre 1918. Berlin, 1965;
Karl Markx i voennaja istorija (Karl Marx und die Kriegsgeschichte). Moskau 1969, (Hrsg. Institut für Kriegsgeschichte des Verteidigungsministeriums der UdSSR)
2 Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 17. Berlin (Ost), 1962, S. 546 (MEW)
3 Karl Marx: Briefe an Kugelmann, Berlin (Ost), 1952, S. 124
4 MEW, Bd. 17, S. 592
5 Marx: Briefe an Kugelmann, a. a. O., S. 125–126
6 Gothaer Programm der SPD 1875.
„3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere."
s. hierzu Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms. Berlin (Ost), 1955, S. 33
7 ebenda, S. 33
8 MEW, Bd. 17, S. 597
9 Karl Marx: Politische Schriften, Hrsg. H. J. Lieber, Bd. 2. Berlin (Ost), S. 924–925
10 MEW, Bd. 17, S. 545
11 ebenda, S. 532
12 ebenda, S. 545
13 ebenda, S. 923
14 ebenda, S. 923
15 Marx, Politische Schriften, Bd. 2, S. 925

16 ebenda, S. 916;
Marx, Briefe an Kugelmann, S. 124
17 Marx, Politische Schriften, Bd. 2, S. 917, 934, 948 ff.
18 ebenda, S. 944, 948 ff.
19 ebenda, S. 951
20 ebenda, S. 696, 946 ff.
21 ebenda, S. 944, 946
22 ebenda, S. 922, 946
23 ebenda, S. 917, 934, 948 ff.
24 MEW, Bd. 17, S. 949
25 ebenda, S. 943
26 ebenda, S. 923 ff., 929, 938
27 Zit. nach Werner Blumenberg: Karl Marx. In Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Reinbek b. Hamburg, 1962, S. 142

DER PARTEIBEGRIFF DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS UND KARL MARX

Die aktuelle SED-Programmatik bezeichnet die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands als bewußten und organisierten Vortrupp der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik. Nach diesem Selbstverständnis verwirklicht die Partei die von Marx, Engels und Lenin begründeten Aufgaben und Ziele der revolutionären Arbeiterbewegung. Im Abschnitt IV des 1976 verabschiedeten zweiten SED-Programms wird die SED als führende Kraft bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft bezeichnet. Die weitere Ausprägung dieser führenden Rolle wird sogar als wesentliche Voraussetzung für den allmählichen Übergang zum Aufbau der kommunistischen Gesellschaft verstanden.[1] Das bindende und letztlich die Gesamtgesellschaft betreffende Parteistatut ist konkreter. Es definiert die SED als die höchste Form der gesellschaftspolitischen Organisation der Arbeiterklasse, als ihr kampferprobter Vortrupp, als die führende Kraft der sozialistischen Gesellschaft, aller Organisationen der Arbeiterklasse und der Werktätigen, der staatlichen und der gesellschaftlichen Organisationen.[2] Nach in der DDR herrschendem Verständnis ist die „führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei die wichtigste Gesetzmäßigkeit der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus" überhaupt.[3] Marx und Engels haben in ‚Die deutsche Ideologie' die Gedanken der herrschenden Klasse in jeder Epoche als die herrschenden Gedanken bezeichnet. Diese seien nichts weiter als der ideelle Ausdruck der herrschenden materiellen Verhältnisse.[4] Nirgendwo trifft diese lapidar formulierte Behauptung mehr zu als in den Staaten des parteimonopolitischen Sozialismus.

1. Problemstellung

Die Führungsrolle der Partei im Sowjetimperium wird nicht durch Zustimmung der unterworfenen Bevölkerung, sondern im Regelfall gerade im Gegensatz zu allen Schichten und gesellschaftlichen Gruppen durchgesetzt, natürlich mit Ausnahme der Existenzkommunisten, d. h. derer, die ihre Existenz der Macht und der Privilegienverteilung im Rahmen des Nomenklatursystems verdanken.[5] Nicht von „arithmetischer", d. h. empirischer Zustimmung der Nation mag die Partei ihre Führungsrolle ableiten, sondern letztlich

von den Schriften, den Offenbarungen der Klassiker Marx, Engels und Lenin. Zwar werden eine Fülle von historischen, gegenwärtigen und künftigen Gründen genannt, die die wachsende Avantgarde-Rolle der Supermonopolisten (Voslensky) stützen sollen, doch letztlich bleiben die kommunistischen Schriftgläubigen darauf verwiesen, ihre parteimonopolitistische Herrschaft aus Zitatstellen der Urväter zu rechtfertigen.

Faßt man das ausufernde Schrifttum zur Führungsrolle der marxistisch-leninistischen Partei zusammen, so kann man den Rechtfertigungszusammenhang verkürzt darstellen:

1. Marx und Engels haben aus objektiven gesellschaftlichen Gesetzen die historische Mission der Arbeiterklasse abgeleitet. Diese Mission besteht in der Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise, in der folgenden Errichtung der Diktatur des Proletariats und dem Aufbau der kommunistischen Gesellschaftsformation.

2. Diese historische Mission ist in keiner der drei Phasen das Werk der Arbeiterklasse selbst. Vielmehr bedarf das Proletariat einer politischen Partei, die diesem Kampf durch Kenntnis und Einsicht in den Gang der Geschichte wissenschaftlich begründete Ziele und Richtung gibt. Sie erst – nicht die objektiven gesellschaftlichen Bedingungen – kann und muß der Arbeiterklasse das richtige Bewußtsein über die eigene Mission vermitteln (typischer Zirkelschluß, F. O.), die Arbeiterklasse für den revolutionären Kampf erziehen und organisieren. Von entscheidender Bedeutung sind die wissenschaftlich erarbeitete Strategie und Taktik und die zweckmäßige Organisation.[6]

3. Die Begründung der historischen Mission der Arbeiterklasse und die Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse für die Erfüllung ihrer weltgeschichtlichen Erlöserrolle eines ideologischen und politischen Führungszentrums bedarf, ist von Marx und Engels nicht nur ausgesprochen, sondern Theorie und Praxis sind im von Marx und Engels gegründeten „Bund der Kommunisten" konsequent verbunden worden. Im Auftrag des Bundes formulierten beide das „Manifest der Kommunistischen Partei". SED-Mitglieder lernen im Studienjahr 1981/82: „Marx und Engels haben im ‚Manifest der Kommunistischen Partei' die Grundzüge der Lehre von der proletarischen Partei formuliert."[7]

Durchgängig wird in der DDR-Literatur behauptet, daß das Lebenswerk von Marx und Engels vor allem der Ausarbeitung der Theorie, der Schaffung und Festigung revolutionärer Arbeiterparteien gewidmet war.[8]

Historiker der DDR – und hier folgen sie der offiziellen Parteiprogrammatik – betonen die Kontinuität der Strategie und Taktik von den Tagen des Bundes der Kommunisten (1847–1852), der Eisenacher Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (1869-1875), der Linken in der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (1875-1891) beziehungsweise der Sozialistischen Partei

Deutschlands (Umbenennung in Erfurt 1891), der Kommunistischen Partei Deutschlands (1918) und der aus der Vereinigung von KPD und SPD 1946 hervorgegangenen SED. Zwar wird eine schöpferische Entwicklung der Parteidoktin durch die Praxis, besonders aber durch die Schriften Lenins aus den Jahren 1902 bis 1905 hervorgehoben, entscheidender ist jedoch, daß Historiker und Philosophen der SED die bruchlose Kontinuität der Lehre von der Partei bei Marx und Lenin konstatieren.[9]

Abweichend von dieser Auffassung betonen viele westliche Historiker und Politikwissenschaftler den Bruch der Auffassungen zwischen Marx und Lenin. Vereinzelt wird sogar geleugnet, daß Marx überhaupt eine Differenz zwischen der Partei des Proletariats und dem Proletariat als Klasse sah, d. h. von der Identität von Partei und Klasse ausging.

Wolfe schreibt zum Beispiel, daß Marx' Vorstellungen von der Partei Lenins sozialem Denken genau entgegengesetzt gewesen seien.[10] Auch Marcuse geht von der Identität von proletarischer Partei und Klasse während der Revolution aus.[11] Leonhard meint, daß sich die Sowjetideologie bei der Lehre von der marxistisch-leninistischen Partei kaum auf Marx und Engels berufen kann.[12] Die Arbeiterpartei sei von beiden nicht als eine Eliteorganisation verstanden worden, die die Arbeiterklasse führt, sondern nur als Teil der Arbeiterklasse selbst.[13] Auch G. Brunner folgt ausdrücklich dieser Ansicht: „Überhaupt standen die Vorstellungen von Marx und Engels über die Partei in diamentralem Gegensatz zu den Ansichten Lenins..."[14]

Dagegen lassen neuere Arbeiten von J. Jaroslawski oder von U. Haufschild auch einen anderen Schluß zu.[15] Doch auch diese Arbeiten sind nicht frei von Einseitigkeiten.

Entstehung und Ausbildung des marxschen Parteibegriffs, der übrigens keineswegs, wie auch sonst oftmals nicht, mit dem seines Freundes Engels[16] völlig übereinstimmt, kann nur im Rahmen der Gesamtanschauungen von Marx und Engels gewürdigt werden.[17] Erst dann sollten die Fragen beantwortet werden: 1. ob Marx und Engels eine geschlossene, systematische Lehre von der Partei besaßen, wie die SED-Ideologie behauptet, 2. ob die Lehre von der Partei in ihren Schriften einen zentralen Platz innehatte, der der Bedeutung gleichkommt, den die SED-Führer für ihre Partei in der Theorie vortragen und 3. ob Marx und Engels die geistigen Väter der Parteikonzeption der SED sind.

2. Der Parteibegriff der SED

2.1. Der allgemeine Parteibegriff

Nach Auffassung der DDR-Gesellschaftswissenschaft ist eine Partei eine politische Vereinigung, die aus Repräsentanten einer sozialen Klasse gebildet wird.

Die Partei fixiert die ideologische Programmatik der Klasse, begründet und organisiert ihre politischen Aktionen und kämpft, um ihre Interessen durchzusetzen.[18]

In kapitalistischen Ländern existieren in der Regel mehrere Parteien. Ihr politisches Hauptziel ist dennoch völlig identisch: die Erhaltung des kapitalistischen Systems. Differenzen ergeben sich aus Fraktionierungen der Klasseninteressen. Diese bestehen nach vorherrschender DDR-Ideologie zumeist nur in untergeordneten und taktischen Fragen.

Zwei Parteitypen werden ausgemacht:

1a) Die bürgerlichen Parteien, deren Bürokratie immer mehr mit dem Staatsapparat verschmilzt.

1b) Die reformistischen Arbeiterparteien, deren Funktion die innere Stabilisierung und Anpassung an das veränderte internationale Kräfteverhältnis nach außen ist.

2) Die revolutionären Parteien der Arbeiterklasse, die im Gegensatz zu den „bürgerlichen und reformistischen Parteien" offen als „bewußter Vortrupp" der Arbeiterklasse die politischen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse und des „ganzen werktätigen Volkes" vertreten.

Die marxistisch-leninistischen Parteien haben die Aufgabe, die Arbeiterklasse zur Erfüllung ihrer historischen Mission zu befähigen. Diese historische Mission ist der Sturz der bürgerlich-kapitalistischen „Ausbeuterherrschaft", die Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus.

2.2. Die Partei neuen Typs – Das SED-Selbstverständnis

Aufgrund des Eintritts des Kapitalismus in das Stadium des Imperialismus und der Verstärkung reformistischer und revisionistischer Kräfte in der Arbeiterbewegung war es notwendig, die Lehre von der sozialistischen Revolution von Marx und Engels weiterzuentwickeln und eine Partei neuen Typs zu schaffen, die das Proletariat führen und eine erfolgreiche Bündnispolitik durchsetzen konnte, um die von Marx und Engels formulierte historische Mission der Arbeiterklasse zu verwirklichen. Lenin hat diese Probleme in Theorie und Praxis gelöst. Daher ist vom Marxismus-Leninismus als dem „Rüstzeug der internationalen Arbeiterbewegung" zu sprechen. Die KPdSU ist das Vorbild einer Partei neuen Typs auch für die SED.[19] Nach Darlegungen von DDR-Gesellschaftswissenschaftlern ist eine Partei neuen Typs, als die sich die SED seit 1947/48 versteht, gekennzeichnet durch:

a) Die Partei ist der bewußte Vortrupp der Arbeiterklasse. Ihre Bewußtheit wird von einer wissenschaftlichen Weltanschauung geprägt: dem Marxismus-Leninismus.

b) Die Partei ist der organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse. Jedes Parteimitglied muß in einer Grundorganisation tätig sein. Die Partei ist ein einheitliches System dieser Organisationen.
c) Die Partei ist die höchste Form der verschiedenen Klassenorganisationen der Arbeiterklasse wie den Gewerkschafts-, Jugend-, Frauen- oder Sportorganisationen. Die Partei führt alle diese Oganisationen. Sie vertritt das Interesse der gesamten Klasse und faßt die Einzelaktionen zusammen.
d) Das organisatorische Grundprinzip der Partei ist der demokratische Zentralismus. „Er bedeutet die enge Verbindung von zielstrebiger zentralistischer Leitung, hoher Autorität der Parteiorgane, Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit und straffer, proletarischer Disziplin mit der breitesten innerparteilichen Demokratie, der Wählbarkeit der Parteiorgane, der schöpferischen Autorität und hoher Verantwortung der Parteimitglieder."[20]
Zentrale Leitung, strenge Disziplin und Verbindlichkeit der Beschlüsse sowie innerparteiliche Demokratie, die Plattformen und Fraktionen in der Partei nicht erlaubt, sichern die Einheitlichkeit des revolutionären Willens. Der demokratische Zentralismus besagt formal: 1. alle Parteiorgane werden von unten nach oben gewählt; 2. die gewählten Organe sind zur Rechenschaft verpflichtet; 3. die Beschlüsse der höheren Parteiorgane sind für die nachgeordneten verbindlich; 4. alle Parteimitglieder und Kandidaten haben sich aktiv für die gefaßten Beschlüsse einzusetzen: „Die gesamte Tätigkeit der Partei vollzieht sich auf der Grundlage der politisch-ideologischen und organisatorischen Einheit."[21]
e) Die Partei neuen Typs entwickelt ihre Strategie und Taktik, indem sie die marxistisch-leninistische Theorie auf die konkreten Bedingungen des jeweiligen Landes anwendet. Sie muß stets das rechte Verhältnis zwischen allgemeiner Gesetzmäßigkeiten und nationalen Besonderheiten finden.
f) Die Partei neuen Typs ist die „Verkörperung des poletarischen Internationalismus".[22] Diese Aussage ist vom Generalsekretär der SED, E. Honecker, konkretisiert worden: „Das Verhältnis zur Sowjetunion und zur KPdSU war, ist und bleibt der entscheidende Prüfstein für die Treue zum Marxismus-Leninismus, zum proletarischen Internationalismus!"[23] Die international führende marxistisch-leninistische Partei ist die KPdSU. Die Anerkennung ihrer führenden Rolle ergibt sich aus ihren geschichtlichen Erfolgen. Sie ist daher das Vorbild einer marxistisch-leninistischen Partei.

3. Die Herausbildung des Parteibegriffs bei Karl Marx

3.1. Die Verständigung (1843–1852)

Die DDR-Historiker Bartel und Schmidt weisen zu Recht darauf hin, daß der Marxsche Parteibegriff, von Parteitheorie zu sprechen wäre hier verfrüht, sich aus drei Quellen speist: 1. aus der französischen Revolution – und hier besonders aus den politischen Clubs der Jakobiner, später aus Babeufs „Verschwörung der Gleichen", wie sie uns aus Buonarottis Darstellungen überliefert sind; 2. aus den relativ breiten Organisationsbestrebungen der englischen Arbeiter, insbesondere der englischen Trade Unionisten und Chartisten und 3. aus den deutschen Geheimbünden, wie dem Bund der Geächteten, später dem Bund der Gerechten und den zentralistischen geführten französischen Geheimgesellschaften babouvistisch-blanquistischer Ausprägung.

Den Schritt zum Revolutionär wagte Marx Ende 1843 mit seiner „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie".[24] Die Suche nach dem emanzipierten geschichtlichen Subjekt erschloß sich bei Marx – anders als bei Engels – jedoch nicht aus der Empirie. Sie mündete in der Anknüpfung und Umkehr der Hegelschen Dialektik: Marx' Prometheus war in der Wirklichkeit kaum vorhanden. Er war das Ergebnis von Marxens heilsgeschichtlichem Erlösungsvoluntarismus.[25]

Hier schon weist der 25jährige Marx dem Proletariat die Aufgabe zu, die Philosophie durch die Revolution zu verwirklichen und sich selbst, das Werk der geistigen Emanzipation zu Papier zu bringen.[26] Der Kopf dieser Emanzipation war nicht einfach die Philosophie, sondern nur eine bestimmte, seine eigene. An seiner und des Proletariats Prädestination hielt Marx Zeit seines Lebens fest. Lenin darin völlig ähnlich. Zweifel an den Grundfesten ihres Denkens hatten sie kaum, wenn sie auch zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Welten lebten.[27]

Das Studium der französischen Arbeiterbewegung und mehr noch der Kontakt mit den Pariser Linksintellektuellen verstärkte bei Marx den Glauben an die deutsche Philosophie und ihre Metamorphose zur Philosophie des Weltproletariats.[28] Der Weg des Proletariats durch die bürgerliche Gesellschaft und über sie hinaus aber waren Marx und Engels seit ihrer erstmals gemeinsam verfaßten Schrift „Die heilige Familie" (1945) vorgezeichnet.[29] Was Marx zu dieser Zeit über die elende Lage des Proletariats wußte, stammte von seinem Unternehmerfreund Friedrich Engels.[30]

Die Fakten verstärkten Marx philosophische Parteinahme für das Proletariat, die eigentlich eher eine humanistisch-moralische war. Engels unterwies Marx jedoch zusätzlich, daß die englische Arbeiterbewegung, die Trade Unions, keineswegs revolutionär im marxschen Sinne waren. Vielmehr kam der Sozialismus auch in England von außen an die Arbeiterklasse heran.[31]

Es war übrigens Engels, der das Wort „Partei" in das marxistische Schrifttum einführte: „Die Verschmelzung des Sozialismus mit dem Chartismus, die Reproduktion des französischen Kommunismus auf englische Weise, wird die nächste sein und hat teilweise schon angefangen. Dann erst, wenn dies bewerkstelligt, wird die Arbeiterklasse wirklich die Herrscherin von England sein – die politische und soziale Entwicklung wird inzwischen vorwärtsgehen und diese neuentspringende Partei, diesen Fortschritt des Chartismus begünstigen."[32]

Engels hat jedoch ganz offensichtlich noch keine institutionalisierte Partei – wir schreiben noch das Jahr 1845 – im Blick. Sozialismus und Partei sind hier wohl nur als soziale Strömungen zu verstehen.[33] Auch in der DDR meint man, daß der Parteibegriff von Marx und Engels in den Jahren 1844–1846 im Sinne einer „politisch-literarischen Richtung" zu verstehen ist. Tatsächlich war auch der Klassencharakter dieser sozialistischen Partei noch nicht völlig eindeutig bestimmt.[34] Immerhin wurden in der zweiten gemeinsamen Arbeit von Marx und Engels, in „die Deutsche Ideologie", die im Frühjahr 1846 beendet wurde, Kommunisten bereits als „Anhänger einer bestimmten revolutionären Partei" verstanden.[35] Beide formulieren hier auch, daß der Kommunismus nur als die Tat der herrschenden Völker auf „einmal" oder gleichzeitig möglich sei.

Die Entfremdung könne nur aufgehoben werden, wenn die Masse der Menschheit eigentumslos geworden sei und zugleich die Entwicklung der Produktivkräfte einen hohen Entwicklungsgrad erreicht hätten. Ohne diese Voraussetzungen würde nur der Mangel verallgemeinert, „also mit der Notdurft, auch der Streit um das Notwendige wieder begonnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen..."[36] Als Schlußpunkt des politischen Kampfes „Klasse gegen Klasse" sieht Marx eine Assoziation, „welche die Klassen und ihren Gegensatz ausschließt, und es keine eigentliche politische Gewalt mehr gibt".[37]

Anfang 1846 begann eine neue Phase im politischen Wirken der beiden lebenslang verbundenen Freunde. Schon in der „Deutschen Ideologie" hatten sie ihre materialistische Geschichtsauffassung mit Brillanz und später nicht mehr erreichter Differenziertheit formuliert. Nunmehr stürzen sie sich sechs Jahre lang in die politische Praxis. Im Frühjahr gründen sie das kommunistische Korrespondenzkomitee in Brüssel. Sie versuchen beherrschenden Einfluß auf die kleinen nationalen und internationalen Zirkel radikaler Linker zu gewinnen. Im Mai 1846 sehen sie sich bereits als die Repräsentanten der kommunistischen Partei, die das deutsche Proletariat vertritt und suchen nunmehr eine wirkliche Gruppierung, nicht nur praktisch-politische Zeitströmung, zu organisieren.[38]

Marx hatte sich zuvor in Paris, wie Engels in London, von dem, zumeist von deutschen Handwerkern aus dem „Bund der Geächteten" hervorgegangenen „Bund der Gerechten" ferngehalten. Dessen konspirative Grundstimmung und besonders der utopisch-gleichmacherische Sozialismus eines Weitling paßte den „wissenschaftlichen Sozialisten" nicht. Durch ihre Schriften und über das Korrespondenzkomitee gewannen Marx und Engels jedoch immer mehr Achtung bei den Londoner Bundesführern Schapper, Moll und Bauer.[39] Es gelang ihnen, über den Londoner Emissär Joseph Moll dem Bund ihre Anschauungen aufzuzwingen. Das konspirative Statut wurde auf dem 1. Londoner Bundeskongreß, an dem zwar Engels, aber nicht Marx teilnahm, im Juni 1847 durch ein neues ersetzt. Demokratische und zentralistische Positionen waren erstmals miteinander vermengt, ein Musterstatut geboren. Auf dem II. Kongreß des Bundes der Kommunisten im Dezember 1847, der die ideologische Linie klären sollte, wurden Marx und Engels beauftragt, eine programmatische Schrift zu verfassen.

3.2. Die Parteikonzeption des Kommunistischen Manifestes – Marx und Engels an der Spitze des Bundes der Kommunisten

Marx und Engels entledigten sich dieses Auftrages überraschend schnell. Schon im Februar 1848 legen sie das „Manifest der Kommunistischen Partei" vor. Hauptautor ist Marx, die Vorlage lieferte Engels mit seinen ‚Grundsätzen des Kommunismus'.[40] Noch zwanzig Jahre später bekennen sich beide zu den wichtigen Aussagen des Manifestes.[41]

Marx und Engels arbeiten fünf Jahre an der Spitze des Bundes der Kommunisten, dem Vorläufer einer kommunistischen Partei mit. Marx selbst war drei Jahre Präsident des Bundes. Beide sind nicht nur die Autoren des Programms, sondern auch der Statuten.

Der erste Abschnitt des Kommunistischen Manifestes wiederholt die Marxschen Vorstellungen von der angeblichen weltgeschichtlichen Rolle des Proletariats, einer damals ganz und gar hypothetischen und mystischen Existenz- und Rollenbeschreibung. Marx geht auf die Darlegungen der ‚Deutschen Ideologie' und des ‚Elends der Philosophie' zurück. Sein Parteienbegriff blieb anfangs dunkel. Demnach macht das Proletariat verschiedene historisch bedingte Entwicklungsstufen durch: „Sein Kampf gegen die Bourgeoisie beginnt mit seiner Existenz".[42] Die Kollisionen zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem einzelnen Bourgeois nehmen den Charakter von Kollisionen zweier Klassen an. „Die Arbeiter beginnen damit, Koalitionen[43] gegen die Bourgeoisie zu bilden; sie treten zusammen zur Behauptung ihres Arbeitslohnes. Sie stiften selbst dauernde Assoziationen ... Diese Organisation der Proletarier zur

Klasse, und damit zur politischen Partei wird jeden Augenblick wieder gesprengt durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst".

Das Wort „damit" ist, wenn man Marx' Geschichtsauffassung richtig deutet, als „gleichzeitig" zu verstehen. Nicht weil hier ein spontanes Element in der Marxschen Parteiauffassung im Sinne Rosa Luxemburgs vermutet werden darf, sondern weil an dieser Stelle Partei nicht als Organisation, sondern nur als eine historische Strömung anzusehen ist, die sich gleichzeitig mit den anwachsenden Kommunikationsmitteln – Marx und Engels meinten die Eisenbahn – als nationaler, zentralisierter Massenkampf verwirklicht.

Der zweite Abschnitt verdeutlicht, daß beide Autoren aber keineswegs bei der Begriffsbestimmung „Partei" als einer historischen Strömung stehenbleiben, sondern nunmehr von der realen Existenz institutionalisierter und sogar verschiedener Arbeiterparteien ausgingen. Zugleich schufen sie in diesem Abschnitt neue Unklarheiten.

Die wesentlichsten Aussagen waren:

a) Die Kommunisten sind „keine besondere Partei" gegenüber anderen Parteien;

b) die Kommunisten haben „keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen";

c) die Kommunisten „stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen".

Läßt man diese drei Punkte auf sich wirken, so scheint völlig klar, daß Marx und Engels gar keine selbständige kommunistische Partei forderten und – was viel wichtiger ist – für diese auch keine Führungsrolle anstrebten. Doch dann kommt es genau umgekehrt. Marx und Engels formulieren direkt im Anschluß einen Anspruch für die Kommunisten – wenn auch nicht für die kommunistische Partei – wie ihn Lenin für seine bolschewistische Fraktion in der SDAPR nicht arroganter hätte postulieren können:

a) Die Kommunisten heben die „gemeinsamen von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats" hervor;

b) die Kommunisten vertreten „stets das Interesse der Gesamtbewegung";

c) die Kommunisten sind praktisch der „entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder";

d) die Kommunisten haben „theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus".[44]

Es ist offensichtlich, daß sowohl Leninisten als auch die Gegner des bolschewistischen Parteienverständnisses aus diesen Textstellen Honig für ihre Betrachtungsweise holen konnten. In der Tat widersprachen sich die Begründer des „wissenschaftlichen Sozialismus" vielfach im Verlaufe ihres theoretischen

und praktischen Schaffens, aber selten so diametral innerhalb einer einzigen Buchseite.

Den schillernden, teils gegensätzlichen Auffassungen von Marx in der Zeit von 1843 bis 1848 wird man daher nur gerecht, wenn man das von ihm und Engels für den Bundeskongreß vom Dezember 1847 vorbereitete Bundesstatut zur Analyse mit heranzieht, ein Statut, das vom Präsidenten Karl Schapper und seinem Sekretär Engels unterzeichnet ist.[45]

Der Artikel 1 bestimmt als Zweck des Bundes sowohl die Herrschaft des Proletariats als auch die Gründung einer neuen Gesellschaft ohne Klassen und ohne Privateigentum. Als Bedingungen der Mitgliedschaft werden in Artikel 2 eine dem Zweck des Bundes entsprechende „Lebensweise und Wirksamkeit", aber auch die Unterwerfung unter die Beschlüsse des Bundes und eine einstimmig erfolgte Mitgliederaufnahme in einer „Gemeinde" gefordert.

Die folgenden Abschnitte klären die Funktionen der Bundesgemeinde, des Kreises, der Zentralbehörde und des Bundeskongresses. Aus diesen organisatorischen Bestimmungen bereits die Theorie eines Demokratischen Zentralismus herauszulesen, wie die SED-Theoretiker dies heute tun, scheint jedoch verfrüht.

Der konspirative Charakter des Statuts erweist sich in Abschnitt VIII, der rigoros Ausstoßungen und Entfernungen aus dem Bunde vorsieht: „Über Verbrechen gegen den Bund richtet", so heißt es im Artikel 41, „die Kreisbehörde". Sie sorgt auch für die „Vollstreckung des Urteils". Die entfernten und ausgestoßenen „Individuen sowie verdächtige Subjekte überhaupt" sollen „überwacht und unschädlich" gemacht werden.

Es wird deutlich, daß sich Marx und Engels eine für damalige Zeit überraschend präzise Organisationstruktur vorstellten und, zumindest für diese Periode, die sicherlich bis 1850 reicht, der blanquistische Hintergrund kaum abgestritten werden kann.

Im Lichte des Statuts muß das „Manifest" als ein Dokument betrachtet werden, das zwar aus seiner Zeit interpretiert werden und die damalige Isolation des Bundes von anderen Gruppierungen des Proletariats, mehr noch von den Intellektuellen überwinden, zum anderen aber die Bundesmitglieder mit dem nötigen Selbstbewußtsein und konspirativ-elitären Führungsanspruch ausstatten sollte, an dem es Marx und Engels ohnehin niemals mangelte. Dabei unterlagen die beiden gerade wegen ihrer „wissenschaftlich" begründeten Denkweise schlimmen Selbsttäuschungen. Denn, und dies ist immer wichtig herauszuarbeiten, Marx' Proletariat des Jahres 1847 war nur ein philosophisches Konstrukt. Zu dieser Zeit gab es auf dem europäischen Kontinent kein revolutionäres Proletariat, schon gar keines, das die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit hätte legitimieren können. So umfaßte der

Bund der Kommunisten keineswegs die Industriearbeiterschaft. Wie F. Mehring schrieb, herrschten die Handwerker und unter ihnen, besonders in den Pariser Gemeinden, die Schneider, vor.[46]

Kurz nach dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes, aber völlig unabhängig davon, brachen in verschiedenen europäischen Ländern Revolutionen aus. Marx wurde aus Brüssel ausgewiesen und bildete, versehen mit einer Blanko-Vollmacht der ehemaligen Londoner Zentralbehörde, in Paris eine neue Exekutive, die ihn zum Präsidenten des Bundes der Kommunisten wählte. Überraschend trieb jedoch der damals 30jährige seine kommunistische Partei keineswegs elanvoll voran. Er empfahl vielmehr, sich der demokratischen Bewegung anzuschließen. Marx beharrte während der Revolution auf der Ansicht, daß die Arbeiter sich auf die Seite der bürgerlichen Demokratie gegen Monarchie und Feudalismus stellen sollen.[47] Während der Phase von April 1848 bis zum Juni 1849 war der Kommunistenbund praktisch aufgelöst.[48]

Die Enttäuschung über die Wahl des Napoleon-Neffen Louis Bonaparte im Dezember 1848 und das Zaudern der Frankfurter National-Versammlung ließ jedoch tiefe Verachtung für die Bourgeoisie hervortreten. Nur noch vom Proletariat erwartete Marx demokratische Strukturreformen. Erst im späten Frühjahr 1849 wird auch die ‚Neue Rheinische Zeitung' zum Kampfblatt des freilich immer noch verschwindend kleinen „Proletariats".

Die Niederlage der ersten deutschen Revolution führte dazu, daß Marx das Parteienproblem wesentlich schärfer als bisher akzentuierte. Die Revolution hatte die konspirativen Zirkel des Bundes der Kommunisten aufgesogen, die kümmerlichen Anfänge der Arbeiterbewegung hatten sich den Liberalen zugeordnet. Marx' Haß auf das Bürgertum trieb ihn vorübergehend dazu, die Chancen einer quasi-militärisch aufgebauten Kaderorganisation, die sich sowohl legal als auch illegal organisiert, überzubewerten. In der März-Ansprache an die Zentralbehörte des Bundes von 1850 glaubten Marx und Engels, die Revolution stehe erneut kurz bevor.[49] Deshalb müsse die Arbeiterpartei „möglichst organisiert, möglichst einstimmig und möglichst selbständig auftreten". Sie solle nicht wieder wie 1848 in das Schlepptau des Bürgertums geraten. Die Arbeiter und insbesondere der Bund wurden aufgefordert, eine „selbständige geheime und öffentliche Organisation der Arbeiterpartei herzustellen und jede Gemeinde zum Mittelpunkt und Kern von Arbeitervereinen zu machen, in denen die Stellung und Interessen des Proletariats unabhängig von bürgerlichen Einflüssen diskutiert werden".[50] Aufgabe des Proletariats sei es, „die Revolution permanent zu machen, so lange, bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt sind, die Staatsgewalt vom Proletariat erobert und die Assoziation der Proletarier nicht nur in

einem Lande, sondern in allen herrschenden Ländern der ganzen Welt so weit fortgeschritten ist, daß die Konkurrenz des Proletariats in diesen Ländern aufgehört hat".[51]

Die Arbeiter blieben aufgefordert, nach der bürgerlichen Revolution, neben der neuen offiziellen Regierung eine eigene revolutionäre Regierung zu bilden. Sie sollten auf die „entschiedenste Zentralisation" der Gewalt in den Händen der „Staatsmacht" hinwirken. Marx und Engels traten gegen jede Föderalisierung und gegen das „demokratische Gerede" von der Freiheit der Gemeinden sowie gegen jegliche Selbstregierung und sogar gegen das Gemeindeeigentum auf.

Während der Revolution müssen, so Marx und Engels im März 1850, die Arbeiter sich selbständig als proletarische Garde mit einem eigenen Generalstab organisieren. Niemals dürfen sie ihre Waffen und Munition aus den Händen geben: „... jeder Entwaffnungsversuch muß nötigenfalls mit Gewalt vereitelt werden".[52]

Als Hauptpunkte, die der Bund der Kommunisten vor und nach dem von Marx als unmittelbar bevorstehend diagnostizierten Aufstand im Auge behalten muß, nennen beide die Vernichtung des Einflusses der bürgerlichen Demokraten, die sofortige selbständige und bewaffnete Organisation der Arbeiter und die Durchsetzung möglichst kompromittierender Bedingungen für die vorübergehend unvermeidliche Herrschaft der bürgerlichen Demokratie. Nach dem Sieg der Revolution sollen neben den bürgerlichen Kandidaten für die Wahl der Nationalvertretung überall Arbeiter-Kandidaten aufgestellt werden, die „möglichst aus Bundesmitgliedern bestehen müssen".[53] Sie sollen ihren Parteistandpunkt während der Herrschaft der bürgerlichen Demokratie an die Öffentlichkeit bringen, denn die Fortschritte, die die proletarische Partei durch ein unabhängiges Auftreten erreiche, seien wichtiger als die Spaltung der demokratischen Bewegung.

In der Juni-Ansprache 1850 unterstrich Marx nochmals ausdrücklich – allerdings nur mit Blick auf Deutschland – das Bedürfnis „nach einer starken geheimen Organisation der revolutionären Partei".[54] Gleichfalls in dem nur Deutschland vorbehaltenen Berichtsteil wird ein Zwei-Klassen-Schema von Partei-Mitgliedern entwickelt, das später Lenins Kaderkonzept legitimieren half. Marx und Engels unterschieden die entschiedenen revolutionären Mitglieder des Bundes von der zweiten „Klasse", von Personen, die zwar „revolutionär brauchbar und zuverlässig sind, welche aber noch nicht die kommunistische Konsequenz der jetzigen Bewegung verstehen..." Diese zweite Klasse solle fortwährend unter der Leitung der „eigentlichen Bundesmitglieder und Bundesbehörden" bleiben. Mit ihrer Hilfe könne der „Einfluß auf die Bauern und Turnvereine sehr fest organisiert werden".

Evident scheint zu sein, daß Marx zumindest in dieser Zeit nicht von der Identität des Proletariats und seiner Partei ausgegangen ist. Steht im ‚Kommunistischen Manifest' noch Spontaneität der Klasse und Vorhutanspruch der Partei unvermittelt nebeneinander, so muß man jetzt feststellen, daß Marx zumindest in der Bundesansprache vom Juni 1850 die Partei als selbständigen Generalstab verstanden hat, der nicht nur proletarische Elemente aufnehmen, sondern alle die führen sollte, die die Revolution in Permanenz auf ihre Fahne schrieben. Der vorweggenommene Gedanke einer Kaderpartei verschärfte die Auseinandersetzungen um die bisherige Parteikonzeption. Auch das angestrebte Ziel, die „entschiedenste Zentralisation der Staatsmacht" nach dem Beispiel Frankreichs des Jahres 1793 wurde als Aufgabe einer wirklich revolutionären Partei von Marx benannt und hätte mit ziemlicher Sicherheit den Charakter der Partei und der Gesellschaft im Falle eines revolutionären Erfolges determiniert.

In den ‚Klassenkämpfen in Frankreich' sang Marx 1850 das hohe Lied des tapferen und aufrechten Revolutionärs Auguste Blanqui. Sein Sozialismus als Permanenz-Erklärung der Revolution sei die „Klassendiktatur des Proletariats" als notwendiger Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt. Das Proletariat, so meint sein selbst ernannter Prophet optimistisch, gruppiere sich immer mehr um den revolutionären Sozialismus, um den Kommunismus, für den die „Bourgeoisie selbst den Namen Blanqui erfunden hat".[56] So ist es nicht verwunderlich, daß Marx und Engels im Herbst 1850 mit den französischen Blanquisten und den englischen Chartisten die ‚Weltgesellschaft der revolutionären Kommunisten' gründen. Ihr Hauptzweck: „Das Ziel der Assoziation ist der Sturz aller priveligierten Klassen, ihre Unterwerfung unter die Diktatur der Proletarier, in welcher die Revolution in Permanenz erhalten wird bis zur Verwirklichugn des Kommunismus, der die letzte organisierte Form der menschlichen Familie sein wird."[57]

Marx machte wenige Wochen nach der optimistischen Ansprache vom Juni 1850 eine völlige Kehrtwendung. Er erwartete nunmehr keine schnelle Machtergreifung des Proletariats mehr und forderte den Bund auf, sich auf eine lange Zeit der kommunistischen Propaganda, d. h. seiner eigenen Doktrinen, festzulegen. Tatsächlich nahmen seit dem Sommer 1850 die persönlichen Antipathien zwischen Marx und Engels einerseits und ihren Gegenspielern Schapper und Willich andererseits wegen sachlicher Differenzen zu.

Im September 1850 kam es schließlich zum Bruch von Marx und Engels mit der Bundesführung. Bei der Einschätzung der Gründe für das Scheitern der europäischen Revolutionen und der künftigen Strategie erhielten zwar beide in der Londoner Zentralbehörde noch die Mehrheit, doch die Majorität des Londoner Kreises sprach sich für die Gegner von Marx aus. Dieser verlegte

daraufhin die Zentralbehörde von London nach Köln. Der Kreis Köln wurde schließlich beauftragt, eine neue Führung zu bilden. Gleichzeitig wurden die aus dem Jahre 1847 stammenden Statuten für ungültig erklärt und die neue Zentralbehörde beauftragt, sie zu revidieren.

Wieder wird in den neugefaßten Statuten die Avantgarde-Rolle des kommunistischen Bundes festgeschrieben:

„Der Bund vertritt in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf des Proletariats zu durchlaufen hat, stets das Interesse der Gesamtbewegung, wie er stets alle revolutionären Kräfte des Proletariats in sich zu vereinigen und zu organisieren sucht; er ist geheim und unauflöslich, so lange die proletarische Revolution ihr Endziel nicht erreicht hat."[58]

Schon zwei Jahre später aber liquidiert ihr Präsident diesen unauflöslichen Bund und tritt bis an sein Lebensende nicht wieder einer kommunistischen Partei bei.

Man wird Engels ansonsten verklärten Rückblick vom Jahr 1889 auf die Zeit des ersten Kommunistenbundes ernst nehmen müssen, wenn er die Haltung aus den Jahren 1847 bis 1852 beschreibt:

„Damit am Tage der Entscheidung das Proletariat stark genug ist, zu siegen, ist es nötig – und das haben M(arx) und ich seit 1847 vertreten –, daß es eine eigene besondere Partei bildet, getrennt von allen anderen und ihnen entgegengesetzt, eine selbstbewußte Klassenpartei."[59]

3.3 Der Parteibegriff zwischen der Auflösung des Bundes und der Gründung der I. Internationale

Die Spaltung des Bundes der Kommunisten im September 1850 führte zu einer tiefen Depression und zu einer, wie Marx an Engels 1851 schreibt, authentischen Isolation.[60] Obwohl der von Köln aus geleitete Bund erst auf Marx' Antrag im November 1852 aufgelöst wird, deutet sich im Briefwechsel der beiden Freunde schon zuvor eine echte Resignation über die von ihnen geführte Partei an. Marx scheint erleichtert, daß man sich nun nicht mehr wegen mancher Konzessionen in der Partei lächerlich machen müßte.

Aus den Erfahrungen der 48er Ereignisse meint Engels schlußfolgernd, daß eine Revolution ein reines „Naturphänomen" sei, bei dem man sich „independent" halten müsse. Die Selbständigkeit gegenüber dem Strudel ist für Engels Anfang der 50er Jahre wichtig: „Nicht nur keine offizielle Staatsstellung, auch solange wie möglich keine offizielle Parteistellung, kein Sitz in Komitees pp., keine Verantwortlichkeit für Esel..."[61]

Aus den Sätzen der beiden verschworenen Freunde, die nunmehr über ihre einstigen hochgelobten Kampfgefährten Kübel von Hohn und Spott ausschütten und sich unmißverständlich von der Partei distanzieren, spricht mehr

die Überkompensation der Ohnmacht und zunehmender Trotz angesichts der „authentischen Isolation". Schließlich bringen die Kommunisten-Prozesse von Köln 1852 und das völlige Erlahmen der revolutionären Welle Marx dazu, sich von „kleinlichen Zänkereien" zu distanzieren und um „unserer Partei einen wissenschaftlichen Sieg zu erringen", sich in „die Studierstube zurückzuziehen".[62] Marx schließt einen Brief an Freiligrath mit Sätzen, die die Marx-Forscher bis heute immer wieder beschäftigen:
„Ich habe ferner das Mißverständnis zu beseitigen gesucht, als ob ich unter ‚Partei' einen seit 8 Jahren verstorbenen ‚Bund' oder eine seit 12 Jahren aufgelöste Zeitungs-Redaktion verstehe. Unter Partei verstand ich die Partei im großen historischen Sinn."[63] In dem gleichen Brief unterstreicht Marx, daß er seit 1852 keiner geheimen oder öffentlichen Gesellschaft mehr angehört habe. Die Partei in diesem „ganz ephimeren Sinn" habe für ihn seit acht Jahren aufgehört zu existieren. Marx glaubte, daß seine theoretische Arbeit dem Proletariat mehr nütze als das „Einlassen in Verbindungen, deren Zeit auf dem Kontinent vorüber" sei. Der Bund wie auch andere hundert Gesellschaften wären nur eine „Episode in der Geschichte der Partei, die aus dem Boden der modernen Gesellschaft sich naturwüchsig bildet".[64]

Doch schon 1853 fordert er wieder „unsere Partei" neu zu rekrutieren.[65] In einem Brief an J. Weydemeyer spricht Engels von der „Partei Marx", die sich durch Studien auf neue revolutionäre Kämpfe vorbereite.[66] Gemeint sind hier wohl nur Marx und Engels selbst, die „unheimlich ochsen". Aber die Konsequenz ist typisch: Die Überlegenheit „unserer Partei" habe sich absolut und relativ vermehrt.

Auch Marx sieht seine Anhängerschaft als eine zwar „kleine", aber doch im gewissen Sinne „mächtige Partei".[67] Seinen Freund Engels fordert er auf, die deutsche Korrespondenz für ein durch Arbeiteraktien gestiftetes und von dem in die USA übergesiedelten J. Weydemeyer redigiertes Tageblatt in Chicago zu übernehmen, denn: „Parteiarbeit ... ist sehr wichtig".[68] Gerade bei öffentlichen Publikationen fordert er von seinen vermeintlichen Anhängern strenge Disziplin. Auch Engels besteht nunmehr auf „Partei-Disziplin", obwohl tatsächlich gar keine Organisation existiert. Marx kündigt in einem Brief an Engels vom Mai 1859 an, daß er Lassalle desavoieren werde, falls dieser sich nicht mit ihm vor seinen Äußerungen koordiniere und trotzdem im „Namen der Partei zu sprechen sich herausnimmt". Marx: „Wir müssen jetzt durchaus Parteidisziplin halten, oder alles wird in den Dreck gerissen".[68]

Seit Anfang der 50er Jahre bis zu seinem Tode 1883 lebte Marx in London. Nach dem Sieg der Konservativen in Deutschland, der Aussöhnung des franzö-

sischen Proletariats mit Napoleon III., dem Vordringen des Proudhonismus und Lassalleanismus betrachtete Marx die Arbeiterbewegung auf dem Kontinent mit großem Mißtrauen. F. Mehring kam in einer Biographie über Marx zu dem Urteil, daß dessen internationale Warte ihn daran hinderte, den einzelnen Nationen ins Herz zu sehen. „Auch mit den deutschen Zuständen haben sie (Marx und Engels; F. O.) niemals eine völlig vertraute Führung gewonnen, seit sie ihre Heimat verlassen hatten; selbst in eigentlichen Parteifragen nicht, wo ihr nun einmal unbesiegbares Mißtrauen gegen Lassalle und alles Lassalleanische ihr Urteil trübt."[70]

Von Beginn an verhinderte es die persönliche Antipathie von Marx gegen Ferdinand Lassalle, daß er dessen am 23. Mai 1863 in Leipzig gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) als „seine Partei" akzeptierte.[71] Die Paragraphen des ADAV-Statuts hätten Marx wegen ihres Zentralismus, vielleicht sogar wegen ihrer proletarischen Reinheit – so durften Intellektuelle nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Vorstandes aufgenommen werden – und sicher auch wegen der umfassenden Vollmachten für den Vereinspräsidenten die Billigung nahe legen können, wenn nicht der bekämpfte und bis zu seinem Tode im August 1864 verhaßte Ferdinand Lassalle an der Spitze des ADAV gestanden hätte.[72] Auch mit den Nachfolgern Lassalles mochte Marx sich nicht aussöhnen. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein war ihm eine „Sekten-Organisation".[73] Merkwürdig ist allerdings, daß er sich nach Vorschlägen sowohl von W. Liebknecht (September/Oktober 1864) als auch B. Becker und J. B. von Schweitzer (September 1864) durchaus mit dem Gedanken herumschlug, Nachfolger des bei einem Duell getöteten ADAV-Präsidenten F. Lassalle zu werden.[74] Unwahrscheinlich ist, daß Marx wirklich den ADAV-Vorsitz annehmen, aber mit der Wahl seine Stellung in der Öffentlichkeit, d. h. der internationalen Arbeiterbewegung festigen wollte. Er erhielt übrigens bei der Solinger Wahl nicht eine Stimme.

Umso beeindruckter war Marx seit Anfang der 60er Jahre von der Macht und dem Einfluß der englischen Trade Unions. In den Gewerkschaften sah er die „einzig wirklich große Arbeiterorganisation" und bewertete sie als „Organisationszentren der Arbeiterklasse".[75]

Während jener Jahre, als in Deutschland der Vorläufer der Sozialdemokratie, der ADAV, bereits mehrere Jahre bestand, betrachtete Marx diese Vereinigung ebenso wenig als seine Partei wie die Chartisten Englands. Immer wieder hob er statt dessen die Bedeutung der Gewerkschaften hervor: „Wenn die Gewerksgenossenschaften notwendig sind für den Guerillakrieg zwischen Kapital und Arbeit, so sind sie noch weit wichtiger als organisierte Kraft zur Beseitigung des Systems der Lohnarbeit und Kapitalherrschaft..."[76]

Marx blieb jedoch mit der nahezu ausschließlichen ökonomischen Ausrichtung der Trade Unions unzufrieden und hoffte später, daß es ihm gelingen werde, sie über die Internationale Arbeiter Assoziation (IAA) „in die Bewegung zu ziehen".[77] Eine Hoffnung, die trügerisch blieb.

3.4 Die Partei und die I. Internationale

In den Jahren 1852–1864 blieb Marx' Einfluß auf die europäische Arbeiterbewegung marginal. Als jedoch in seiner direkten Nähe, in der St. Martins Hall, am 28. September 1864 in London die Internationale begründet wurde, hatte Marx daran nur geringen Anteil. Er war, wie er selbst zugab, nur eine „stumme Figur auf der Plattform".[78] Er sah plötzlich vor seiner Tür „eine Geschichte ... wo es möglich ist, bedeutend zu wirken".[79]

Die Initiative zur Gründung der I. Internationale ging tatsächlich von englischen und französischen Gewerkschaften aus, denen sich die Jünger Proudhons und Blanquis sowie Neo-Jakobiner aus Frankreich und Belgien, italienische Anhänger Mazzinis aus Italien und polnische Demokraten sowie deutsche Handwerker anschlossen.[80] Marx selbst war niemals formal Chef der Internationale. Auf seinen Vorschlag wurde der Sekretär der Londoner Trade Unions, George Odger, zum Vorsitzenden gewählt. Als dieser später wegen der üblichen Zerwürfnisse mit Marx ausschied, nahm Karl Marx, zweifellos die dominierende Persönlichkeit, den Präsidentenposten nicht an. Formal blieb Marx als korrespondierender Sekretär der deutschen Sektion nur Mitglied des zentralen Ausschusses.

In den ersten Jahren der Internationale erwies sich Marx, von Engels relativ unbeeinflußt, voll taktischen Geschicks. Er selbst beschreibt seine Taktik bei der Abfassung der provisorischen Statuten: er sei verpflichtet gewesen, zwei „duty" und „right" Phrasen aufzunehmen, die aber so plaziert seien, daß sie keinen Schaden anrichten könnten.[81]

Auch die Inaugural-Adresse war eine taktisch balancierte Manifestation, kein Manifest mit revolutionären Fanfarenstößen.[82] Tatsächlich findet sich in der Inaugural-Adresse kein Wort über die Notwendigkeit von Enteignungen der Produktionsmittel, von der Diktatur des Proletariats oder vom Sozialismus als Ziel der Arbeiterbewegung.[83] Die Konzessionen waren mit Rücksicht auf die Franzosen und Italiener notwendig geworden. Marx beschrieb sie in einem Brief an Engels vom November 1864: „Er war sehr schwierig, die Sache so (zu) halten, daß unsere Ansicht in einer Form erschien, die sie dem jetzigen Standpunkt der Arbeiter-Bewegung acceptable machte... Es bedarf Zeit, bis die wiedererwachte Bewegung die alte Kühnheit der Sprache erlaubt. Nötig fortiter in re, suaviter in modo".[84]

Die Inaugural-Adresse beschrieb den Gegensatz zwischen dem wachsenden Reichtum der Bourgeoisie und der zunehmenden Armut des Proletariats. Jeder Hinweis auf eine Führerrolle der Partei wurde tunlichst vermieden.

Entscheidender, wenn auch in der Inaugural-Adresse unauffälliger placiert, ist aber der Auftrag an das Proletariat: „Politische Macht zu erobern ist daher jetzt die große Pflicht der Arbeiterklassen. Sie scheinen das begriffen zu haben, denn in England, Frankreich, Deutschland und Italien zeigt sich ein gleichzeitiges Wiederaufleben und finden gleichzeitige Versuche zur Reorganisation der Arbeiterpartei statt."

Hier mag man noch an ein allgemeines Rekurrieren auf die Partei im historischen Sinne glauben, doch zeigt das nächste Zitat wieder eindeutig ein elitäres Verständnis: „Ein Element des Erfolges besitzt sie, die Zahl. Aber Zahlen fallen nur in die Waagschale, wenn Kombination sie vereint und Kenntnis sie leitet."[85] Es sollte allerdings in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, daß die I. Internationale niemals ein Zusammenschluß von Parteien, ja nicht einmal von Gewerkschaften war.

Auch die von Marx im Oktober 1864 nach langem Zerren verfaßten ‚Provisorischen Statuen' zeigen einen durchaus flexiblen Arbeiterführer, der die I. Internationale für verschiedene Richtungen der Arbeiterbewegung offenhalten wollte, der aber dennoch auch eine spätere Parteibildung und einen Parteienzusammenschluß nicht ausschloß.[86]

Immerhin hielt Marx an dem von ihm dem Proletariat zugewiesen Ziel fest, die politische Macht zu erobern. Daher begrüßte er ebenso die Bildung selbständiger Arbeiterparteien. Zugleich aber blieb sein Denken seit Anfang der 50er Jahre der Analyse objektiver Entwicklungen des Kapitalismus zugewandt, seine Sprache bis 1871 ist behutsamer und ambivalenter geworden. Nicht zuletzt hat er registrieren müssen, daß die neugegründeten proletarischen Gesellschaften und Verbände keineswegs bereit sind, seinen Doktrinen zu folgen. Wenn er in den 60er Jahren gegen Denksysteme und für die historischen und spontanen Organisationen der Arbeiterklasse votiert, so gerinnt gerade sein eigenes Denksystem immer mehr zu einer geschlossenen Doktrin, die er der Arbeiterbewegung nach Möglichkeit aufdrängen möchte. Bekämpft werden dagegen die Auffassungen Lassalles, Proudhons oder Bakunins, ihre Anhänger geschmäht und verleumdet.

Zweifellos sind in den 60er Jahren Belegstellen zu finden, die Marx' Hinwendungen zu den Gewerkschaften belegen oder sogar eine Neigung zur spontanen Bewegung vermuten lassen.[87] Gerade diese Textstellen haben Rosa Luxemburg und anderen Repräsentanten eines humanistischen Marxismus später als Beweis gedient, daß Marx mit der leninistischen Parteitheorie nicht in Einklang zu bringen sei.

Immer stärker wandte sich Marx der Kritik der kapitalistischen Produktionsweise, den Produktionsverhältnissen und den materialistischen Wirkungszusammenhängen der Geschichte zu, doch ist einfach nicht zu übersehen, daß Marx und Engels auch in den Jahren bis 1869, dem Entstehen der Eisenacher Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP), immer wieder auf eine mächtige organisierte Partei setzten. Im Jahre 1865 nennt Engels Gründe für das erneute Entstehen von Arbeiterparteien, doch wird man kaum davon ausgehen können, daß Engels sich bereit finden mochte, die bereits existierende Lassalleanische Richtung hinzunehmen. Tatsächlich hatte Marx gerade in diesem Jahr versucht, in Berlin, Köln, Magdeburg, Solingen und Stuttgart aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ausgeschiedene Mitglieder zu versammeln, um eine anti-lassalleanische Partei zu organisieren.[88]

3.5 Die Parteikonzeption auf dem Teststand

Die Kontakte, die Marx zu den Vertretern der deutschen Arbeiterbewegung Ende der 60er Jahre hatte, waren außerordentlich dünn gesät. So positiv er sich gegenüber einer imaginären eigenen Partei verhielt, so distanziert trat er gegenüber den wirklichen Parteien des europäischen Proletariats auf, die nicht sein Werk waren. Kein Wunder, daß der Einfluß von Marx und Engels sich immer mehr verringerte. Einer der wenigen Informanten der Londoner Freunde war Wilhelm Liebknecht, der an der Spitze der sächsischen Arbeiterbewegung stand. Doch die Belegstellen, in denen Marx seinen deutschen Vertrauensmann verspottet, ihn ein „Biederrindvieh" oder auch „Sanguiniker und Lügner" nennt, sind zwar nicht ganz so drastisch wie die kritischen Bemerkungen über Lassalle, dennoch aber bezeichnend für die Arroganz und Unduldsamkeit des Schöpfers der Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus.[89]

Als der Lassalle-Nachfolger J. B. von Schweitzer Marx ‚Kapital' bewundernd rezensiert und diesen sogar Ende der 60er Jahre zur Hamburger Generalversammlung des ADAV einladen möchte, kommt es aber vorübergehend zur Annäherung zu der verhaßten „Lassalle-Kirche". Marx hoffte wahrscheinlich seine ideologischen Lehren dem relativ bedeutenden ADAV nahezubringen.[90]

Marx' Äußerungen aus den Jahren 1868 und 1869 weisen darauf hin, daß er dagegen nicht bereit war, die von Liebknecht geführte „Eisenacher Richtung zu akzeptieren. In einem Brief an Engels beschwerte er sich, Liebknecht habe von ihm gefordert, zum August-Kongreß (1869) zu kommen, sich den Arbeitern zu zeigen und er solle auch auf Liebknechts Wunsch das Kommunistische Manifest „umflicken".[91] Aus der Korrespondenz sowohl von Marx als

auch von Engels spricht das Mißtrauen gegen Liebknechts Partei, das zum Beispiel bei Engels noch bis in das Jahr 1873 währt.[92]

Marx lehnte denn auch die Teilnahme am Gründungskongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im August 1869 ab, wohl weniger weil er sie „als freie Tat der Arbeiter" erscheinen lassen wollte[93], als vielmehr, weil er skeptisch gegen die Strategie und Taktik der Liebknechtianer war. Er forderte ihren Beitritt in die Internationale sowie die Schaffung einer „anständigen Parteiorganisation".[94] Die Partei dürfe „weder Volkspartei noch Lassalle-Kirche" sein. Auch als sich Marx im Herbst 1869 mit wichtigen Mitgliedern der SDAP – übrigens nicht mit Bebel oder Liebknecht – aussprach, kam es nur zu einer geringfügigen Annäherung.[95] Der Grund lag wohl darin, daß die führenden Köpfe der deutschen Sozialdemokratie zwar die Integrität und den Scharfsinn von Marx und Engels achteten, aber zugleich deren besserwisserische Strenge kritisierten.

Erst als die sozialdemokratische Arbeiterpartei während des deutsch-französischen Krieges 1870/71 eine ebenso ablehnende Position gegen das Vorgehen Bismarcks in der zweiten Phase des Waffenganges einnahm, näherten sich die Standpunkte an. Während Schweitzer Bismarcks Krieg gegen Napoleon III. unterstützte, verweigerte Liebknecht, der ebenfalls seit 1867 im Norddeutschen Landtag saß, die Zustimmung zu den Kriegskrediten.

In seiner grundlegenden Schrift ‚Der Bürgerkrieg in Frankreich' erklärte Marx die Pariser Kommune als die „Regierung der Arbeiterklasse..., die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen kann". Umso überraschender ist es, daß er in dieser Schrift mit keinem Wort auf die Partei einging.[96]

Weder band er die „Regierung der Arbeiterklasse" an die führende Rolle der Partei, noch erwähnte er sie überhaupt. Marx wußte genau, daß seine Anhängerschaft in der Pariser Gemeinde gering war.[97] Er gab auch zehn Jahre später zu, daß die Kommune keine sozialistische Mehrheit hatte. Jedenfalls hat Marx selbst niemals die Kommune als „Diktatur des Proletariats" bezeichnet.[98] Dennoch blieb sein Parteibegriff wieder einmal schillernd, denn in einem Brief an Kugelmann vom 12. April 1871 nennt er die Aufstände von Paris die „glorreichste Tat unserer Partei seit der Pariser Juniinsurrection". Der Versuch, die bürokratisch-militärische Maschinerie zu zerbrechen, sei ein Versuch „unserer heroischen Parteigenossen".[99]

Die Veröffentlichung von „Der Bürgerkrieg in Frankreich" verstörte einflußreiche Mitglieder der I. Internationale. Die Ratsmitglieder B. Lucraft und G. Odger verließen die IAA; zu gleicher Zeit verschärfte Bakunin seine An-

griffe auf Marx. Letzterer fühlte sich jedoch in der Rolle als „Roter Terroristendoktor" in seinem Element. In den Jahren 1870/71 glaubte er sich vorübergehend an die Zeit von 1848 erinnert, die langweiligen 20 Jahre der „Sumpfidylle" schienen ihm vorüber. Er war glücklich, zur „alten mutigen Sprache" zurückzukehren.

Auf der Londoner Konferenz der IAA (September 1871) schlug er vor, den Artikel 7 der provisorischen Statuten von 1864 zu verändern. Der allgemeine Haager Kongreß vom 2. bis 7. September 1872 stimmte dem zu. Eindeutig wie selten nahm Marx nun nach der Niederschlagung der Kommune wieder für die Bildung der Partei Stellung. Es wird deutlich, daß er nun unter Konstituierung des Proletariats „als Partei" zweifellos die organisierte und institutionalisierte Partei meint: „In seinem Kampf gegen die kollektive Macht der besitzenden Klasse kann das Proletariat nur dann als Klasse handeln, wenn es sich selbst als besondere politische Partei im Gegensatz zu allen alten, von den besitzenden Klassen gebildeten Parteien konstituiert. Die Konstituierung des Proletariats als politischer Partei ist unerläßlich, um den Triumph der sozialen Revolution und ihres höchsten Ziels, der Aufhebung der Klassen zu sichern."[100]

3.6 *Die Parteikonzeption nach der Niederlage der Pariser Kommune*

Dem im Jahre 1871 gegründeten Deutschen Reich und seinen Architekten war die sozialistische Arbeiterbewegung von Anfang an ein Dorn im Auge. Führer der Eisenacher mußten sogar mehrfach ins Zuchthaus. Die Repression führte dazu, daß sich die beiden in vielem gegensätzlichen Parteien des Proletariats immer mehr annäherten. Ihre Doppelexistenz jedoch verhinderte einen stärkeren Widerstand gegen Bismarcks politischen Kurs. Schließlich beseitigte aber die „Lösung der deutschen Frage von oben" einen wichtigen Streitpunkt. Die Lassalleaner waren stets für eine kleindeutsche, die Eisenacher dagegenüber für eine großdeutsche Lösung, das heißt die Einigung Deutschlands unter Einschluß Österreichs, eingetreten. Endlich nahmen die Lassalleaner die von Liebknecht seit dem Coburger Kongreß im Juli 1874 ausgestreckte Bündnishand an. Liebknecht war (Bebel saß zu dieser Zeit im Gefängnis) ohne Wissen von Marx bereit, dem Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Bildungsverein entgegenzukommen. Auf einer Vorkonferenz am 14. und 15. Februar 1875 wurde der Programmentwurf von den Lassalleanern W. Hasenclever, August und Otto Kapell und anderen sowie den Eisenachern Wilhelm Liebknecht, Eduard Bernstein und anderen ausgearbeitet.[101]

Gerade die Tatsache, daß Marx und Engels über die Fortschritte der Einigungsverhandlungen sowie über die programmatische Einigung nicht recht-

zeitig informiert waren, führte dazu, daß beide mit größtem Ärger reagierten, zeigte aber auch, wie gering ihre Rolle in der deutschen Arbeiterbewegung immer noch war. Engels war der grollende Zensor, der als erster in einem Brief an den damals verhafteten August Bebel vor den Konsequenzen des Gothaer Programms warnte. Das Programm sei ein Wendepunkt in der Arbeiterbewegung und könnte ihn und Marx dazu zwingen, „alle und jede Verantwortung mit der Partei, die es anerkennt, abzulehnen".[102]

Engels nahm bereits alle wesentlichen Kritikpunkte vorweg, die Marx später in seinen berühmten ‚Randglossen' vortrug. Besonders waren die Freunde darüber verärgert, daß der Programmentwurf Lassalles Phrasen vom ehernen Lohngesetz und vom freien Volksstaat übernommen habe.

Zwei Monate später kann auch Marx nicht mehr schweigen. Die SDAP Führung veröffentlichte den Marx-Verriß erst 1891, wohl wissend, daß diese Abrechnung sowie die Herausstellung der Diktatur des Proletariats in den ‚Randglossen' die Einigung der beiden Parteien verhindert hätte.[103] Bebel hatte die Marx-Kritik seinerzeit nicht gelesen, und Marx nahm davon Abstand, seine ‚Randglossen', wie ursprünglich angedroht, zu publizieren.[104] Am 5. Mai 1875 schrieb Marx an seinen Vertrauensmann Wilhelm Bracke – einem führenden SDAP-Funktionär und Reichstagsmitglied –, daß weder er noch Engels mit dem Programm etwas zu tun habe, daß es aber seine Pflicht sei, sich von seinem verwerflichen und demoralisierenden Inhalt zu distanzieren: „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme". Dem Brief fügte Marx die ‚Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei' bei, die als ‚Kritik des Gothaer Programms' die sozialistische und kommunistische Theorie bis heute beeinflußten.[105]

Die Kritik enthält eine Abrechnung des vorherrschenden Gedankengutes der Sozialdemokratie dieser Zeit, zugleich eine ausdeutbare Phasenabfolge der proletarischen Revolution und der kommunistischen Zukunftsgesellschaft sowie ein Bekenntnis zur revolutionären Diktatur des Proletariats.[106] Bedeutsam bleibt, daß Marx in den ‚Randglossen' die Eisenacher SDAP viermal als „unsere Partei" bezeichnet und damit nachträglich ihre sechsjährige Existenz und Wirkung annimmt. Die barschen Bemerkungen des Londoner Patriarchen werden jedoch von den Delegierten des Einigungs-Parteitages ignoriert, umso mehr als die meisten sie gar nicht kannten. Der Programmentwurf wurde mit wenigen Änderungen akzeptiert.[107] Während Engels die auf der Grundlage des Gothaer Programms erfolgte Einigung als „Schmach unserer Partei" ansieht[108], dennoch aber seinen Einfluß auf die deutsche Arbeiterbewegung aufrecht erhalten möchte und insbesondere mit K. Kautsky und E. Bernstein engeren Kontakt sucht, grollt Marx den Parteiführern und den Halbheiten, die die Partei seiner Meinung nach weiter zuließ.[109]

Marx und Engels waren besonders darüber alarmiert, daß die deutsche Sozialdemokratie nach 1875 immer mehr Zulauf von Intellektuellen deutscher Universitäten, von „Katheder-Sozialisten" hatte, gegen die Engels seine Abrechnung im Anti-Düring vorbereitete. Die aggressive Sprache, mit der Engels schließlich den historischen Materialismus auch auf die Natur-Dialektik ausdehnte, führte übrigens dazu, daß der SDAP-Kongreß 1877 beinahe den weiteren Abdruck von ‚Herrn Eugen Dürings Umwälzung der Wissenschaft' untersagte.
Um die „absolute Unwissenheit der Professoren und Privatdozenten zu exponieren"[110], suchte auch Marx nach einer publizistischen Plattform.
Marx' autoritäres Gehabe stößt jedoch auf Kritik. Der aber wehrt sich. Rückblickend behauptet er, nicht eher Mitglied der geheimen Kommunistengesellschaft geworden zu sein, bevor nicht in den Statuten der „Autoritätsaberglaube" beseitigt worden wäre. Im übrigen habe er während der Zeit der Internationale niemals die Öffentlichkeit gesucht.[111] Kaum ernst nehmen kann man seine Bemerkung an W. Blos, Engels und er gäben „keinen Pfifferling für Popularität".[112] Noch einmal unterstrich Marx, daß ihm wegen der Vorgänge beim Gothaer Einigungskongreß „Vorsicht in unserem Verhalten zu den ‚Parteigenossen in Deutschland' aufgenötigt" worden sei.
Als im Jahre 1878 ‚Die Zukunft', finanziert von Karl Höchberg, dem Sohn eines reichen Frankfurter Geschäftsmannes als 14tägige Beilage des ‚Vorwärts' erstmals erschien, war Marx von den sozialen „Phantastereien" und Zukunftsspiegelungen des Blattes so enttäuscht, daß er den „Einkauf eines Bourgeois in die Partei" beklagte und auch für dieses Blatt zu schreiben sich weigerte. Der ‚Vorwärts' drucke eine Masse unreifer Beiträge, so grollte der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus aus London, von „strebenden und eingebildeten Jünglingen" ab.[113]
Erst nach der Behinderung der deutschen Arbeiterbewegung – als Folge von zwei Attentaten auf Wilhelm II., die fälschlich den Sozialisten angelastet wurden –, stellt Marx in einem Brief an die ‚Daily News' klar, daß persönlicher Terror nicht mit den Zielen der proletarischen Bewegung vereinbar wären und nähert sich ihr wieder an.[114]
Auch in einem damals unveröffentlichten Konspekt zur Reichstagsdebatte über das Sozialistengesetz stellt sich Marx vor die deutsche Sozialdemokratie.[115] Marx und Engels erwogen sogar, nach Erlaß des Sozialistengesetzes für eine illegale deutsche sozialistische Zeitschrift zu schreiben und versicherten der SDAP-Führung ihrer persönlichen Mitwirkung. Als Bedingung fordern sie, daß eine Person ihres Vertrauens, Carl Hirsch, Chef-Redakteur werde, damit kleinbürgerliche Kompromisse ausgeschlossen seien. Als jedoch auch dieser Vorschlag abgelehnt wird und nicht Hirsch, sondern Höchberg, Schramm

und Bernstein die Zeitschrift in der Schweiz herausgeben sollen, ziehen sie ihre Bereitschaft wieder zurück. Besonders Höchberg galt Engels als ein höchst unklarer Kopf, der die proletarisch-revolutionäre Linie der Partei verfälsche.[116]

Enttäuscht blieb Marx in den letzten Jahren seiner politischen Aktivitäten von der theoretischen Linie, wie sie von K. Höchberg, K. Schramm und E. Bernstein mit dem ‚Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik' vertreten wurde.[117] Er stimmte sofort mit der Aufforderung von Engels überein, einen entschiedenen Standpunkt gegen Höchberg zu beziehen und der SDAP-Führung in Leipzig zu übermitteln. So entwarf Engels den berühmten ‚Zirkularbrief' vom 17./18. September 1879.[118] Beide kritisierten die Auffassung der Züricher Gruppe, wonach die Arbeiterklasse nicht fähig sei, sich zu emanzipieren, sondern die Führerschaft gebildeter, besitzender Bürger benötige. Der Zirkularbrief unterstrich, daß Personen, die der proletarischen Bewegung beitreten, ihre Klassenvorteile aufgeben und sich mit ganzem Herzen der politischen Linie des Proletariats verschreiben müßten. Sie, Marx und Engels, könnten unmöglich mit Leuten zusammengehen, die die Arbeiterschaft für zu ungebildet hielten, um sich selbst zu befreien. Ganz offen kündigen die beiden Freunde an, daß, falls die neue Parteipublikation eine nichtproletarische Haltung einnehme, sie sich „öffentlich dagegen erklären" und die Solidarität lösen würden, „mit der wir bisher die deutsche Partei dem Ausland gegenüber vertreten haben. Doch dahin kommt's hoffentlich nicht..."[119]

Marx schlägt in die gleiche Kerbe: Leute, die sich den Sozialismus nach Universitätsrezepten „zurechtgemanscht" hätten und die Partei in den Augen des Spießbürgers respektabel machen würden, klagt er an, weil sie der Partei die „Zähne ausbrechen" wollten.[120]

Für die theoretischen Abweichungen machte Marx die parlamentarische Arbeit der deutschen Sozialdemokratie verantwortlich, die „sie bereits auf den Esel gebracht habe".[121] Ende des Jahres 1879 zeigt sich Engels wieder unversöhnlich wie zuvor. Was ihn besonders wurmte, war, daß die Herausgeber des reformistischen Jahrbuchs nach wie vor als Parteimitglieder angesehen werden. Es täte ihm und Marx leid, „Euch in diesem Augenblick der Unterdruckung nicht unbedingt zur Seite stehen zu können".[122]

F. Engels war Ende der 70er Jahre sicher schwieriger und aggressiver aber auch flexibler und kreativer als der seit Jahren kränkelnde Marx. Als die Differenzen zwischen der deutschen Parteiführung und den beiden Londonern fortwährten, unternahmen Bebel und Bernstein Ende 1880 ihren Gang nach Canossa, um sich in London zu rechtfertigen. Es wurde ein ausgiebiges Verhör. Schließlich kam man überein, die Chefredaktion für die seit dem September 1879 erscheinende Zeitung ‚Sozial Demokrat' Bernstein zu übertragen

Marx hat sich in seinen letzten Lebensjahren dennoch kaum mit Strategie und Taktik der deutschen Sozialdemokratie abfinden können. Doch vermied er eine öffentliche Polemik gegen die Parteiführung. Anders als dem späten Engels blieb ihm der keimende Reformismus ein Graus. Auch das neue Parteiorgan fand nicht seinen Beifall. Über Kautsky befand Marx, dieser sei mittelmäßig und ein Besserwisser.[123] Der Kontakt zur deutschen Parteiführung nahm denn auch deutlich ab.

Marx' Interesse wandte sich immer mehr der russischen und französischen Arbeiterbewegung zu. Mit P. Lawrow und V. Sassulitsch pflegte er einen recht ausgedehnten Briefwechsel. Große Erwartungen setzte er besonders auf die französische Arbeiterbewegung unter J. Guesde, der ihm auf einen Marx-Brief hin mitteilte, er teile dessen Ansicht, daß man, bevor man „an Aktion denken kann", eine „bewußte Armee geschaffen haben muß".[124] Neue Hoffnung schöpften Marx und Engels aus den Entwicklungen im zaristischen Rußland: „In Rußland muß die Sache jetzt in wenig(en) Monaten zum Klappen kommen. Entweder stürzt der Absolutismus, und dann weht sofort nach dem Sturz der großen Reserve der Reaktion, ein anderer Wind durch Europa. Oder es gibt einen europäischen Krieg, und der begräbt auch die jetzige deutsche Partei unter dem unvermeidlichen Kampf eines jeden Volkes um die nationale Existenz... Aber die neue Partei, die daraus schließlich doch hervorgehen müßte, werde in allen europäischen Ländern frei sein von einer Masse Bedenklichkeiten und Kleinlichkeiten, die jetzt überall die Bewegung hemmen".[125]

4. Die Parteikonzeption von Karl Marx – Zusammenfassung

Karl Marx hat keinen systematischen Beitrag zum Parteibegriff oder zur Parteitheorie geliefert. Die Parteiproblematik stand nie im Zentrum seines Denkens. Gleichwohl hat er sich auch zu diesen Fragen relativ häufig geäußert.

Wer seine Einstellung zur Partei und Parteiproblematik erkunden will, der muß auf verstreute Bemerkungen in Briefen, Reden und einigen Schriften wie dem Manifest der kommunistischen Partei, der Ansprache der Zentralbehörde an den Bund der Kommunisten, den Statuten des Bundes sowie auf grundlegende Äußerungen zur Zeit der 1. Internationale und auf die Randglossen zum Gothaer Programm zurückgreifen.[126] Sie bieten, ebenso wie die parteipolitische Tätigkeit Marxens, ein recht ambivalentes Bild.

Marx hat nie eine Partei gegründet, war aber Mitglied des Bundes der Gerechten wie auch des Bundes der Kommunisten. Obwohl er dem Bund mehrere Jahre sogar präsidierte, tat er für die Arbeiterbewegung während der Revolution 1848 nur wenig und betätigte sich fast ausschließlich auf dem jakobinischen Flügel demokratischer Gruppen. Er hat sich zwar verschiedentlich in der Retrospektive kritisch zum Kommunistenbund geäußert, doch seine brief-

lichen Stellungnahmen erinnern eher an den berühmten Fuchs, dem die Trauben zu hoch hängen. Vom Autoritätsaberglauben hat er sich zwar distanziert, war aber selbst zutiefst autoritär und bekämpfte takt- und rücksichtslos alle Personen und Strömungen, die sich ihm entgegenstellten.

Marx ist der Autor des Programms und des Statuts der ersten kommunistischen Partei. Auch die Statuten nach der Spaltung des Bundes hat er persönlich beeinflußt. Wesentliche zentrale Direktiven des Bundes zeigen seine Handschrift. Daß der Bund der Kommunisten niemals eine Partei in jenem Sinne war, den Marx und Engels im Manifest beschworen hatten, kann Marx nicht angelastet werden. Oder doch, denn er war zu keiner Zeit der geborene Parteiführer wie zum Beispiel der Russe W. I. Lenin. Doch die Verhältnisse in den Jahren 1848 bis 1852, sie waren nun einmal nicht so.

Marx verstand in den ersten Jahren seines philosophischen Schaffens unter der Partei eine politisch-literarische Strömung. Institutionalisierung und Organisationsstruktur spielten praktisch keine Rolle. Auch die Klassenzuordnung der Partei blieb unscharf.

Mit der Gründung des Brüsseler Kommunistischen Korrespondenzkomitees erhielt der Parteibegriff eine neue Qualität. In der Zeit bis zum Frühjahr 1850 gingen die Inhalte der Parteikonzeption durcheinander. Einerseits wurde die Partei als historische Strömung definiert, andererseits aber nahm Marx die Bedeutung von politischen Institutionen zunehmend wahr. Seine hervorragende Mitwirkung am Manifest und an zwei Statuten des Bundes sind dafür Beleg.

An verschiedenen Stellen des Manifestes und der Statuten wird unzweifelhaft bereits eine Vorhutrolle der Kommunisten proklamiert. Andere Textstellen stehen dem entgegen, ohne die Avantgarde-Funktion der Kommunisten völlig aufzuheben. Nach der Revolution von 1848 wurde für eine kurze Zeit der historisch-literarische Aspekt des Parteienbegriffs zurückgestellt. Übrig blieb eine Konzeption, auf die sich Lenin und seine Epigonen mit gewissem Recht berufen können. Die Partei wurde zu einer zentralistischen Kaderorganisation mit legaler und illegaler Struktur sowie quasi-militärischen Aufgaben. Ihr Avantgarde-Charakter bildet sich weiter aus, stützte sich allerdings nach wie vor auf die Inhalte der vorhergehenden Schaffensphase. So verband sich die Parteikonzeption mit dem Diktaturbegriff des ‚Bürgerkrieges in Frankreich'.

Für Marx' politische Aktivitäten war schon hier entscheidend, ob es sich um die „Partei Marx"[1], das heißt um seine Partei handelt. Er maß die Mitglieder daran, ob sie bereit waren, seine sich immer mehr verfestigenden Theoreme zu teilen, und spaltete die Partei gnadenlos, als die Mehrheit der Mitglieder seine

Analysen ablehnt. Zwei Jahre stand er an der Spitze eines kleinen revolutionären, auf ihn eingeschworenen Bundes der Kommunisten.
Nach seiner Auflösung 1852 bis Mitte der 60er Jahre war Karl Marx kein Parteimitglied. Er gehörte einer imaginären Arbeiterbewegung an und vertiefte durch ökonomische Studien seinen dialektisch-philosophischen Standpunkt. In den Jahren 1852–1863 hat Marx ein äußerst distanziertes Verhältnis zu der von ihm ehemals geführten Partei. Diese negative Beziehung ist ein Reflex seiner weitgehenden Isolierung und der Schwäche der Arbeiterbewegung. Der Bund war für ihn nur eine „Episode in der Geschichte der Partei":
Partei im positiven Sinne ist jetzt eine im dialetktischen Sinne zu verstehende politisch-geistige Strömung, die seine Philosphie versteht und annimmt. Sie ist keine festgefügte Organisation, sondern bestand aus seiner persönlichen Anhängerschaft.
Wenngleich Marx niemals Präsident der 1864 gegründeten und 1876 untergegangenen I. Internationale war, so war er doch ihr eigentlicher spiritus rector. Die Inaugural-Adresse und die provisorischen Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation sind sein Werk, obwohl sie außerordentlich ausgewogen und zurückhaltend formuliert wurden. Der Wissenschaftler des ‚Kapital' und der Führer der Internationale sind eine Person. Stets sucht er die Einheit von Theorie und Praxis zu verbinden. Sein Ziel während der Jahre 1864–1871 ist es, eine politische Plattform für sich selbst zu schaffen, die internationale Arbeiterbewegung auf einen Minimalkonsens einzuschwören und die Emanzipation des Proletariats in eine „Klasse für sich" voranzutreiben.
Marx' Konzeption in der I. Internationale war von dem Versuch geprägt, die spontanen Bewegungen der Arbeiterbewegung zusammenzufügen und zu integrieren. Die von ihm entworfenen Organisationsstrukturen vertraten Flexibilität und demokratische Formen. Sein Mißtrauen gegenüber den Anfängen der deutschen Sozialdemokratie, insbesondere dem Lassalleanismus, führte dazu, daß er in den 60er Jahren der Spontaneität der Arbeiterklasse eine vorübergehende Berechtigung einräumt und sogar verschiedentlich die Gewerkschaften als Organisationszentren des Proletariats ansieht.
Bis zum preußisch-französichen Krieg ging es ihm somit vorwiegend um die Trennung des Proletariats von allen nichtrevolutionären Einflüssen. Die Niederlage der Pariser Kommune ließ ihn seine bisherige taktische Zurückhaltung vergessen. Der Tagespolitik und Theorie gleichermaßen verbindende Marx kehrte zur revolutionären Periode seiner Jugendtage zurück, freilich dabei den philosophischen Ansatz in den Hintergrund schiebend. Mehr denn je ist er wieder von der Notwendigkeit einer disziplinierten Partei überzeugt. Sein Eintreten für eine zentralistische Kontrolle der Internationale sowie seine Auseinandersetzung mit dem sich ausbreitenden Anarchismus eines

Bakunin führte 1876 zur Auflösung der Internationalen Arbeiter-Assoziation.
Nach der Niederlage der Pariser Kommune, dem Höhepunkt proletarischer Spontaneität, verhärtete sich die Parteikonzeption von Marx weiter. Disziplin und doktrinärer Rigorismus werden, ähnlich wie in den Jahren 1848 bis 1850, zu wesentlichen inhaltlichen Elementen der antizipierten zentralistisch geführten, straff organisierten politischen Partei.
Von der Arbeiterbewegung seines Geburtslandes Deutschland erhoffte er sich in diesem Sinne die richtige Parteibildung, die die lang vorausgesagte proletarische Revolution voranzutreiben hatte. Trotz einer erbarmungslosen Kritik am Allgemeinen Deutschen Arbeiterbildungsverein hat sich Marx zur Zeit der Gründung der I. Internationale um dessen Vorsitz bemüht, wenn auch vor allem, um seine eigene Rolle international aufzuwerten. Der Partei von Bebel und Liebknecht, daß heißt der Eisenacher Strömung nach 1869, blieb er, wenn auch kritisch, verbunden. Er akzeptierte sie als „unsere Partei".
Der Einigung der beiden Gruppierungen, des Lassalleanischen ADAV und der Bebel'schen SDAP zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands im Jahre 1875 stand er ablehnend gegenüber. Seine theoretische Niederlage auf dem Gothaer Parteikongreß hat er nie verwinden können. Zwar nahm er die Sozialdemokratie vor den Konsequenzen des Sozialisten-Gesetzes von 1878 in Schutz, doch die anpasserischen, reformistischen Ideen und ihre Träger bekämpfte der ambitionierte Revolutionär noch in seinen letzten Lebensjahren. Die im Jahre 1880 erfolgte Aussöhnung war aus der Rücksicht auf die deutschen Bedingungen geboren. Sie führte dazu, daß Marx sich kurz vor seinem Tode im Jahre 1883 immer mehr der französischen und jungen rossichen Arbeiter- und Intellektuellen-Bewegung zuwandte.

Marx hat niemals eine ausgebildete Parteikonzeption hinterlassen. Das typische an seiner Parteitheorie ist, daß sie durchgängig zwei Merkmale enthält:

a) die Ablehnung der Identität von Klasse und Partei;
b) den Anspruch der Partei, das Proletariat auf seine weltgeschichtliche Mission vorzubereiten, d. h., als Lehrer des Proletariats zu wirken, um den notwendigen Geschichtsprozeß freizusetzen.

Für Marx ist Geschichte determiniert, die Rolle des Proletariats als Erlöser der Menschheit prädestiniert. Doch Weg und Ziel soll die Partei nach seinen Doktrinen weisen. Der Parteibegriff schließt zwar die Revolution „machende" Kampforganisation nicht völlig aus, doch ist die völlig elitäre Auffassung erst von Lenin zum Dreh- und Angelpunkt der Parteikonzeption erhoben worden.

Den Test auf die Marx'sche Parteikonzeption konnte seinerzeit nur die deutsche Arbeiterbewegung leisten. Doch hier durchlebte Karl Marx sowohl die größten Hoffnungen als auch Enttäuschungen.
Dem Lassalleanismus stand er aus ideologischen wie aus persönlichen Gründen ablehnend, den Eisenachern distanziert, wenn auch personell verbunden, gegenüber. Zur Sozialdemokratie nach 1875 hatte er stets ein gebrochenes Verhältnis. Die Ansätze des Reformismus, die später viele westeuropäischen Parteien prägten, hat er stets verurteilt. Seine Partei war cum grano salis nur eine revolutionäre, „marxistische" Bewegung. Erst der späte Engels nahm die deutsche Arbeiterpartei an, weil er befand, die „deutsche Sozialdemokratie sei die endlich Wirklichkeit gewordene Gestalt der Marx'schen Parteilehre".[127] Dieser grandiose Irrtum von Engels wurde erleichtert durch das wachsende Selbstbewußtsein der Sozialdemokraten unter Kautsky, Bernstein und Bebel. Erleichtert aber auch dadurch, daß Engels nach dem Tode des von ihm geliebten Meisters wichtige Revisionen an der Marx'schen Lehre vornahm und seine auf die Natur ausgeweitete materialistische Dialektik zusammen mit der zahlenmäßigen Stärkung der sozialistischen Parteien Westeuropas, die Erfüllung der Heilserwartung durch die Revolution immer mehr zur objektiven Gesetzmäßigkeit erhob. Hierzu gehört auch, daß Engels in seinen letzten Lebensjahren für eine demokratische und offene, breit angelegte sozialistische Partei eintrat.

5. Schlußfolgerungen

Zu Beginn der Studie wurden drei Fragen aufgeworfen. Sie sollen jetzt einsichtig, wenn auch nach Möglichkeit nicht einseitig, beantwortet werden:

1. Die SED hat unrecht, wenn sie behauptet, Marx und Engels hätten eine geschlossene, systematische Lehre von der Partei niedergelegt. Richtig ist vielmehr, daß sich der Parteibegriff, den Marx während seiner literarischen und politischen Aktivitäten verwendet, mehrfach wandelt, in verschiedenen Nuancen schillert und letztlich widersprüchlich bleibt. Geschlossenheit und Systematik wird man bei diesem großen – wie bei vielen anderen anregenden – Denker ohnehin nicht vermuten dürfen. Vielmehr entwickelt sich Parteibegriff und Parteikonzeption mit Marxens politischer Reife und den historischen Gegebenheiten des 19. Jahrhunderts.

2. Die SED hat ebenso unrecht, wenn sie vorgibt, daß die Partei bei Marx einen zentralen Stellenwert einnahm. Bis heute ist ohnehin umstritten, welche Kategorien und Auffassungen bei Marx und Engels von alles überragen-

der Bedeutung sind. Man könnte die Kategorie der Entfremdung oder die Gewißheit der historisch begründeten Emanzipation der Arbeiterklasse, die proletarische Revolution oder die kommunistische Zukunftsgesellschaft betonen. Die Partei stand jedoch niemals im Mittelpunkt der politischen Praxis oder der philosophischen, historischen und ökonomischen Analysen. Ebenso unrichtig ist andererseits die Annahme, Marx habe sich überhaupt nicht mit der Parteiproblematik beschäftigt, habe dem Selbstlauf, dem revolutionären Instinkt des Proletariats oder dem Geschichtsprozeß vertraut. Partei war für Marx historisch-politische Zeitströmung, doch auch elitäre und doktrinäre Führerschaft. Sie war für Marx zu verschiedenen Zeiten seines Schaffens der Propagandist seiner Theorien, Lehrer der Arbeiterklasse und auch Avantgarde der proletarischen Emanzipation. Sie sollte der Revolution Weg und Ziel angeben.

3. Bedeutet dies nun aber, daß Marx der geistige Vater der SED oder gar des realexistierenden Sozialismus in der DDR ist? Die Antwort hierauf muß notwendigerweise strittig bleiben. Ohnehin besagt eine positive Einschätzung recht wenig über die Legitimation des parteimonopolitischen Sozialismus in der DDR. Herrschaft legitimiert sich in Industriestaaten des XX. Jahrhunderts nicht aus der Offenbarung, mögen dies Schriftgläubige verschiedener Couleur auch noch so hartnäckig behaupten. Legitimation erwächst nur aus der Zustimmung der Bevölkerung und muß immer wieder neu erworben werden. In geringerem Maße gehört dazu auch, daß es der konkurrierenden Elite gelingt, das „Glück der größten Zahl" der Bevölkerung, mögen deren Ansprüche und Erwartungen noch so verschieden sein, zu erfüllen. Die SED wie alle diktatorisch regierenden Parteien lehnt aber freie Wahlen ab. Ihre Herrschaft ruht nicht auf positiver Leistung für das Individuum, sondern überwiegend auf Zwang, Manipulation und wenn nötig auf Terror. Davon allerdings ist unabhängig, daß künftiger revolutionärer Wandel in sozialistischen Ländern nur mit Teilen der Parteielite erreicht werden kann, die dazu freilich auch in Zukunft bei Karl Marx nachschlagen wird. Dies beweisen jugoslawische, ungarische und auch tschechoslowakische Erfahrungen.
Marx kann aber auch schon deshalb nicht als alleiniger geistiger Vater der Parteiherrschaft betrachtet werden, weil er über die Rolle und Funktion der Partei nach dem Sieg der proletarischen Revolution nichts Positives aussagt. Die „Partei neuen Typus" ist ohnehin das Werk Lenins, die Existenz und Seinsweise der DDR Konsequenz des Spätstalinismus.
Muß man daraus schlußfolgern, daß die SED-Ideologen sich ohne jede Berechtigung auf die Parteikonzeption von Marx berufen können? Zweifellos hat Marx genug Anlaß gegeben, seine, wenn auch unsystematischen und ver-

streuten Textstellen für die Parteitheorie nutzbar zu machen. Doch bereits unter Lenin wurde die Avantgarde und mehr noch ihre Herrschaft verabsolutiert. Die Partei erhielt einen Stellenwert, den sie bei Karl Marx nicht besaß.

Sicherlich erfüllt die heutige kommunistische Herrschaft nicht die Essenz Marx'schen Denkens. Ohnehin ist es problematisch, einen Denker des vergangenen Jahrhunderts für die Übertragung von Teilen seiner Lehre in diesem Zeitalter verantwortlich zu machen, wie es ebenso nicht erlaubt sein sollte, die Gegenwart durch Konzepte vergangener Jahrhunderte bestimmen zu wollen.

Die kommunistische Weltbewegung hat vormals für ihre Ideologie den Begriff Marxismus-Leninismus-Stalinismus geprägt. Unbestritten war ihre Herrschaftsausübung vor einigen Dekaden brutaler, aber sie war auch transparenter. Die Realität der DDR und die Herrschaft der SED-Politbürokratie wird aber nach wie vor mehr von den Auffassungen J. W. Stalins als von denen des Deutschen Karl Marx bestimmt.

Anmerkungen

1 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Protokoll des IX. Parteitages der SED, Bd. 2, Berlin (Ost), 1976, S. 209 ff., insbes. S. 209 f. und S. 257 ff. Kommentierende Einführungen aus westdeutscher Sicht siehe u. a. E. Schneider: SED-Programm und Statut von 1976, Opladen 1977; K. W. Fricke: Programm und Statut der SED vom 22. Mai 1976, Köln 1976; F. Oldenburg: Die konservative Revolution. Das Parteiprogramm der Ära Honecker. In: Deutschland Archiv, Nr. 2/1976

2 Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1976, S. 7. Zum ostdeutschen Verständnis des Parteistatuts siehe u. a.: Studieneinführung für Teilnehmer der Kreis- und Betriebsschulen des Marxismus-Leninismus, Studienjahr 1981/1982, Teil 1, Berlin (Ost) 1981, S. 34 ff.

3 G. Großer u. a.: Wissenschaftlicher Kommunismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, Berlin (Ost) 1974, S. 66
Zu den Gesetzmäßigkeiten der Übergangsetappe siehe u. a. P. N. Fedossejew u. a.: Wissenschaftlicher Kommunismus, Berlin (Ost) 1972, Viertel Teil, Kapitel XIV, S. 614 ff.
Über die Rolle der Partei aus sowjetischer Sicht informiert in zusammengedrängter Form der von W. G. Afanasjev herausgegebene Grundkurs des wissenschaftlichen Kommunismus, Moskau 1973, Kap. IV, S. 116–140

4 K. Marx/F. Engels: Die deutsche Ideologie, Berlin (Ost) 1953, S. 44

5 Die aktuellste Analyse der SED-Politbürokratie-Herrschaft aus neo-marxistischer Sicht stammt immer noch von R. Bahro: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln 1977.
Eine überaus wichtige aktuelle Darstellung des verbindlichen sowjetischen Herrschaftssystems liefert M. S. Voslensky: Nomenklatura. Die herrschende Klasse der Sowjetunion, Wien u. a. 1980; derselbe: Der sowjetische Entscheidungsprozeß: Dichtung und Wahrheit, Sonderveröffentlichung des BI Ost, Februar 1982.
Einen anderen Ansatz wählt G.-J. Glaeßner: Herrschaft durch Kader. Leitung der Gesellschaft und Kaderpolitik in der DDR am Beispiel des Staatsapparates, Opladen 1977.
Vgl. auch die äußerst informative Arbeit von G. Neugebauer: Partei und Staatsapparat in der DDR, Opladen 1978

6 Vgl. u. a. G. Roßmann u. a.: Geschichte der SED. Abriß, Berlin 1978, insbes. S. 8–40; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik, Bd. 1–3, Berlin (Ost) 1966, 1967, insbes. Bd. 1;
Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1. Aufl., Berlin (Ost) 1963, S. 5–110.
Zu einer schnelleren Orientierung dient: Kleines politisches Wörterbuch, 3. Aufl., Berlin (Ost) 1978, S. 553 ff.

7 Studieneinführung für Teilnehmer der Kreis- und Betriebsschulen des Marxismus-Leninismus, a. a. O., S. 20

8 Vgl. u. a. H. Gemkow u. a.: Karl Marx – Eine Biographie, Berlin (Ost) 1967;
Philosophisches Wörterbuch, Hrsg. von G. Klaus u. M. Buhr, Bd. 2, 11. Aufl., Berlin (Ost) 1974, S. 916;
Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, 2. überarb. u. erw. Aufl., Berlin (Ost) 1977, S. 472

9 Siehe vor allem Karl Marx und Grundfragen der Revolution in Theorie und Praxis.

Materialien der Karl-Marx-Konferenz 1978, hrsg. v. M. Kossok, Leipzig 1980;
Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung, hrsg. v. H. Bartel u.a., Berlin (Ost) 1970;
W. Schmidt: Kontinuität und neue Qualität in der Entwicklung der Parteiauffassung von Marx und Engels zu Lenin, Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), Nr. 6/1969, S. 915–927;
ders.: Manifest der Kommunistischen Partei und Statuten des Bundes der Kommunisten. Zur Grundlegung des demokratischen Zentralismus als Prinzip revolutionärer proletarischer Parteiorganisation, BzG, Nr. 2/1973, S. 403–414;
G. Seeber: Lenin über die deutsche Arbeiterbewegung von 1871 bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts, BzG, Nr. 2/1970, S. 191–214

10 B. D. Wolfe: Marx und die Marxisten, Berlin (West) 1965, S. 189, auch S. 183, s. auch ders.: Leninism, in: Marxism in the Modern World, hrsg. v. M. M. Drachkovitch, Stanford/London 1965, insbes. S. 54 ff.

11 H. Marcuse: Vernunft und Revolution, Neuwied/Berlin 1962, S. 223 ff.;
ders.: Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, Neuwied/Berlin 1964

12 W. Leonhard: Sowjetideologie heute, II. Die politischen Lehren, Frankfurt am Main/Hamburg 1962

13 ders.: Die Dreispaltung des Marxismus, Düsseldorf/Wien 1970, S. 37 ff.

14 G. Brunner: Das Parteistatut der KPdSU 1903–1961, Köln 1965, S. 10

15 J. Jaroslawski: Soziologie der kommunistischen Partei, Frankfurt/New York 1978;
U. Haufschild: Partei und Klasse bei Marx, Phil. Dissertation 1965;
anregend ist eine ostdeutsche Arbeit von H. Bartel u. W. Schmidt: Zur Entwicklung der Auffassungen von Marx und Engels über die proletarische Partei, in: Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 7–101

16 Vgl. N. Levine: The Tragic Deception – Marx Contra Engels, Santa Barbara 1975;
M. Rubel: The Marx legend, or Engels, founder of Marxism, in: Rubel on Karl Marx – Five Essays, hrsg. v. J. O'Malley u. K. Algozin, Cambridge et. al 1981, S. 15 ff.

17 Von den wichtigen neuen Darstellungen seien nur erwähnt L. Kołakowski: Die Hauptströmungen des Marxismus, Bd. 1–3, München 1977–1979;
P. Vranicki: Geschichte des Marxismus, Bd. 1–2, Frankfurt am Main 1972–1974;
I. Fetscher: Der Marxismus – Seine Geschichte in Dokumenten, München 1967

18 Vgl. Kleines Politisches Wörterbuch, 3., überarb. Aufl., Berlin (Ost) 1978, S. 676;
Kleines Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie, 5. Aufl., Berlin (Ost) 1981, S. 244;
differenzierter: Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, 1. Aufl., Berlin (Ost) 1969

19 G. Großer u. a.: Wissenschaftlicher Kommunismus, a. a. O., S. 64;
vgl. auch u. a. W. Ulbricht: Der Leninismus und die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, in: Leninismus und internationale Arbeiterbewegung, Moskau 1969, S. 85–110 mit: Zur Rolle der KPdSU und der Sowjetunion im revolutionären Weltprozeß, hrsg. v. d. Parteihochschule „Karl Marx", Berlin (Ost) 1975

20 R. Noak, R. Wiederänders: Der demokratische Zentralismus in der Tätigkeit der SED, in: Das Prinzip des demokratischen Zentralismus im Aufbau und in der Tätigkeit der kommunistischen Partei, 1. Aufl., Berlin (Ost) 1974, S. 7;
vgl. auch: Der demokratische Zentralismus – Theorie und Praxis, hrsg. Autorenkollektiv, Ltg. G. Schüßler, Berlin (Ost) 1981

21 Studienanleitung, a. a. O., S. 37

22 G. Großer u. a.: Wissenschaftlicher Kommunismus, a. a. O., S. 66

23 Bericht des ZK auf dem VIII. Parteitag der SED, in: Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SED, Bd. 1, Berlin (Ost) 1971, S. 40 f.

24 Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Marx-Engels-Werke, MEW, Berlin (Ost) 1956 ff., Bd. 1, S. 385

25 s. MEW, Bd. 1, S. 390;
vgl. A. Künzli: Karl Marx – Eine Psychographie, Wien 1966, S. 634 ff.;
I. Fetscher: Die Freiheit im Lichte des Marxismus-Leninismus, Berorn 1960, S. 38;
S. Landshut: Einleitung zu Marx' Frühschriften, Stuttgart 1953, S. XXXIX;
S. Avineri: The Social and Political Thougt of Karl Marx, Cambridge 1968;
A. Cornu: The Origins of Marxian Thought, Springfield Ill. 1957;
L. Dupré: The Philophical Foundations of Marxism, New York 1966;
G. Lichtheim: Marxism, London 1961;
D. Mc Lellan: The Thought of Karl Marx, London u. a. 1971, insbes. auch S. 167 ff.
Marxismusstudien, hrsg. v. E. Metzger und I. Fetscher, Tübingen 1954–1962;
M. Rubel: Karl Marx: Essai de biographie intellectuelle, Paris 1957;
R. Tucker: Philosophy and Myth in Karl Marx, Cambridge 1961

26 MEW, Bd. 1, S. 391

27 Siehe unter den besonders lesenswerten Biographien R. Friedenthal: Karl Marx, München/Zürich 1981;
F. Raddatz: Karl Marx, Hamburg 1975;
A. Ulam: Die Bolschewiki, Köln/Berlin 1965;
L. Fischer: Das Leben Lenins, Bd. 1 u. 2, München 1970

28 Vgl. Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte, in: Karl Marx: Frühe Schriften I, hrsg. v. H. J. Lieber/P. Furth, Stuttgart 1962, S. 506–665;
siehe hierzu u. a. E. Fromm: Das Menschenbild bei Marx, Frankfurt am Main 1963

29 Vgl. F. Engels/K. Marx: Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik, in: Die heilige Familie und andere philosophische Frühschriften, Bücherei des Marxismus-Leninismus, Stuttgart 1953, S. 136 ff.

30 F. Engels: Briefe aus dem Wuppertal, MEW, Bd. 1, S. 413–432;
ders.: Die Lage der arbeitenden Klasse in England, MEW, Bd. 2, S. 225–506

31 MEW, Bd. 2, S. 453

32 MEW, Bd. 2, S. 453

33 MEW, Bd. 1, S. 495; MEW, Bd. 2, S. 604 ff.; MEW, Bd. 3, S. 443

34 H. Bartel/W. Schmidt, a. a. O., S. 18

35 K. Marx/F. Engels: Die deutsche Ideologie, MEW, Bd. 3, S. 41

36 Hier zitiert nach K. Marx/F. Engels: Die deutsche Ideologie, Bücherei des Marxismus-Leninismus, Berlin (Ost) 1953, S. 31

37 MEW, Bd. 3, S. 181

38 Vgl. Brief des Brüsseler kommunistischen Korrespondenzkomitees an G. A. Köttgen, MEW, Bd. 4, S. 20 ff.;
auch F. Engels: Der Status quo in Deutschland, MEW, Bd. 4, S. 42,
siehe hierzu: H. Förder: Marx und Engels am Vorabend der Revolution, Berlin (Ost) 1960, S. 41 ff.

39 Vgl. hierzu u. a. J. Braunthal: Geschichte der Internationale, Bd. 1, Hannover 1961, S. 62 ff.;
aus ostdeutscher Sicht: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, Berlin (Ost) 1966, S. 53 ff.

40 vgl. rückblickend F. Engels: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten (18.10. 1885), MEW, Bd. 21, S. 206–224;
derselbe: Grundsätze des Kommunismus. Aus dem Nachlaß von E. Bernstein, Berlin 1914. Die Grundsätze haben die Form eines Katechismus mit 25 Fragen und Antworten.
41 vgl. Vorwort zur deutschen Ausgabe von 1872 des „Kommunistischen Manifestes", MEW, Bd. 18, S. 95 f.
42 K. Marx/F. Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW, Bd. 4, S. 470 f.
43 In der englischen Ausgabe von 1888 heißt es nach Koalitonen „Trades' Union"
44 K. Marx/F. Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, a. a. O., S. 474
45 Statuten des Bundes der Kommunisten MEW, Bd. 4, S. 598–601
46 vgl. F. Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Nachdruck Berlin 1960, S. 324 f.
47 vgl. Aufzeichnung der Komiteesitzung des Kölner Arbeitervereins am 15.1.1849, MEW, Bd. 6, S. 578 f.
48 Bartel und Schmidt bemerken hierzu: „Der Bund selbst war in der ungeheuren Massenbewegung untergegangen. Er hatte seinen Zusammenhalt verloren, war aber auch als geheime Organisation durch die sich neubietende legale Möglichkeit für den Kampf um eine politische Massenpartei des Proletariats überflüssig geworden." Eine wirklich merkwürdige Argumentation. Vgl. Bartel/Schmidt, a. a. O., S. 39
49 K. Marx/F. Engels: Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850, MEW, Bd. 7, S. 245 ff.
50 ebenda, S. 248 f.
51 ebenda, S. 248
52 ebenda, S. 250
53 ebenda, S. 251
54 K. Marx/F. Engels: Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom Juni 1850, MEW Bd. 7, S. 300
55 Engels hat in einer späteren Ausgabe von 1885 die zentralistischen Forderungen abgeschwächt und als Mißverständnis dargestellt.
56 Einer der ersten Sozialdemokraten, der die Verquickung des Marxismus mit dem Blanquismus analysiert hat, war Eduard Bernstein. Vgl. E. Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Neuauflage Hamburg 1969, S. 55 ff.
57 vgl. Weltgesellschaft der revolutionären Kommunisten, MEW, Bd. 7, S. 553 f.
58 Statut des Kommunistischen Bundes, MEW, Bd. 7, S. 565–567. Diese Statuten sind nicht von Marx verfaßt. In die Moskauer Socenenija, Bd. 7, wurden sie aufgenommen, weil sie mit Bemerkungen von Marx versehen wurden. Die Artikel 5–10 sind wahrscheinlich direkt von Marx eingefügt worden, der Rest von ihm redigiert.
59 Engels an G. Trier (Entwurf), 18.12.1881, MEW, Bd. 37, S. 326 f.
60 Marx an F. Engels, 11.2.1851. Marx/Engels: Briefwechsel (MEBw), Bd. 1, Berlin 1949, S. 178; vgl. auch S. 177 und 180
61 Engels an K. Marx, 13.2.1851, MEW, Bd. 27, S. 140
62 Marx an J. Weydemeyer, 1.2.1859, MEW, Bd. 29, S. 572
63 Marx an F. Freiligrath, 29.2.1860, MEW, Bd. 30, S. 495
64 ebenda, S. 489 f.
65 Marx an F. Engels, 10.5.1853, MEW, Bd. 28, S. 224
66 Engels an J. Weydemeyer, 12.4.1853, MEW, Bd. 28, S. 581

67 Marx an F. Lassale, 15.9.1960, MEW, Bd. 30, S. 564
68 Marx an F. Engels, 9.4.1860, MEW, Bd. 30, S. 522
69 Marx an F. Engels, 18.5.1859, MEW, Bd. 29, S. 432
70 Marx an L. Kugelmann, 9.10.1866, MEW, Bd. 31, S. 529
71 vgl. H. Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1966, S. 49 ff.
S. Na'aman: Lassalle – Demokratie und Sozial-Demokratie, Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 3, 1963
72 vgl. F. Lassalle: Gesamtausgabe, Berlin 1919/20, Bd. 4, S. 246 ff.;
zur Einschätzung Lassalles durch Marx s. Marx an L. Kugelmann, 23.2.1865, MEW, Bd. 31, S. 451 und
Marx an J. B. von Schweitzer, 13.10.1868, MEW, Bd. 32, S. 568 f. sowie
Marx an F. Engels, 25.11.1864, MEW, Bd. 31, S. 32
73 K. Marx: Der Generalrat an den Föderalrat der Romanischen Schweiz (1.1.1870), MEW, Bd. 16, S. 390
74 Marx an C. Klings, Entwurf, 4.10.1864, MEW, Bd. 31, S. 417 f.;
vgl. auch a. a. O., Anmerkung 474, S. 680;
vgl. auch F. Raddatz: Karl Marx, Hamburg 1975, S. 301
75 K. Marx an L. Kugelmann, 15.1.1966, MEW, Bd. 31, S. 495;
auch: K. Marx: Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats zu den einzelnen Fragen (Februar/März 1867), MEW, Bd. 16, S. 197
76 K. Marx, ebenda. Für die grundsätzliche Einschätzung des Gewerkschaftsproblems bei Marx in den 60er Jahren vgl. u. a. U. Herrmann: Der Kampf von Karl Marx um eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik in der 1. Internationale 1864–1868, Berlin (Ost) 1968 und
H. Hümmler: Opposition gegen Lassalle. Die revolutionäre proletarische Opposition im ADAV 1862/63 bis 1866, Berlin (Ost) 1963;
Aus westlicher Sicht vgl. u. a. G. H. D. Cole: Socialist Thought, London 1961, Bd. 2, Kp. V, S. 71–81
77 Marx an L. Kugelmann, 15.1.1866, MEW, Bd. 31, S. 495;
auch K. Marx: Nekrolog (für R. Shaw), 8.1.1870, MEW, Bd. 16, S. 392
78 Marx an F. Engels, 4.11.1864, MEW, Bd. 31, S. 13
79 Marx an J. Weydemeyer, 29.11.1864, MEW, Bd. 31, S. 428
80 vgl. I. Berlin: Karl Marx, München 1959, S. 236
81 Marx an Engels, 4.11.1864, MEW, Bd. 31, S. 15
82 So das Urteil von Richard Friedenthal: Karl Marx. Sein Leben und seine Zeit, München–Zürich 1981, S. 472
83 vgl. K. Marx: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, MEW, Bd. 16, S. 5–13
84 „Stark in der Sache, gemäßigt in der Form" Marx an F. Engels, 4.11.1864, MEW, Bd. 31, S. 16.
Der Vorwurf von Bartel/Schmidt, a. a. O., S. 55 f., das Marx-Zitat habe sich bei Haufschild „unter der Hand" zu suaviter in re, suaviter in modo verwandelt, ist ein unbelegbarer Vorwurf, vgl. Haufschild, a. a. O., S. 74
85 vgl. K. Marx: Inauguraladresse..., MEW, Bd. 16, S. 121;
auch G. D. H. Cole: Socialist Thought, Bd. 2, 1850–1880, Kap. VI, a. a. O., S. 88 ff.
86 vgl. K. Marx: Provisorische Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation, MEW Bd. 16, S. 14–17

87 vgl. u. a. K. Marx: Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrates zu einigen Fragen, MEW, Bd. 16, S. 195
88 vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1966, Bd. 1, S. 232
89 Marx und F. Engels, 16.5.1870, MEW, Bd. 32, S. 512;
Marx an F. Engels, 3.7.1869, MEW, Bd. 32, S. 331
90 Liebknecht war 1865 aus dem ADAV ausgeschlossen worden, hatte 1866 eine eigene sächsische Volkspartei gegründet und strebte eine preußische Arbeiterpartei an. Vgl. Haufschild, a. a. O., S. 142 f.;
am weitesten in der vorübergehenden Wertschätzung gegenüber Schweitzer ging Engels in einem Brief an Marx, 22.10.1868, MEW, Bd. 4, S. 138 f.;
vgl. auch Marx an F. Engels, 22.7.1869, 24.7.1869, MEW, Bd. 30, S. 249, 251
91 Marx und F. Engels, 3.7.1869, MEW, Bd. 32, S. 331
92 Engels an W. Liebknecht, 12.2.1873, MEW, Bd. 33, S. 568. Der Anlaß des Mißtrauens ist allerdings geringfügig.
93 Marx an Engels, 3.7.1869, MEW, Bd. 32, S. 232. Marx hatte zuvor noch geglaubt, daß sein Einfluß in Deutschland ständig zunehme.
Marx an L. und P. Lafargue, 15.2.1869, MEW, Bd. 32, S. 593;
an P. Lafargue, 2.6.1869, a. a. O., S. 610
94 Marx an F. Engels, 3.7.1869, a. a. O. Das schließlich verabschiedete Programm der SDAP ist abgedruckt in W. Mommsen (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme, in: Deutsches Handbuch für Politik, Bd. 1, München 1964, S. 311 f.
95 Marx an F. Engels, 30.9.1869, MEW, Bd. 32, S. 375
96 K. Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrates der IAA, MEW, Bd. 17, S. 313–362
97 Engels behauptete 1874, daß die Kommune unbedingt intellektuell ein Kind der Internationale war, „obwohl die Internationale keinen Finger rührte, um sie zu machen".
Engels an F. A. Sorge, 12.–17.9.1874, Ausgewählte Briefe, S. 341
98 Marx an F. Domela Nieuwenhuis, ME AB, S. 407.
Es war Engels, der die Pariser Kommune im Jahre 1891 eine Diktatur des Proletariats nannte. Vgl. F. Engels: Einleitung zu Marx' „Bürgerkrieg in Frankreich", MEW, Bd. 22, S. 199
99 Marx an L. Kugelmann, 12.4.1871, ABr., S. 307 f.
100 K. Marx/F. Engels: Resolution des allgemeinen Kongresses zu Haag,
MEW, Bd. 18, S. 149. Mit Befriedigung nahm Engels die „Umwandlung der Internationale in Spanien in eine besondere und unabhängige Partei" zur Kenntnis. S. F. Engels: Über die Lage der Sektionen der Internationale in den Ländern Europas, MEW, Bd. 17, S. 416
101 vgl. W. Gottschalch/F. Karrenberg/F. J. Stegmann: Geschichte der Sozialen Ideen, in: Deutsches Handbuch der Politik, Bd. III, hrsg. v. H. Grebing, München–Wien 1969, S. 141. Marx und Engels dürften den Programm-Entwurf um den 10. März 1875 erhalten haben. In einem Brief an Bebel schreibt Engels, daß Liebknecht weder ihm noch Marx irgendwelche Mitteilung gemacht hätte, vgl. Engels, Brief, an A. Bebel, 18./28.3.1975, MEW, Bd. 19, S. 3
102 Engels an A. Bebel, 18./28.3.1975, MEW, Bd. 19, S. 7
103 Die Marx-Kritik erschien in ‚Die Neue Zeit', 9. Jahrgang, Nr. 18, 1. Bd., 1890/91
104 Vgl. K. Kautsky an F. Engels, 6.2.1891, in: F. Engels — Briefwechsel m. K. Kautsky

hrsg. v. B. Kautsky, Wien 1955, S. 273
105 K. Marx: Kritik des Gothaer Programms, MEW, Bd. 19, S. 15–36
106 ebenda, S. 20 f. und S. 28
107 Lediglich ein Passus über den internationalen Charakter der proletarischen Bewegung wurde auf Anregung von Engels eingefügt.
108 Engels an A. Bebel, 12.10.1875, ME Abr., S. 352
109 Marx an F. A. Sorge, 19.10.1877, a. a. O., S. 364
110 Marx an F. Engels, 18.7.1877, MEW, Bd. 34, S. 48
111 Richtig daran ist, daß Marx tatsächlich nur an einem IAA-Kongreß von Den Haag 1872 teilgenommen hatte, jenem, bei dem Engels schließlich die Verlegung des Generalrats nach New York vorschlug.
112 Marx an W. Blos, 10.11.1877, MEW, Bd. 34, S. 308
113 Marx an W. Bracke, 23.10.1877, a. a. O., S. 305
114 K. Marx: Herr Bucher, To the editor of the Daily News, MEW, Bd. 19, S. 138 f.
115 K. Marx: Kompekt der Reichstagsdebatte über das Sozialistengesetz, MEW, Bd. 34, S. 491–500
116 Engels an A. Bebel, 4.8.1879, a. a. O., S. 386
117 vgl. u. a. den ungezeichneten Beitrag ‚Rückblicke auf die sozialistische Bewegung in Deutschland', in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 1. Jg., 1. Hälfte (August 1879), Zürich 1879, S. 75–96
118 K. Marx/F. Engels: Zirkularbrief an A. Bebel, W. Liebknecht, W. Bracke, u. a., MEW, Bd. 19, S. 150-164;
auch Bd. 34, S. 394–408. Marx' Billigung ist in einem Brief an F. A. Sorge vom 19.9.1879 enthalten.
119 K. Marx/F. Engels, Zirkularbrief, zitiert nach MEW, Bd. 34, S. 408
120 Marx an F. A. Sorge, 19.9.1879, MEW, Bd. 34, S. 410–414
121 ebenda
122 Engels an A. Bebel, 16.12.1879, a. a. O., S. 430
123 Marx an J. Longuet, 11.4.1881, MEW, Bd. 35, S. 178
124 Guesde an K. Marx (Auszug), Ende 1878/Anfang 1879, MEW, Bd. 34, S. 505
125 Engels an A. Bebel, 16.12.1879, MEW, Bd. 34, S. 431
126 s. M. Rubel: Bibliographie des oevres de Karl Marx, 2 Bde. Paris 1959/60;
Franz Neubauer: Marx – Engels Bibliographie, Boppard a. R. 1979
127 vgl. U. Haufschild, a. a. O., S. 170;
A. Rosenberg: Demokratie und Sozialismus, Frankfurt/Main 1962, S. 282

DIE VERFASSER

Siegfried Baske, Dr. phil., Professor, Fachbereich Erziehungs- und Unterrichtswissenschaften und Osteuropa-Institut, Freie Universität Berlin

Georg Brunner, Dr. jur., Professor für öffentliches Recht, Ostrecht, Politikwissenschaft, Universität Würzburg

Konrad Löw, Dr. jur., Professor für Politologie, Universität Bayreuth

Siegfried Mampel, Dr. jur., Professor am Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin

Klaus Motschmann, Dr. phil., Professor für Politologie, Hochschule für bildende Künste Berlin

Fred Oldenburg, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Walter Rehm, Major i. G. a. D., Bad Krozingen

Gerhard Ritter, Dr. phil., Professor für Politikwissenschaft, Universität Würzburg

Dieter Voigt, Dr. phil., Professor für Soziologie, Ruhr-Universität Bochum

SCHRIFTENREIHE
DER GESELLSCHAFT FÜR DEUTSCHLANDFORSCHUNG E. V.

Bd. I Die DDR – Partner oder Satellit der Sowjetunion?
Jahrbuch 1979; Hrsg. von Siegfried Mampel und Karl C. Thalheim
ISBN 3–922710–04–2, 213 S., DM 28,-

Bd. II Die Außenbeziehungen der DDR
Jahrbuch 1980; Hrsg. von Gernot Gutmann und Maria Haendcke-Hoppe
ISBN 3–922710–05–0, 241 S., DM 30,–

Bd. III Bildungsreformen in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik
Ergebnisse und Probleme vergleichender Untersuchungen
Fachgruppe Erziehungswissenschaft, Hrsg. von Siegfried Baske
ISBN 3–922710–06–9, 290 S., DM 27,-

Bd. IV Die DDR und die Tradition
Jahrbuch 1981; Hrsg. von Jens Hacker und Horst Rögner-Francke
ISBN 3–922710–07–7, 213 S., DM 30,–

Bd. V Karl Marx und das politische System der DDR
Berichtsband über die Arbeitstagung der Fachgruppe Politik vom 13. bis 16. April 1981 in Tutzing; Hrsg. von Konrad Löw
ISBN 3–922710–08–5, 191 S., DM 30,-

Bd. VI Die Dritte Welt und die beiden Staaten in Deutschland
Jahrbuch 1982; Hrsg. von Siegfried Baske und Gottfried Zieger
ISBN 3–922710–09–3, erscheint im Frühjahr 1983

* * *

Willy Behrendt:
Probleme der derzeitigen Kontingentierungsverfahren im Innerdeutschen Handel, aufgezeigt am Beispiel der Textilbezüge.
Ergebnisse einer Forschungsstudie an der Universität Augsburg
ISBN 3–922710–01–8, 128 S., 44 Tab., 20 Schaubilder, DM 26,–

Werner Riese:
Das Eichsfeld – Entwicklungsprobleme einer Landschaft.
Beiträge zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte eines geistlichen Territoriums (von den Anfängen bis 1802) ISBN 3–922710–03–4, 190 S., 6 Kt., DM 25,–

ADVANCES IN ECONOMIC PSYCHOLOGY
Third European Colloquium on Economic Psychology, 1978
Editors: Walter Molt, Hans Albrecht Hartmann, Peter Stringer
ISBN 3–922710–02–6, 568 S., DM 61,–

* * *

GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHE INFORMATIONEN
Rezensionszeitschrift für wissenschaftliche Literatur der DDR
Bearbeitet und herausgegeben von Werner Riese, erscheint seit 1968 (4xjährl. u. SH)

* * *

Edition Meyn, Teckstr. 29, 7144 Asperg
Tel. 07141/36416